

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 12. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 1.



Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 16. Januar 1873.

Abwesend und entschuldigt Herr Rect.

Herr Oberbürgermeister Caspari eröffnet die Sitzung, indem er die neu-gewählten Mitglieder der Versammlung willkommen heißt und hieran den Aus-druck des Wunsches und der Hoffnung knüpft, daß auch fernerhin keine der hier zur Berathung kommenden Fragen anders als aus rein objectiven Gesichtspuncten beurtheilt, bei den Beschlußnahmen lediglich das Wohl der Stadt ins Auge gefaßt werden möge. Geschehe dies, dann werde ohne allen Zweifel so-wohl innerhalb der Versammlung selbst als auch zwischen der Versammlung und dem Magistrate unverändert das gute Verhältniß Platz greifen, ohne welches die wahren Interessen der Stadt unmöglich so wie man wünschen müsse, gefördert werden könnten. Das gedeihliche Zusammenwirken der städtischen Behörden etwa durch systematische Opposition ins Stocken zu bringen, werde in Niemandes Absicht liegen; vielmehr vertraue er, daß Jeder der Anwesenden den Magistrat in seinen Be-mühungen um das Wohl der Stadt nach besten Kräften zu unterstützen bereit sei.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und der nach der Geschäftsordnung erforderlichen Commissionen und Deputationen.

Herr Steinau vermißt darunter die nach § 55 der Städteordnung ebenfalls vorzunehmende Neuwahl des Protocollführers und dessen Stellvertreters, und fragt an, ob jene Vorschrift vielleicht nur übersehen sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari verweist auf die Bestimmung im zweiten Absatz des gedachten Paragraphen, auf Grund deren die Versammlung in Ueber-einstimmung mit dem Magistrate den Stadthistoriker Hänselmann dauernd mit der Protocollführung beauftragt habe. Der Stellvertreter desselben aus der Mitte der Versammlung werde allerdings wohl neu zu bestellen sein --

eine Meinung, welche Herr Haeusler dahin berichtet, daß durch einen noch in Kraft stehenden Beschluß die Stellvertretung des Protocollführers ebenfalls dauernd Herrn Assessor Tunica übertragen sei.

Herr Steinau bezweifelt, daß der Ausdruck „dauernd“ in der angezogenen Bestimmung unlimitirt und nicht vielmehr nur für die Amtsdauer des Vorsitzenden verstanden werden dürfe,

worauf Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß bis jetzt in der That die Auffassung die sei, das Mandat des Protocollführers behalte Geltung, bis die Versammlung es durch einen neuen Beschluß aufhebe.

Bei den hierauf beginnenden Wahlen wird

zum Vorsitzenden — mit neunzehn Stimmen gegen fünf, von denen eine auf Herrn Grafen Görz-Wrisberg, vier auf Herrn Schwarzenberg fallen — Herr Haeusler,

zu dessen Stellvertreter im Vorß — mit neunzehn gegen fünf für Herrn Schwarzenberg abgegebene — Herr Schöttler ernannt.

Herr Haeusler übernimmt den Vorß mit den Worten: In seiner wiederholten Berufung auf diesen Platz dürfe er ein Zeichen sowohl der Anerkennung seiner bisherigen als auch des Vertrauens in seine künftige Thätigkeit sehen. Für beides spreche er seinen Dank aus. Die gute Meinung der Versammlung sich zu erhalten, werde er nach Kräften bemüht sein, und bitte er, ihn hierin unterstützen zu wollen.

Weiter werden gewählt:

1. in die Armendeputation Herr Kellner,
2. in den Schulvorstand Herr Kest,
3. in das Kirchen- und Stiftungssachen-Collegium Herr Kellner,
4. in die Baucommission und das Stadtbauamt die Herren Flagge, Pini, Meuter,
5. in die Statutencommission die Herren Bracke, Graf Görz-Wrisberg, Haeusler Krone, Lucius, Peters, Schöttler,
6. in die Finanzcommission die Herren Graf Görz-Wrisberg, Götte, Haake, Jasper, v. Seckendorf, Solmig, Steinau,
7. in die Schulcommission die Herren Braess, Ehrenhard, Kest, Schwarzenberg, Steinau,
8. in die Commission für Wohnortsrechts- und Heimathsachen die Herren Kloss, Meyer, Munte,
9. in die Deputation für das Gas- und Wasserwerk die Herren Flagge, Götte, Schöttler, Solmig,
10. in die Pflegehausdeputation die Herren Flagge und Kellner,
11. in die Quartierbehörde die Herren Faillard und Krone, zu Stellvertretern derselben die Herren Braess und Meyer,

12. in den Gesundheitsrath die Herren Götte, Kloss, Reuter.

Den Deputationen für die Steuereinschätzungen werden in Gemäßheit des Reglements von dem Herrn Vorsitzenden zugetheilt

im August- und Steinhordistricte die Herren Bock, Haake, Kellner, Lucius, Munte, Peters, Steinau, Steinmann,

im Wenden- und Pettrithordistricte die Herren Bracke, Ehrenhard, Flagge, Jasper, Krone, Meyer, Redt, Reuter, Schwarzenberg,

im Hohe- und Wilhelmthor-Districte die Herren Braack, Faillard, Graf Görz-Brissberg, Götte, Haensler, Kloss, Pini, von Seckendorf, Solmish.

Die nach § 5 des Reglements vom 31. December 1870 jeder Districtscommission beizugebenden sechs Mitglieder aus der Bürgererschaft sind in vertraulicher Sitzung zu wählen.

Der Herr Vorsitzende richtet an sämtliche Commissionen und Deputationen das Ersuchen, ihre Vorsitzenden zu ernennen und ihm mitzutheilen.

Von Herrn Steinau ist, unterstützt durch die Herren Bock und Bracke, folgender Antrag eingegangen:

„Bei den letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung ist eine ungewöhnlich große Anzahl wahlberechtigter Bürger dadurch um die Ausübung ihres Wahlrechts gekommen, daß deren Namen in die Wählerlisten einzutragen vergessen war.“

„Der § 32 der revid. St.-D. vom 19. März 1850 entschuldigt zwar für derartige Vergeßlichkeiten den Magistrat dadurch, daß jeder Wähler durch Einsichtnahme in die Wählerlisten sich überzeugen soll, daß sein Name darin eingetragen sei. Da dieses Verfahren indeß höchst umständlich, zeitraubend und unbequem ist, so beantragen die Unterzeichneten was folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei künftigen Wahlen neben dem in § 32 der revid. St.-D. vorgezeichneten Verfahren die Wählerlisten nach dem Buchstaben und Wahlbezirk, auch so lange das Klassenwahlgesetz besteht, nach den Klassen geordnet, durch die hiesigen Anzeigen zu veröffentlichen und eine Frist von vierzehn Tagen zu Reclamationen gegen Unrichtigkeiten festzusetzen.“

Unabhängig von diesem Antrage beabsichtigt Herr Bracke den Magistrat ebenfalls in Sachen der letzten Wahlen zu interpelliren.

Da indeß Herr Oberbürgermeister Caspari nicht mehr zugegen ist, werden mit Einwilligung der Herren Steinau und Bracke sowohl diese Interpellation als auch der vorausgegangene Antrag zur nächsten Tagesordnung verstellt.

Herr Bock richtet an den Magistrat die Frage: aus welchem Grunde, ent-

gegen der Bestimmung in § 41 der revid. St.-O., nach seiner Ausschließung im Juni v. J. nicht sofort eine Neuwahl angeordnet worden und somit die dritte Wählerklasse im August- und Steinhordistricte während der letzten Hälfte des verflossenen Jahres ohne Vertretung in der Versammlung geblieben sei.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß er dem Magistrate von dieser Interpellation Mittheilung machen und deren Beantwortung auf die nächste Tagesordnung setzen werde.

Nachdem schließlich noch das Protocoll vom 19. December v. J. genehmigt ist, trägt Herr Steinau vor: Nach § 64 der revid. St.-O. solle das über die Verhandlungen der Versammlung und die Resultate ihrer Abstimmungen zu führende Protocoll nach erfolgter Verlesung und Genehmigung von dem Vorsitzenden und dem Protocollführer unterschrieben werden. Da doch denkbar, daß der Vorsitzende und der Protocollführer oder einer von ihnen alsbald nach einer Sitzung mit Tode abginge, so scheine aus jener Vorschrift mit Nothwendigkeit als Absicht des Gesetzgebers hervorzugehen, daß das Protocoll jedesmal am Schlusse der Sitzung vollzogen werde, und dies müsse denn auch schon deswegen zweckmäßig erscheinen, weil nur so die etwa erforderlichen Einbesserungen mit der gehörigen Sicherheit können vorgenommen werden. Sonach aber laufe das jetzt übliche Verfahren, über jedes Protocoll erst in der nächstfolgenden Sitzung zu befinden, einmal jener Bestimmung zuwider, und liege überdies ein großer Uebelstand desselben darin, daß man von den Vorgängen der Sitzungen nach Verlauf mehrer Wochen selten noch eine ganz klare Erinnerung haben werde und daher in Zweifelsfällen eine sichere Entscheidung kaum möglich sei.

Der Herr Vorsitzende bemerkt dazu: Die Versammlung sei bis jetzt nicht der Meinung gewesen, daß die Städteordnung ein Verfahren wie das von Herrn Steinau für erforderlich gehaltene als nothwendig vorschreibe. Soweit seine Erinnerung reiche, sei solches denn auch nie in Uebung gewesen; auch werde es voraussichtlich eine Unmöglichkeit sein, während der Verhandlungen selbst ein irgend befriedigend redigirtes Protocoll herzustellen.

Da die Aeußerung Herrn Steinaus mit dessen Zustimmung von dem Herrn Vorsitzenden als selbstständiger Antrag auf Abänderung des bisherigen Verfahrens aufgefaßt wird, so wird derselbe der Statutencommission überwiesen, und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurde die Wahl der nach dem Reglement vom 31. December 1870 aus der Bürgerschaft zuzuziehenden Beisitzer der Einschätzungscommissionen vorgenommen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 19. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 20. Februar 1873.

Abwesend war und galt für entschuldigt Herr Schöttler.

Zunächst haben Magistrat und Stadtverordnete in gemeinschaftlicher Sitzung an Stelle der zurückgetretenen Herren Hoffschneidermeister Duenstedt und Particulier Ischocke ein Mitglied zur Militärersatz-Commission und einen Stellvertreter desselben zu erwählen.

Die Wahl fällt einstimmig auf Herrn Reck, mit allen Stimmen gegen vier auf Herrn Kloss als Stellvertreter.

Die Verhandlungen der Stadtverordneten eröffnend, bemerkt Herr Haeusler als Vorsitzender, daß in dem zur Genehmigung stehenden Protocoll vom 16. v. M. unter den Mitgliedern der Schulcommission durch einen Druckfehler anstatt Herrn Steinmanns Herr Steinau aufgeführt erscheine.

Herr Steinau macht aufmerksam, daß unter den Mitgliedern der Einschätzungs-deputation für den August- und Steinthordistrict Herr Schöttler ausgelassen und bei Wiedergabe der Interpellation Herrn Bock's eine irrthümliche Ausdrucksweise angewandt sei, indem der Herr Interpellant »seiner Ausschließung« mit keinem Worte Erwähnung gethan sondern nur gefragt habe:

aus welchem Grunde seit Juni v. J. die dritte Wählerklasse im August- und Steinthordistrict unvertreten geblieben und nicht sofort eine Neuwahl angeordnet?

Die Versammlung erachtet diese drei Reclamationen für begründet und verfügt deren Aufnahme in das heutige Protocoll.

Ferner beanstandet Herr Bock, daß die Commission für Wohnrechts- und Heimathssachen nur aus drei Mitgliedern constituirt worden. Da nämlich nach § 4 der Geschäftsordnung die Commissionen beschlußfähig, wenn auf Einladung aller Mitglieder deren drei erschienen sind, so müsse jede Commission, um nicht bei Behinderung eines ihrer Mitglieder in ihren Arbeiten gehemmt zu werden, nothwendig aus mehr als drei Mitgliedern bestehen. Willkürlich von der Geschäftsordnung abzuweichen, sei die Versammlung nicht befugt; doppelt bedenklich aber müsse dergleichen in dem vorliegenden Falle erscheinen, weil es sich bei den Wohnrechtsgesuchen häufig um die wichtigsten Lebensfragen eines Menschen handle, deren Erledigung keinen Aufschub dulde. Demnach beantragt Herr Bock, daß die Commission für Wohnrechtsachen nachträglich ebenfalls auf fünf Mitglieder gebracht werde.

Der Herr Vorsitzende macht bemerklich, daß dies keine Reclamation gegen das Protocoll, welches in dem beregten Punkte ganz richtig darstelle was in der vorigen Sitzung vorgekommen. Gleichwol werde er für sein Theil kein Bedenken tragen, wenn die Versammlung die Frage sogleich zum Austrag bringen wolle. Maßgebend sei bei der in Rede stehenden Anordnung die Meinung gewesen, daß in Folge der neuern Reichsgesetzgebung die Bedeutung der Wohnrechtscommission sich sehr verringert habe, und daher drei Personen für deren Aufgaben ausreichen dürften. Die Geschäftsordnung stehe dem nicht entgegen, da diese über die Mitgliederzahl der Commission nichts vorschreibe.

Herr Graf Görz-Wrisberg führt aus, wie namentlich durch das neue Freizügigkeitsgesetz und die neue Gewerbeordnung des Wohnortsrecht gänzlich aufgelöst, der Wohnsitz ein rein factisches Verhältniß geworden ist: Thatsachen, die demnächst denn auch in einem von der Landesversammlung bereits in Berathung genommenen Landesgesetz zu ausdrücklicher Anerkennung gelangen werden. Sobald dies Gesetz in Kraft trete, werde es sich um Wohnrechtsfragen nur noch in den seltensten Fällen handeln, der fraglichen Commission also ihre frühere Bedeutung in der That nicht mehr beizumessen, und eben der so veränderten Sachlage entspreche die schwächere Besetzung dieser Commission.

Herr Bracke wendet ein, daß solange das alte Heimathsgesetz noch bestehe, die Versammlung ihre Maßnahmen danach treffen müsse. Entgegen der Auffassung Herrn Häusler findet Herr Bracke in dem angeführten Satze der Geschäftsordnung indirect allerdings die Vorschrift enthalten, daß jede Commission mehr als drei Mitglieder haben müsse.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wenn auch ein Verstoß gegen den Wortlaut der Geschäftsordnung nicht vorliege, so müsse doch zugestanden werden, daß eine Commission von nur drei Mitgliedern leicht in die Lage gerathen könnte, längere Zeit hindurch nicht beschlußfähig zu sein. Dieser Gefahr werde im vorliegenden Falle am leichtesten etwa in der Weise zu begegnen sein, daß die Versammlung zur Beschlußfassung über Wohnrechtsgesuche die Anwesenheit von zwei Commissionsmitgliedern für ausreichend erkläre.

Herr Bock beharrt bei seinem Antrage, da bei der Wichtigkeit der Wohnrechts-

gesuche deren Vorbesprechung unter allen Umständen eine größere Anzahl von Commissionsmitgliedern erfordere.

Herr Peters kann die Frage, ob die Geschäftsordnung verletzt sei, ebenfalls nur verneinen, die entgegengesetzte indirecte Schlussfolgerung nicht für richtig halten: wäre die Absicht gewesen, daß die Commissionen in allen Fällen aus mehr als drei Mitgliedern gebildet werden sollten, so würde dies in dem angezogenen Paragraphen unzweifelhaft mit klaren Worten ausgesprochen sein. In den Verhältnissen nun, unter denen sich die Versammlung für Verminderung der Wohnrechtscommission entschieden habe, sei inzwischen keine Aenderung eingetreten, welche die Aufhebung dieses Beschlusses rechtfertigen könnte, im Gegentheil schwinde die Aufgabe jener Commission immer mehr zusammen. Ueberflüssige Kräfte darauf zu verwenden, verbiete sich aber schon aus billiger Rücksicht auf die ebenso stetig zunehmende Arbeitslast der übrigen Commissionen, deren mehrere einer Entlastung dringend bedürftig. Bevor sich also keine Unzuträglichkeit der einmal getroffenen Einrichtung herausstelle, werde es füglich dabei zu belassen sein.

Bei der hierauf eintretenden Abstimmung wird eine Vermehrung der Wohnrechtscommission von der Versammlung abgelehnt.

Zur Tagesordnung übergehend

I. erklärt auf einen Magistratsantrag vom 11. d. M., über welchen namens der Statutencommission der Herr Vorsitzende berichtet, die Versammlung sich einverstanden, daß dem Wollgarn-Fabrikanten Geo. Christian Boman aus Celle, nachdem derselbe die hiesige Messe leztthin zum hundertsten Male bezogen hat, zum Zeichen der Theilnahme an diesem freudigen Ereigniß das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen werde.

Sodann wird

II. die am 16. Januar von Herrn Bock eingebrachte Interpellation:

»Aus welchem Grunde ist, entgegen der Bestimmung in § 41 der revidirten Städteordnung die dritte Wahl-Classe im August- und Steinthordistrict seit Juni v. J. unvertreten geblieben und nicht sofort eine Neuwahl angeordnet?«

von Herrn Oberbürgermeister Caspari folgendermaßen beantwortet. Nach Eintritt der in Frage stehenden Vacanz sei nächste Aufgabe des Magistrats gewesen, die Wählerlisten der beiden Districte neu aufstellen zu lassen. Diese Arbeit sei im Laufe des Monats August beendet worden, worauf dann in Gemäßheit von § 32 der St.-O. die Listen vierzehn Tage lang wären auszulegen gewesen und sonach der Wahltermin keinesfalls vor Sept. v. J. hätte angesetzt werden können. Da nun die ordnungsmäßige Amtsdauer Herrn Bock's zu Ende v. J. ablief, im October also eine zweite Ersatzwahl hätte stattfinden müssen, habe es dem Magistrate nicht angemessen erscheinen können, die Wähler für den kurzen Rest des Jahres zu der Versäumnis an ihren Berufsgeschäften zu nöthigen, welche eine Wahlhandlung mit sich bringe. Formell sei der Magistrat zu diesem Verfahren durchaus berechtigt gewesen, da § 41 der St.-O. für die ausnahmsweise vorzunehmenden Wahlen eine bestimmte Frist nicht

stelle; auch sei schon bei früheren Gelegenheiten in gleicher Weise vorgegangen, ohne daß dagegen von irgend einer Seite Einsprache erhoben wäre, wie denn z. B. Herr Boß selbst an Stelle des 1870 im April verstorbenen Herrn Rischbieter erst im October jenes Jahres gewählt und zu Anfang des Jahres 1871 in die Versammlung eingetreten.

Auf die Anfrage Herrn Brackes: ob es nicht erforderlich, eine weitere Discussion über den Gegenstand zu eröffnen?

erwidert der Herr Vorsitzende, daß es dazu eines besondern Antrags bedürfe, da die Geschäftsordnung eine derartige Nöthigung nicht enthalte, eine Interpellation auch durch die Beantwortung erledigt sei.

Weiter

III. richtet Herr Bracke an den Magistrat folgende Anfragen:

- 1) Wie geht es zu, daß bei den letzten Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung eine so bedeutende Anzahl von wahlberechtigten Bürgern nicht in den Listen stand, während doch der § 20 der rev. St.-D. vorschreibt, daß die Listen der Bürger, Markgenossen u. s. w. seitens des Stadtmagistrats stets vollständig erhalten werden sollen, nach § 32 derselben auch nur diejenigen Bürger nicht in die Wahllisten aufzunehmen sind, deren Bürgerrecht ruhet, endlich doch auch nicht angenommen werden kann, daß die Steuerlisten in gleicher Unvollständigkeit ausgefertigt seien?
- 2) Sind bei denselben Wahlen die Vorschriften des § 31 der rev. St.-D., die Bildung der drei Wahlklassen nach der Communalsteuer betreffend, beobachtet?

Zur Motivirung der ersten Frage macht Herr Bracke folgende Zahlenangaben. Im August- und Steinhordistricte waren eingeschrieben 1496 Wähler; gewählt haben 543, zurückgewiesen wurden wegen rückständiger Steuern 3, wegen Fehlens in den Listen 55. Sonach kamen auf 546 eingeschriebene Wähler 55 nicht eingeschriebene, also etwa 10%, was für die Gesamtwählerschaft 150 ergibt. Noch ungünstiger stellte sich das Verhältniß in dem Wenden- und Petrihordistricte: hier wurden bei 647 abgegebenen Stimmen nicht weniger als 71 oder 11% der eingeschriebenen Wähler abgewiesen. Der Sachverhalt im Hohen- und Steinhordistricte ist dem Redner nicht bekannt geworden. Jedenfalls aber, fährt derselbe fort, sei jener nachgewiesene Ausfall so bedeutend, daß er sich aus flüchtiger Aufstellung der Listen nicht erklären lasse, diese Flüchtigkeit müßte denn ganz unverantwortlich groß gewesen sein. Begreiflich daher, daß in manchen Kreisen selbst der Argwohn rege geworden, als habe dabei eine bewusste Absicht gewaltet. Nun sei zwar richtig, daß der Magistrat die Listen nicht selbst anfertige; da aber für deren Herstellung nach der Städteordnung doch der Magistrat Sorge zu tragen habe, so werde dieser auch die Verantwortlichkeit für die bezeichneten Mängel auf sich nehmen müssen, und mit gutem Rechte werde unter den dadurch Geschädigten die Klage laut, daß die Behörde sie wohl zu finden wisse, wenn es sich um die Beitreibung von Steuern handle: warum also nicht auch dann, wenn ihr Wahlrecht in Frage stehe. — In Betreff der zweiten Frage führt Herr Bracke aus: Nach § 31 der St.-D. seien die wahlberechtigten Bürger nach ihren Communalsteuerbeträgen derart in drei gleiche Klassen zu theilen, daß in jeder ein Drittel der

gedachten Steuern repräsentirt werde. Nun liege der gegenwärtigen Eintheilung eine Berechnung zu Grunde, welche schon vor längerer Zeit angestellt worden, und da sich inzwischen die thatsächlichen Verhältnisse wesentlich geändert haben, jener gesetzlichen Bestimmung nicht mehr entspreche. Daher erscheine denn eine neue Normirung unumgänglich geboten. Allerdings werde solche seiner Ueberzeugung nach darauf hinauslaufen, daß die dritte Wählerklasse an Umfang noch beträchtlich zunehme. Allein eben hierdurch müsse mehr und mehr zur Anschauung kommen, wie wenig Wähler die erste und zweite Klasse, wie ganz unverhältnißmäßig viel die dritte umfasse, eine Erkenntniß, auf deren Durchgreifen er die Hoffnung gründe, die öffentliche Meinung von der Gerechtigkeit des allgemeinen gleichen Wahlrechts überzeugt zu sehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Die Ungenauigkeit der Wahllisten werde auch vom Magistrat anerkannt und vielleicht in keinem andern Kreise peinlicher empfunden, da sich die Unzufriedenheit der zurückgewiesenen Wähler natürlich in erster Linie immer gegen die Magistratsmitglieder richte, welche als Wahlcommissäre fungiren. Der ganz unbegreiflichen Annahme, jene Uebelstände könnten aus irgend welcher unlautern Absicht künstlich geschaffen sein, brauche er wohl nicht erst noch ausdrücklich zu widersprechen. Formell treffe den Magistrat kein Vorwurf, da die Listen während der vorgeschriebenen Reclamationsfrist öffentlich ausgelegt gewesen; auch seien Irrthümer gerade in Betreff der dritten Wählerklasse, innerhalb deren ein sehr häufiger Wechsel der Wohnungen und Beschäftigungen stattfinde, sehr wohl zu entschuldigen. Dennoch aber habe sich der Magistrat bereits mit der Frage beschäftigt, wie der Verkehr ähnlicher Uebelstände vorzubeugen sei; es sei die Anordnung getroffen, die mangelhaften Bürgerrollen möglichst zu vervollständigen, und ein Bureauarbeiter ausdrücklich beauftragt, nach diesen die Steuerrollen fortlaufend in Ordnung zu halten und alle Jahr um Ostern, einerlei ob Wahlen bevorstehen oder nicht, vollständige Wählerlisten aufzustellen, bzw. dieselben zu revidiren. Dazu werde ferner auch in den Hausbüchern, welche künftig bei der Stadt geführt werden müssen, um danach die Seelenlisten zu controliren, noch ein weiterer Anhalt gewonnen werden. Komme dann endlich noch die ebenfalls beantragte Veröffentlichung der Wählerlisten hinzu, so scheine ausreichende Gewähr geboten zu sein, Mängel wie die in Rede stehenden, wenn auch nicht gänzlich auszuschließen, so doch auf ein Minimum zu reduciren. Hinsichtlich des zweiten Theiles der Interpellation macht Herr Oberbürgermeister Caspari darauf aufmerksam, wie zwischen den Zahlen der Steuerpflichtigen und der Wähler namentlich innerhalb der dritten Klasse immer ein auffälliger Unterschied statt finden werde, da gerade diese Klasse sehr viel Wittwen und Fremde einschließe, welche als solche nicht wahlberechtigt. Allerdings aber scheine diese Differenz zur Zeit unverhältnißmäßig groß zu sein, und werde der Magistrat daher Anlaß nehmen, die Steuerbeträge der eingetragenen Wähler und danach den Umfang der einzelnen Klassen nochmals genau feststellen zu lassen.

Hierauf

IV. berichtet namens der Statutencommission der Herr Vorsitzende, daß zufolge eines Magistratschreibens vom 12. d. M. der Bildhauer Herr Adolf Breymann in Dresden an das Committee zur Errichtung eines Brunnenstandbildes auf dem Hagenmarkte die Bitte gerichtet hat, die nach seinem Modell vom Prof. Howaldt ge-

goffene Statue Heinrichs d. E. zur Weltausstellung nach Wien schicken zu dürfen. Da das Werk bereits der Stadt als Eigenthum überwiesen ist, hat das Committee dieses Gesuch an den Magistrat abgegeben, welcher seinerseits dasselbe zur Entscheidung der Stadtverordneten glaubt vorstellen zu müssen. Kosten werden aus der Versendung für die Stadt nicht erwachsen; auch hat Herr Breymann auf den Fall, daß die Statue beim Transport etwa beschädigt würde, sich verpflichtet, auf seine Kosten einen neuen Bronceguß herstellen zu lassen. Unter diesen Umständen ist der Magistrat und ebenso die Commission der Ansicht, daß dem Künstler die Genugthuung, sein Werk in weiteren Kreisen zur Darstellung zu bringen, nicht wohl ver sagt werden könne.

Dem gemäß wird das Gesuch auch von der Versammlung genehmigt.

V. Auf Grund eines Magistratschreibens vom 3. Febr. d. J. trägt namens der Statutencommission Herr Peters vor, daß der Maurer Peters hieselbst sich weigert, die für seinen unterstützungsbedürftig gewordenen Sohn von den Stadtbehörden zu Stralsund und Charlottenburg aufgewandten und seitens der hiesigen Stadt ersetzten Kosten zum Gesamtbetrage von 5 R 6 S wieder zu erstatten, obschon er dazu, wie sich herausstellt, sehr wohl im Stande ist. Um das Princip zu wahren, hält der Magistrat für geboten, seinen Anspruch gegen den Maurer Peters in Gemäßheit von § 33 des Gesetzes vom 5. Juni 1871 über die Ausführung des Bundesgesetzes vom 6. Juni 1870, den Unterstützungswohnsitz betr., im Wege des Processes geltend zu machen,

wozu die Versammlung beantragter Maßen ihre Zustimmung ertheilt.

VI. Während in dem diesjährigen Etat der Gemeindeschulkasse die Gehalte der übrigen Pedelle an den mittleren und unteren Bürgerschulen auf 200 R erhöht sind, ist der Gehalt des Pedells der neuen Bürgerschule am Sandwege wie früher mit 170 R in Ansatz gebracht, weil das dortige Local einstweilen nur für einzelne Classen der erst in ihrer Organisation begriffenen dritten mittlern Bürgerschule benutzt wird, und demnach der Dienst an dieser Stelle seinen Mann noch nicht ganz in Anspruch zu nehmen schien. Inzwischen hat aber der Schuldirector zur Anzeige gebracht, daß acht Classen der neuen Schule bereits eingerichtet sind, zwei neue Classen von Ostern ab hinzukommen und dann die Dienstgeschäfte des Pedells hier denselben Umfang haben werden wie an den andern Schulen gleicher Ordnung. Unter diesen Umständen wird einem Magistratsantrage vom 12. d. M. gemäß auf den durch Herrn Graf Görk-Wrisberg erstatteten Bericht der Finanzcommission beschlossen, den Gehalt dieses Pedells vom 1. Januar an ebenfalls auf 200 R zu erhöhen.

Ferner

VII. berichtet namens der Statutencommission Herr Peters über den am 16. Januar eingebrachten Antrag der Herren Steinau, Bock und Bracke:

daß der Magistrat ersucht werde, bei künftigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung neben dem in § 32 der rev. St.-O. vorgezeichneten Verfahren die Wählerlisten nach dem Buchstaben und Wahlbezirk, auch solange das Klassenwahlgesetz besteht nach den Klassen geordnet, durch

die hiesigen Anzeigen zu veröffentlichen und eine Frist von vierzehn Tagen zu Reclamationen gegen Unrichtigkeiten festzusetzen.

Die Commission erkennt nicht, daß bei Aufstellung der Wählerlisten vielfach Irrungen vorgekommen sind, welche bei der schnellen Zunahme der Stadt allerdings wohl zu entschuldigen seien und ganz wohl niemals werden zu vermeiden sein. Durch die beantragte Maßnahme aber werde wenigstens dagegen Vorkehrung getroffen werden, daß diejenigen Wähler, denen es etwa an Zeit mangle aufs Stadthaus zu gehen und nachzusehen, ob ihre Namen in den Listen aufgeführt sind, darin übergangen werden. Zwar werde die Veröffentlichung der Wählerlisten nicht ganz unerhebliche Ausgaben verursachen; da diese indeß einem sehr wichtigen Zwecke des communalen Lebens diene, so könne sie zu einem Bedenken keinen Anlaß geben. Indem daher die Commission den Antrag zur Genehmigung empfehle, habe sie nur noch den lebhaften Wunsch hinzuzufügen, daß alle Wahlberechtigten von dem somit gebotenen Mittel zu fortlaufender Berichtigung der Listen möglichst ausgiebigen Gebrauch machen mögen.

Herr Steinau hebt noch hervor, daß ein Hauptzweck seines Antrags der sei, den Wählern eine Menge unnützer Wege zu ersparen, und daß mit Rücksicht auf den dadurch erzielten Zeitgewinn der Wähler die Kosten des Verfahrens vollends nicht in Betracht kommen können.

Herr von Seckendorf beantragt, daß die Vorlage nochmals an die Commission zurückverwiesen werde, um in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, mit den Namen der Wähler zugleich auch deren Steuerbeträge zu veröffentlichen.

Der Herr Vorsitzende hält dafür, daß diese Frage besser bei den bevorstehenden Verhandlungen über das Reglement wegen Erhebung der Steuern anknüpfen werde, und giebt demnach anheim, den bezüglichlichen Antrag bis dahin zu verschieben.

Einige von dem Herrn Vorsitzenden und Herrn Oberbürgermeister Caspari geltend gemachte redactionelle Bedenken finden ihre Erledigung durch folgende Fassung des vorliegenden Antrages:

daß der Magistrat versucht werde, bei künftigen regelmäßigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung gleichzeitig mit dem in § 32 der rev. St.-O. vorgezeichneten Verfahren die Wählerlisten nach den Buchstaben, Wahlbezirken und Wahlklassen geordnet, durch die hiesigen Anzeigen zu veröffentlichen;

in welcher Fassung derselbe hierauf von der Versammlung genehmigt wird.

VIII. Bei Berathung des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1870—72 wurde in der Landesversammlung eine Mehrausgabe für vier in hiesiger Stadt neu anzustellende Polizeiergeanten beanstandet und darauf angetragen, daß dieselbe abgesetzt und der Stadt Braunschweig auferlegt werde; nach längerer Verhandlung dann aber beschlossen: Herzogl. Staatsministerium zur Erwägung der Frage aufzufordern, ob in der Folge nicht ein Theil der Kosten für die Ortspolizei von der Stadt Braunschweig zu übernehmen sei. In Folge hiervon zu einer berichtlichen Äußerung aufgefordert, hat der Magistrat zunächst im Stadtarchive nachforschen lassen, ob wegen Uebernahme jener Kosten seitens der Stadt etwa bei deren Unterwerfung im Jahre 1671 oder bei Ausscheidung des kleinen Stadtärars im Jahre 1684 irgendwie Ber-

abredung getroffen oder Zusicherungen ertheilt seien, oder ob und was die älteren Stadtkassenrechnungen über diesen Gegenstand ergeben — Nachforschungen, die nach dem Berichte des Stadtarchivars zu dem Ergebniss geführt haben, daß zwar eine Zusicherung, wonach die Stadt von Beiträgen zu den Kosten der Polizeiverwaltung rechtlich befreit wäre, nicht nachweislich ist, dagegen aber feststeht daß die Stadt dazu nie beigetragen hat und namentlich jede Vermehrung der Ausgaben für die Polizei stets vom Staate getragen ist. Nähere Auskunft würden vielleicht gewisse Acten des vormaligen »Fürstlichen Polizeidepartements« ergeben; doch sind diese in der bezüglichen Registratur nicht mehr vorhanden und alle Bemühungen des Magistrats, dieselben bei anderen Behörden aufzufinden, vergeblich gewesen. Die Stadtkassenrechnungen aus der Zeit nach der westphälischen Occupation lassen nur ersehen, daß seitdem aus städtischen Mitteln für die Polizeiverwaltung factisch nichts gezahlt ist; über die rechtliche Befreiung der Stadt aber liefern auch sie keinen Nachweis. Bei den Verhandlungen sowohl über das Interimisticum vom Jahre 1832 als auch über den definitiven Vertrag vom 1./10 August 1858 ist hinsichtlich der Kosten für die hiesige Polizeiverwaltung nichts vorgekommen und konnte hierüber auch nichts vorkommen, sofern es sich beide Mal nur um eine Auseinandersetzung über die städtischen Güter und Gerechtsame handelte.

Unter diesen Umständen hat der Magistrat bei Herzoglichem Staatsministerium nur geltend machen können, daß einmal schon in der seit Uebergang der Polizeiverwaltung an eine fürstliche Behörde thatsächlich bestehenden Befreiung der Stadt von jeder Beitragsverpflichtung ein Grund liegt, sie davon auch künftig frei zu lassen, daß dem sodann aber auch Rechtsgründe zur Seite stehen, und zwar, abgesehen von der Verjährung; in verschiedenen Bestimmungen der neuen Gesetzgebung, insbesondere des Gesetzes vom 19. März 1850 *Nr.* 25. Dieses Gesetz bestimmt, daß die Polizei in hiesiger Stadt von einem landesherrlichen Beamten verwaltet und diesem von der Landesregierung die erforderlichen Hilfs- und Unterbeamten beigegeben werden sollen; bei Berathung desselben in der Landesversammlung hat der Commissionsreferent ausdrücklich bemerkt, daß die Kosten der Polizeiverwaltung in hiesiger Stadt aus der Staatskasse zu bestreiten seien, solange jene Einrichtung bestehe, und ist gegen diese Aeußerung damals weder aus der Mitte der Landesversammlung noch seitens des Herzogl. Staatsministeriums ein Widerspruch erfolgt. Dem entsprechend sind denn auch ohne jede Mitwirkung der städtischen Behörden die Gehalte der Polizeibeamten festgestellt, deren Zahl nach Bedarf vermehrt und alle Kosten der Polizeiverwaltung aus der Staatskasse bewilligt und bestritten, worin dadurch keine Aenderung eintreten kann, daß jene Kosten im Laufe der Zeit gestiegen sind und noch steigen werden.

Dem gegenüber hat dann Herzogliches Staatsministerium ausgeführt, daß nach der obwaltenden Sach- und Rechtslage die Entscheidung der vorliegenden Frage durch Gesetz getroffen werden könne, die Uebnahme jener Kosten auf die Stadtkasse aber um so billiger erscheine, als dieselben von anderen Städten unter gleichen Verhältnissen auch getragen werden müssen, die hiesige Polizeiverwaltung aber bei der stetigen Ausdehnung ihrer Wirksamkeit immer höher steigende Ausgaben verursache. Hieran war die Forderung geknüpft, daß die Stadt sich zu einem Kostenbeitrage bereit erkläre, der für jetzt auf 4000 *ℳ* jährlich zu bestimmen sei.

Die Zulässigkeit einer Aenderung des Bestehenden im Wege der Gesetzgebung

kann nicht bestritten werden. Auch legt die Ungunst, mit der von vielen Seiten die vermeintliche Begünstigung der Stadt angesehen wird, die Befürchtung nahe, daß bei gänzlicher Weigerung der Stadt die Ordnung des Verhältnisses leicht noch in ungünstigerer Weise erfolgen könne, besonders da in anderen deutschen Städten, in denen die Polizeiverwaltung ebenfalls durch einen landesherrlichen Beamten geführt wird, von den Städten selbst weit erheblichere Beiträge geleistet werden müssen. Andererseits läßt aber gerade der Umstand, daß die fortschreitende Ausdehnung und zunehmende Bevölkerung der Stadt die Ausgaben für Polizeizwecke fort und fort steigern wird, die Annahme der Proposition, 4000 R »für jetzt« beizutragen bedenklich erscheinen, da dieser Betrag gerade die Kosten deckt, welche die jetzt beabsichtigte Anstellung von zwölf neuen Polizeisergeanten verursacht und somit zu besorgen war, daß ein höherer Beitrag gefordert werden würde, wenn neue Kosten entstünden.

Unter Vorbehalt der Genehmigung seitens der Versammlung hat daher der Magistrat an Herzogliches Staatsministerium den Vorschlag gelangen lassen, daß entweder die Stadt einen jährlichen Beitrag von 4000 R leiste, diese Summe aber als Firum betrachtet werde, welches fortbestehe bis etwa die Localpolizei an die Stadt abgetreten werde,

oder diejenige Summe, welche die Landesregierung am 31. December 1872 für die hiesige Polizei verausgabte, als ein derselben zur Last fallendes Principium zu betrachten, die später entstehenden Mehrausgaben aber zur Hälfte von der Regierung, zur Hälfte von der Stadt zu tragen seien, das Nachtwachenwesen mit der Polizei vereinigt werde, zu dessen Unterhaltung die Stadt dann ein Principium von 3000 R jährlich zu leisten habe, während etwaige Mehrausgaben wiederum je zur Hälfte von der Stadt und der Regierung würden zu tragen sein.

Außerdem hat der Magistrat noch den Wunsch ausgesprochen, der Stadt vertragsmäßig einen gewissen Einfluß auf die Polizeiorganisation gesichert zu sehen.

Zufolge Rescripts vom 18. d. M. ist Herzogl. Staatsministerium auf den ersten jener Vorschläge eingegangen. In Betreff des letztern Anliegens ist ein Bescheid dahin erfolgt, daß Wünsche der städtischen Behörden rücksichtlich der Organisation des Polizeiwesens thunlichst Berücksichtigung finden werden, vertragsmäßig aber ein bestimmender Einfluß derselben der möglichen Differenzen wegen und weil die Regierung sich eben doch die endliche Entscheidung immer vorbehalten müsse, nicht könne zugesichert werden.

Der Ansat für die hiesige Ortspolizei, welcher nach dem Etat für die verflossene Finanzperiode jährlich 17,955 R betrug, ist für das laufende Triennium zu 25,526 R angenommen. Wenn nun auch die Mehrausgabe, und zwar größtentheils durch Gehalts-erhöhungen, bereits am Ende vorigen Jahres eingetreten ist, vielleicht also die Stadt sich augenblicklich bei Annahme der zweiten Proposition besser stehen möchte, so wird dieses sich doch binnen kurzem anders gestalten, da eine anhaltende Steigerung der Kosten hiesiger Polizei mit Sicherheit vorausszusehen ist. Eine bestimmte Zusicherung rücksichtlich der Einwirkung der Stadt auf die Organisation und Verwaltung der Polizei wird nicht zu erlangen sein, und legt hierauf der Magistrat auch keinen großen Werth, da allerdings doch Herzogl. Landesregierung sich die endliche Entscheidung über diesseitige Anträge immer vorbehalten mußte. Uebrigens wird vorausgesetzt daß die Be-

sorgung der Steuerzettel und die Controle der Nachtwachen der Polizei künftig ver-
tragsmäßig werden auferlegt, die bisher für diese Dienstleistungen städtischer Seits
gezahlten Gratificationen von 300 und 150 R also wegfallen werden.

Unter dieser Bedingung giebt demnach der Magistrat in einem Schreiben vom
30. Januar der Versammlung anheim ihn zur Annahme der Proposition Herzoglich-
cher Landesregierung zu ermächtigen.

Namens der Statutencommission berichtet über diesen Antrag Herr Graf Görz-
Brisberg. Derselbe stellt zunächst in kurzen Umrissen dar, wie die Polizeiverwal-
tung in hiesiger Stadt nach deren Unterwerfung im J. 1671 zunächst in alter Weise
vom Magistrate versehen wurde, etwa seit Mitte des vorigen Jahrhunderts aber in
Folge der Hieherverlegung des fürstlichen Hofhalts und unter der Einwirkung verän-
deter staatswissenschaftlicher Theorien wesentliche Umgestaltungen erfuhr, als »Fürst-
liches Polizeidepartement« mit dem Magistrate zwar noch in einem gewissen äußern
Zusammenhange blieb, dabei aber sich doch mehr und mehr aussonderte, bis sie schließ-
lich in westphälischer Zeit von der städtischen Verwaltung völlig getrennt und eine
reine Regierungsbehörde wurde; wie dieser Entwicklung entsprechend denn auch für die
Kosten der Polizeiverwaltung anfangs das städtische Aerar aufkam, nachher aber zu-
erst die Mehrausgaben für die neuen Einrichtungen und bald die Ausgaben für Po-
liceizwecke insgesammt auf Staatskassen angewiesen wurden, und wie diese Verhält-
nisse bis in die neueste Zeit beibehalten sind und namentlich durch das Gesetz
vom 2. März 1820 und vom 19. März 1850 ihre rechtliche Sanction empfangen
haben. Folge hieraus nun einerseits, daß die Stadt bisher von jedem Beitrage zu
den Kosten der eigentlichen Polizeiverwaltung thatsächlich frei gewesen, und seien diese
Kosten demgemäß auch bis auf die im Jahre 1870 erfolgte Beanstandung von der
Landesversammlung wie von den frühern Ständen fort und fort aus Staatsmitteln
verwilligt, so lasse andrerseits sich doch nicht verkennen, daß ein bestimmter Rechts-
titel privatrechtlicher Natur für jene Befreiung sich nicht werde erbringen lassen. An-
gesehen dieser Rechts- und Sachlage nun sei die Majorität der Commission der Ansicht
geworden, daß es sich empfehlen werde, auf den Magistratsantrag einzugehen, während
ein Mitglied der Commission, Herr Braße, die entgegengesetzte Meinung vertrete.
Die Majorität gehe dabei von der Erwägung aus, daß innerhalb der Landesversamm-
lung mit großem Nachdruck geltend gemacht werde, es spreche der Gerechtigkeit
gegen die übrigen Städte des Landes nicht, wenn die Stadt Braunschweig allein der
bisherigen Befreiung theilhaft bleibe, zumal da diese Stadt in zunehmender Ausdeh-
nung begriffen sei, ihre Polizeiverwaltung daher immer größere Mittel in Anspruch
nehme, daß bei solcher Stimmung aber, falls die Stadt den proponirten Vergleich
ablehnte, die Landesversammlung bei Herzoglicher Staatsregierung voraussichtlich auf
eine gesetzliche Neuordnung dieser Verhältnisse dringen, Herzogliche Landesregierung
dem Folge geben und diese Wendung für die Stadt aller Wahrscheinlichkeit nach einen
weit ungünstigern Ausgang nehmen würde, als das jetzt in Aussicht stehende Abkom-
men, wonach die Stadt ein für alle Mal und ohne Rücksicht auf eine mögliche Stei-
gerung der Kosten einen bestimmt bemessenen und übersehbaren Beitrag auf sich neh-
men solle. Das Minoritätsvotum, welches Herr Braße ohne Zweifel ausführlicher
begründen werde, fuße hingegen darauf, daß die Stadt dringenden Anlaß habe zu
wünschen, die Localpolizei in eigene Hand zu nehmen, und daß, wenn dies auch zur

Zeit noch nicht zu erreichen stehe, die jetzige Vorlage doch eine Handhabe dazu biete, welche man selbst um den Preis eines größern Opfers nicht unbenutzt lassen dürfe.

Nachträglich bringt Herr Oberbürgermeister Caspari zur Kenntniß, daß Herzögl. Landesregierung die seitens des Magistrats vorausgesetzte Uebernahme der Remunerationen von 300 und 150 M nachträglich auf das bestimmteste abgelehnt habe, und zwar nicht sowohl des Geldpunctes wegen, sondern lediglich um des Princip's willen, sofern es sich dabei um Dienstleistungen handle, welche entschieden den städtischen Behörden obliegen, die Abwälzung derselben auf die Polizeiverwaltung also, abgesehen davon ob solche gesetzlich zulässig, leicht zu einer Verwischung des wahren Sachverhalts führen könnte. Von jener Bedingung werde daher abzusehen sein; doch sehe der Magistrat hierin keineswegs einen Grund die ganze Vorlage abzulehnen, welche vielmehr immer noch sehr annehmbar erscheine.

Die Discussion eröffnet

Herr Bracke mit einer ausführlichen Entwicklung der Gründe seines abweichenden Votums. Habe sich die Majorität der Commission wesentlich durch Zweckmäßigkeitsrücksichten bestimmen lassen, so trete für ihn die Rechtsfrage in den Vordergrund. Aus den Acten habe auch er die Ueberzeugung gewonnen, daß im Laufe des vorigen Jahrhunderts nach und nach die gesammten Kosten für die Polizeiverwaltung auf Staatskassen übernommen und diese Abmachungen denn auch bei Abschluß des Interimisticums von 1832 sowohl als des definitiven Vertrages vom Jahre 1858 maßgebend gewesen seien, wenschon dieser Punkt damals nicht ausdrücklich zur Sprache gekommen. Für rechtsbegründet und wenigstens indirect zugestanden werde daher gelten müssen, daß, solange die Polizei in den Händen der Regierung, diese auch die Kosten dafür zu tragen habe. Immerhin möge dieser Rechtstitel sich im Wege des Processus nicht durchsetzen lassen, aber nicht darum handle es sich zunächst, sondern um die Frage, ob die Stadt überhaupt ein gutes Recht besitze oder nicht. Hinzukomme dann noch, worauf schon der Magistrat hingewiesen, daß wer einen Beamten anstelle, ihn vernünftiger Weise auch bezahle. Habe also die Landesregierung ein Interesse daran, die Polizeiverwaltung nicht der Stadt zu überlassen, so werde es, ganz abgesehen von der Rechtsfrage, nicht mehr als billig sein, daß sie allein die Kosten trage. Wenn ferner die Landesregierung die Ortspolizei in hiesiger Stadt einrichte, so werde damit diese, die eigentlich von der Commune ausgeübt werden sollte, jeder Einwirkung der städtischen Behörden entzogen, fremde Interessen werden möglicherweise die allein maßgebenden und die Folgen hiervon Uebelstände sein, welche die Stadt gelegentlich schwer empfinden dürfte. Und doppelt gegründet erscheine solche Besorgniß einer Behörde gegenüber, welche sich nicht immer streng an das Gesetz gebunden fühle, wie dies z. B. deren Verfahren bei der Abführung des Redners und anderer Socialdemokraten nach der Weste bögen, ihre wiederholten Eingriffe in das Versammlungsrecht, ihre häufigen Maßnahmen gegen ein hiesiges Oppositionsblatt beweisen. Um gar Manches in polizeilichen Dingen dürfte es hier in der That besser stehen, wenn die Stadt selbstständig ihre Anordnungen treffen könnte. Für eine Behörde aber, auf deren Einrichtung und Wirksamkeit man keinerlei Einfluß habe, städtische Gelder zu verwilligen, würde vollends nicht sachgemäß sein. In Uebereinstimmung mit diesem allen übernehme denn auch

die neuere Gesetzgebung die Kosten für hiesige Polizeiverwaltung auf die Staatskasse; als deswegen im Jahre 1848 in der Landesversammlung eine Anfrage gestellt worden, habe der damalige Kreisdirector von Honhorst dies ausdrücklich als selbstverständlich bezeichnet. Dem gegenüber könne die augenblickliche Stimmung der Landesversammlung nicht maßgebend erscheinen. Sollte letztere ein Gesetz vereinbaren, welches der Stadt einen Kostenbeitrag aufbürdete, so würde man sich allerdings darein finden müssen. Einstweilen jedoch könne Redner sich der Hoffnung noch nicht entschlagen, daß die Rechtsgründe, welche der Landesversammlung eben noch nicht bekannt gewesen, als dieselbe eine Prüfung der Frage beantragt, in Verbindung mit all den übrigen Rücksichten der Billigkeit ihren Eindruck nicht verfehlen, sondern die Landesversammlung bestimmen werde, eine auf Abänderung des bisherigen Verhältnisses zielende Regierungsvorlage abzulehnen. Und so sei er denn auch von der Zweckmäßigkeit des commissionsseitig empfohlenen Abkommens noch keineswegs überzeugt. Weiter erwähnt Redner, daß die Polizeistrafgelder, welche nach dem Gesetze vom J. 1850 in die städtische Armenkasse fließen sollten, durch Ministerialrescript der Staatskasse überwiesen worden, weil der Staat die Polizei bezahle. Er wolle für jetzt dahin gestellt sein lassen, ob nicht auf Grund jenes Gesetzes die Rückzahlung der so der Stadt entzogenen Beträge gefordert werden müßte. Jedenfalls aber sei es angesichts dieses Factums noch weniger zu begreifen, wie man der Stadt einen Beitrag zu den Kosten der Polizeiverwaltung zumuthen könne. Redner stellt schließlich nochmals den Grundsatz auf, daß Zweckmäßigkeitsrücksichten nicht entscheiden dürfen, wo es sich um ein Recht, wenn auch nur um ein vermeintliches, handle.

Herr Overbürgermeister Caspari berichtigt zunächst die Angabe des Herrn Vorredners hinsichtlich der Polizeistrafgelder als auf einem Mißverständnisse von § 6 des Gesetzes von 1850 beruhend. Hier nämlich sei von solchen Geldstrafen die Rede, die bis zur Höhe von 3 fl von der Polizei angedroht werden können, während das angezogene Ministerialrescript sich auf die von den Gerichten zu erkennenden Strafen für Polizeivergehen beziehe. Auf die Hauptfrage eingehend, resumirt Herr Overbürgermeister Caspari die Sachlage dahin, daß es auf der einen Seite billig erscheinen müsse, in den von langer Zeit her bestehenden Verhältnissen keine Aenderung eintreten zu lassen, daß hierfür aber eben nur Billigkeitsgründe, nicht ein processualisch durchzuführen des Recht geltend zu machend seien. Andererseits könne nun zwar Regierung und Landesversammlung ebensowenig, etwa auf bestimmte Ansprüche gestützt der Stadt einen bestimmten Beitrag ohne weiteres decretiren; ein anderes jedoch sei, ob nicht ein Gesetz könne erlassen werden, welches jenen Factoren die Befugniß hierzu ertheile. Könnte man Documente vorbringen, die ein Recht der Stadt auf Befreiung von derartigen Leistungen auswiesen, so würden dieselben auch jener Eventualität gegenüber geltend zu machen sein. Da man sich aber lediglich auf ein Herkommen zu berufen habe, so werde dem flüchtig entgegengehalten werden, daß was auf Herkommen und Gesetz beruhe durch ein Gesetz auch zu ändern stehe. Daß aber eine Regelung dieser Angelegenheit im Wege der Gesetzgebung keinesfalls günstiger für die Stadt ausfallen werde als der proponirte Vergleich, leide bei den in der Landesversammlung vorherrschenden Auffassungen keinen Zweifel. Und so stehe denn, was allerdings auch der Magistrat als eine harte Zwangslage empfinde, nur die Wahl zwischen einem größern und einem kleinern Uebel frei. Der Grundsatz sodann, daß wer eine Einrichtung treffe, auch deren Kosten trage, sei privatrechtlich allerdings ganz richtig. Allein zwischen privaten und öffentlichen Dingen bestes

eben ein Unterschied. Halte eine Regierung für zweckmäßig, in einer Stadt die Localpolizei von Staats wegen verwalten zu lassen, so schließe die Befugniß hierzu keineswegs das Recht aus, die Stadt an ihrem Theile zu den Kosten heranzuziehen, wie das denn auch in anderen Ländern vielfach geschehe. Eine derartige Einrichtung nun habe Manches für und Manches wider sich. Gelegentliche Conflictte staatlicher und kommunaler Interessen werde man dabei allerdings in den Kauf nehmen müssen, wohin freilich Vorfälle wie die von Herrn Bracke angeführten nicht zu rechnen, da dergleichen ja Sache der politischen Polizei, welche unter allen Umständen von der Ortspolizei getrennt bleibe. Ebenso indeß seien da, wo die Ortspolizei eine communale, Collisionen zwischen den neben einander hergehenden Behörden ganz unvermeidlich. Ferner komme dann der Kostenpunct in Anschlag: mit 4000 $\text{\$}$ würden sich alle Erfordernisse der Ortspolizei in hiesiger Stadt auf keinen Fall bestreiten lassen. Auch dies freilich würde für sich allein noch kein Grund sein, sich für das proponirte Abkommen zu entscheiden, wenn man sich nicht sagen müßte, daß die Stadt überall gar nicht in der Lage, die Localpolizei so zu versehen wie der Staat, da sie die nöthigen Kräfte aus eigenen Mitteln allein unmöglich beschaffen könnte. Welche ganz unverhältnißmäßigen Kosten eine selbstständige Localpolizei verursache, lehre ein Blick auf andere Städte, wie denn beispielsweise Hannover dafür schon vor Jahren 9000 $\text{\$}$ jährlich verausgabt habe. Fasse man volends ins Auge, wie günstig für die Stadt das bisherige Verhältniß gestaltet sei, sofern das Gesetz vom Jahre 1850 jeden Eingriff der Herzogl. Polizei in städtischen Angelegenheiten abschneide und namentlich alle polizeilichen Einrichtungen welche Kosten verursachen, von der Zustimmung der städtischen Behörden abhängig mache, so werde die Erhaltung dieses Verhältnisses mit 4000 $\text{\$}$ jährlich nicht zu theuer erkauft scheinen können. Nach dem allen müsse der Magistrat, obgleich ihm die Proposition ebenfalls in hohem Grade beschwerlich sei, dennoch dringend zu deren Annahme rathen.

Herr Steinau wendet sich zunächst gegen die vorgebrachten Zweckmäßigkeitsgründe. Wie ungünstig auch die Landesversammlung gegen die vermeintlichen Begünstigungen unserer Stadt gestimmt sein möge: die Sache so zu sagen zu einer Anglistfrage zu machen liege deshalb noch kein Grund vor. Denn die Landesversammlung werde sich seiner Ueberzeugung nach sehr besinnen, ein Gesetz zu erlassen, durch welches eine Stadt über die ordnungsmäßige Steuerpflicht hinaus zu Leistungen für Staatszwecke herangezogen werden könnte: mit solchem Gesetze wäre ein sehr zweischneidiges Schwert in die Hand der Regierung gelegt, welches sich, wie man bald spüren würde, mit Leichtigkeit auch gegen andere Städte kehren ließe. Zur Rechtsfrage übergehend bemerkt Redner, daß wenn die Befreiung der Stadt von Beiträgen zu polizeilichen Ausgaben nicht formell documentirt sei, dies nur daher rühre, weil darüber gemäß dem ganzen Gange der historischen Entwicklung eben nichts werde aufgezeichnet sein, weshalb er denn auch von den verloren gegangenen Polizeiacten keine besondere Auskunft weiter erwarten würde. Es genüge, daß die neuere Gesetzgebung in Verbindung mit dem angeführten Ausspruche des Herrn von Honhorst jenes Recht der Stadt zweifellos feststelle. Wenn dem gegenüber die Regierung sich jetzt auf das Heranwachsen der Stadt berufe, so sei dies schon deswegen unhaltbar, weil in gleicher Progression wie die Stadt auch die Staatseinnahmen aus derselben wachsen, und überdies die brillante Finanzlage des Landes jeden Gedanken an einen Nothstand ausschließe. Auf die Forderung der Regierung eingehen, würde unter diesen Umständen nur ein gutes Recht aus der

Hand geben heißen und gleichzeitig ein Verhältniß, welches man aus vielen Gründen müsse zu lösen wünschen, vertragsmäßig für alle Zeit befestigen.

Herr Graf Görz-Wrisberg wendet gegen Herrn Bracke ein: aus der Art und Weise, wie sich das Polizeiwesen hier während der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ausgebildet habe, lasse sich ein bestimmtes Recht der Stadt in keiner Weise herleiten, da es sich bei keiner der in Betracht kommenden Einrichtungen um eine vertragsmäßige Abmachung sondern immer nur um staatliche Verordnungen gehandelt habe. Wenn dem aber so, so ergebe sich weiter, daß das was auf diese Weise Bestand gewonnen, von den staatlichen Organen auch wieder anderweit geordnet werden könne. Gegenüber der Meinung Herrn Brackes, daß die gegenwärtige Organisation des Polizeiwesens die Einwirkung der städtischen Behörden ausschließe, beruft Redner sich auf die §§ 2 und 3 des Gesetzes vom J. 1850, welche diese Einwirkung auf das Bestimmteste statuiren. Ob die Ortspolizei besser von einer Regierungsbehörde oder von der Commune verwaltet werde, komme wesentlich immer auf die betreffenden Beamten an. Das Princip, nie aus Zweckmäßigkeitsgründen ein Recht aufzugeben, könne eine ganz unbedingte Geltung doch wohl nicht beanspruchen: in sehr vielen Fällen — und ein solcher scheine eben hier vorzuliegen — werde man nicht umhin können den Umständen Rechnung zu tragen. Daß der Uebergang der Ortspolizei an die Stadt nicht all die Consequenzen haben würde, welche Herr Bracke davon erwarte, sei schon von Herrn Oberbürgermeister Caspari bemerkt. Herr Steinau bezeichne diese Frage als eine »Angstfrage«. Allein gegenüber der Alternative, für die Stadt jährlich 4000 fl mehr oder weniger aufzuwenden, könne füglich von »Angst« keine Rede sein, sondern nur von der pflichtmäßigen Rücksicht auf das Gemeinwohl. Worin die zweischneidige Natur eines Gesetzes über die Heranziehung der Stadt Braunschweig zu den Kosten der Polizeiverwaltung liegen solle, verstehe er nicht. Wenn endlich Herr Steinau die Befürchtung hege, daß die Stadt, den proponirten Vertrag einmal angenommen, davon nie wieder werde loskommen können, so würde Redner diese Eventualität von seinem Standpunkte aus als ein Glück ansehen, sofern dann die Aufwendungen der Stadt für Polizeizwecke ein- für allemal auf den mäßigen Betrag von 4000 fl fixirt wären; andererseits aber scheine ihm eine Lösung jenes Vertrages sehr wohl möglich: in dem Falle nämlich, daß die Ortspolizei an die Stadt überginge und diese die Kosten dafür übernehme.

Herr Bracke. Er habe nicht gesagt, daß der Stadt keine Einwirkung auf die Polizeiverwaltung in bestimmten und engen Grenzen zustehe, sondern nur, daß ihr solche auf die Organisation und ganze Einrichtung des Polizeiwesens entzogen sei. Er habe ferner nicht gesagt, daß nach Uebernahme der Ortspolizei durch die Commune Vorfälle wie die bewußten unmöglich sein würden: ihm sei sehr wohl bekannt, daß die Ortspolizei mit der politischen Polizei nichts zu thun habe; an diese Dinge habe er nur erinnert, um das Vorgehen der Polizei zu charakterisiren und weil dieselben ein Schlaglicht werfen auf die Art und Weise, wie hier etwa in Zeiten der Aufregung auch die Ortspolizei gehandhabt werden dürfte. Die Gründe der Billigkeit und des Rechts, welche für die Befreiung der Stadt von den Kosten der Polizeiverwaltung sprechen, habe Magistrat und Commission gleichmäßig anerkannt: Aufgabe der städtischen Behörden sei nun, diese Gründe geltend zu machen, nicht aber freiwillig darauf zu

verzichteten. Dringe die Stadt damit nicht durch, so sei das dann nicht Schuld ihrer Vertreter.

Herr Peters. Ein solcher rein theoretischer Standpunct möge für den Privatmann immerhin seine Berechtigung haben — ein Vertreter der Stadt werde vor allem die Frage zu stellen haben, wohin es führen könne, wenn die städtischen Behörden den proponirten Vergleich ablehnten und ob der mögliche Gewinn dem Einsatz entspreche. Nun liege die Sache hier in der That so, daß überwiegende Gründe für das Recht der Stadt nicht vorhanden, der Beweis für dasselbe also dem Richter schwer zu erbringen sein würde. Ein Recht nicht beweisen können sei aber bekanntlich so gut wie keins haben. Sonach trete die Alternative ein: entweder die Stadt werde durch ein Landesgesetz zu Beiträgen für die Polizeiverwaltung herangezogen, — und daß diese Beiträge dann schwerlich niedriger würden bemessen sein als nach dem proponirten Vergleiche, müsse nach allem für höchst wahrscheinlich gelten; oder aber es gelinge der Stadt bei dieser Gelegenheit die Ortspolizei an sich zu bringen: dann gerieth man in die Lage, dafür nicht 4000 R jährlich, sondern 10,000 R und mehr aufwenden zu müssen.

Herr Bock wünschte Auskunft, wie es sich mit den der Armenkasse entzogenen Polizeistrafgeldern verhalte, indem er sein Erstaunen ausdrückt, daß eine derartige Verfüzung unter den Augen von 34 Vertretern der städtischen Interessen habe eintreten können.

Herr Oberbürgermeister Caspari bezieht sich auf seine frühere Äußerung, aus welcher hervorgehe, daß jene vermeintliche Thatsache nur auf einer Verwechslung beruhe.

Herr Reuter. Wenn Herr Steinau die gesetzliche Heranziehung unserer Stadt zu Beiträgen für die Polizeiverwaltung mit einem zweischneidigen Schwerte vergleiche, weil davon andere Städte des Herzogthums würden mit betroffen werden, so übersehe er, daß diese ihre Ortspolizei bereits selber bestreiten, und eben mit Rücksicht hierauf für billig gehalten werde, die gleiche Verpflichtung nun auch Braunschweig aufzuerlegen.

Herr Steinau. Bei der angezogenen Bemerkung habe er nicht diese Verpflichtung allein im Auge gehabt; seine Meinung gehe dahin, daß, die Heranziehung der Communen für Staatszwecke über ihre Steuerpflicht hinaus einmal als Princip anerkannt, dann dies Princip auch in beliebigen anderen Fällen gleichmäßig gegen alle Städte des Landes gefehrt werden könnte. — Herr Peters habe den Fall eines Processus im Auge; dazu aber sei die Sachlage überall nicht angethan. Die Frage sei nur, ob annehmen oder auf alle Gefahr hin ablehnen. Er, Redner, halte letzteres für das Richtige. Führe dieser Entschluß eine Trennung der Landes- und der Ortspolizei herbei, so könne er darin jedenfalls nur ein Glück für die Stadt erkennen; werde das gegenwärtige Verhältniß beibehalten, der Stadt aber eine größere Leistung auferlegt als der proponirte Vergleich in Aussicht nehme, so werde man sich derselben eben unterziehen müssen. Durch einen Beschluß im Sinne der Commissionsmajorität hingegen würde man von vornherein ein Recht aus der Hand geben.

Der Herr Vorsitzende führt aus, wie die Rechtslage lediglich auf dem Gesetze vom J. 1850 beruhe, welches dem Staate die Polizeiverwaltung in Braunschweig übergebe, ohne die Stadt an den Kosten zu theiligen. Nur hierauf beziehe sich die angeführte Äußerung des Herrn v. Hohnhorst. Auf frühere Verhältnisse brauche man

nicht einzugehen, da Braunschweig gegen Ende des vorigen Jahrhunderts im Besitze einer staatlich garantirten Selbständigkeit sich nicht befunden, allen damals im hiesigen Polizeiwesen eingetretenen Anordnungen also nur die Bedeutung von Verwaltungsmaßregeln beigemohnt habe. Nun gehe das Argument dahin: eine Staatseinrichtung müsse vom Staate bestritten werden. Dabei aber werde vergessen, daß es sich im vorliegenden Falle gar nicht um eine Staatseinrichtung handle, daß die polizeilichen Einrichtungen, zu deren Kosten die Stadt von jetzt ab beisteuern solle, eben ein communales Institut seien, wenn auch das Gesetz vom J. 1850 dasselbe auf Grund der vorhergegangenen historischen Verhältnisse in die Hand des Staates gelegt habe, und daß somit weit eher der Grundsatz Platz greife, daß Jeder für dasjenige was zu seinem Nutzen geschehe, auch zu bezahlen gehalten sei. Auch Redner wünschte, daß die Ortspolizei von der Stadt übernommen würde. Da dies aber nicht werde zu erreichen sein, so stehe man in der That, wie Herr Peters die Sachlage gekennzeichnet habe, vor einer reinen Zweckmäßigkeitsfrage, einer Frage des Vergleichs, ungeachtet an einen Proceß nicht zu denken sei. Sollte aber je eines Tages sich die Möglichkeit eröffnen, die Ortspolizei für die Stadt zu gewinnen, so werde ein Abkommen wie das jetzt in Vorschlag gebrachte eine solche Wendung zu erleichtern geeignet sein, indem dann eben unter Berufung auf die seitens der Stadt bis dahin geleisteten Beiträge die Regierung ihrerseits zu um so billigeren Zugeständnissen zu bewegen sein dürfte.

Herr Bracke hält dem entgegen, daß ein von der Stadt jetzt abgeschlossener Vergleich eben nur bis zu dem Augenblicke Kraft behalten würde, in welchem die Ortspolizei an die Stadt überginge, keinesfalls also einen Rechtstitel auf künftige Beiträge von Seiten des Staates gewähren könnte. Die eigentliche Frage anlangend beharrt Redner bei der Meinung, daß wenigstens Billigkeitsgründe für die Ablehnung der Vorlage sprechen, daß man diese geltend zu machen habe auf die Gefahr hin, sich demnächst so oder so zu größeren Aufwendungen verstehen zu müssen. Daß die Ortspolizei unter städtischer Verwaltung mehr als 4000 fl erfordern könnte, bezweifelt Redner, da diese Summe, das Größenverhältniß beider Städte in Anschlag gebracht, etwa den 9000 fl im Budget der Stadt Hannover entsprechen dürfte.

Berichtigend fügt der Herr Vorsitzende hinzu, daß seine Meinung nicht die sei, als könnte der proponirte Vergleich etwa der Stadt ein Recht gewähren zu verlangen, daß die Regierung sie bei Abtretung der Ortspolizei für die daraus über den Betrag von 4000 fl erwachsenden Kosten entschädige. Ohne Zweifel aber werde der Vergleich eine gesunde Basis sein, sich mit der Regierung demnächst über eine anderweite Ordnung des Polizeiwesens zu verständigen.

Damit wird die Discussion geschlossen.

Herr Bock beantragt namentliche Abstimmung, bei welcher dann für die Magistratsproposition (unter Ausfall des ursprünglich vorausgesetzten Erlasses der Remunerationen von bzw. 300 und 150 fl)

die Herren Braeß, Flagge, Graf Görz, Wisberg, Götte, Haake, Jasper, Kellner, Kloss, Krone, Meyer, Peters, Pini, Reuter, Schwarzenberg, von Seckendorf, Solmiz, Steinmann,

gegen denselben

die Herren Bock, Bracké, Ehrenhard, Faillard, Lucius, Munte, Reck, Steinau

sich erklären. Die Magistratsproposition ist sonach mit siebenzehn Stimmen gegen acht genehmigt.

Wegen vorgerückter Zeit wird der letzte Gegenstand der Tagesordnung, Anträge des Magistrats die zu gründende Realschule zweiter Ordnung betreffend, bis auf eine über acht Tage anzuberaumende Sitzung verschoben.

Der Herr Vorsitzende verliest dann folgenden von Herrn Bock eingebrachten Antrag:

Auf Grund des Erkenntnisses des Herzoglichen Ober-Gerichts zu Wolfenbüttel vom 17. Januar/ 7. Februar d. J., wovon ich den angebotenen Abdruck überreiche, beantrage ich was folgt:

- 1) vollständige Aufnahme dieses Erkenntnisses in das Protocoll der Stadtverordneten-Versammlung auf die Anklage-Ermächtigung der Staatsanwaltschaft vom 18. Juli v. J.;
- 2) vollständige Aufnahme der von mir unterm 31. Mai v. J. an die Stadtverordneten-Versammlung übersandten, vom Vorsitzenden unterdrückten Erklärung in das Protocoll vom 4. Juni v. J.;
- 3) Rectification des amtlichen Sitzungs-Protocolls vom 4. April vor. Jrs.;
- 4) Erklärung der gegenwärtigen Stadtverordneten-Versammlung:
daß der am 4. Juni v. J. gefasste Beschluß, mich wegen angeblichen unwürdigen Verhaltens gegen einzelne Collegen ic. von meinen verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Wahl- und Ehrenrechten auszuschließen, nicht begründet war;
- 5) Aufnahme meiner Offerte von 4400 fl für die Rathsbleiche in das Protocoll vom 23. Mai v. J.

Der Antrag wird der Statutencommission überwiesen.

Ein zweiter Antrag, von den Herren Steinau, Bock und Bracké eingebracht, lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1) daß die in der Stadt Braunschweig wohnenden Militairpersonen sowohl von ihrem Solde als von ihrem Vermögen zu den Communalsteuern sofort veranlagt werden;
- 2) den Magistrat aufzufordern, bezüglich der Einziehung dieser Steuern wie mit jedem andern Steuerpflichtigen zu verfahren.

Zur Motivirung dieses Antrags führte Herr Steinau folgendes aus. Eine preussische Verordnung vom 23. Septbr. 1867, welche ursprünglich nur für die im Jahre 1866 annectirten Landestheile, ausgenommen den Gemeindebezirk Frankfurt a. M., beabsichtigt war, am 22. Septbr. 1868 aber auf das ganze Norddeutsche Bundesgebiet durch preussische Verordnung ausgedehnt wurde, stellt die Militairpersonen in den neugewonnenen Landestheilen gleich mit denen in den alten Landestheilen bezüglich der Befreiung von der Communalsteuer, indem in dieser Verordnung v. 23. Sept. 1867 auf eine königl. preuß. Verordnung v. 11. Juli 1822 Bezug genommen wird. In dieser letztern Verordnung wird zwar das unter den Fah-

nen befindliche Militair von der Communalsteuer befreit, sofern diese Befreiung den Sold, nicht aber das Vermögen betrifft. Das Recht der preuß. Verordnung v. 23. Sept. 1867 ist hergeleitet aus dem § 61 der Verfassung des Norddeutschen Bundes, nach welchem dem Oberfeldherrn das Recht eingeräumt ist, Verfügungen betreffend die Heeresorganisation ohne weiteres zu treffen, und sollen als Grundlage dafür die bereits in Preußen geltenden Bestimmungen dienen. — Die Communalsteuer steht mit der Heeresorganisation weder in rechtlicher noch in logischer Beziehung. Diese Verordnung ist erst nach Genehmigung der Verfassung des Norddeutschen Bundes erlassen und schon deshalb gesetzwidrig, wie Dr. jur. Minckwitz in Dresden sehr ausführlich in einem bei den Acten befindlichen Gutachten beweist. Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat haben durch ihre an die Reichsversammlung des Norddeutschen Bundes eingesandte Petition v. 17. März 1869 kein Recht aufgegeben, und die Nichtberücksichtigung derselben beweist weiter nichts, als daß von dieser Seite eine Abhülfe nicht zu erwarten und dafür die Selbsthülfe in diesem Falle geboten ist, um ein vollbegründetes Recht der Commune zu wahren.

Die Motivirung eines dritten Antrags und einer Interpellation derselben drei Herren, sowie eines Antrags des Herrn Lucius wird zur nächsten Tagesordnung vorstellt

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung werden Wohnrechtsgesuche und eine Steuerreclamation erledigt.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 57. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 27. Februar 1873.

Abwesend war und galt für entschuldigt Herr v. Seckendorf, während der Sitzung beurlaubt die Herren Flagge und Schöttler.

Bei Beginn der Sitzung

zeigt der Herr Vorsitzende den Eingang einer Mittheilung Herzoglicher Staatsanwaltschaft über die vom hiesigen Kreisgerichte und von dem ersten Senate des Obergerichts zu Wolfenbüttel in der Klagesache gegen Herrn Albert Bock gefällten Erkenntnisse an. Als Material zur Vorberathung des bezüglichlichen Bock'schen Antrags wird das Schriftstück der Statutencommission überwiesen.

Der Tagesordnung gemäß

I. begründet hierauf Herr Steinau die von ihm gemeinschaftlich mit den Herren Bock und Bracke eingebrachte Interpellation:

- 1) Ist dem Magistrate bekannt, daß die frühere herzogl. braunschw. Militärverwaltung der königl. preussischen oder deutschen Reichs-Militärverwaltung den Kleinen Exercierplatz als Eigenthum überwiesen hat?
- 2) Wie kam es, daß die frühere braunschw. Militärverwaltung das Eigenthumsrecht der Stadt Braunschweig an dem Kleinen Exercierplatze für sich in Anspruch nehmen durfte?

Als Anlaß zu diesen Fragen bezeichnet Herr Steinau ein Gerücht, laut dessen jener Fall in der That bereits eingetreten wäre. Könne nun auch nicht behauptet werden, daß dieses Gerücht im allgemeinen viel Glauben finde, so erscheine eine öffent-

liche Widerlegung doch deshalb sehr wünschenswerth, weil einerseits über Grund oder Ungrund desselben ein Privatmann nicht wohl Gewißheit erlangen könne, andererseits aber allerdings ja im J. 1842 das damalige Kriegscollegium ein vermeintliches Eigenthumsrecht an dem Kl. Exercierplatze behauptet und gerichtlich durchzuführen versucht habe.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Dem Magistrate sei nicht allein nicht bekannt geworden, daß eine derartige Disposition getroffen wäre, sondern es könne dies sogar beinahe mit Gewißheit in Abrede gestellt werden, da nach der Reichskriegsverfassung die bis dahin zu militärischen Zwecken benutzten Lokalitäten der Militärverwaltung eben nur zur Benutzung, keineswegs aber als Eigenthum überwiesen seien, sodaß, gesetzt auch Herzogl. Landesregierung könnte rücksichtlich des in Frage stehenden Terrains unbestritten das Eigenthumsrecht in Anspruch nehmen — was doch nicht der Fall — dennoch zu einer Abtretung dieses Rechtes keinerlei Grund vorliegen würde. Hinsichtlich der Rechtsverhältnisse macht Herr Oberbürgermeister Caspari folgende Angaben. Seit unvordenklicher Zeit und insbesondere seit dem J. 1671 ist der Kl. Exercierplatz ununterbrochen zu militärischen Uebungen benutzt worden. Alle sonstige Nutzung daran steht der Feldmarksinteressentschaft im Hagen, das Eigenthumsrecht nach Ansicht des Magistrats der Stadt zu. Als im J. 1842 die Häger Interessentschaft die dort vorhandenen Bäume abholzen ließ, hat hiergegen die damalige Militärverwaltung Einspruch erhoben und einen Proceß auf Anerkennung ihres Eigenthumsrechts gegen die Interessentschaft anhängig gemacht, der dann, obgleich keine von beiden Parteien einen begründeten Rechtstitel aufzuweisen hatte, seinen Fortgang nahm, bis im Jahre 1848 eine neue Verwaltungsdeputation des Hagens bei Herzogl. Staatsministerium auf Einleitung eines Vergleichsverfahrens antrug. Damals zu berichtlicher Aeußerung aufgefordert, trat auch der Magistrat in die Verhandlung ein, die, indem die Häger Interessentschaft ihre etwa nachweislichen Eigenthumsrechte auf die Stadt übertrug, von da ab zwischen dieser und der Militärverwaltung weitergeführt wurde, in Folge fortgesetzter Weiterungen des Kriegscollegiums aber zu keinem Abschluß gedieh und zuletzt gänzlich einschief. Seitdem hat der Magistrat die Sache auf sich beruhen lassen, weil inzwischen die Häger Interessentschaft im Genuße ihrer Befugnisse auf kein Hinderniß gestoßen ist, nichts also zu einer Entscheidung gedrängt hat. Demnächst freilich wäre, auch ohne die vorliegende Interpellation, zu Behuf der vertragsmäßig zwischen der Stadt und Herzoglicher Landesregierung zu treffenden Repartirung der Kosten für Canalisation des Bültenweges die Eigenthumsfrage ins Klare zu setzen gewesen.

Im Anschluß an ihre Interpellation haben die genannten drei Herren ferner folgenden Antrag gestellt:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen,

- 1) der jetzigen Militärbehörde unverzüglich mitzutheilen, daß der Kleine Exercierplatz auch künftig zu den Exercierübungen der Infanterie ohne besondere Entschädigung an die Stadt benutzt werden könne und während dieser Uebungen die berittenen Infanterie-Officiere den Platz zu Pferde betreten dürfen; daß dagegen der Platz von Officieren oder deren Dienern außer oben erwähneter Zeit weder zu Pferde betreten noch zu Reitübungen benutzt werden solle, auch bei Volksfesten keine militärische Exercierübungen daselbst vorgenommen werden dürfen;

- 2) die Militärbehörde dringend aufzufordern, wenn es sich irgend einrichten lasse, an Mittwoch- und Sonnabend-Nachmittagen auf dem Kleinen Exercierplatze überhaupt keine Exercierübungen vorzunehmen, damit der Platz während dieser Zeit möglichst ausschließlich als Spielplatz von der Braunschweiger Jugend benutzt werden kann;
- 3) eine öffentliche Bekanntmachung dahin ergehen zu lassen, daß das Reiten und Fahren auf dem Kleinen Exercierplatze außer in dem sub 1 benannten Falle überhaupt nicht gestattet sei;
- 4) die mit den Landesfarben versehenen den Kleinen Exercierplatz einfriedigenden Pfähle entweder ganz entfernen oder durch Anstrich mit den Stadtfarben versehen zu lassen.

Zur Begründung fügt Herr Steinau hinzu: Aus dem was soeben Herr Obergermeister Caspari vorgetragen, gehe hervor, daß zu der Interpellation, wenn das erwähnte Gerücht auch unbegründet, dennoch ein gewisser Anlaß gewesen sei. Vollenbs dringlich aber erscheine es, die Eigenthumsrechte der Stadt an dem Kl. Exercierplatze endlich einmal durchgreifend zur Geltung zu bringen. Redner versucht an der Hand urkundlicher und actenmäßiger Nachrichten darzuthun, daß 1357 durch Ankauf des »Großen und Kleinen Hühnerbruchs« die Stadtgemeinde des Hagens in den Besitz dieses Terrains gelangt und seitdem darin verblieben ist, so daß höchstens noch zweifelhaft scheinen könne, ob die Häger Interessenschaft oder die jetzigen Stadtbehörden insgemein sich als Eigenthümer anzusehen haben. Wenn dessenungeachtet durch verschiedene, bis in die neueste Zeit wiederholte Acte von Seiten einzelner Staatsbehörden Eigenthumsansprüche erhoben worden, und solche von Herzoglicher Landesregierung, wie die Farben der Einfriedigung ergeben, fort und fort aufrecht erhalten werden, so habe man städtischerseits um so mehr Ursach dem mit aller Unterschiedenheit entgegenzutreten, je häufiger die Landesregierung sich namentlich in früherer Zeit hinsichtlich des Eigenthums der Stadt Befugnisse angemast habe, denen keinerlei Recht zur Seite gestanden, indem ja die eingetretenen politischen Veränderungen den Besitzstand der Stadt nicht alteriren konnten. Dazu komme nun noch, daß im vorigen Jahre auf dem Kl. Exercierplatze Vermessungen vorgenommen worden, und dem Vernehmen nach in nächster Zeit ein gerichtliches Grundbuch darüber werde angelegt werden. Was aber endlich in hohem Grade wünschenswerth mache, eine Entscheidung über die Eigenthumsfrage herbeizuführen, das sei die Art und Weise, wie über den Exercierplatz gegenwärtig das Militär verfüge. Redner verwahrt sich gegen die Auffassung, als gehe die Absicht der Antragsteller etwa dahin, der Militärverwaltung ihr Recht auf Benutzung des Platzes zu Exercierübungen abzuspochen. Aber einmal sei es doch ein Mißbrauch, wenn dieser Platz außerdem noch von einzelnen Militärpersonen für private Zwecke in Anspruch genommen werde, und dies in einem Maße, daß die Jugend der Stadt, für die es so schon an geeigneten Spielplätzen sehr mangle, so gut wie völlig davon ausgeschlossen sei. Sodann aber werde man zu einer Behörde, die sich den bürgerlichen Interessen gewiß doch nicht schroff ablehnend gegenüber zu stellen beabsichtige, wohl auch das Vertrauen hegen dürfen, daß sie diesen Interessen bei Ausübung ihres Rechtes billig Rechnung zu tragen geneigt sei. Auf alle Fälle richtet Redner an den Magistrat die Bitte, Herzogliche Landesregierung zur Ernennung eines Commissärs zu veranlassen, mit welchem über den endlichen Abschluß der Frage könne weiter unterhandelt werden.

Auch diese Anträge werden der Statutencommission überwiesen.

Hierauf

II. wird zur Motivirung verschiedener von den Herren Bracke, Bock und Steinau gestellter Anträge Herrn Bracke das Wort ertheilt.

In Folge der angestrebten strengeren Einschätzungen wird sich der Steuerertrag des laufenden Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach ganz erheblich erhöhen und selbst die gegen früher ganz bedeutend gewachsenen Anforderungen des Stadtcassenetats für 1873 weit übersteigen. Nun soll aber nach § 1 Abs. 2 des Reglements die Veranlagungen zur Communalsteuer betr. von deren vollem Jahresbetrage nur soviel als zur Deckung des etatmäßigen Bedarfs erforderlich ist wirklich erhoben, und nach § 9 vor Erhebung irgend welcher Steuer von Magistrat und Stadtverordneten zunächst festgestellt werden, wieviel hiernach von den nach der jedesmaligen Einschätzung ausgeschriebenene einzelnen Steuerquoten zu zahlen ist. Da dies bisher nicht geschehen, wird beantragt:

1. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat darauf hinweisen, daß nach Maßgabe des erwähnten Reglements mit möglichster Beschleunigung eine Aufstellung über das Resultat der Abschätzungen zur Communalsteuer gemacht und der Versammlung vorgelegt werde, begleitet von den nöthigen Anträgen zu Behuf der Erhebung desjenigen Theiles der veranlagten Steuerbeträge, welcher für 1873 erhoben werden darf.

Um ferner eine klare Uebersicht der schon in den Vorjahren eingegangenen höheren Beträge zu gewinnen, geht ein zweiter Antrag dahin:

2. den Magistrat um genaue Auskunft darüber zu ersuchen, welche Summen an Communalsteuer je in den fünf Jahren 1868—1872
 - a. durch den Stadtcassenetat verlangt,
 - b. nach den erfolgten Einschätzungen ausgeschrieben,
 - c. in Folge von Reclamationen wieder gestrichen,
 - d. thatsächlich bei der Stadtcasse eingekommen, und
 - e. rückständig geblieben sind —

Ermittelungen, nach deren Resultaten, wie die Antragsteller hoffen, sich wohl schon auch vor Beendigung der Aufstellungen für das laufende Jahr provisorische Bestimmungen zum Zwecke einer nur theilweisen Erhebung der diesjährigen Communalsteuern dürften treffen lassen. Somit aber würde zugleich der Zeitverlust jede Bedeutung verlieren, welcher durch möglichste Detailirung jener Aufstellungen für das laufende Jahr entstehen kann, und grade diese erscheint den Antragstellern in hohem Grade wünschenswerth, weil damit ein zur Lösung verschiedener Fragen sehr dienliches statistisches Material zu gewinnen ist, wie denn auf Grund desselben unter anderm die nach § 31 der revid. St.-D. nach der Communalsteuer vorzunehmende Eintheilung der hiesigen Bürger in drei Wahlklassen mit Leichtigkeit erledigt werden kann, während sie sonst für sich allein eine gleich große Arbeit verursachen dürfte. Demnach wird weiter beantragt,

3. daß der Magistrat ersucht werde, die Aufstellungen über die für 1873 veranlagte Communalsteuer in schematischer Weise und möglichst detaillirt vorzulegen und dabei nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

- a. Männer und Frauen sind auseinander zu halten und erstere auch noch danach zu scheiden, ob sie Bürger sind oder nicht;
- b. die in die einzelnen Klassen der Classificationstabelle gehörenden Personen je ihrer Anzahl nach zu specificiren;
- c. auch diejenigen Personen aufzuführen, welche gar keine Steuer entrichten, und dabei anzugeben, ob dieselben wegen Mangels an steuerbarem Einkommen oder aus anderen Gründen befreit sind;
- d. die für die einzelnen Straßen und Thorbezirke sich ergebenden Zahlen detaillirt zu vermerken;
- e. die Steuerbeträge nach der Gesamtzahl der in die einzelnen Klassen der Classificationstabelle gehörigen Steuerzahler aufzuführen und aus diesen Einzelsummen die Gesamtsumme zu bilden.

Auf den Fall, daß dem Magistrate irgend sichere Anhaltspuncte vorlägen, empfehlen die Antragsteller weiter,

4. eine Aufklärung darüber zu erbitten, wie die ausgeschriebene Steuer nach den einzelnen Klassen oder nach ganzen Gruppen derselben sich zu der wirklich eingekommenen zu verhalten pflegt.

In Erwägung endlich, daß seit Aufstellung der gegenwärtig geltenden Classificationstabelle die Werthverhältnisse des Geldes sich bedeutend geändert haben, würde nach der Ueberzeugung der Antragsteller der dieser Tabelle zu Grunde liegende richtige Gedanke, die niedrigen Einkommen mit einem erheblich geringern Procentsatz zu besteuern als die höhern, nur dann zu rechter Wirksamkeit gelangen, wenn zunächst ein Einkommen bis zu 150 $\text{\$}$ jährlich überall keiner Besteuerung unterläge. Andererseits jedoch ist an die Zahlung einer Communalsteuer die Ausübung des Wahlrechts geknüpft und werden sich die städtischen Behörden in keiner Weise die Befugniß zuschreiben können, dieses Recht, wo es einmal besteht, einfach durch Aufhebung der entsprechenden Steuerpflicht zu beseitigen. Muß demnach aber auch von vollständiger Befreiung der untersten Steuerklasse abgesehen werden, so dürfte doch für diese Klasse ein Steuerbetrag festzustellen sein, welcher der gänzlichen Befreiung ziemlich nahe käme. Da sodann aber auch die nächsthöheren Klassen einen gewissen Anspruch auf Erleichterung zu haben scheinen, und jedenfalls zwischen dem niedrigsten Satz und den nächsthöheren ein der Billigkeit entsprechendes Verhältniß hergestellt werden müßte, der hierdurch eintretende Ausfall der Erträge auch mit Leichtigkeit verschmerzt werden könnte, so beabsichtigten die Antragsteller schließlich noch den Vorschlag:

5. die jetzige Classificationstabelle in der Weise abzuändern, daß die beiden untersten Classen mit $\frac{1}{3}$ Procent, die drei nächstfolgenden mit $\frac{2}{3}$, die sechste und siebente mit $\frac{3}{5}$, die achte und neunte mit $\frac{4}{5}$, die zehnte und elfte mit $\frac{5}{6}$ Procent der Jahreseinkommen besteuert würden, die Steuerquoten dieser elf Classen also von 6 $\%$ jährlich oder 6 R im Monat bis zu 6 $\text{\$}$ bzw. 15 $\%$ aufstiegen.

Da dem jedoch, wie die Antragsteller nachträglich erfahren, die Bestimmung in § 195 der rev. St.-D. entgegensteht, laut welcher der Steuerprocentsatz der höchsten Klasse zu dem der niedrigsten höchstens in dem Verhältniß 4 : 1 stehen darf, so müssen sie auf diesen Vorschlag zu ihrem Bedauern verzichten.

Die übrigen Anträge werden der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Weiter

III. motivirt Herr Bracke einen Antrag derselben drei Herren auf verschiedene Abänderungen der Geschäftsordnung, welche in einzelnen ihrer Bestimmungen bisher unrichtig angewandt zu sein oder unrichtiger Anwendung doch Raum zu lassen, in anderen einer Ergänzung dringend zu bedürfen scheint. Als ungenügend hebt Herr Bracke zunächst die Vorschriften in Betreff der Protocollführung hervor. Die gegenwärtig auf Grund von § 55 der rev. St.-D. bestehende Einrichtung, daß die Protocollführung dauernd, d. h. bis zu einem anderweitigen Beschlusse der Versammlung dem Stadtarchivar Hänfelmann übertragen worden, derogire einem Rechte der Versammlung. Redner will ausdrücklich bemerken, daß es sich diesfalls in keiner Weise um eine persönliche, sondern rein um eine Principienfrage handle: auch er würde dem derzeitigen Protocollführer bei einer Neuwahl seine Stimme gegeben haben. Allein denkbar sei doch, daß einmal eine Aenderung nothwendig werden könnte; dann wäre also ein besonderer Antrag zu stellen, ein solcher aber würde doch erst recht mit einem gewissen Scheine des Persönlichen behaftet sein. Besser daher, die Versammlung vorbehalte sich das Recht einer regelmäßigen jährlichen Neuwahl des Protocollführers. Wünschenswerth sei ferner, daß ausdrücklich vorgeschrieben werde, was implicite allerdings bereits in § 64 der rev. St.-D. enthalten: das Protocoll nämlich gleich am Schlusse jeder Sitzung zu verlesen. Wenn ferner nach § 56 die Einladung zu den Sitzungen in der Regel spätestens zwei Tage vorher erfolgen solle, so sei diese Frist zu kurz, um sich über die Gegenstände der Verhandlung, denen der Einzelne nicht etwa in den Commissionen näher getreten, auch nur oberflächlich zu unterrichten; dieser Uebelstand aber werde sich doppelt fühlbar machen, wenn demnächst etwa nach dem lezthin von Herrn Reuter gestellten Antrage der Schwerpunkt der Berathung aus den Commissionen in das Plenum verlegt werden sollte. Aus denselben Gründen genüge denn auch nicht, wenn die Acten, wie § 6 der ergänzenden Bestimmungen zur Geschäftsordnung vorschreibt, erst vom Mittage des einer Sitzung vorausgehenden Tages ab zur Einsicht ausliegen; auch werde es zu Behuf einer gründlicheren Kenntnissnahme erforderlich sein, daß den Mitgliedern der Versammlung ein besonderes Local, Schreibutensilien zc. im Stadthause zur Verfügung gehalten werde. Wie sodann auch die in §§ 4 und 5 jener Bestimmungen enthaltenen Normen über die Zusammensetzung und Thätigkeit der Commissionen der Ergänzung bedürfen, habe z. B. die in voriger Sitzung aufgetauchte Frage illustirt, ob eine Commission von nur drei Mitgliedern zulässig sei. Diese und einige andere Gesichtspunkte sind bei dem Entwurfe eines Statuts »ergänzende Bestimmungen der Geschäftsordnung enthaltend«, maßgebend gewesen, welches von den Antragstellern zur Genehmigung empfohlen und zunächst zur Vorberathung an die Statutencommission überwiesen wird.

Endlich

IV. hat Herr Lucius den selbstständigen Antrag gestellt:

die Stadtverordneten-Versammlung wolle eine Commission wählen, um die Zweckmäßigkeit der Anlage eines städtischen Schlachthauses zu prüfen und der Stadtverordneten-Versammlung demnächst geeignete Vorschläge zu einer dahin zielenden Eingabe an den Stadtmagistrat machen.

Herr Lucius befürwortet diesen Antrag, indem er ausführt, wie eine derartige Ein-

richtung sowohl aus wirtschaftlichen als aus sanitätischen Gründen von allen Autoritäten als unabweisliches Bedürfnis anerkannt und so denn auch in England und Frankreich selbst von den kleinsten Gemeinden längst ins Leben gerufen ist. Wegen der Vielseitigkeit der in Betracht kommenden Fragen schlägt Antragsteller vor, daß der Gegenstand einer besondern Commission von sieben Mitgliedern überwiesen werde, womit die Versammlung einverstanden ist.

Die Wahl dieser Specialcommission wird zur nächsten Tagesordnung verstellt.

Sodann

berichtet namens der Commission für Schulsachen Herr Reck über zwei erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangene Magistratsanträge.

V. Nach einem Berichte des Schuldirectors ist dem ersten Lehrer an der höhern Töcherschule, dem Dr. Zinken-Sommer, die Aussicht eröffnet, mit einem Gehalte von 1300—1500 M Director der städtischen höhern Töcherschule in Hildesheim zu werden; doch hat sich derselbe bereit finden lassen, auf diese Berufung zu verzichten, falls ihm hier eine angemessene Zulage bewilligt wird. Da der Abgang einer so anerkannt tüchtigen Lehrkraft im Interesse der Schule sehr zu beklagen und ein gleich qualificirter Ersatz nur schwer und keinesfalls um einen geringern Preis zu finden wäre, befürwortet der Magistrat im Einverständniß mit dem Schulvorstande, den Gehalt des Dr. Sommer vom 1. April ab um 200 M und somit zu dem Betrage von 1100 M jährlich aufzubessern, und schließt diesem Antrage die Commission sich an.

Herr Steinau hat sich bei der Dringlichkeit dieser Vorlage über die Persönlichkeit des Dr. Sommer nicht informieren können, ist jedoch dem glänzenden Zeugniß, welches demselben ausgestellt wird, Glauben zu schenken bereit, und ebenso auch durchaus geneigt, einer tüchtigen Kraft angemessene Bezahlung zuzubilligen. Bedenklich aber scheine, auf Grund einer Berufung, die doch bis zu einem gewissen Grade immerhin Glücksfache, einen einzelnen Lehrer derart vor allen übrigen, ebenfalls tüchtigen und zum Theil schon älteren zu begünstigen: wohl nicht ganz mit Unrecht werde dergleichen von den Betheiligten als Unbilligkeit empfunden werden und nicht verfehlen böses Blut zu machen. Redner wünscht deshalb in Ueberlegung gezogen zu sehen, ob dem Dr. Sommer nicht wenigstens die älteren seiner Collegen und namentlich der nach allgemeinem Urtheil ganz außerordentlich tüchtige Lehrer Henze annähernd gleichzustellen sei.

Herr Lucius theilt dieses Bedenken und beantragt, die Beschlußfassung auszu-
setzen, um zuvor die angeregte Erwägung eintreten zu lassen.

Dem gegenüber macht Herr Oberbürgermeister Caspari über Stellung, Alter und Gehaltsverhältnisse des Lehrpersonals der höhern Töcherschule eingehende Mittheilungen, aus denen hervorgeht, daß die Voraussetzungen der Herren Vorredner materiell nicht völlig zutreffen. Daß man, um ausgezeichnete Lehrkräfte zu gewinnen oder sich zu erhalten, über die sonstigen Normen hinaus Zugeständnisse machen müsse, sei nur natürlich und komme auf allen Gebieten vor, wie denn z. B. die neuerdings von auswärts an das hiesige Realgymnasium berufenen Lehrer im Gehalte ungleich höher gestellt seien als andere Hiesigen. Maßgebend müsse eben in erster Linie das Interesse einer Anstalt sein. Uebrigens könne auch der Satz von 1100 M für eine Lehrkraft wie die des Dr. Sommer keineswegs übermäßig hoch befunden werden.

Der Vertagungsantrag des Herrn Lucius wird abgelehnt.

Für die Vorlage sprechen ferner die Herren Reck und Graf Görz-Wrisberg: ersterer indem er namentlich die Bedenklichkeit der aus der entgegengesetzten Auffassung folgenden Alternative hervorhebt, in Fällen, wie hier einer vorliegt, entweder jede Gehaltsverbesserung für den Einzelnen abzulehnen, oder solche zugleich für alle Lehrer in Anspruch zu nehmen; Herr Graf Görz-Wrisberg, indem er zu bedenken giebt, daß nach Abgang des Dr. Sommer dessen Ersetzung möglicherweise erheblich theurer könnte zu stehen kommen als die beantragte Zulage.

Herr Bracke wirft die Frage auf, ob Dr. Sommer überhaupt berechtigt sein würde, so ohne weiteres aus seinem jetzigen Amte zu scheiden. Abgesehen hiervon aber hält es Redner für kein richtiges Princip, auf Berufungen nach außen gewissermaßen eine Prämie zu setzen, da hiernach gewiß nicht selten Leute von großer Tüchtigkeit, denen eben nur das Talent abgehe oder die Gelegenheit fehle sich geltend zu machen, unverdienter Weise im Nachtheil sein würden. Bei dem günstigen Urtheil, welches dem Dr. Sommer zur Seite stehe, werde er diesmal allerdings für die beantragte Verwilligung stimmen, zugleich aber seinerseits beantragen, daß die Schulcommission mit einer Prüfung der Frage beauftragt werde, auf welche Weise die Gerechtigkeit gegenüber den anderen Lehrern der höhern Töcherschule gewahrt werden könne.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt diesen Vorschlag um so eher acceptiren zu können, als eine angemessene Ausgleichung der Gehaltsfrage auch von Magistrat und Schulvorstand schon vorher ins Auge gefaßt worden, in welcher Absicht denn für die drei anderen Lehrer der höhern Töcherschule in dem diesjährigen Etat eine Zulage angesetzt sei, während Dr. Sommer für das Mal unberücksichtigt geblieben.

Der Herr Vorsitzende hält für richtiger, es bei der Entscheidung über den vorliegenden Ausnahmefall zu belassen, neue Bestimmungen über die Lehrergehälter aber demnächst bei Feststellung des Schuletats zu treffen. Daß ein Beamter durch ein höheres Angebot von anderer Seite in die Lage gesetzt werde, seinen Preis zu machen, möge immerhin ein Glücksfall sein; einen gegründeten Anlaß zur Unzufriedenheit unter Seinesgleichen aber werde man darin nicht wohl finden können.

Damit wird die Discussion geschlossen und hierauf sowohl die Magistratsproposition als auch der Antrag Herrn Brackes angenommen.

VI. In einem Schreiben vom 24. Februar beantragt der Magistrat, daß die Remuneration des Zeichenlehrers Heel für 12 Lehrstunden wöchentlich an der mittlern Bürgerschule westlichen Bezirks von 225 ₧ auf 275 ₧ erhöht werde, da dieser Satz für gleiche Leistungen an der Bürgerschule östlichen Bezirks verwilligt ist.

Die Versammlung erklärt sich auch hiermit einverstanden.

Herr Steinau beklagt, daß die letzten beiden Gegenstände ohne Vorberathung und ohne auch nur in der Tagesordnung vermerkt zu sein, zur Debatte gestellt sind. Auf seine Frage nach den Gründen dieses Verfahrens

erwidert der Herr Vorsitzende, daß beide Vorlagen erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangen, die eine sehr dringlich, die andere von untergeordneter Bedeutung erschienen, und in solchen Fällen der Geschäftsgang bisher immer derart abgeführt worden sei. Die Geschäftsordnung stehe dem nicht entgegen, doch solle damit ein solches Verfahren natürlich nicht zum Princip erhoben sein.

Schließlich

VII. berichtet namens der Statutencommission Herr Schwarzenberg über einen den Mitgliedern der Versammlung gedruckt zugegangenen Magistratsantrag vom 27. Januar, die Errichtung einer Realschule zweiter Ordnung betreffend.

Bei Genehmigung der früheren Vorschläge des Magistrats in dieser Angelegenheit wurde am 2. Mai v. J. auch der Vorbehalt vereinbart, daß 1. den Schülern der ersten Klasse der neuen Schule das Recht zum Eintritt als Einjährigfreiwillige gesichert, 2. über die Stellung und die Befugnisse der Stadt dieser Anstalt gegenüber mit der Landesregierung eine angemessene Uebereinkunft getroffen, und 3. statt Artikel 8 des Interimisticums vom Jahre 1832 ein anderweitiger Vertrag geschlossen werde. In Betreff des ersten Punktes hat Herzogl. Staatsministerium auf die Anzeige des Magistrates erwidert, daß die neue Realschule, wenn sie den gleichartigen preussischen Anstalten conform eingerichtet werde, seitens des Reichskanzleramts ohne allen Zweifel als vollberechtigt werde anerkannt, ihre Abgangszeugnisse also zum einjährigen Freiwilligendienste berechtigen werden, daß ein dahin gerichteter Antrag aber erst dann gestellt werden könne, wenn wenigstens der Lehrplan der Anstalt vorliege. Da eine entgegengesetzte Entscheidung des Reichskanzleramts allerdings in keiner Weise zu befürchten scheint, glaubt der Magistrat sich mit jener Erklärung des Ministeriums vorläufig begnügen zu können, und giebt er daher eine gleiche Beschlussfassung anheim. Die Verhältnisse der Stadt zu der neuen Schule normirt ein vom Magistrate entworfenes und mit dem Ministerium vereinbartes Statut, welches nunmehr auch der Versammlung zur Genehmigung vorstellt wird. Zur Erledigung des dritten Punktes hatte der Magistrat Herzoglichem Staatsministerium einen Vertragsentwurf eingebracht, welcher dahin ging, Art. 7 und 8 des Interimisticums ganz zu beseitigen und an deren Stelle neue Bestimmungen zu setzen, durch welche sowohl rücksichtlich der Gymnasien als auch in Betreff der Bürgerschulen die Rechte und Pflichten der Stadt und des Staates geordnet und zugleich künftige Veränderungen vorgesehen wurden. Das Ministerium ist jedoch auf diese Vorschläge nicht eingegangen, hat vielmehr einen andern Vertrag entworfen, der nur die neue Realschule zweiter Ordnung ins Auge faßt, hinsichtlich der Realschule erster Ordnung auf das Interimisticum von 1832 verweist und diese Anstalt sowie auch das Gymnasium nur insoweit berücksichtigt, als die Stadt auf ihr Wahlrecht bei der Anstellung der Lehrer verzichtet. Der Magistrat anerkennt, daß seine weitergehenden Vorschläge mit der Gründung der neuen Realschule nicht in nothwendiger Verbindung stehen und die Erledigung dieser Angelegenheit möglicherweise verzögern und erschweren könnten. Da andererseits die diesseits beanspruchte Beihilfe von Herzoglichem Staatsministerium uneingeschränkt zugestanden wird, glaubt der Magistrat die Annahme des in Vorschlag gebrachten Vertrages empfehlen zu können.

Die Commission schließt sich dem in ihrer Majorität lediglich an.

Zur Discussion gelangt zuerst der Entwurf des zwischen der Landesregierung und dem Stadtmagistrate in Aussicht genommenen Vertrages.

Die Ueberschrift desselben sowie §§ 1 und 2 werden ohne Anstand genehmigt, indem

Herr Bracke auf ein redactionelles Bedenken gegen § 1 eventuell vor Genehmigung des ganzen Vertrages zurückzukommen sich vorbehält.

§ 3 lautet :

»Die Stadt Braunschweig verzichtet auf das ihr zustehende Recht der Wahl und Präsentation des Directors und des Vebellen an dem bisherigen Realgymnasium und resp. der künftigen Realschule erster Ordnung, sowie auf das ihr bezüglich der Lehrer dieser Schule und des Gymnasiums zukommende alternirende Wahlrecht«;

wogegen nach § 4 die Landesregierung zu Behuf der neuzugründenden Realschule zweiter Ordnung gewisse bisher nach § 8 des Interimisticums vom Jahre 1832 der Gymnasialkasse zugegangene Einnahmen im Betrage von rund 2445 fl der Stadt überläßt.

Herr Lucius, hierin die Minorität der Commission vertretend, hält für äußerst bedenklich, um eines verhältnißmäßig doch nur unerheblichen Geldinteresses willen ein Recht daran zu geben, welches auf den Fall, daß etwa in den Regierungskreisen einmal eine unheilvolle religiöse Richtung zur Herrschaft gelangte, große Bedeutung gewinnen könnte. Daß durch Ablehnung dieses Paragraphen der ganze Schulgründungsplan vereitelt werden könnte, hält Redner für wenig wahrscheinlich; vielmehr dürfte seiner Meinung nach auch auf anderer Grundlage eine Einigung ohne große Schwierigkeiten zu erzielen sein.

Herr Schwarzenberg sieht das fragliche Wahlrecht ebenfalls keineswegs für irrelevant an, glaubt aber, daß die Landesregierung unmöglich darauf eingehen könne, dasselbe der Stadt zu belassen, wenn dieser alle bisher aus städtischen Einnahmen geflossenen Zuschüsse zur Unterhaltung des Realgymnasiums wieder anheimfallen.

Herr Oberbürgermeister Caspari will zunächst dem Mißverständniß vorbeugen, als sei von der vorgeschlagenen Vereinbarung das Zustandekommen der neuen Realschule abhängig: diese werde vielmehr unbedingt eingerichtet werden, und nur das stehe in Frage, ob man auf eine Ersparniß von 2445 fl jährlich verzichten wolle oder nicht. Dieser Betrag aber repräsentire ein Capital von 60,000 fl und könne demnach doch wohl nicht für so ganz unerheblich gelten. Nun solle man ein Recht allerdings nicht ohne dringende Veranlassung aufgeben; allein was habe es denn mit dem in Frage stehenden Rechte in Wirklichkeit auf sich? Keineswegs setze es den Magistrat etwa in die Lage, den Director der Realschule einseitig anzustellen: die diesseitige Befugniß beschränke sich auf Präsentation beim Consistorium, worauf das Staatsministerium entscheide; und daß bei diesem Instanzenzuge durchaus nicht immer die Vorschläge der Stadt durchbringen, vielmehr meistens der Einfluß des Consistoriums obsiege, habe die Erfahrung wiederholt bewiesen. Keine Form sei in noch höherm Grade das Präsentationsrecht des Magistrates hinsichtlich der Lehrer: bei derartigen Anstellungen komme in erster Linie das Bedürfniß der Schule in Betracht, und wie gegenwärtig die Lage der Dinge, müsse man froh sein, wenn sich überhaupt nur geeignete Persönlichkeiten finden lassen; gleichwohl aber habe bei einem der lezt-hin eingetretenen Fälle das Consistorium dem Magistrate das Recht bestritten, einen Lehrer in Vorschlag zu bringen, dem ein über die angenommenen Normalsätze hinausgehender Gehalt verwilligt werden mußte. Unter solchen Umständen werde es für die Landesregierung kaum von wesentlicher Bedeutung sein, ob die Stadt ihr Präsentationsrecht behalte oder nicht; was dessen Aufhebung dem Ministerium wünschenswerth mache, sei einzig und allein das begreifliche Streben nach einer Vereinfachung des Geschäftsganges. Andererseits aber könne es auch für die Stadt nur von Vortheil sein,

wenn auf ein Recht verzichtet werde, welches materiell so gut wie wirkungslos, während es immerhin doch eine gewisse Verantwortlichkeit mit sich bringe. Ein wirkliches Recht werde die Stadt allerdings mit der Wahl des Vebellen aufgeben; falls aber hierauf ja ein Werth gelegt werden könnte, so käme dagegen in Betracht, daß ein gleiches Recht an der Realschule zweiter Ordnung wieder in Aussicht stehe. Und diese werde dann überhaupt auch demnächst für die Interessen der Bürgerschaft die weitaus überwiegende Wichtigkeit gewinnen, und indem man an dieser völlig freie Hand behalte, der gerechte Einfluß der Stadt auf die Heranbildung ihrer Jugend ausreichend gewahrt sein.

Herr Bracke bekennet, daß er das diesseitige Präsentationsrecht nach dem was er soeben vernommen, allerdings nicht so beschaffen finde, wie man es wünschen müßte. Immerhin jedoch gewähre es den städtischen Behörden bei der Wahl der Directoren und Lehrer die Initiative und damit ein gewisses Gegengewicht wider den Einfluß des Consistoriums, den er von seinem Standpuncte aus, wie jeden Einfluß einer geistlichen Behörde auf die Schule, nur für unheilvoll halten könne und sobald als möglich gänzlich beseitigt zu sehen wünsche.

Herr Graf Görz-Wrisberg tritt den von Herrn Overbürgermeister Caspari geltend gemachten Erwägungen bei und führt ferner aus, wie das Realgymnasium schon jetzt vorwiegend eine Staatsanstalt und sonach die bestehende Concurrenz städtischer Zuschüsse und Rechte schon an sich ein irrationelles Verhältniß sei, dessen Beseitigung unter allen Umständen durchaus sachgemäß. Das Consistorium anlangend, erinnert Redner daran, daß dies keineswegs eine rein geistliche Behörde, da in demselben neben fünf geistlichen drei weltliche Mitglieder Sitz und Stimme haben, der Vorsitzende aber ein Mitglied des höchsten Gerichtshofes sei; überdies aber unterliege es nach dem Gange, welchen diese Dinge in Preußen genommen, kaum noch einem Zweifel, daß hinsichtlich des Aufsichtsrechts dieser Behörde über kurz oder lang auch in unserm Lande Veränderungen in der Richtung eintreten werden, wie der Herr Vorredner wünsche, und um so weniger könne demnach die Besorgniß vor einer angeblich unheilvollen Einwirkung des Consistoriums einen Grund abgeben, für alle Zeit so leichten Herzens auf einen pecuniären Gewinn zu verzichten, dessen Capitalwerth etwa drei Viertel der für die neue Schule veranschlagten Baukosten betrage, während die Stadt für ihre Schulen schon jetzt 37,000 fl jährlich verausgabe und dieser Betrag nach Einrichtung eben der neuen Schule voraussichtlich weit über 50,000 fl steigen werde.

Herr Schwarzenberg bringt in Erinnerung, daß der Verzicht auf die fraglichen Anstellungsrechte der Stadt schon in dem Magistratschreiben vom 4. December 1871 in Vorschlag gebracht und durch Beschluß vom 2. Mai des folgenden Jahres auch seitens der Versammlung bereits genehmigt war.

Herr Lucius ist durch die ihm entgegengestellten Gründe von seiner Auffassung nicht zurückgebracht. Sei auch das fragliche Recht ein sehr beschränktes: immer gestatte es doch der Stadt, bei den Wahlen der Directoren und Lehrer ein Wort mitzureden, und die Möglichkeit einer solchen Einwirkung auf die Gestaltung der in ihrem Bereich liegenden Schulen zu wahren, erscheine namentlich im Hinblick auf die noch keineswegs ohnmächtigen Bestrebungen gewisser religiöser Parteien als heiligste Pflicht jeder Commune. Das Consistorium, wenn auch keine rein geistliche Behörde, vertrete allerdings doch vorwiegend geistliche Auffassungen, und mit Herrn Bracke stimme er

darin entschieden überein, daß diese von der Organisation der Schulen, als in erster Linie weltlicher Anstalten, die mit der Seligkeit nichts zu thun haben, möglichst auszuschließen seien. Wo es sich aber um ein so wichtiges Communalrecht handle, da könne die in Aussicht gestellte pecuniäre Erleichterung um so weniger in Betracht kommen, als der zunehmende Wohlstand und die steigende Steuerkraft der städtischen Einwohnerschaft die Mittel zur Unterhaltung neuer Schulen vollauf liefern werde.

Herr Bracke begründet seine Meinung von der Schädlichkeit geistlicher Einflüsse auf die Schulen mit dem Hinweis auf die Lehre vom Teufel und andere dogmatische Vorstellungen, mit denen während seiner Schulzeit die Jugend glücklich verschont geblieben, die heutzutage aber, Dank dem von Herzoglichem Consistorium eingeführten Katechismus, wiederum ihre verderbliche Rolle spielen. Den Geldpunkt anlangend, ist Redner der Ansicht, daß die Landesregierung durch das Interimisticum auf alle Fälle zu einem entsprechenden Beitrage für die neue Realschule verbunden sei, sofern sie nach § 8 bei Erweiterung der bestehenden Anstalten die Mittel zur Deckung des entstehenden Deficits anzuweisen habe.

Herr Oberbürgermeister Caspari kann diese Auffassung nicht theilen: nach Maßgabe des Interimisticums werde sich die Stadt vielmehr entschließen müssen, die Realschule zweiter Ordnung lediglich aus ihren eigenen Mitteln zu bestreiten, wenn die Jugendbildung hier nicht hintangeseht werden sollte. Herrn Lucius hält Redner entgegen, daß es bei den großen Ausgaben, welche auf mehreren Seiten bevorstehen, keineswegs so ganz leicht fallen dürfte, die demnächstigen Mehrkosten für das städtische Schulwesen aufzubringen. Wenn sodann schon jetzt, wie erwähnt, das Präsentationsrecht der Stadt nicht ausreiche, die diesseitigen Vorschläge gegenüber dem Consistorium zur Geltung zu bringen, so würde dies natürlich noch viel weniger der Fall sein, wenn einmal jene hyperorthodore Richtung, welche Herr Lucius im Auge habe, im hiesigen Lande die Oberhand gewinnen sollte: an Gründen gegen eine mißliebige Präsentation der Stadt könne es eben niemals fehlen.

Herr Steinau hebt dem gegenüber hervor, daß es in dem vorerwähnten Falle neuern Datums doch gelungen sei, die Anstellung eines vom Magistrate präsentirten Lehrers gegen das Widerstreben des Consistoriums durchzusetzen: Beweis, daß jenes Präsentationsrecht durchaus nicht so ganz illusorisch, sobald durchschlagende Gründe den von hier ausgehenden Vorschlägen zur Seite stehen. Gleichwohl sei er nicht abgeneigt, dieses Recht gegen ein Anderes einzutauschen, und wolle er daher folgenden Vermittlungsantrag stellen:

Die Stadt giebt ihr alternirendes Wahlrecht bei der Realschule erster Klasse auf; dagegen überläßt die Regierung ihr Aufsichtsrecht über die städtischen Schulen einem Collegium von weltlichen Gelehrten.

Auf diese Weise werde hier endlich der Einfluß des Consistoriums beseitigt werden, ein Erfolg, der allerdings auch ihm vor allen Dingen am Herzen liege. Redner be ruht sich auf den in Gebrauch gesetzten Katechismus und andere Schulbücher, die man nur als wahre Sünde wider alle Wissenschaft bezeichnen könne, auf die ganze Richtung des Unterrichts z. B. in der höhern Töchter Schule, in welcher die Kinder mit abergläubischen Vorstellungen erfüllt werden, deren Ausrottung dann der häuslichen Erziehung die größten Schwierigkeiten bereite.

Herr Oberbürgermeister Caspari bestreitet, daß der Unterricht an der höheren Töchter Schule in solchem Geiste geleitet werde, wie Herr Steinau annehme. Herr

Steinau verwechselte Glauben und Aberglauben; Glaubensunterricht aber werde man ohne Versündigung an der Jugend von den Schulen niemals ausschließen dürfen. Auf den Vermittlungsvorschlag Herrn Steinau's einzugehen, würde die Landesregierung schon durch das Gesetz vom 14. April 1814 behindert sein, durch welches dem Consistorium unter unmittelbarer Dependenz vom Landesherrn und dessen Geheimraths-Collegium die allgemeine Aufsicht über das evangelisch-lutherische Schulwesen des Landes aufgetragen werde. Die Aufhebung dieses Gesetzes habe bekanntlich Herr Häusler in der Landesversammlung beantragt; bis dahin aber sei das Ministerium an diese landesgesetzliche Bestimmung eben gebunden.

Auch der Herr Vorsikende hält die Gelegenheit eines Vertrags mit der Landesregierung nicht für geeignet, eine so tiefgreifende legislatorische Frage zu einem partiellen Austrage zu bringen; auch er empfiehlt daher, die Magistratsproposition als vortheilhaft und unverfänglich zu unveränderter Annahme.

Damit ist die Discussion über diesen Punct geschlossen. Von Herrn Lucius wird namentliche Abstimmung beantragt und stimmen demnach

für unveränderte Annahme von § 3

die Herren Bräse, Ehrenhard, Graf Görke-Wrisberg, Götze, Haake, Jasper, Kellner, Kloss, Krone, Meyer, Munte, Peters, Pini, Reck, Reuter, Schwarzenberg, Solmiz, Steinmann,

für Verwerfung desselben

die Herren Bock, Bracke, Faillard, Lucius, Steinau.

Ohne weitere Discussion werden §§ 4 und 6 des proponirten Vertrages und schließlich dieser in seiner Gesamtheit angenommen;

worauf die Versammlung zur Berathung des vorliegenden Statuts »die Organisation der städtischen Realschule zweiter Ordnung betreffend« übergeht.

§§ 1 und 2 desselben werden ohne weiteres genehmigt.

Zu § 3, laut dessen der zur Verwaltung der Schule bestellte Vorstand aus dem Vorsikenden des Magistrats, dem Stadtsuperintendenten und dem Director als ständigen Mitgliedern, außerdem aber noch aus zwei Mitgliedern bestehen soll, welche die Stadtverordneten aus ihrer Mitte je für die Amtsdauer ihrer übrigen Commissionen zu wählen haben,

wird seitens der Commission beantragt, die hier im Druck hervorgehobenen Worte wegzulassen, damit die Heranziehung etwa geeigneter Persönlichkeiten aus anderen Kreisen nicht ausgeschlossen bleibe.

Herr Bracke beantragt, daß auf Betheiligung des Stadtsuperintendenten verzichtet, dagegen die Zahl der gewählten Mitglieder des Schulvorstandes auf drei erhöht werde. Der Stadtsuperintendent sei nicht nothwendig immer ein guter Schulmann: wozu also eine für die eigentlichen Aufgaben der Schule möglicherweise ganz ungeeignete Persönlichkeit heranziehen, nur um auch an dieser Stelle, der ausgesprochenen Zeitrichtung zuwider, einen Einfluß der Geistlichkeit zu begründen? Erträglicher noch wäre, die neue Schule ähnlich wie die beiden Gymnasien unter die Aufsicht der Eparchie zu stellen; da aber in Frage stehe, ob nicht diese demnächst gänzlich werde aufgehoben werden, so erscheine als das allein sachgemäße eine Organisation wie die von ihm vorgeschlagene, der ursprünglich denn auch die Majorität der Com-

mission geneigt gewesen, und der bei ernstem Willen der städtischen Behörden, wie Redner hofft, auch das Staatsministerium nicht auf die Dauer widerstreben werde.

Herr Schwarzenberg erinnert an § 10 des Gesetzes vom 8. December 1851, nach welchem in den Städten ausdrücklich je der erste Geistliche dem Schulvorstande zugeordnet werde. Bei dem Verhältniß wie es im vorliegenden Falle ins Auge gefaßt worden — vier weltliche Stimmen gegen eine geistliche — sei überdies die Sorge, als könnte von Seite dieses einen geistlichen Mitgliedes je ein überwiegender Einfluß geübt werden, vollends nicht am Platze.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Nach dem soeben angezogenen Gesetze seien die Gemeindeschulen einem Vorstande unterstellt, der sich aus dem Vorsitzenden des Magistrats, dem Superintendenten, je einem Mitgliede des Kirchenconvents und der Stadtverordneten und dem Schuldirector zusammensetze, also zwei geistliche Mitglieder enthalte und weiter dann direct unter dem Consistorium stehe, an dessen Oberaufsicht die Landesregierung nach Maßgabe der auf die Schulordnung von 1851 basirenden gesetzlichen Bestimmungen unter allen Umständen werde festhalten müssen. Diesem Schulvorstande nun auch die neue Realschule zu untergeben, scheine durch deren besondere Anforderungen und die dadurch bedingte Ausnahmestellung ihres Directors verboten. Ihr eine Stellung anzuweisen, wie den beiden Gymnasien, der Güntherschen und den beiden höheren Töchterschulen: unter einer aus dem Vorsitzenden des Magistrats, dem Superintendenten und dem Director zusammengesetzten Commission und der Ephorie — wiederum dem Vorsitzenden des Magistrats und dem Stadtsuperintendenten — als nächstvorgesetzter Behörde, sei wegen der mancherlei Umständlichkeiten, welche eine solche Stellung mit sich bringe, unräthlich erschienen. In der vorgeschlagenen Einrichtung hingegen, welche einerseits diesen letzten Uebelstand vermeide, andererseits den besonderen Bedürfnissen der neuen Realschule freiesten Spielraum gewähre, habe der Magistrat nach reiflicher Ueberlegung einen annehmbaren Mittelweg zu finden geglaubt. Jedenfalls werde der Stadtsuperintendent als einer unter fünf Vorstandsmitgliedern zu den Befürchtungen, welche Herr Bracke hege, weniger Anlaß geben, als wenn er in der Ephorie sich dem Vorsitzenden des Magistrats allein gegenüber befände, wie bei Ablehnung der Vorlage das Verhältniß sich unfehlbar gestalten würde. Ein Bedenken gegen dieselbe könnte nur Platz greifen, wenn sie eine Einrichtung schufe, welche für alle Zeit und auch dann Dauer behielte, wenn etwa das gesammte Schulwesen des Landes umgestaltet würde; das aber sei ja nicht der Fall.

§ 3 wird hierauf in der von der Commission beantragten Fassung angenommen, der Antrag Herren Bracke's unter Namensaufruf gegen die Stimmen der Herren

Bock, Bracke, Lucius, Steinau

abgelehnt.

Ohne Discussion gelangen §§ 4 und 5 des Statuts zur Annahme.

Desgleichen § 6 mit folgender von der Commission beantragten Modification der Fassung des zweiten Absatzes (Z. 6—11 des vorliegenden Entwurfs):

Sie (die Stadtverordneten-Versammlung) hat ferner alle außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen und zur Eröffnung neuer Lehrstellen, Einrichtung neuer Classen, Gehaltsverbesserungen, sowie zur Abänderung der Schulgeldsätze oder dieses Statuts (cf. § 12) die Genehmigung zu

ertheilen, und ist stets gutachtlich zu hören, wenn sonstige Aenderungen in der Organisation der Schule vorgenommen werden sollen.

§ 7 beantragt die Commission wie folgt zu fassen:

Was die inneren Angelegenheiten der Schule betrifft, so ist dem Schulvorstand, welcher dabei die Interessen der theilhaftigen Einwohner der Stadt am Gedeihen der Schule zu vertreten hat, der jährlich aufzustellende Lectionsplan vor dessen Einsendung an die obere Schulbehörde, sowie jede dauernde Veränderung desselben stets zur Kenntnissnahme und Erklärung vorzulegen, und die letztere der oberen Schulbehörde mit einzusenden. Auch hat der Schulvorstand die Verpflichtung, sich von dem in der Schule herrschenden Geiste, dem Zustande der Disciplin, dem Grade der Annäherung an das vorgesteckte Lehrziel, der Wirksamkeit der Lehrer u. s. w. stets in Kenntniss zu erhalten, kann auch den Director zu mündlichen oder schriftlichen Berichterstattungen auffordern. Der Schulvorstand wird an den öffentlichen Klassen- und Entlassungs-Prüfungen theilhaftig nehmen und ist befugt, von ihm zu delegirende Mitglieder, nach vorgängiger Anzeige bei dem Director, den Unterrichtsstunden beiwohnen zu lassen.

Dagegen hat sich derselbe auf eine specielle Beaufsichtigung der didactischen und disciplinarischen Einrichtungen nicht einzulassen, welche allein dem Schuldirector unter der gesetzlichen Oberaufsicht der Staatsbehörden zusteht, welcher die Lectionspläne aufstellt, die Unterrichtszweige auf die einzelnen Lehrer vertheilt und seine desfallsigen Vorschläge der oberen Schulbehörde zur Genehmigung einsendet.

In dieser Fassung wird § 7, hierauf ohne Aenderung §§ 8–12 und schließlich das ganze Statut von der Versammlung genehmigt, und, indem somit die Tagesordnung erledigt ist, die Sitzung geschlossen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 65. Stücke der 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 20. März 1873.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Faillard, Häusler, Kellner.

Bei Abwesenheit des Herrn Vorsitzenden eröffnet die Sitzung Herr Schöttler, indem er zunächst den Eingang eines Antrags des Herrn Steinau auf Hebung des Unterrichts in den unteren Bürgerjulen und auf unentgeltliche Zulassung guter Schüler dieser Anstalten zu dem Unterrichte der städtischen Realschule anzeigt, die Motivirung desselben aber zur nächsten Tagesordnung vorstellt.

Der vorliegenden Tagesordnung gemäß

I. schreitet die Versammlung zur Wahl einer Specialcommission für den Antrag des Herrn Lucius, die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses betreffend, und werden dazu die Herren Graf Götz-Weisberg, Lucius, Munte, Reck, Reuter und Schöttler bestellt.

Hierauf

II. berichtet Namens der Statutencommission Herr Peters über die Anträge, welche von Herrn Bock auf Grund der in der Anklagesache Herzoglicher Staatsanwaltschaft wider ihn wegen Beleidigung der Stadtverordnetenversammlung vom ersten Senate

des Herzoglichen Obergerichts zu Wolfenbüttel unterm 7. Februar d. J. publicirten Erkenntnisses gestellt waren und ihrem vollen Wortlaut nach bereits S. 17 des Protocolls vom 20. Februar d. J. abgedruckt sind.

Der erste derselben geht dahin, daß dieses Erkenntniß — welches inzwischen zugleich mit dem vorausgegangenen Wahrspruche des Herzogl. Kreisgerichts hieselbst vom 8. November v. J. von Herzogl. Staatsanwaltschaft in beglaubigter Abschrift auch der Versammlung mitgetheilt ist — vollständig in das Protocoll vom 18. Juli v. J. aufgenommen werde. Die Commission dagegen hält nach Maßgabe der Geschäftsordnung für ausreichend, wenn beide Erkenntnisse durch wörtliche Verlesung zur Kenntniß der Versammlung gebracht und zu den Acten genommen, im Protocoll aber, und zwar in dem der heutigen Sitzung, nur der sogenannte tenor derselben, diejenigen Passus, welche die Entscheidung enthalten, aufgeführt werde, da nach § 64 der Städteordnung die Protocolle nur die Verhandlungen selbst, d. h. die Anträge, den wesentlichen Inhalt der Debatten und die gefaßten Beschlüsse enthalten sollen, und, wenn man darin umfangreiche Actenstücke, z. B. Proceßverhandlungen der städtischen Behörden mit dritten Personen, ihrem ganzen Wortlaut nach aufnehmen wollte, einem desfalligen Antrage überall wo Privatinteressen eines hiesigen Einwohners in Frage stehen, genügt werden müßte, dadurch aber die Protocolle eine unnöthige und unerwünschte Ausdehnung bekommen würden. — Die Anträge 2, 3 und 5 bezwecken eine Aenderung bzw. Bervollständigung der Protocolle vom 4. Juni, 4. April und 23. Mai v. J. Die Commission constatirt zunächst, daß der dritte Antrag nicht ersehen läßt, in welchem Punkte das Protocoll vom 4. April rectificirt werden sollte. Da aber, hiervon abgesehen, die angeführten Protocolle sämmtlich in gesetzlicher Form zu Stande gekommen und von der Versammlung genehmigt sind, so scheint eine Aenderung derselben überhaupt nicht mehr zulässig. Wollte und könnte man aber auch dieses formelle Bedenken schwinden lassen, so werden jene Anträge doch durch das zur Motivirung angezogene obergerichtliche Erkenntniß keineswegs begründet, da in diesem weder ausgesprochen ist noch hat ausgesprochen werden sollen, daß die betreffenden Protocolle Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten enthielten. — Ebenso hält die Commission auch den vierten Antrag für formell und materiell unbegründet, welcher von der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung die Erklärung fordert, daß die am 4. Juni v. J. beschlossene Ausschließung des Antragstellers unbegründet gewesen. Die formelle Seite anlangend, so ist diese Ausschließung auf Grund von § 43 der rev. St.-O. erfolgt, weil Herr Bock, der Aufforderung der Versammlung zuwider seine nach deren Ansicht beleidigenden Angriffe gegen zwei andere Mitglieder zurückzunehmen verweigert hatte; den ihm gesetzlich zustehenden Recurs gegen diesen Beschluß hat der Antragsteller nicht verfolgen zu wollen erklärt, an den

Sitzungen auch ferner nicht theilgenommen. Damit war diese Angelegenheit definitiv erledigt, und erscheint es daher unzulässig, dieselbe gegenwärtig — zumal die Versammlung seit dem 1. Januar d. J. sich neu constituirt und organisiert hat — einer Kritik zu unterziehen, geschweige denn denselben etwa durch einen neuen Beschluß zu annulliren. Materiell betrachtet, ergibt sich dann, daß die Staatsanwaltschaft nur wegen der gegen die Versammlung als solche vom Antragsteller begangenen Beleidigungen zur Strafvollstreckung ermächtigt worden war und also nur derartige Beleidigungen — besonders also seine Eingabe an die vereinigte Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten vom 18. Juni v. J. und sein Inserat im hiesigen Tageblatte vom 22. Juni verfolgen konnte, und so denn auch die Entscheidung des Herzogl. Obergerichtes sich nur auf diese Auslassungen bezieht. Wenn diese Entscheidung nun zu dem Resultate gelangt, daß die bezüglichen Auslassungen nicht gegen die Versammlung als solche, d. h. als „ein von den Personen der einzelnen Mitglieder unabhängiges intellectuelles Ganzes“ gerichtet seien, sondern gegen die Personen einzelner Mitglieder, namentlich der in der Sitzung vom 4. Juni v. J. anwesenden zwanzig Mitglieder, folgerweis also nicht die Versammlung in jenem Sinne angegriffen resp. beleidigt, und daher der Angeeschuldigte von der Anklage auf Beleidigung der ganzen Versammlung freizusprechen sei: so ist damit selbstverständlich nicht gesagt, daß jene Auslassungen überall keine Beleidigung enthielten. Diese Frage hat denn auch das obergerichtliche Erkenntniß auf sich beruhen lassen zu wollen erklärt, dagegen aber den einzelnen Mitgliedern der Versammlung die ihnen etwa zustehende Privatanklage ausdrücklich vorbehalten. Es ist daher durch diesen Richterspruch sowenig die völlige Schuldblosigkeit des Antragstellers wie die Ungefeßlichkeit des Ausschließungsbeschlusses der Versammlung constatiert, und somit — wie unbedingt auch die unparteiische Autorität des höchsten Gerichtshofs in dieser Angelegenheit anerkannt wird — zu einem für den Antragsteller günstigen Resultate auf Grund des obergerichtlichen Erkenntnisses nicht zu gelangen. Die Commission beantragt daher einstimmig:

die Anträge sub 2—5 ganz abzulehnen;

mit allen gegen eine Stimme:

den Antrag sub 1 in der modificirten Form anzunehmen, daß lediglich die in dem Erkenntnisse des Obergerichtes am Schlusse enthaltene Entscheidung und ebenso auch die Entscheidung im Erkenntnisse Herzoglichen Kreisgerichtes in das heutige Sitzungsprotocoll aufgenommen werde.

Im übrigen hält die Commission dafür, daß für den Antragsteller, da er als Mitglied der Versammlung wiedergewählt und aus deren Mitte ein Antrag auf seine Zurückweisung nicht gestellt ist, keine Veranlassung mehr vorliege, eine weitere Erörterung des Antrags sub 4 zu wünschen.

Die Discussion eröffnend

motivirt Herr Vock seine Anträge in längerer Rede. Den ersten derselben anlangend, so sei am 18. Juli v. J. die Anklageermächtigung der Staatsanwaltschaft laut des Protocolls zur Ehre der Versammlung und der Stadt Braunschweig beschlossen. Danach aber habe die Bürgerschaft wohl das Recht, nunmehr auch durch unverfälschte Veröffentlichung des obergerichtlichen Erkenntnisses zu erfahren, wie es mit der Ehre der Stadt bei ihren Vertretern bestellt sei. Zur Begründung seines zweiten Antrags führt Herr Vock an, daß seine Erklärung vom 31. Mai v. J. obschon nicht privatim an den Herrn Vorsitzenden, sondern officiell an die Versammlung gerichtet, gleichwohl nicht zu deren Kenntniß gebracht sei. Bei der gesetzlichen Gleichberechtigung der Stadtverordneten aber sei nicht nur der gegen ihn gerichtete Ausschließungsantrag, sondern auch seine Vertheidigung officiell zur Kenntniß der Bürgerschaft zu bringen, und müsse er daher nunmehr beantragen, von der gedachten Erklärung — welche Redner in extenso verliest — wörtlich und unverfälscht im heutigen Protocolle Act zu nehmen. Wie dreitens dann die Rectification des Protocolls vom 4. April v. J. vorgenommen werde, sei ihm völlig gleichgültig. Falls indessen die gegenwärtige Versammlung etwa aus Rücksicht auf die inzwischen ausgeschiedenen Mitglieder oder den in der bewußten Sitzung nicht gegen gewesenen Herrn Peters Bedenken trage, jenes Protocoll in Uebereinstimmung mit den zeugeneidlichen Erhebungen und dem Wahrspruche des Herzogl. Kreisgerichts zu rectificiren, so bitte er seine öffentliche Verwahrung vom 23. Mai v. J. durch das heutige Protocoll officiell zu öffentlicher Kunde zu bringen. Redner verliest das erwähnte Schriftstück und fährt dann fort: Sein vierter Antrag bezwecke, auf Grund des freisgerichtlichen Wahrspruches und der Motive des freisprechenden Erkenntnisses des höchsten Gerichtshofes unseres Landes von seinen Gegnern eine Genugthuung zu erlangen und gegenüber der widerrechtlich über ihn verhängten Ausschließung seine staatsbürgerlichen Wahl- und Ehrenrechte zu behaupten. Von seinen Wählern sei gegen jenes widerrechtliche Verfahren Protest eingelegt, ihr Vertrauen habe ihn zum zweiten Mal an diese Stelle berufen; diese seine Wiederwahl aber zu beanstanden würde ohne Rechtsverletzung unmöglich sein. Unter diesen Umständen halte er sich zu dem in seinem Antrage ausgesprochenen Verlangen für sich selbst berechtigt, seinen Wählern gegenüber aber verpflichtet. Wie demselben willfahrtet werde, sei Nebensache, und wolle er demnach seinen Antrag eventuell dahin modificiren:

daß die Versammlung erkläre oder anerkenne, wie sie nach Maßgabe des obergerichtlichen Erkenntnisses vom 7. Februar d. J. nicht berechtigt sei, für oder wider etwaige privatrechtliche Befugnisse einzelner oder

mehrerer Mitglieder Partei zu nehmen, um einen gesetzlichen Vertreter der Bürgerschaft von seinen verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Wahl- und Ehrenrechten auszuschließen.

Sein fünfter Antrag endlich solle dienen, das Interesse der Stadt an der Rathsbleihe zu wahren. Beantragt sei der Verkauf dieses Grundstücks für 3500 \mathfrak{f} ; daß der Deconomierath Griepenkerl in dem Termin vom 7. Februar v. J. 4400 \mathfrak{f} offerirt, sei sowenig wie das gleiche Angebot, welches Redner in der Sitzung vom 23. Mai v. J. gestellt, in das Protocoll dieser Sitzung aufgenommen, und halte er demnach seinen gegenwärtigen Antrag für den Fall aufrecht, daß der Verkauf der Rathsbleihe nochmals auf der Tagesordnung gelangen sollte.

Herr Schwarzenberg hält die gegenwärtige Versammlung zu einer Kritik der vor ihrer Constituirung gefaßten Beschlüsse für nicht competent, da sie, wenn auch größtentheils noch aus den früheren Mitgliedern zusammengesetzt, neben diesen doch auch neue Mitglieder in sich aufgenommen habe, denen der ganze Fall amtlich unbekannt. Unter diesen Umständen müsse er beantragen, daß die Versammlung sich auf eine Discussion über die materielle Seite der Sache überall nicht weiter einlasse, sondern die Commissionsanträge annehme und über die neuen Anträge Herrn Bock zur Tagesordnung übergehe.

Herr Bracke wiederholt die schon bei den Commissionsverhandlungen abgegebene Erklärung, daß er über das Materielle des Falles keinerlei Meinung haben könne. Aus rein formellen Gründen aber hält er den zweiten, dritten und fünften Antrag des Herrn Bock allerdings für unannehmbar, da eine nachträgliche Abänderung der einmal genehmigten Protocolle ein Eingriff in die Rechte der früheren Versammlung wäre, gegen welche auch Redner Einspruch erheben müßte. Ebenso wenig sieht er die Versammlung in der Lage, auf den Antrag unter 4 einzugehen. Denn frühere Beschlüsse könne man doch nur dann ändern, wenn deren materieller Inhalt einer Aenderung überhaupt noch fähig; hier aber handle es sich um einen Beschluß, dessen Wirkung eine Zeit lang unzweifelhaft rechtskräftig bestanden habe, für diese Zeit also unabänderlich bleibe, während er gegenwärtig, nachdem die Versammlung Herrn Bock unbeanstandet zugelassen und sich damit von selbst auf einen andern Rechtsstandpunkt gestellt habe als ihre Vorgängerin, factisch bereits aufgehoben sei. Mit Entschiedenheit dagegen spricht sich Herr Bracke unter Wiederaufnahme des ersten der Bock'schen Anträge für unverkürzte Veröffentlichung des obergerichtlichen Erkenntnisses durch das heutige Protocoll aus. Zwar erkennt er nicht, daß dies von dem sonst üblichen Verfahren abweichen werde, und daß es im allgemeinen nicht rathsam, ganze Actenstücke wörtlich zu Protocoll zu bringen. Allein nach allem was vorgefallen werde es sicherlich zu rechtfertigen sein, wenn diesmal,

um Herrn Bock die gewünschte Genugthuung zu geben und somit diese unerquickliche Angelegenheit befriedigend beizulegen, eine Ausnahme gemacht werde.

Herr Peters. Wenn die vollständige Aufnahme des obgerichtlichen Erkenntnisses als ein Act der Genugthuung für Herrn Bock aufgefaßt werde, so würde die nämliche Rücksicht doch auch der frühern Versammlung zu erweisen, und alle diejenigen Zeitungsartikel und Schreiben aufzunehmen sein, welche das Verfahren gegen Herrn Bock veranlaßt. Dies aber würde schon deswegen nicht angehen, weil damit verleumderischen und beleidigenden Actenstücken weitere Verbreitung gegeben würde.

Herr Bock beruft sich zur Unterstützung seines Verlangens nochmals auf den Umstand, daß der gegen ihn gerichtete Ausschließungsantrag vollständig ins Protocoll aufgenommen worden: was aber dem Einen recht, sei dem Andern billig.

Herr Graf Görz-Brissberg, in Erwägung, daß die heute von Herrn Bock neu eingebrachten Anträge seinen früheren Anträgen etwas ganz Anderes substituiren, vor weiterer Debatte also auf alle Fälle an die Commission zu verweisen wären, wiederholt den Antrag, daß darüber zur Tagesordnung gegangen werde.

Die Versammlung schreitet hierauf zur Abstimmung.

Auf die Frage:

Soll das Erkenntniß Herzoglichen Obergerichts vom 7. Februar d. J. vollständig in das heutige Protocoll aufgenommen werden?

stimmen mit Ja die Herren Bock, Bracke, Munte, Steinau; mit Nein alle übrigen anwesenden Mitglieder der Versammlung.

Auf die Frage:

Sollen beide Erkenntnisse, das kreisgerichtliche und das obergerichtliche, vor der Versammlung verlesen, hierauf zu den Acten genommen, in dem heutigen Protocolle aber nur der tenor der eigentlichen Entscheidung beider aufgenommen werden?

stimmen mit Ja sämtliche Anwesende außer den Herren Munte und Bock, von denen ersterer verneinend antwortet, letzterer nochmals die Forderung stellt, beide Erkenntnisse sowohl zu verlesen als zu Protocoll zu nehmen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, daß er Herrn Bock als nicht mitstimmend ansehe.

Der Antrag:

über die neugestellten Anträge Herrn Bocks zur Tagesordnung überzugehen,

wird mit allen Stimmen angenommen mit alleiniger Ausnahme der des Herrn Bock, welcher sich der Abstimmung enthält, indem er sich eine weitere Erklärung zur Sache vorbehält.

Nachdem Herr Ehrenhard seinen Antrag, die beschlossene Verlesung der beiden Erkenntnisse bis zum Schlusse der Sitzung zu suspendiren, auf Wunsch der Versammlung zurückgezogen hat,

verliest Herr Peters zuerst dasjenige des Herzoglichen Kreisgerichts vom 8. November v. J. dessen tenor folgendermaßen lautet:

Nach dem vorstehenden Wahrspruche hat sich der Angeklagte, wenngleich diejenigen Äußerungen, welche er in Beziehung auf die Stadtverordneten Götte und Solmiß gemacht, hier nicht weiter in Betracht gezogen werden können, da diese nicht die politische Körperschaft der Stadtverordneten betreffen und nur durch eine Privatanklage zu verfolgen gewesen wären, mithin eine hierauf etwa gegründete Anklage als unzulässig zurückgewiesen wird, einer wiewohl in Ausübung seines Vertheidigungsrechtes, der Stadtverordneten-Versammlung nach der Form der von ihm gebrauchten Äußerungen und nach den Umständen zugefügten absichtlichen Beleidigung schuldig gemacht, und wird derselbe daher mit Rücksicht darauf, daß er bei seiner Vertheidigung, also in der Ausübung eines Rechts, zu weit gegangen und sich zu beleidigenden Äußerungen hat hinreißen lassen, aber auch mit Rücksicht auf die Schwere und größere Verbreitung der Beleidigungen, in Gemäßheit der §§ 185, 186, 193, 197 und 74 des R.-St.-G.-B. zu einer

Gefängnißstrafe von 6 Wochen

sowie nach § 67 der Str.-P.-Ord. zur Tragung der Unkosten, insbesondere einer Sportelgebühr von 4 ₡ und den Gebühren der Auskunfts-personen, damit verurtheilt.

Weiter verliest dann Herr Peters das Erkenntniß Herzoglichen Obergerichts vom 7. Februar d. J., welches folgendermaßen schließt:

Diesemnach ist die Entscheidung:

daß das Erkenntniß des Herzoglichen Kreisgerichts Braunschweig vom 8. November 1872, durch welches Querulant wegen Beleidigung der dortigen Stadtverordneten-Versammlung verurtheilt worden, als nichtig zu beseitigen, Querulant vielmehr von dem gedachten Vergehen, unter Niederschlagung der Untersuchungskosten, freizusprechen sei — vorbehaltlich der wegen der ihm zur Last gelegten Anklagen etwa dritten Personen zustehenden Privatanklage.

Die Vertheidigungsgebühren werden auf 3 ₡ 10 g für die „Anmeldung“, die „Uebersetzung“ und die Einführungsschrift, und auf 12 ₡ für die mündliche Verhandlung festgesetzt und auf die Staatskasse angewiesen.

Herr Boß erklärt hierauf: Nachdem die Versammlung dergestalt von dem Ausspruche des Herzoglichen Obergerichts Kenntniß genommen, ziehe er seinen eventuellen Antrag zurück und halte die Sache damit für erledigt.

III. Nach § 9 des Reglements vom 31. December 1871, das Verfahren bei Veranlagung der Communalsteuer betreffend, soll nach Veranlagung sämmtlicher Steuerpflichtigen und nach Feststellung des Stadtkassenetat durch eine vom Stadtmagistrate in Uebereinstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung zu erlassende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, welcher Theil der ausgeschriebenen Beträge von den Steuerpflichtigen zu entrichten und wie die Zahlung zu leisten ist. Die diesjährigen Steuerrollen sind nun aber dem Magistrate bisher nicht zugegangen, und noch weniger ist es möglich gewesen, den muthmaßlichen Ertrag zusammenzustellen und die Frage in Erwägung zu ziehen, welche Quote der ausgeschriebenen Beträge unter Anrechnung der zu erwartenden Ausfälle zur Deckung des Deficits der Stadtkasse erforderlich sein wird. Da nun diese der Steuereinnahme dringend bedarf, so giebt der Magistrat anheim, daß einstweilen die Steuerpflichtigen aufgefordert werden, die Hälfte der ausgeschriebenen Steuern zu entrichten, und zwar ein Viertel spätestens vier Wochen nach Empfang des Steuerzettels, das zweite Viertel bis Ende Juni, worauf dann eine weitere Bekanntmachung ergehen soll, wieviel von der zweiten Hälfte der ausgeschriebenen Steuer annoch zu entrichten sein wird.

Die Finanzcommission, für welche Herr Götte berichtet, schließt sich diesen Vorschlägen an, und ebenso genehmigt dieselben dann auch die Versammlung.

Im Hinblick auf die noch unerledigten Einschätzungen richtet Herr Reuter an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen, bei Feststellung der nächsten Tagesordnung darauf Bedacht zu nehmen, daß der Bestimmung in § 9 des bezüglichen Reglements Folge gegeben werde.

Ferner

IV. erklärt auf den namens der Statutencommission von Herrn Peters erstatteten Bericht die Versammlung in Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 13. d. Mts. sich einverstanden, daß ein zur städtischen Feldmark gehöriges Ackerstück von 2 Morgen 14 Ruthen, welches an vier Anbauer in Lehndorf verkauft ist, zur dortigen Feldmark gelegt, dabei aber die Grenze nicht auf die Südseite jenes Ackerstücks, sondern auf die Südseite der an demselben entlang führenden „Schaftrist“ gelegt werde, da diese auch ihrer ganzen übrigen Länge nach zur Lehndorfer Feldmark gehört.

Schließlich

V. gelangt der am 20. v. Mts. von den Herren Steinau, Bock und Braake eingebrachte Antrag zur Berathung:

Die Versammlung wolle beschließen, daß

1) die in der Stadt Braunschweig wohnenden Militairpersonen sowohl von ihrem Solde als auch von ihrem Vermögen zu den Communalsteuern sofort veranlagt werden,

2) der Magistrat aufgefordert werde, bezüglich der Einziehung dieser Steuern wie mit jedem andern Steuerpflichtigen zu verfahren.

Namens der Statutencommission trägt Herr Peters Folgendes vor:

Durch eine vom Könige von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes und unter Bezugnahme auf Art. 61 der Bundesverfassung erlassenen Verordnung vom 22. December 1868, welche im Bundesgesetzblatte publicirt und vom Bundeskanzler contrasignirt ist, sind die in einer für die neu erworbenen Landestheile, mit Ausschluß der Stadt Frankfurt, erlassenen preussischen Verordnung vom 23. September 1867 enthaltenen Vorschriften über die Heranziehung der activen und nicht activen Militairpersonen zu den Communalauflagen im ganzen Bundesgebiet eingeführt. Durch diese letztgedachte Verordnung werden alle servisirberechtigten activen Militairpersonen hinsichtlich ihres dienstlichen und sonstigen Einkommens, die auf Inactivitätsgehalt gesetzten oder mit Pension zur Disposition gestellten Officiere aber hinsichtlich ihrer Gehalts- und sonstigen dienstlichen Bezüge, und ebenso die Wittwen und Waisen aller activen und inactiven Militairpersonen hinsichtlich ihrer aus Staatsfonds oder aus einer öffentlichen Versorgungskasse zahlbaren Pensionen und laufenden Unterstützungen von allen directen Communalauflagen befreit. Da nun nach unserer Städteordnung nur active Militairpersonen vom Hauptmann 2. Classe abwärts, und auch diese nur hinsichtlich ihres Dienst Einkommens, von der Communalsteuer befreit sind, so ist durch jene Bundesverordnung ein nicht unerheblicher, vom Magistrate im Jahre 1869 auf 4—5000 \mathfrak{f} pro Jahr berechneter Ausfall für die Stadtcasse veranlaßt.

Die Zulässigkeit der Ausdehnung jener preussischen Verordnung auf das ganze Bundesgebiet ist von verschiedenen Seiten aus folgenden Gründen in Zweifel gezogen worden. Nach der Bundesverfassung sollte die Gesetzgebung des Bundes durch den Bundesrath und Reichstag ausgeübt werden, mithin in derselben Angelegenheit, die wie das Militairwesen der Gesetzgebung und Beaufsichtigung des Bundes unterstellt worden, die Gesetze der einzelnen Bun-

desstaaten so lange in Kraft bleiben, bis durch jene gesetzgebende Endform eine Abänderung derselben beschloffen ist. Nur in Betreff des Militairwesens wurde, zum vorübergehenden Zweck der gleichmäßigen Durchführung der Bundes-Kriegsorganisation durch Artikel 61 der Verfassung insofern eine Ausnahme gemacht, als nach Publication der Verfassung in dem ganzen Bundesgebiete die preussische Militairgesetzgebung ungeändert eingeführt werden sollte. Daß darunter aber nur die eigentlichen militairischen Organisations-Gesetze verstanden waren, ergibt sich theils aus den im Art. 61 namentlich aufgeführten Gesetzen, z. B. Militairstrafgesetzbuch, Verordnung über Aushebung, Dienstzeit, Verpflegungswesen u., wobei die Militairkirchenordnung ausdrücklich ausgeschlossen wurde, theils aus den im damaligen Reichstage über Art. 61 gepflogenen Verhandlungen, in welcher der Bundescommissar als Vertreter der Bundesregierung sich mit der Auffassung des Reichstags einverstanden erklärte, daß durch Annahme des Artikels die rechtliche Natur der einzelnen Bestandtheile der preussischen Militairgesetzgebung keine Aenderung erleide, wonach denn der Artikel nur das Einführungs-gesetz der preuß. Militairgesetzgebung für die übrigen Bundesstaaten bilden sollte.

Die Bundesverfassung datirt nun aber vom 26. Juli 1867, während die erwähnte preussische Verordnung erst am 25. Septbr. 1867 für preussische Landestheile erlassen ist; sie ist kein eigentliches Militairgesetz im Sinne des Art. 61 und sie schafft — was das Wichtigste ist — neues Recht. Zwar nimmt sie auf ein für die alten Provinzen des preussischen Staates am 11. Juli 1822 erlassenes Gesetz Bezug, welches Bestimmungen über die Besteuerung des Dienst Einkommens der Beamten enthält, und hat nach ihren Eingangsworten den Zweck, die Staatsdiener in den neu erworbenen Landestheilen bezüglich ihrer Beitragspflicht zu den Communalbedürfnissen den Staatsdienern in der übrigen Monarchie nach Maßgabe der Grundsätze des Gesetzes von 1822 gleichzustellen; — indessen dieses Gesetz hat mit der Heeresorganisation nichts zu thun, ist auch nur für diejenigen Städte der alten Provinzen erlassen, in welchen die Städteordnung vom 19. November 1808 eingeführt ist, und sein Grund und Zweck ist rein bürgerlichen Rücksichten entlehnt. Denn nach seinem ausdrücklichen Wortlaute ist man dabei von der Erwägung ausgegangen, daß einerseits das Dienst Einkommen der Beamten theils von manchen Zufälligkeiten, Leben, Gesundheit u. s. w. abhängig, theils seinem ganzem Betrage nach bestimmt sei und somit gegen Grund- und Capital- wie gegen Gewerbe Einkommen im Nachtheil stehe; andererseits aber dem Staate daran liegen müsse, das Einkommen seiner Beamten nicht zu sehr geschmälert

zu sehen. Ferner enthält dasselbe, im Gegensatze zu der Verordnung vom 25. Septbr. 1867, neben anderen abweichenden Bestimmungen den wichtigen Satz (§ 7), daß die Staatsbeamten von ihrem etwaigen besondern Vermögen und andern Einkommen, außer dem Diensteinkommen, gleich den anderen Bürgern und Schutzverwandten zu den Gemeindelaften ihres Wohnorts beizutragen haben.

Diese Auffassung der Verordnung wird nun auch von den hiesigen Stadtbehörden getheilt, und hat demnach der Magistrat bereits am 17. März 1869 beim Bundesrath die Zurücknahme der Bundesverordnung vom 22. Decbr. 1868 beantragt und gleichzeitig auch den Reichstag des Nordb. Bundes sowie das Herzogl. Staatsministerium ersucht, diesen Antrag beim Bundespräsidio und im Bundesrathe zu befürworten. Vom Bundesrathe und Staatsministerium ist eine Resolution hierauf nicht erfolgt, dagegen ist seitens des Reichstages unterm 6. Juni 1869 dem Magistrate eröffnet worden, daß die Petition durch die Beschlussfassung über den bezüglichen Antrag des Abgeordneten Hagen für erledigt erklärt sei. Dieser Reichstagsbeschluss erkennt nun zwar an, daß Art. 61 der Bundesverfassung sich nur auf die zur Zeit der Publication bereits in Kraft gewesenen preussischen Gesetze über das Militärwesen beziehe, nicht aber auf solche, die später erlassen seien, fordert aber nicht zugleich consequenter Weise die Zurücknahme der Bundesverordnung vom 22. December 1868, sondern läßt dieselbe in Wirksamkeit und bemerkt nur, daß das Verhältniß des Militärs zu der Communalsteuer-Gesetzgebung einer gesetzlichen Regelung im Sinne der Einheit bedürfe.

Es ist hierauf von dem Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden, vorläufig die Veranlagung zur Communalsteuer nach Maßgabe jener Bundesverordnung vorzunehmen, aber gegen deren Rechtmäßigkeit zu protestiren und der Stadt alle Rechte auf Erhebung der vollen Communalsteuer vorzubehalten. Zugleich ist der Magistrat ersucht worden, fernerweit sich um Aufhebung der Verordnung zu bemühen.

Der vorliegende Antrag bezweckt nun, ohne weitere Berücksichtigung jener Bundesverordnung die hiesigen Militärpersonen nach Maßgabe der Vorschriften in unserer Städteordnung zu der Communalsteuer heranzuziehen und wegen Einziehung der Steuer mit ihnen wie mit jedem andern Steuerpflichtigen zu verfahren. In dieser Richtung kann jedoch die Tendenz weder als begründet noch als ausführbar anerkannt werden. Denn nach Art. 2 Nr. 17 der Verfassung für den Nordb. Bund steht dem Bunde das Recht der Gesetzgebung nach Maßgabe der Verfassung zu, die Bundesgesetze gehen den Lan-

desgeſehen vor und die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräſidiums ſind für das Bundesgebiet verbindlich, inſofern ſie im Namen des Bundes vom Bundespräſidium erlaſſen und vom Bundeskanzler gegengezeichnet ſind.

Dieſen geſetzlichen Erforderniſſen entſpricht aber die qu. Bundesverordnung, mithin liegt ein formell gültiges Bundesgeſetz vor, welchem von den Gerichten und allen anderen Behörden im Bundesgebiete Folge zu geben iſt, außerdem iſt in der mit Zuſtimmung des Bundesrathes und Reichstages publicirten Verfaſſung des deutſchen Reichs vom 10. April 1871 Art. 61 der Verfaſſung des Nordd. Bundes wieder wörtlich aufgenommen und eine beſchränkende Beſtimmung wegen der Verordnung vom 22. Decbr. 1868 nicht beigeſetzt, obſchon Grund und Gelegenheit dazu vorlag, wenn man dieſelbe für nicht gerechtfertigt angeſehen hätte. Eine Einziehung der Steuern von den Militairperſonen gegen die qu. Verordnung im executiviſchen Wege, wie ſie nach der Städteordnung bei Steuerrückſtänden zuläſſig iſt, würde ſomit unter allen Umſtänden als ein geſetzwidriges Verfahren unzuläſſig ſein; aber auch einer Verfolgung des Anſpruchs im Wege des Proceſſes oder im Verwaltungswege ſteht das Vorhandenſein der Bundesverordnung entgegen. Es wird daher nichts weiter übrig bleiben, als durch wiederholte Anträge beim Reichstage oder Bundesrath die Zurücknahme der Verordnung zu erwirken.

Die Commiſſion beantragt daher:

den frühern Beſchluß zu wiederholen, nach welchem unter Proteſt gegen die Rechtmäßigkeit der mehrgedachten Verordnung die Veranlagung zu den Communalſteuern nach Maßgabe dieſer Verordnung vorzunehmen, der Stadt aber alle Rechte auf Erhebung der vollen Communalſteuer von den hier wohnenden Militairperſonen nach Maßgabe unſerer Städteordnung vorzubehalten ſind; im übrigen aber den Magiſtrat zu erſuchen, daß er ſeine Bemühungen um Aufhebung jener Verordnung fortſetzen wolle.

Herr Steinau vermag ſich auch nach den Ausführungen des Herrn Referenten der Ueberzeugung nicht zu entſchlagen, daß das Recht der Verordnung vom 22. December 1868 in der That auf äußerſt ſchwachen Füßen ſtehe. Denn wenn auch Art. 61 der Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes dem Bundesfelbherren die Befugniß zuertheile, in Betreff der Heeresorganisation Anordnungen zu treffen, ſo ſei ausdrücklich doch auch betont, daß das auf Grund ſchon beſtehender Geſetze zu geſehen habe; das Geſetz vom 11. Juli 1822 aber, die Beſteuerung der Staatsdiener betreffend, könne im vorliegenden Falle doch wohl nicht zur Begründung herangezogen werden, ganz abgeſehen davon, daß es an ſich ſelbſt ein verwerfliches

Princip, die Staatsbürger hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten nach bestimmten Kategorien zu sondern: wenn Beamte und Militärpersonen in Anbetracht der bei diesem Gesetze berücksichtigten Verhältnisse einer Begünstigung bedürfen, so werde rationeller sein, ihre Gehalte zu verbessern als sie der Besteuerung der Communen zu entziehen, an deren Wohlthaten sie stündlich theilnehmen. Höchstens das Eine lasse sich für die Verordnung von 1868 anführen, daß sie durch die stillschweigende Zustimmung der betheiligten Regierungen bei Gründung der Reichsverfassung von 1871 Gesetzeskraft erlangt habe. Könne aber so in Wahrheit eine an sich ungesetzliche Verfügung überhaupt als Gesetz anerkannt werden, so werde sich allerdings durch Beschwerden und Anträge schwerlich etwas dagegen ausrichten lassen, und müsse er daher, obwohl mit Widerstreben, sich den Vorschlägen der Commission anschließen.

Herr Bracke verspricht sich von dem beantragten Verhalten keinerlei Erfolg, da jene Verordnung von einer Stelle ausgegangen, bei der den militairischen Interessen alle anderen Rücksichten untergeordnet werden, der Reichstag aber weder die Macht habe, hierin einen Wandel zu schaffen, noch auch nur den Willen, es auf einen Conflict ankommen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Die Uebertragung der in Rede stehenden Verordnung auf die außerpreussischen Gebiete des norddeutschen Bundes sei allerdings nicht zu umgehen gewesen, weil die Verhältnisse der Angehörigen des Bundesheeres nothwendigerweise überall gleichmäßig geregelt werden müßten; immerhin aber wäre dazu ein Gesetz erforderlich gewesen. Redner will auf die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der bestehenden Norm nicht weiter eingehen, sondern nur auf einen Punkt aufmerksam machen. Ohne den politischen Standpunct Herrn Brackes zu theilen, müsse er doch darin mit demselben übereinstimmen, daß die dem Magistrat anempfohlenen Schritte wenig Aussicht auf Erfolg haben; am wenigsten aber werde zu erreichen sein, wenn etwa Braunschweig allein wieder mit einer solchen Vorstellung auftrete. Daher würde seiner Meinung nach der Commissionsantrag passender dahin lauten: daß der Magistrat ersucht werde, andere in gleicher Lage befindliche Städte zu einer gemeinschaftlichen Vorstellung zu veranlassen. Der Magistrat werde dann in dieser Richtung alsbald vorgehen; wie rasch und welche Erfolge zu erwarten, bleibe allerdings dahingestellt.

Herr Graf Görz-Wrisberg schließt sich dem vom Herrn Oberbürgermeister Caspari in Vorschlag gebrachten Amendement an,

welches namens der Commission auch Herr Peters glaubt für durchaus annehmbar erklären zu dürfen,

und werden demnach mit diesem Amendement die Commissionsanträge von der Versammlung genehmigt.

Nachdem dann noch das Protocoll vom 20. Februar gutgeheißen, das vom 27. Februar, welches erst heute zur Vertheilung gelangt, zur nächsten Tagesordnung verstellt ist,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung werden Wohnrechtsgefuche erledigt.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 89. Stücke des 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 17. April 1873.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Flagge, Haeussler und Steinmann.

An Stelle Herrn Haeusslers übernimmt den Vorsitz Herr Schöttler.

Genehmigt wird zunächst das Protocoll vom 27. Februar, während das vom 20. März, welches in Folge einer Ueberbürdung der Druckerei erst heute hat zur Vertheilung gelangen können, wiederum zu späterer Befindung verstellt bleibt.

I. Wie der Magistrat in einem Schreiben vom 27. v. M. anzeigt, ist durch Abstellung einiger Mängel der Inspectorenwohnung in der mittlern Bürgerschule westlichen Bezirks eine Ausgabe von 112 fl 5 gr 4 A erwachsen, zu welcher bei der durch die Umstände gebotenen Eile die Genehmigung der Versammlung im voraus nicht hat können eingeholt werden. Auf den durch Herrn Reck erstatteten Bericht der Schulcommission erklärt die Versammlung, dem Antrage des Magistrates gemäß, sich nachträglich einverstanden.

II. Weiter berichtet namens der Schulcommission Herr Reck, daß zufolge eines Magistratschreibens vom 29. v. M. in der höhern Töchterschule mehre auf den Corridoren durch unrichtigen Gebrauch der Wasserleitung oder durch ungenügen-

den Abfluß der Waschbecken entstandene Schäden sofort haben ausgebessert werden müssen, überdies aber auch, indem das bisherige Konferenzzimmer gegenwärtig als Klasse dient, die Einrichtung eines neuen Konferenzzimmers nöthig geworden und hierdurch sowie durch die gewöhnlichen Unterhaltungsarbeiten ein Kostenaufwand von 508 ₧ — ge 8 L entstanden, der etatmäßige Anlaß von 150 ₧ also erheblich überschritten ist. Die Commission empfiehlt, die gedachten Verwendungen beantragter Maßen nachträglich zu genehmigen,

und beschließt demgemäß auch die Versammlung,

nachdem Herr Schwarzenberg an den bei der Commissionsberathung laut gewordenen Wunsch erinnert hat, in den vorgelegten Kostenverzeichnissen künftig je die für ordentliche und die für außerordentliche Bauverordnungen erwachsenen Ausgaben kenntlich auseinandergehalten zu sehen.

III. Da die dritte mittlere Bürgerschule zu Ostern um zwei neue Klassen vermehrt wird, muß dort, wenn diese Schule den anderen mittleren Bürgerschulen gleich gestellt werden soll, statt wie bisher in zwei Stunden wöchentlich, fernerhin in acht Stunden Zeichenunterricht erteilt werden; gleichzeitig sind dafür in der dritten untern Bürgerschule, welche eine neue erste Knabenklasse bekommt, zwei Stunden wöchentlich neu anzusetzen. Zur Uebernahme dieser zehn Stunden sind die 3. 3. angestellten Lehrer außer Stande, und wird demnach beantrag, dieselben provisorisch dem Bildhauer Habich aus Andreasberg, welcher bereits in Goslar als Zeichenlehrer fungirt hat, gegen eine Remuneration von 200 ₧ jährlich zu übertragen und die somit erwachsende Mehrausgabe von 160 ₧ aus der Gemeindefiskalkasse zu verwilligen.

Seitens der Commission durch Herrn Reck empfohlen, wird dieser Antrag von der Versammlung ohne Discussion angenommen.

IV. Von Seiten der Maschinenbauanstalt, welche nach dem Stadterweiterungsplane beim Neubau eines Hauses an der Straße hinter dem Bahnhofe hinter eine ihr Grundstück einschließende Mauer 4 Fuß zurückrücken mußte, ist dringend gebeten, sie von dieser Verpflichtung zu entbinden. Ebenso hat der Zimmermeister Behrenspennig darum nachgesucht, daß er beim Neubau seines Hauses an der nämlichen Straße statt der ihm vorgeschriebenen Fluchtlinie eine etwas weiter vortretende innehalten dürfe, wogegen er den dann noch zur Straße fallenden Raum seines Grundstücks unentgeltlich abzutreten und für eine bereits abgetretene Fläche sich mit der Entschädigung von 1 ₧ für den Quadratsfuß zu begnügen bereit ist. Das Stadtbauamt hält die Genehmigung beider Anträge für unbedenklich, weil das Behrenspennigsche Grundstück an der Straßenbiegung liegt, wo eine Erweiterung

weniger vornehmlich ist, an der Stelle aber, wo die Maschinenbauanstalt zu bauen beabsichtigt, die Straße auf der bisherigen Fluchtlinie bereits mit mehreren massiven Gebäuden besetzt ist, welche jede fernere Ausweitung doch auf eine lange Reihe von Jahren hinaus unmöglich machen würde. Der Magistrat theilt diese Ansicht, empfiehlt demnach die Genehmigung der beiden Gesuche und beantragt, die Entschädigung des Zimmermeisters Wehrenpfennig nach dem bezeichneten Maßstabe zu verwilligen.

In einem zweiten Schreiben vom 1. d. M. zeigt der Magistrat ferner an, daß das Stadtbauamt bei Gelegenheit eines bevorstehenden Neubaus des sub No. ord. 56 an der Wallstraße belegenen Hauses die Fluchtlinie hat feststellen lassen, auf welcher eine allmähliche Grabelegung dieser Straße angebahnt werden kann. Der Magistrat ist mit diesem Plane einverstanden und beantragt, daß die neue Fluchtlinie als maßgebend anerkannt und ihm Vollmacht ertheilt werde, bei vor kommenden Neubauten die Innehaltung derselben vorzuschreiben und wegen der etwa zu zahlenden Entschädigungen Vergleiche abzuschließen, event. die Expropriation einzuleiten.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, empfiehlt diese Anträge zu uneingeschränkter Annahme.

Es werden zunächst die eine Feststellung der Fluchtlinie an der Straße hinter dem Bahnhofe betreffenden beiden Anträge zur Discussion gestellt.

Herr Reuter, im Uebrigen mit denselben einverstanden, hegt Bedenken gegen den angeforderten Entschädigungssatz von 1 \mathcal{R} für den Quadratfuß, welcher übertrieben hoch erscheint, und wenn auch in diesem Falle bei der Geringfügigkeit des Objects ohne Schwierigkeit aufzubringen, der Stadtkasse doch sehr präjudicierlich werden könne.

Herr Oberbürgermeister Caspari theilt mit, daß der Zimmermeister Wehrenpfennig anfangs 2 \mathcal{R} beansprucht habe und erst im Laufe der Verhandlungen auf die Hälfte zurückgegangen sei.

Herr Munte glaubt, daß auch jene höhere Forderung bei den gegenwärtigen Preisen des Baugrundes nicht grade exorbitant genannt werden könne.

Herr Götte erinnert, daß neben der gegen Entschädigung abzutretenden Fläche ein anderes Terrainstück unentgeltlich zur Straße fallen solle: mit billiger Rücksicht hierauf werde man auf die gestellte Forderung wohl ohne Bedenken eingehen dürfen.

Herr Schöttler macht ferner aufmerksam, wie wünschenswerth für die Beschaffenheit der Straße die so zu gewinnende compirte Ecke ist,

und wird hiernach von der Versammlung sowohl die proponierte Fluchtlinie als der angeforderte Entschädigungssatz genehmigt.

Zweitens die Wallstraße anlangend, ist Herr Munte der Meinung, daß Regulierungsprojecte im Innern der Stadt mit Rücksicht theils auf die hohen Preise des Baugrundes, theils auf die unberechenbare Langwierigkeit des Verfahrens — wovon der nunmehr seit Jahrzehnten allein dastehende Einbau auf dem Bohlwege ein beredtes Beispiel liefere — sich überhaupt schwerlich empfehlen dürften, während andrerseits die zunehmende Ausdehnung der Stadtheile vor den Thoren dem Eingreifen der städtischen Behörden ein um so dankbareres Feld eröffne.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem entgegen, daß es sich bei diesem und ähnlichen Anträgen nicht sowohl um absolute Gradelegung schon vorhandener Straßen nach einem neuen Plane handle, als um eine allmähliche Ausgleichung der hervorstechendsten Unregelmäßigkeiten, wobei die bestehende Fluchtlinie allemal zu Grunde gelegt werde. Uebrigens werde der Magistrat seinerseits es unter allen Umständen zur Entscheidung der Versammlung stellen, ob die Wellenlinien unserer älteren Straßen etwa als berechnigte Eigenthümlichkeit der Stadt zu conserviren seien oder nicht.

Herr Schwarzenberg findet die Wallstraße von zu geringer Bedeutung für den Verkehr, um grade hier mit einem Regulierungsprojecte den Anfang zu machen.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist dem gegenüber darauf hin, daß ein derartiger Plan eben nur gelegentlich, da wo sich grade eine Möglichkeit darbiete, ins Werk gesetzt werden könne.

Herr Reck hat grade an dieser Stelle das Vorgehen des Magistrats mit Freuden begrüßt, da es sich dabei ja nicht allein um eine Gradelegung, sondern zugleich auch um eine Erweiterung handle, deren die Wallstraße schon aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten um so dringender bedürfe, als sie zu den Straßen gehöre, in welchen minder Bemittelte dicht zusammengedrängt wohnen. Uebrigens aber gewähre auch grade hier das eingeleitete Project Aussicht auf eine verhältnißmäßig rasche Förderung, da die meisten von den in Betracht kommenden Häuser alt und baufällig.

Herr Neuter bringt ferner in Anschlag, daß die Wallstraße nicht ganz unwahrscheinlicher Weise demnächst nach Anlage der Straße vom Bahnhofe zum Wilhelmshafen und nach Wegfall der Bruchstraße eine erhöhte Bedeutung für den Verkehr gewinnen werde, abgesehen hiervon aber auch fast in jedem einzelnen ihrer Häuser eine abweichende Fluchtlinie zeige — ein Zustand, welchem bei vorfallenden Neubauten unter allen Umständen so gut als thunlich ein Ende zu machen sei.

Herr Graf Görz-Brisberg ist der Ansicht, daß das Beispiel jenes vergeblichen Anlaufs auf dem Bohlwege gegen den vorliegenden Fall, bei dem es sich um Durchführung eines sowohl aus sanitätspolizeilichen als aus ästhetischen Rück-

sichten gebotenen Principis handle, nicht könne geltend gemacht werden, und dies um so weniger, als dabei mit mäßigen Opfern ein nicht allzu ferner Erfolg allerdings zu erzielen sein werde.

Herr Ehrenhard ist mit diesem Principe an sich einverstanden, beantragt aber, daß da, wo eine Straßenregulirung in Aussicht genommen wird, mit den Anliegern wegen der demnächst erforderlichen Abtretungen sofort abgeschlossen und die vereinbarte Entschädigung unverzüglich ausbezahlt werde. Einerseits werde so das Terrain, welches zur Straße erworben werden müsse, voraussichtlich weit billiger zu stehen kommen als später; andererseits aber werde man auf diesem Wege auch Unbilligkeiten vermeiden wie die, über welche gegenwärtig die Besitzer am Giersberge zu klagen haben, denen beim Anbau ihrer Grundstücke auferlegt worden, vor ihren Häusern einen ziemlich breiten Terrainstreifen frei zu lassen, während jetzt dem Vernehmen nach dieses Terrain gar nicht zur Straße gelegt werden solle, die Eigenthümer also jeder Entschädigung für die ihnen auferlegte Eigenthumsbeschränkung verlustig gehen werden.

Herr Bracke, mit den Anträgen des Magistrats sonst ebenfalls einverstanden, hegt das Bedenken, ob nicht den Anwohnern der Wallstraße durch Einrückung der Häuserfronten eine Raumbeschränkung werde auferlegt werden, welche die sonstigen Vortheile dieser Maßregel mehr als aufwiege.

Herr Oberbürgermeister Caspari verweist dem gegenüber auf die Thatsache, daß die Häuser auf der Nordseite der Wallstraße, welche Seite bei dem Regulirungsprojecte eben aus diesem Grunde allein ins Auge gefaßt werde, fast sämmtlich mit Hintergärten versehen sind. Gegen Herrn Ehrenhard bemerkt Herr Oberbürgermeister Caspari, daß ihm augenblicklich allerdings nicht gegenwärtig sei, ob eine Verbreiterung der Straße am Giersberge projectirt worden oder nicht, daß keinesfalls aber ein Grund zu der Besorgniß vorliege, als könnte den Anwohnern für die zu solchem Behuf freigelassenen Terrainstücke die Entschädigung verweigert werden.

Herr Ehrenhard findet es gleichwohl unbillig, daß diese Terrainstücke inzwischen ohne Entschädigung unbenuzt liegen bleiben müssen, zieht indessen seinen desfallsigen Antrag zurück.

Herr Faillard wünscht, daß vor allem mit einer Regulirung der Schuhstraße energisch vorgegangen werde, da die Engen derselben tagtäglich die gefährvollsten Situationen durch zusammenstoßendes oder in einander fahrendes Fuhrwerk herbeiführen — Uebelstände, welche für eine Stadt wie Braunschweig in Wahrheit ein Makel genannt zu werden verdienen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert an die vielfachen Versuche der

städtischen Behörden, mit den Anwohnern zu einer Vereinbarung zu gelangen, welche jene allerdings im höchsten Grade wünschenswerthen Aenderungen ermöglicht hätte. Daß alle dahin zielende Bemühungen an der Neigung Einzelner, ihre Forderungen an den öffentlichen Säckel so hoch als irgend möglich zu spannen, schließlich gescheitert seien, werde nicht den Behörden zur Last gelegt werden können.

Herr Munte verweist nochmals auf die Uebelstände, mit denen die nach dem jetzt beliebten Verfahren unvermeidlichen vereinzeltten Einbauten verknüpft seien.

Doch wird damit die Discussion geschlossen und von der Versammlung hierauf im Sinne der Magistratsanträge entschieden.

V. Wie nach einer Mittheilung des Magistrats vom 27. Februar namens der Schulcommission Herr Reck vorträgt, müssen zur Vervollständigung in der dritten mittlern Bürgerschule eine erste Knaben- und eine dritte Mädchenklasse, in der dritten untern Bürgerschule eine erste Knaben- und eine erste Mädchenklasse eingerichtet, und für diese Klassen vier neue Lehrer mit einem Minimalgehalte von je 350 \mathfrak{M} jährlich angestellt werden. Zugleich ist dann nach den bestehenden Einrichtungen der Zeichnenunterricht in der neuen ersten Knabenklasse der mittlern Bürgerschule in vier, in der ersten Knabenklasse der dritten untern Bürgerschule in zwei wöchentlichen Lehrstunden, der Industrieunterricht in der dritten Töchterklasse jener ersten Schule in drei, in der ersten Töchterklasse der andern Schule in vier wöchentlichen Lehrstunden zu ertheilen und bei dem Sage von bzw. 20 und 32 \mathfrak{M} für jede wöchentliche Lehrstunde mit 120 und 83 \mathfrak{M} zu honoriren, wozu dann noch ein Aufwand von insgesammt 872 \mathfrak{M} 15 \mathfrak{g} für die erforderlichen neuen Utensilien und Lehrmittel kommt. Magistrat und Commission beantragen die bezeichneten neuen Einrichtungen zu genehmigen und die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen, obschon, wie der Herr Referent aus den Acten anführt, bis jetzt nur drei der nöthigen Lehrer disponibel sind, der vierte erst noch ausfindig zu machen ist.

Die Discussion eröffnend,

kann Herr Steinau nicht umhin, über dieses Eingeständniß sein Befremden auszudrücken. Freilich werde sich mit jedem Jahre die Zahl brauchbarer junger Männer verringern, welche Neigung verspüren, mit einem Anfangsgehalte von 350 \mathfrak{M} jährlich in den mühevollen Lehrerberuf einzutreten. Wenn aber die Wirkung dieser Thatsache schon jetzt in dem Maße merkbar werde, wie dies nach der soeben vernommenen Erfahrung den Anschein gewinne, dann werde man den Schuldirector er-

mächtigen müssen, nöthigenfalls höhere Gehalte zu verwilligen, keineswegs aber zu lassen dürfen, daß die Einrichtung neuer Schulen irgend ins Stoden gerathe.

Herr Oberbürgermeister Caspari kann jede Befürchtung der letztern Art als grundlos bezeichnen, da das Vorseminar auf alle Fälle Aushilfskräfte liefern werde. In richtiger Beurtheilung der fraglichen Thatsache sei in Anschlag zu bringen, daß für die städtischen Schulen eben nicht jeder Lehrer passe. Wollte man, bloß um dem augenblicklichen Nothstande abzuhelpen, etwa von auswärts Lehrer mit höheren Gehaltsanerbietungen heranziehen, so würde darin so augenscheinlich eine Ungerechtigkeit gegen die Lehrer in hiesiger Stadt liegen, daß der Magistrat sich mit einer solchen Maßregel nicht wohl befreunden könnte.

Herr Bracke kann sich den in Anspruch genommenen Verwilligungen nicht entziehen, beklagt aber, daß die Commission angesichts der in dem hiesigen Volksschulwesen herrschenden Nothstände sich derart auf augenblickliche Aushilfsmittel beschränkt habe und nicht vielmehr zu der Frage vorgeschritten sei, ob nicht das gesammte Volksschulwesen hiesiger Stadt einer gründlichen Umbildung bedürfe. Redner bedauert, zu einer eingehendern Beleuchtung dieser Angelegenheit augenblicklich nicht in der Stimmung und auch sonst durch seine zahlreichen anderweitigen Geschäfte behindert zu sein sich derselben so zu widmen wie sie es verdiene. Allein auch so stehe er nicht an, seine Meinung in aller Kürze dahin auszusprechen, daß die Erziehung in unserm Seminare unzulänglich sei, um tüchtige Volksschullehrer zu bilden, daß die Gehaltsverhältnisse ungenügend, der Lehrplan in den Schulen selbst den Zeitforderungen nicht mehr entsprechend, die Abstufung der Schulen je nach verschiedenen Bevölkerungsklassen dem gerechten Verlangen nach einer gleichmäßigen Vertheilung der communalen Wohlfahrtsmittel zuwider, und überdies namentlich die unteren Bürger Schulen überfüllt und in Folge davon mit Nebelständen behaftet seien, welche eine gedeihliche Bildung der Massen von vornherein unmöglich machen. Beispiels halber führt Redner die Thatsachen an, daß in der Schule auf der Reichenstraße Knaben und Mädchen in der untersten Klasse gemeinschaftlich unterrichtet werden und zwar in der Zahl von nicht weniger als 200 Kindern. Unter diesen Umständen fühlt Redner sich gedrungen, der Commission warm ans Herz zu legen, alle diese Fragen so bald als möglich einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Dem gegenüber bemerkt der Herr Neck: die Commission habe die zunächst vorliegenden Anträge, bei denen es sich um unaufschiebbliche Abhilfe ganz bestimmter Bedürfnisse handle, nicht für geeignet halten können, so weit greifende Erwägungen eintreten zu lassen, werde übrigens aber alle auf Reformen im gegenwärtigen Volksschulwesen abzielenden Anträge pflichtmäßig mit vollem Eifer in Berathung

ziehen, wozu der bereits eingebrachte Antrag Herrn Stein aus eine nahe Veranlassung darbieten dürfte.

Herr Oberbürgermeister Caspari ist ebenfalls der Ansicht, daß es im gegenwärtigen Augenblicke zu weit führen würde, auf alle die von Herrn Bracke ange deuteten Ideen einzugehen, zweifelt jedoch nicht, daß sich dagegen von praktischen Gesichtspunkten aus Manches einwenden ließe. Mit dem ausdrücklich namhaft gemachten Uebelstande verhalte es sich doch etwas anders als Herr Bracke voraussetze. Allerdings sei richtig, daß die unterste Klasse der Schule auf der Reichenstraße je 100 Knaben und Mädchen umfasse. Allein diese Kinder werden nicht zusammen, sondern in zwei Abtheilungen nacheinander unterrichtet. Und hiermit werde Niemand geschädigt, weil der Lehrer für seine verdoppelte Mühwaltung ebenso wie für etwaigen Privatunterricht entsprechend honorirt werde, den Kindern im ersten Schulalter aber nach allen Erfahrungen eine Verminderung der Schulstunden nicht nur keinen Nachtheil bringe, sondern vor der Ermüdung bewahre, welche bei größerer Anstrengung in diesen Jahren während einer späteren Periode so häufig zu beklagen sei. Wenn man die Ueberfüllung der Schulen tadle, so stimme der Magistrat dem von Herzen bei. Bekanntlich aber seien seit Jahren ununterbrochen neue Schulen im Bau begriffen und immer noch ehe eine derselben fertig geworden, der Zutrang bereits wieder derartig gestiegen, daß ein neuer Bau in Angriff genommen werden mußte. So ungewöhnlichen Verhältnissen gegenüber sei es mit dem besten Willen und mit Einsetzung aller Kraft unmöglich, jeder Ueberfüllung der Schulen vorzubeugen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Magistratsproposition in allen Punkten einverstanden.

Schließlich

VI. wird Herrn Stein au das Wort zur Begründung des in der vorigen Sitzung von ihm eingebrachten Antrags ertheilt, welcher, inzwischen um den dritten Punkt erweitert, nunmehr dahin lautet :

- 1) Der Unterricht in der untern Bürgerschule ist fortan ganz frei von Schulgeld.
- 2) Der Unterricht in den unteren Bürgerschulen ist binnen Jahresfrist auf die Stufe des in den mittleren Bürgerschulen ertheilten zu bringen.
- 3) In den Lehrplan der Bürgerschulen wird binnen Jahresfrist der Unterricht in einer fremden neuern Sprache, der englischen oder der französischen, aufgenommen.

- 4) Denjenigen Schülern, welche ein Jahr lang mit Erfolg die erste Klasse einer Bürgerschule besucht und die Absicht haben, eine höhere Bildung sich anzueignen, soll der Besuch des Realgymnasiums zweiter Klasse unentgeltlich gewährt werden, und sind dann auch die Schulbücher diesen Schülern seitens der Stadt unentgeltlich zu liefern.

Herr Steinau erinnert daran, wie der Wunsch, die unbemittelten Bevölkerungsklassen an ihren Communalsteuerverlasten zu erleichtern, in dem gesetzlich feststehenden Verhältniß zwischen den niedrigsten und den höchsten Steuerjahren eine nahe Schranke gefunden habe. Denselben Zweck nun auf andern Wege zu erreichen, sei nichts so geeignet, wie Freigebung des Unterrichts in den unteren Volksschulen. Daß dieser dann aber auch einer Hebung dringend bedürfe, sei eine Ansicht, welche kaum noch irgendwo auf Widerspruch stoßen dürfte. Wenn er zu dem Ende zunächst auf Erlernung einer fremden Sprache bei allen Schülern der Volksschulen dringe, so leite ihn dabei ein zweifacher Gesichtspunkt. Einmal werde dadurch die Erlernung der Muttersprache erleichtert, der Verstand geschärft und der auf den Erwerb durch ihrer Hände Arbeit angewiesenen Mehrzahl unserer Gemeindegemeinschaften die Möglichkeit geboten, in fremden Ländern ihre Ausbildung und ein weiteres Feld für ihre Thätigkeit zu suchen. Ob man sich für Englisch oder für Französisch entscheiden solle, bleibe sachverständigem Ermessen anheimgestellt; unvoreingenommen aber glaubt Redner sich für die englische Sprache aussprechen zu müssen, weil diese die weiteste Verbreitung habe, dem Deutschen sympathischer sei und vermöge ihrer einfachen Grammatik raschere Fortschritte ermögliche als die französische. Was dann aber zweitens die Aufnahme einer fremden Sprache in den Lehrplan der Volksschule unerläßlich mache, sei die Rücksicht auf den vierten Theil des vorliegenden Antrags, sofern Schüler der Volksschule ohne jede Kenntniß einer fremden Sprache beim Uebergange auf die Realschule von neuem mit der untersten Klasse beginnen müßten. Diesen vierten Punkt aber, die unentgeltliche Fortbildung talentvoller Knaben unbemittelter Eltern, werde den auf eine Hebung der Massen gerichteten Maßnahmen erst den rechten Abschluß geben, so lange derjenige Schritt, welcher allein allen gerechten Anforderungen genügen könnte: die Volksschule nämlich überall auf den Stand der gelehrten Schulen zu bringen, praktisch noch nicht ausführbar. Aller Orten sei man gern und rasch zur Hand mit der Klage über Unbildung der Massen. Nehme man hier die vorgelegten Anträge an, so werde die städtischen Behörden wenigstens nicht der Vorwurf treffen können, daß sie den Massen keine Gelegenheit gegeben, in ihrer Gesamtbildung fortzuschreiten. Die der Stadt daraus erwachsenden Kosten seien verhältnißmäßig nur gering und vollends nicht in Anschlag zu bringen, wenn man sich vergegenwärtige, wie keine Ausgabe auch für das communale Leben frucht-

bringender sei, als die, welche eine möglichst große Anzahl von Bürgern in die Lage setze, sich von dem Einflusse der Irrlehren aller Art zu befreien und sich ihrer Stellung zu Religion, Staat, Gemeinde, zu Kunst und Wissenschaft voll bewußt zu werden.

Die Anträge Herrn Steinaus werden der Schulcommission überwiesen.

Nachdem somit die Tagesordnung erledigt ist,

nimmt Herr Munte das Wort, um gegen die Art und Weise der Bauausführungen zu protestiren wie sie in letzter Zeit vom Magistrate beliebt worden ist, indem von den städtischen Baubeamten selbst Gesellen gehalten und gelohnt werden. Herr Munte knüpft hieran den Antrag, die Versammlung wolle beschließen, daß städtische Bauarbeiten nach wie vor an Unternehmer verdungen werden.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung werden Wohnrechtsgesuche und Steuereinschätzungen erledigt.

1873.

N^o 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten

am 16. Mai 1873.

Nachdem in vorausgegangenen vertraulichen Berathungen der Beschluß gefaßt war, zur Feier der fünfundsiebenzigjährigen Amtsführung des Herrn Oberbürgermeister Caspari dessen Brustbild auf Kosten der Stadt für die Sammlung des städtischen Museums in Erz gießen zu lassen und an dem heutigen Jahrestage der Einführung des Jubilars in die Mitte der städtischen Körperschaften in gemeinsamer feierlicher Sitzung derselben zu enthüllen,

waren zu diesem Zwecke im SitzungsSaale der Stadtverordneten auf dem Neustadtrathhause um 12 Uhr Mittags erschienen

die Herren Stadträthe Bammel, Vardenwerper, Carstens, Grote, Ramdohr, Rittmeyer;

von den Stadtverordneten die Herren Bock, Braeß, Ehrenhard, Faillard, Flagge, Graf Götz-Brissberg, Götte, Haake, Haeusler, Jasper, Kellner, Kloss, Krone, Lucius, Meyer, Munte, Peters, Pini, Reck, Reuter, Schöttler, Schwarzenberg, von Seckendorf, Steinau, Steinmann.

Entschuldigt waren die Herren Bracke und Solmiz.

Von einer aus Herrn Stadtrath Bammel und dem Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Schöttler, gebildeten Deputation eingeholt, trat 12¹/₄ Uhr Herr Oberbürgermeister Caspari ein,

worauf Herr Haeusler als Vorsitzender die gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten für eröffnet erklärte und dann das Wort nahm wie folgt.

Meine Herren!

Wir haben uns heute versammelt, um als Vertreter unserer Stadt und in deren Namen eine Erinnerungsfeier zu begeben, wie sie im Leben einer Gemeinde ein immerhin seltenes Ereigniß ist.

Es sind heute 25 Jahre seit dem Tage verfloßen, an welchem Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, in das Amt, zu welchem das Vertrauen der städtischen Vertreter Sie berufen hatte, eingetreten und in der Sitzung der städtischen Behörden eingeführt worden sind.

Es war eine bedeutungsvolle und bewegte Zeit, in welcher Sie das Amt, das Ihren Händen die oberste Leitung der Angelegenheiten unserer Stadt übertrug, antraten.

Nach langjährigen unerquicklichen Zuständen in Staat und Gemeinde, nach einem langen trüben Darniederliegen der Theilnahme an öffentlichen Dingen, war ein neues politisches Leben erwacht, und neue Gedanken mit neuen Zielen hatten sich Bahn gebrochen, die ihrer Verwirklichung früher oder später entgegen zu führen waren. Eine wichtige und schwierige Aufgabe fiel dem Manne zu, der unter solchen Umständen an die Spitze einer größern städtischen Gemeinde wie die unsrige gestellt wurde.

Braunschweigs Bürgerschaft hatte in jenen Tagen in dem Zweige der Verwaltung, welcher Ihnen damals seitens der Landesregierung übertragen war, Ihre Geschäftserkenntnis, Ihre zugleich den bewegenden Ideen der Zeit zugewandte Gesinnung, die Unererschrockenheit, mit welcher Sie Ihre Uebersetzungen gegen Jedermann, wer es auch sei, zu vertreten nie gescheut haben, Ihre unermüdliche Arbeitskraft, Ihr einsichtsvolles Urtheil kennen und schätzen gelernt, und die städtischen Vertreter durften sich sagen, daß sie durch Ihre Erwählung zum Amte des Vorsitzenden im Stadtmagistrate den rechten Mann an die rechte Stelle setzten.

Diese Erwartung hat die Bürgerschaft und ihre Vertretung nicht getäuscht.

Nachdem Sie zunächst durch Ihre Theilnahme an der Gesetzgebung des Landes dazu mitgewirkt hatten, für die städtischen Gemeinden und in erster Reihe für diese Stadt die in der neuen Städteordnung durchgeführte größere Selbstständigkeit ihrer Verwaltung zu gewinnen und sicherzustellen, haben Sie die hierdurch der städtischen Verwaltung vorgezeichneten neuen und wichtigen Aufgaben mit aller Hingebung und Thatkraft erfaßt und ins Leben geführt.

Die Ausbildung und zeitgemäße Umgestaltung bestehender, die Begründung und Schaffung vieler neuen segensreichen Einrichtungen, die der Entwicklung der Stadt nach Außen und Innen, der Erhaltung und Erweiterung ihrer finanziellen Mittel, der Entfaltung ihrer Gewerbs- und Handelsthätigkeit, dem geistigen und leiblichen Wohle und Wohlbefinden ihrer Einwohner, der Pflege von Kunst, Wissenschaft und Volkserziehung dienen, legen berechtetes Zeugniß davon ab, wie viel die Stadt Ihrer Anregung, Ihrer umsichtigen Organisation, Ihrem fördernden Rathe verdankt.

Wenn bei dem allen wir, die übrigen Mitglieder des Stadtmagistrats und die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, dazu berufen gewesen sind, mit Ihnen an diesen Aufgaben zu arbeiten, so dürfen wir auch das insbesondere dankend und rühmend anerkennen, daß unsere gemeinsame Arbeit stets gefördert ist durch Ihre Achtung auch entgegengesetzter Ansichten, durch Ihr Entgegenkommen zu billiger Verständigung über streitige und zweifelhafte Fragen, durch Ihre willige Aufnahme unserer Wünsche und unseres Rathes.

Und wenn, wie bei keiner menschlichen Thätigkeit ausgeschlossen ist, auch Ihr Wirken nicht frei gewesen sein kann von zeitweiligem Irrthum, so dürfen wir und Alle, welche Ihrem Wirken nahe gestanden haben, doch die Anerkennung Ihnen nicht versagen, daß die vollste Ueberzeugung, das strengste Gefühl der Pflicht, der aufrichtigste Wunsch, der Stadt und ihrem Gemeinwesen im Amte und außer Ihrem Amte Nutzen zu bringen, Sie in allem Ihren Thun geleitet hat.

Dem Danke, welchen Ihnen die Stadt schuldet, einen äußeren und dauernden Ausdruck zu geben als das gesprochene Wort es vermag, haben sich die Behörden der Stadt, Magistrat und Stadtverordnete, ebenso berechtigt wie verpflichtet gefühlt. Sie haben beschlossen, das Bildniß, in welchem die Hand eines geschickten Künstlers Ihre Züge abgeformt, in Erz nachzubilden zu lassen und dasselbe in der Sammlung vaterländischer Kunstwerke, die ins Leben gerufen zu haben eines Ihrer Verdienste ist, und in welcher schon viele Abbildungen von Männern der Vor- und Jetztzeit, welche um Stadt oder Land sich verdient gemacht haben, aufgenommen sind, zu Ihrem Gedächtnisse aufzustellen.

Wir sind in der glücklichen Lage, an diesem Ehrentage dieses Zeichen der Erinnerung Ihnen, dem noch unter uns Lebenden, zu widmen, und können wir den Wunsch hinzufügen, daß Ihre Wirksamkeit uns und der Stadt noch lange erhalten bleiben möge.

Und so überweise ich denn namens der Vertreter der Stadt dieses Bildniß, das ich hiermit enthülle, der städtischen Sammlung zu Ihrem und dieses Tages Gedächtniß.

Bei diesen Worten wurde die Büste, welche auf einer Marmorsäule vor dem Tische des Herrn Vorsitzenden aufgestellt war, enthüllt.

Herr Oberbürgermeister Caspari trat heran, nahm die Büste in Augenschein, und erwiderte dann, an seinen Platz zurückgekehrt, indeß die Anwesenden sich von ihren Sitzen erhoben, mit sichtbarer Bewegung Folgendes.

Hochgeehrte Herren!

Als ich vor 25 Jahren durch die Wahl der städtischen Behörden dazu ausersehen ward, an die Stelle eines Mannes zu treten, der eine lange Reihe von Jahren der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten in segensreichster Weise vorgestanden hatte, erfüllte mich dieses einerseits mit der größten Freude, da es von Jugend auf mein innigster Wunsch gewesen ist, die Kräfte meines Mannesalters meiner lieben Vaterstadt widmen zu können. Es standen aber in mir sehr natürlich auch große Zweifel darüber, ob ich im Stande sein werde, den von mir gehegten Erwartungen zu entsprechen, um so mehr, als ich mir sagen mußte, daß mancherlei Umstände gerade damals auf die Verhältnisse der Stadt nachtheilig einwirkten, den Erwerb und den Wohlstand der Bürger stark bedroheten und naturgemäß denn auch die Ansprüche der Bewohner der Stadt an die städtische Verwaltung steigern mußten.

Ermuthigt durch das mir von den städtischen Behörden und den Bewohnern unserer Stadt in meiner damaligen schwierigen Stellung bewiesene Vertrauen, wagte ich indeß das mir zugebachte neue Amt zu übernehmen, und es macht mich unendlich glücklich, wenn ich die von Ihnen, den Vertre-

tern unserer Stadt und den competentesten Beurtheilern der städtischen Verhältnisse, heute veranstaltete Feierlichkeit dahin deuten darf, daß Sie mit den Ergebnissen meiner Verwaltung in den verflossenen 25 Jahren nicht unzufrieden sind.

Ich sage Ihnen für die an mich gerichteten Worte und die mir zu Theil gewordene so ehrenvolle und überraschende Auszeichnung meinen innigen, herzlichen Dank.

Ich bin indeß keineswegs so eingebildet, mir das Verdienst von dem was geschehen ist allein oder nur vorzugsweise zuzuschreiben. Zunächst hat die durch die besseren merkantilen und gewerblichen Verhältnisse gehobene allgemeine Lage der Stadt es möglich gemacht, Einrichtungen ins Leben zu rufen, an welche früher nicht gedacht werden konnte; sodann erkenne ich mit dem größten Danke an, daß meine Collegen im Magistrate sowie die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von Anfang an bis auf den heutigen Tag mich auf das Bereitwilligste mit Rath und That unterstützt, mein allerdings oft schwieriges Amt sehr erleichtert und zu einem erfreulichen gemacht und sich um die städtischen Angelegenheiten so große Verdienste erworben haben, daß ich mich nur als Träger derjenigen ehrenvollen Auszeichnungen ansehen kann, welche den Mitgliedern der städtischen Behörden gemeinschaftlich gebühren.

Lassen Sie uns aber nicht vergessen, daß noch Vieles zu thun ist, um so mehr, als die fortwährende Vergrößerung der Stadt und die Zunahme der Bevölkerung derselben stets neue Bedürfnisse und Anforderungen hervorrufen. Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß ich alle meine Kräfte auch ferner der Beförderung des Wohls der Stadt widmen werde, so lange mir der gütige Gott solches gestattet; ich bitte Sie, mich dabei nach wie vor mit Ihrem einsichtsvollen Rath und mit Ihrer kräftigen That zu unterstützen, und schließe mit dem Wunsche, daß der Wohlstand der Bewohner unserer Stadt immer fortschreiten und so den städtischen Behörden die zu den nöthigen Verbesserungen unentbehrlichen Mittel nie fehlen mögen.

Nachdem hierauf die Sitzung geschlossen war, nahm Herr Oberbürgermeister Caspari die persönlichen Glückwünsche der Anwesenden entgegen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 123. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 6.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 21. Mai 1873.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Kellner, Kloss und Krone.

Für den durch Unwohlsein behinderten Stadtarchivar Häsclermann fungirt der Assessor Dr. Tunic a als Protocollführer.

Der Herr Vorsitzende theilt nach Eröffnung der Sitzung mit, daß die Protocolle vom 20. März und 17. April zur Genehmigung vorlägen und monirt gegen das letztere, daß in demselben Herr Flagg e als abwesend aufgeführt sei, während derselbe der Sitzung an dem gedachten Tage beigewohnt habe, was Herr Flagg e ausdrücklich bestätigt.

Hiernächst macht Herr Voss gegen das Protocoll vom 20. März die von der Versammlung als richtig anerkannte Ausfertigung, daß als Mitglied der Special-commission für den Antrag des Herrn Lucius, die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses betreffend, außer den in dem Protocolle Genannten noch Herr Pini gewählt sei.

In Beziehung auf das Protocoll vom 20. März bemerkt Herr Voss folgendes: Bei der Discussion über die Anträge, welche von ihm auf Grund der gegen ihn wegen Beleidigung der Stadtverordnetenversammlung vom ersten Senate des Herzogl. Obergerichts zu Wolfenbüttel unterm 7. Februar d. J. publicirten Erkenntnisses gestellt worden, seien dem bezeichneten Protocolle zufolge (Seite 6) von Herrn

Peters als Referenten der Statutencommission Rechtsdeductionen vorgetragen, welche ihm bei der geräuschvollen Unruhe während der Debatte unverständlich geblieben seien. Wenn Herr Peters bei seinen Ausführungen auf von ihm verfaßte verläumderische und beleidigende Actenstücke Bezug genommen und ihn danach objectiv einer Beleidigung oder Verläumdung beschuldigt habe, so werde er dadurch zur Abgabe der Gegenerklärung veranlaßt, daß er es für die größte Beleidigung und Verläumdung, welche einem Vertreter der Bürgerschaft in Ausübung seines Berufes widerfahren könne, halte, wenn ihm eine wahrheitswidrige Abstimmung octroyirt werde, daß er übrigens eine persönliche Genugthuung dadurch erhalten habe, daß seine Gegner vor seinen Wählern oder unparteiischen Richtern so glänzendes Fiasco gemacht hätten, und daß gerade Herr Peters dazu berufen sei, dieses auf die collegialische Anklage-Ermächtigung zur Kenntniß der Bürgerschaft zu bringen.

Der Herr Vorsitzende bezeichnet diese Aeußerung als auf die Feststellung des Protokolls nicht bezüglich und erklärt beide Protokolle für genehmigt.

Hierauf

I. berichtet Namens der vereinigten Finanz- und Schulcommission Herr Red über den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Heizungsanlagen in der Schule am Prinzenwinkel betreffend. Bereits im August v. J. habe der Stadtbaumeister Tappe an den Stadtmagistrat einen gutachtlichen Bericht über den in Rede stehenden Gegenstand erstattet. Da in demselben auch neuere Heizsysteme besprochen seien, habe der Stadtmagistrat es für wünschenswerth erachtet, daß der Stadtbaumeister Tappe, ehe man die fragliche Angelegenheit in nähere Erwägung ziehe, in Berlin Heizvorrichtungen, welche in den dortigen Gemeindeschulen nach neueren Systemen bereits zur Ausführung gekommen seien, noch in Augenschein nehme. In Folge dessen habe der Stadtbaumeister Tappe im März d. J. eine Reise nach Berlin unternommen und dem Stadtmagistrate unterm 10. April d. J. einen Bericht über die Besichtigung der in den dortigen Gemeindeschulen zur Anwendung gekommenen Heizsysteme überreicht, — welcher von dem Herrn Referenten verlesen wird. Von den gegenwärtig in Berlin befindlichen 73 Gemeindeschulen habe der Stadtbaumeister Tappe Inhalts seines Berichts nur eine geringere Zahl der in neuerer Zeit, etwa seit dem Jahre 1865 in Benutzung genommenen Schulgebäude zur Besichtigung ausgewählt. In den von ihm in Augenschein genommenen Schulen fänden alle in neuerer Zeit überhaupt zur Anwendung gekommenen hauptsächlichsten Heizmethoden sich vertreten, woraus zu folgern sei, daß man auch dort bei den Heizanlagen sich nicht unbedingt für ein gewisses System habe entscheiden können. Der Stadtbau-

meister Tappe macht in seinem Berichte nähere Mittheilungen über die in den Berliner Gemeindeschulen von den Centralheizmethoden zur Ausführung gelangten drei Systemen, nämlich der Warmwasserheizung, — dem sog. Niederdrucksystem, — der Heißwasserheizung und der Luftheizung, ferner über die Heizung mittelst Kachelöfen als System localer Heizung und über die bei diesen Heizanlagen eingerichteten Ventilationsvorrichtungen, giebt aber am Schlusse des Berichts sein Gutachten dahin ab, daß eine Vergleichung des in den hiesigen städtischen Schulen angewandten Systems der Heizung der Mantelöfen mit den in den Berliner Gemeindeschulen eingeführten Heizmethoden nicht ergebe, daß ersteres gegen die letzteren in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit besonders zurück stehe oder überwiegende Nachteile aufzuweisen habe und ist der Ansicht, daß das System der Heizung durch Mantelöfen allen anderen Heizsystemen vorzuziehen sei, so lange die Schulen nur, wie bisher hier, in einer Größe erbaut würden, welche es gestatte, daß die Versorgung der Defen durch den Schuldiener allein beschafft werde.

Was die finanzielle Seite betreffe, so lasse eine dem Berichte beigelegte tabellarische Uebersicht der Betriebs- und Anlagekosten der einzelnen Heizsysteme erkennen, daß sich für die Heizung durch Mantelöfen die Betriebskosten nur wenig höher oder auch geringer, die Anlagekosten aber stets geringer herausstellten, als bei allen übrigen Systemen.

Nach dem Vorfürhalten der vereinigten Finanz- und Schulcommissionen enthielten, wie der Herr Referent weiter fortfährt, die Berichte des Stadtbaumeisters Tappe noch nicht genügendes Material zur definitiven Entscheidung der Frage, welches von den verschiedenen Heizsystemen den Vorzug verdiene, und sei namentlich zu bedauern, daß der Stadtbaumeister Tappe in den Berliner Gemeindeschulen keine nach dem neueren System des Fabrikanten Haag eingerichtete Heizvorrichtung, welche in einer Combination der Heißwasserheizung mit Luftheizung bestehe, in Augenschein genommen habe. Die vereinigten Commissionen hätten daher beschlossen, noch weitere Erkundigungen einzuziehen, insbesondere in Betreff der Heißwasserheizung nach Haag'schem System und der Warmwasserheizung nach Heßmann'schem System, welche letztere allerdings die theuerste sein werde, und habe sich Referent zu diesem Behufe an den Geheimen Medicinalrath Günther in Baugen, wo in einer Schule Heißwasserheizung nach Haag'schem System eingerichtet sei, und an den Dr. med. Hlinker zu Chemnitz, welcher sich mit der Prüfung der neueren Heizmethoden eingehend beschäftigt habe, gewandt. Durch den letzteren sei ihm ein reiches Material mitgetheilt, aus welchem hervorgehe, daß man in Chemnitz in den Jahren 1869 bis 1872 die neueren Heizsysteme zum Gegenstande sorgfältiger Untersuchung gemacht, daß indessen die Ansichten darüber, welches von den neueren Systemen, insbesondere

ob die Kelling'sche Luftheizung, oder die Haag'sche Heißwasserheizung oder die Heckmann'sche Warmwasserheizung, das zweckmäßigste sei, getheilt geblieben seien, da noch keine genügenden Erfahrungen darüber vorlägen, welches System sich besonders bewährt habe. Unter diesen Umständen befanden sich die vereinigten Commissionen einigermassen in Verlegenheit, welche Heizmethode man empfehlen solle; nur darüber sei man einig, daß eine Centralheizung der Heizung mittelst Ofen wegen der mit der letzteren verbundenen mannigfachen Uebelstände, insbesondere der unvermeidlichen Störung während des Unterrichts vorzuziehen und daher, wenn irgend möglich, die Anlage eines Centralheizsystems zu befürworten sei. Es sei aber fraglich, ob man sich bei weiterer Prüfung der Sache schon binnen Kurzem für die Ausführung einer bestimmten Methode der Centralheizung werde entscheiden können, und da bei der Heizung durch Mantelöfen in den hiesigen Gemeindeschulen keine bedeutende Nachteile sich herausgestellt hätten, andererseits eine schleunige Entschließung nothwendig erscheine, weil der Bau der Schule im Prinzenwinkel bereits weit vorgeschritten sei und keine größere Verzögerung erleiden dürfe, glaubten die vereinigten beiden Commissionen, wennschon ungern, anheim geben zu müssen:

von der Einführung einer Centralheizung in der Schule am Prinzenwinkel abzusehen und Heizung durch Mantelöfen zu beschließen, zugleich aber eine Specialcommission zur gründlichen Prüfung der neueren Centralheizsysteme und Bezeichnung desjenigen Systems, welches bei dem bevorstehenden Bau anderer Gemeindeschulen zur Anwendung zu bringen sei, zu wählen.

Ueber diese Vorschläge entspann sich eine sehr lebhafte Discussion, bei welcher zuvörderst Herr Schöttler bemerkte, daß er der Versammlung schon bei einer früheren Gelegenheit seine Ansichten über Centralheizmethoden mitgetheilt und derzeit die Warmwasserheizung als die für Schulen zweckmäßigste Heizmethode empfohlen habe, wobei nicht viel darauf ankomme, nach welchem speciellen Systeme diese Heizung angelegt werde. Gegen Luftheizung sei einzuwenden, daß dabei die Heizvorrichtungen rothglühend würden, wodurch die Luft zerlegt und der Staub verbrannt werde. Dieselben Uebelstände bringe auch die Heißwasserheizung mit sich, da bei ihr die Wassertöhrren ebenfalls bis zu einem sehr hohen Grade erhitzt würden. Bei der bisher angewandten Ofenheizung bestehe der Hauptmangel darin, daß die Ofen nicht regelmäßig geheizt würden. Es sei erforderlich, daß man sich Klarheit darüber verschaffe, welche Heizmethode die beste sei; da man aber darüber wegen der Kürze der Zeit Gewißheit nicht erlangen könne, pflichte er den Vorschlägen der Commission bei.

Herr Pini bestreitet die Zweckmäßigkeit der Warmwasserheizung in Schulen

nicht, weist aber zugleich darauf hin, daß andererseits die Schädlichkeit der Heißwasserheizung bis jetzt noch nicht constatirt sei und hält es nicht für unbedingt nöthig, daß man schon jetzt über die Heizeinrichtungen für die Schule im Prinzenwinkel schlüssig werde, da auch noch späterhin in derselben eine Centralheizung recht wohl eingeführt werden könne, wenn nur schon jetzt neben den für Mantelöfen berechneten Heizungsanlagen auf Herrichtung von Schornsteinen behuf einer Centralheizung Rücksicht genommen werde. Bezüglich der bisher gebräuchlichen Heizung durch Defen bemerkt derselbe, daß diese eine Lustheizung sei, und durch dieselbe zu viel Staub aufgewirbelt werde, weshalb man von dieser Heizmethode abgehen müsse und empfiehlt Einführung einer Centralheizung nach demjenigen Systeme, welches eine noch anzustellende gründliche Prüfung als das zweckmäßigste erscheinen lasse.

Herr Oberbürgermeister Caspari muß dringend wünschen, daß die Frage wegen der Heizungsanlagen noch heute entschieden werde, da sonst der Schulbau sistirt werden müsse, was abgesehen von den dadurch veranlaßten pecuniären Nachtheilen um so mehr zu vermeiden sei, als die Ueberfüllung der übrigen Gemeindeschulen die möglichst baldige Fertigstellung der Schulgebäude im Prinzenwinkel erheische. Allerdings könne auch noch späterhin in der Schule Centralheizung eingeführt werden, indessen würden durch die dazu erforderlichen Anlagen und baulichen Veränderungen erhebliche Kosten verursacht und sei es leicht möglich, daß die Schule nicht, wie es jetzt bestimmt sei, Michaelis 1874 bezogen werden könne. Die Ansichten der Sachverständigen gingen darüber, welche von den verschiedenen Centralheizmethoden die beste sei, noch weit auseinander, da diese überhaupt noch nicht über das Stadium von Versuchen hinausgekommen seien. Was die Heizung durch Mantelöfen in den hiesigen Gemeindeschulen betreffe, so seien die Lehrer mit derselben zufrieden, da durch die Defen genügende Wärme hervorgebracht werde, und dabei die Luft gut bleibe. Hiernach könne er sich nur für Beibehaltung dieser Heizmethode aussprechen, halte es aber zugleich für zweckmäßig, durch eine besondere Commission die neueren Centralheizsysteme mit Rücksicht auf den für die nächsten Jahre bevorstehenden Bau einer Realschule zweiter Ordnung, zweier neuer Bürgerschulen und einer zweiten Töchterchule einer genaueren Prüfung unterziehen zu lassen.

Herr Götte empfiehlt auf Grund eigener Erfahrung die Einführung von Heißwasserheizung, welche seinem Dafürhalten nach für Schulen zweckmäßiger sei, als Warmwasserheizung, und nicht viel theurer, als Heizung durch Mantelöfen. Er glaube, daß die zu wählende Commission in der Lage sei, sich binnen kurzer Zeit ein gründliches Urtheil über die verschiedenen Centralheizmethoden zu verschaffen, und daß, wenn die Commission die Prüfung derselben beschleunige, eine Central-

heizung in der Schule am Prinzenwinkel noch zur Ausführung gebracht werden könne. Uebrigens schloße er sich der Ansicht des Herrn Pini in Betreff der einseitigen Vorbereitung der Anlagen für Heizung durch Mantelöfen an.

Im weiteren Verlaufe der Discussion, an welcher sich außer den genannten Herren noch die Herren Bracke, Reuter, Solmiz, von Seckendorf, Graf von Görz-Brißberg und der Herr Vorsitzende theilnahmen, wurde eine Uebereinstimmung der Ansichten dahin erzielt, daß über das beste System einer Centralheizung noch weitere Untersuchungen anzustellen seien, hierdurch aber der Bau der fraglichen Schule keine Verzögerung erleiden dürfe, und beschloß die Versammlung in Folge dessen:

- 1) daß der Stadtbaumeister Tappe anzuweisen sei, in der gedachten Schule die Anlagen zur Heizung durch Mantelöfen vorzubereiten, dabei aber gleichzeitig auf solche Anlagen Bedacht zu nehmen, welche für die Einführung einer Centralheizung erforderlich seien;
- 2) zur weiteren Prüfung der Frage, welches von den neueren Centralheizungssystemen für Schulen das beste sei, eine aus fünf Mitgliedern bestehende Specialcommission zu wählen.

Zugleich wurde von der Versammlung auf Antrag des Herrn Oberbürgermeisters Caspari der Stadtmagistrat ermächtigt, die Kosten, welche durch jene Prüfung, insbesondere durch die Befichtigung der in anderen Städten zur Anwendung gekommenen Centralheizungssysteme würden veranlaßt werden, auf die Stadtcasse anzuweisen.

In die vorgedachte Specialcommission sind am Schlusse der Sitzung die Herren Schöttler, Pini, Reck, Reuter und Götte gewählt.

Hlernächst

II. berichtet Herr Lucius Namens der Statutencommission über zwei Anträge des Stadtmagistrats vom 4. und 5. d. Mts., die Aufhebung der Quartallisten und die Einführung von Hausbüchern betreffend, Jede Gemeinde habe in Berücksichtigung der neueren Gesetzgebung, nämlich der Bundesgesetze über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 und über den Unterstüzungswohnstz vom 6. Juni 1870, sowie des Landesgesetzes vom 30. März 1873 über den Wohnstz im Herzogthume ein besonderes Interesse daran, von dem An- und Abzuge der Einwohner, sowie von deren Aufenthalte stets genaue Kenntniß zu erhalten, weil sich an den Aufenthalt in einer Gemeinde mancherlei rechtliche Folgen knüpften. Nach dreimonatiger Dauer des Wohnstzes sei man verpflichtet, daselbst Steuern zu zahlen, nach einjährigem Aufenthalte sei jeder männliche Gemeindegenuß, falls er sich im

Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinde und den sonstigen gesetzlichen Erfordernissen genüge, in der betreffenden Stadtgemeinde zum Erwerbe des Bürgerrechts befähigt und verpflichtet, und nach zweijährigem Aufenthalte in einer Gemeinde beginne der Unterstüßungswohnsitz. Eine Controle über den An- und Abzug der Einwohner sei bisher in hiesiger Stadt theils durch die von den Polizeisergeanten geführten Seelenlisten, theils dadurch geübt, daß die Gastwirthe zur Anmeldung von Fremden und die Gewerbetreibenden zur Anmeldung ihrer Gewerbegehilfen und Arbeiter gesetzlich verpflichtet seien. Indessen habe es sich herausgestellt, daß durch die bisherigen Einrichtungen bei der bedeutenden Zunahme der Einwohner und dem fortwährenden Wechsel der Bevölkerung in der hiesigen Stadt und der Wohnungen eine genügende Controle nicht mehr geführt werden könne, vielmehr dabei die stete und geordnete Mitwirkung der Einwohner in Anspruch genommen werden müsse. Zu diesem Zwecke lege das Gesetz vom 30. März d. J., die An- und Abmeldung beim Aufenthaltswechsel betreffend, den in einer Gemeinde des Herzogthums den Aufenthalt nehmenden oder aufgebenden Personen die Verpflichtung auf, der Ortspolizeibehörde davon Meldung zu machen, den Hauseigenthümern aber, dafür Sorge zu tragen, daß die Meldung geschehe, drohe für den Fall der Unterlassung der Anzeige für beide Personen nicht unbedeutende Strafen an und ertheile den Gemeinden die Befugniß, auf statutarischem Wege darüber Bestimmungen zu treffen, wie jene Anzeige zu geschehen habe. In Folge dessen sei der Stadtmagistrat mit der Herzogl. Polizeidirection in Verhandlungen getreten, und sei die Vereinbarung getroffen, daß vom 1. Juli d. J. an die Seelenlisten nicht weiter fortgeführt werden sollten, an deren Stelle aber auf der Polizei auf Grund einzuführender Hausbücher ein neues Register, von welchem dem Stadtmagistrate eine Abschrift mitzutheilen sei, angelegt und in gewissen Fristen eingebessert, die gehörige Führung der Hausbücher aber von Zeit zu Zeit controlirt werden solle, zu welchem Behufe beabsichtigt werde, die Stadt in möglichst kleine, mindestens 30 bis 36 Districte einzutheilen, und jeden District einem besonderen Polizeisergeanten zu überweisen.

Dem gedachten Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. und 5. d. Mts. sei der von Herzogl. Polizeidirection ausgearbeitete Entwurf eines Statuts, die Einführung und Führung von Hausbüchern und die Anmeldung von Fremden betreffend, nebst einem Hausbuch-Formulare, sowie der Entwurf des Statuts, die Aufhebung des Statuts vom 28. Mai 1866, die Anmeldung der Gewerbegehilfen und Arbeiter betreffend, beigelegt.

Zur Discussion gelangt zuerst der Statutentwurf, die Einführung von Hausbüchern u. betreffend.

Der Eingang desselben wird ohne Weiteres genehmigt.

Zum § 1 beantrage die Commission in Erwägung, daß Fürsorge dafür zu treffen sei, daß Hausbesitzer oder deren Stellvertreter für Fälle nicht ordnungsmäßiger Führung der Hausbücher nicht verantwortlich gemacht würden, in denen sie selbst kein Verschulden treffe, und in fernerer Erwägung, daß es unbillig sei, wenn man von den Hausbesitzern oder dessen Stellvertretern neben der sehr lästigen Verpflichtung zur schleunigen Anmeldung von Veränderungen im Bestande der Hausbewohner noch fordere, daß sie für die jetzt anzuschaffenden Hausbücher Geld bezahlen, die nachfolgenden beiden Zusätze:

A. am Schlusse des § 1:

Gehören die ab- und zuziehenden Personen nicht zum Haus- oder Familienstande des Hausbesitzers selbst, sondern zu dem eines sonstigen Hausbewohners, so ist letzterer verpflichtet, dem Hausbesitzer resp. Stellvertreter Anzeige von jeder vorkommenden Veränderung zum Zweck der Anmeldung binnen 24 Stunden zu machen.

B. als Schlußbestimmung des § 1:

Die Kosten der nach Erlaß dieses Statuts zum ersten Male zur Bertheilung zu bringenden Hausbücher werden von der Stadtcasse übernommen.

Beide Zusätze werden ohne Discussion genehmigt.

Zu § 2, welcher folgendermaßen lautet:

Spätestens binnen 3 Tagen nach Eintritt einer Veränderung im Bestande der Hausbewohner ist dieselbe unter Vorlegung des berechtigten Hausbuchs während der gewöhnlichen Geschäftsstunden bei Herzogl. Polizeidirection anzumelden.

bemerkt der Herr Referent, daß dieser § nach Ansicht der Commission nicht bestimmt genug gefaßt, auch die Anmeldung dem Publicum möglichst zu erleichtern sei, und proponire, dem § 2 folgende Fassung zu geben:

Spätestens binnen drei Tagen nach Eintritt einer Veränderung im Bestande der Hausbewohner ist dieselbe vom Hausbesitzer resp. Stellvertreter unter Vorlegung des berechtigten Hausbuchs während der gewöhnlichen Geschäftsstunden auf Herzogl. Polizeidirection bei dem zur Annahme bestellten Beamten (Meldeamt) anzumelden.

Herr Bracke hält die dreitägige Frist zur Anmeldung für zu kurz. Dieselbe werde öfter nicht inne gehalten werden, ohne daß man die veräumte Anmeldung dem Betreffenden zur Schuld anrechnen könne, z. B. bei Sterbefällen, wo man an eine derartige Verpflichtung nicht denke, und schlage er in Berücksichtigung der angedrohten ziemlich rigorosen Strafen vor, statt der dreitägigen Frist eine acht tägige festzusetzen.

Nach kurzer Debatte wird der § 2 in der von der Commission proponirten Fassung, jedoch mit der Abänderung, daß die Zahl „drei“ dem Vorschlage des Herrn Bracke gemäß in „acht“ verwandelt wird, von der Versammlung genehmigt.

Ohne Discussion gelangen die §§ 3, 4 und 5 des Statuts zur Annahme.

Rücksichtlich des § 6, in welchem bestimmt ist, daß binnen 4 Wochen nach dem 1. Juli d. J., an welchem das Statut in Kraft treten soll, die Hausbücher von den zu Führung derselben verpflichteten Personen nach Maßgabe der Bestimmungen des Statuts in Ordnung zu bringen sind, ist, wie der Herr Referent hervorhebt, in Erwägung gezogen, ob die gedachte Frist nicht zu kurz sei, der Herr Vorsitzende des Stadtmagistrats habe indessen bereits in der Commission erklärt, daß die Vertheilung der Hausbücher bereits vor dem 1. Juli erfolgen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari fügte diesem unter Bezugnahme auf eine mit Herzogl. Polizeidirection stattgehabte Verhandlung noch hinzu, daß es die Absicht sei, von den betreffenden Personen die Hausbücher nach dem 1. Juli durch Polizeisergeanten wieder abholen und durch die letzteren die Eintragungen nöthigenfalls vornehmen zu lassen.

Hiernächst wurde der § 6 des Statuts angenommen und zugleich beschloffen, in dem Benachrichtigungsschreiben an den Stadtmagistrat zu bemerken, daß Herzogliche Polizeidirection zu ersuchen sei, die Hausbücher den zu deren Führung verpflichteten Personen schon vor dem 1. Juli zustellen zu lassen.

In dem ersten Absätze des § 7, welcher folgendermaßen lautet:

Die Nichtbefolgung der in den §§ 1—4 und 6 gegebenen Vorschriften zieht nach § 2 des Gesetzes vom 30. März d. J. *N* 16, die An- und Abmeldung beim Aufenthaltswechsel betreffend, eine Geldstrafe bis 10 *M* oder Haft bis zu 10 Tagen nach sich, und trifft eine gleiche Strafe außerdem alle diejenigen Hausbewohner, welche sich weigern, den Hausbesitzern oder deren Stellvertreter die erforderlichen Nachrichten über sich selbst oder ihre Angehörigen zu ertheilen.

beantragte Namens der Commission Herr Lucius, den Passus von den Worten „und trifft“ — bis — „zu ertheilen“ zu streichen und in Consequenz der Zusatzbestimmung in § 1 dem § folgenden Zusatz zu geben:

Falls der Hausbesitzer resp. Stellvertreter desselben den Nachweis erbringt, daß er seinerseits durch unterlassene Anzeige sonstiger Hausbewohner an der rechtzeitigen Anmeldung verhindert ist, bleibt er straflos. Auch bleibt ihm der Regreß wegen Ersatzes einer ihm etwa auferlegten Strafe gegen die säumigen Hausbewohner vorbehalten.

Nach kurzer Motivirung der vorstehenden Zusatzbestimmung Seitens des Herrn Lucius, und nachdem der Herr Vorsitzende dem Herrn Schwarzenberg gegenüber darauf hingewiesen hatte, daß die fragliche Zusatzbestimmung nicht selbstverständlich sei, da es sich hier um Ordnungsvorschriften handle, und bei Verstößen gegen derartige Vorschriften die Thatsache der Contravention an sich bestraft werde, wurde der § 7 mit Weglassung des vorbezeichneten Passus und mit Hinzufügung der vorgedachten Zusatzbestimmung und schließlich das ganze Statut von der Versammlung genehmigt.

Sodann

wird der Entwurf des Statuts, die Aufhebung des Statuts vom 28. Mai 1866, die Anmeldung der Gewerbegehilfen und Arbeiter betreffend, welcher folgendermaßen lautet:

Da das Statut vom 28. Mai 1866, die Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Anmeldung ihrer Gewerbegehilfen und Arbeiter betreffend, durch das Gesetz vom 30. März d. J. N. 16, die An- und Abmeldung beim Aufenthaltswechsel betreffend und die auf Grund dieses Gesetzes nach den Beschlüssen der städtischen Behörden hier einzuführenden Hausbücher seine Bedeutung verloren hat, so wird dasselbe hiermit aufgehoben.

zur Discussion gestellt.

Herr Lucius erklärt, daß die Statutencommission keine Bemerkungen zu diesem Statutentwurf zu machen habe und empfiehlt denselben zur Genehmigung, welche von der Versammlung ohne Weiteres ausgesprochen wird.

Es folgt

III. die Berathung über den Antrag des Herrn Steinau, die Rechtsverhältnisse am kleinen Exercierplatze betreffend, über welchen Herr Peters Namens der Statutencommission Bericht erstattet.

Die Rechtsverhältnisse in Betreff des kleinen Exercierplatzes seien zwischen der Stadt, der Häger Gemeinde und der Militärverwaltung bestritten, und liege es im Interesse aller Betheiligten, die von ihnen daran geltend gemachten Rechtsansprüche festzustellen und auf das gehörige Maas zurückzuführen. Es sei nicht zu verkennen, daß gerade jetzt ein kritischer Wendepunct eingetreten sei, da die Uebertragung der Vermögensrechte der bisherigen Militärverwaltung auf die Reichsmilitärverwaltung bevorstehe, und es von Wichtigkeit sei, daß der letzteren von der Staatsregierung nicht mehr Rechte am kleinen Exercierplatze übertragen würden, als die bisherige Militärverwaltung besessen habe.

Nach genauer Durchsicht der in der Registratur des Stadtmagistrats befindlichen, den kleinen Exercierplatz betreffenden Acten und unter Berücksichtigung der sonst in Betracht kommenden Verhältnisse habe die Commission die Ueberzeugung gewonnen, daß der kleine Exercierplatz Eigenthum der Stadt sei, daß aber daran seit geraumer Zeit der Militärverwaltung weitgehende Nutzungsbefugnisse zugestanden haben, und dieselbe befugt gewesen sei, die Benutzung des fraglichen Platzes durch Dritte auszuschließen, insofern dadurch die Exercierübungen beeinträchtigt würden.

Auf das Eigenthum der Stadt an dem fraglichen Platz weise die ganze Entwicklung hin, welche die Städte in Deutschland genommen hätten; die Gemeinden seien daselbst fast überall aus den alten Markgenossenschaften hervorgegangen, deren privatrechtlicher Charakter gerade in den ihnen am Grund und Boden innerhalb der Gemarkung zustehenden Herrschafts- und Vermögensrechten wurzele. Von dem ursprünglichen Gesamteigenthume seien im Laufe der Zeit Theile einzelnen Genossen als Sondergut zugewiesen und dadurch Privateigenthum geworden, während der übrige Grund und Boden der gemeinen Bewirthschaftung und Benutzung vorbehalten geblieben sei. Es sei daher der gesammte innerhalb des Stadtbezirks liegende Grund und Boden, sofern er nicht nachweislich in das Privateigenthum übergegangen sei, als Gesamteigenthum zu betrachten. Diese Anschauung habe auch mehrfach in Erkenntnissen des Herzogl. Obergerichts zu Wolfenbüttel Ausdruck gefunden, und habe dieser Gerichtshof wiederholt erkannt, daß Dritten gegenüber, welche das Eigenthum der Gemeinde an einem in deren Bezirke belegenen Grundstücke bestreiten, der Beweis, daß solches Bestandtheil der Feldmark sei, genüge, und es des Beweises eines besonderen Erwerbstitels Seitens der Gemeinde nicht bedürfe, vielmehr derjenige, welcher Privatrechtsansprüche auf ein solches Grundstück erhebe, diese nachzuweisen habe. Es sei daher ein großer, processualisch nicht zu unterschätzender Vortheil, daß der kleine Exercierplatz unbestrittenermaßen zur städtischen Feldmark gehöre.

Frage man nun, wie der fragliche Platz an die Stadt gekommen sei, so gehe aus den Magistratsacten hervor, daß der gemeine Rath der Stadt diesen Platz, welcher ein Theil des kleinen und großen Hühnerbruches sei, vom Herzoge Magnus dem Älteren für 120 Mark gekauft habe. Die Stadt habe derzeit aus fünf Weichbilden bestanden, von denen jedes einen besonderen Rath und eine besondere Verwaltung gehabt habe, während die der ganzen Stadt zugehörigen Güter von dem gemeinen Rathe verwaltet seien. Wenn nun, wie angeführt worden, der letztere den Platz gekauft habe, so sei daraus zu folgern, daß solcher nicht für ein oder mehrere Weichbilde, sondern für die ganze Stadt gekauft sei. Hierfür sprächen aber auch die Bestimmungen der Polizeiordnung der Stadt vom Jahre 1579, wonach die sämmtlichen, zwischen der Stadt und den Landwehren belegenen Weiberäume

Eigenthum der gesammten Stadt gewesen seien, und das der Stadt gemeinsame Magistratscollegium darüber zu verfügen habe.

Die Magistratsacten ließen ferner ersehen, daß seit den ältesten Zeiten den Einwohnern der Stadt gestattet gewesen sei, diejenigen Räume, welche nicht zu anderen Zwecken benutzt worden, mit dem Viehe zu behüten. / Zu diesem Zwecke seien den verschiedenen Viehherden der fünf Weichbilde bestimmte Weidereviere angewiesen, und als nach dem Jahre 1671 die Weichbildsverfassung aufgehoben sei, habe sich der frühere Verband nur in Beziehung auf Viehhütung und Weidenutzung erhalten. Durch die geringe Theilnahme der Stadtbehörden an den städtischen Angelegenheiten sei nun bewirkt, daß die wegen der Viehhaltung fortbestandenen Societäten nach und nach die ursprünglich der gesammten Stadt angehörigen Weideräume als ihr Eigenthum behandelt hätten; allein die in diesen Räumen belegenen öffentlichen Plätze, z. B. der Exercierplatz vor dem Wendenthore, die Maschplätze, die Marktplätze, der Nachrichtereianganger seien nicht auf gleiche Weise der gesammten Stadt entzogen, vielmehr bis in die neueste Zeit für die gesammte Stadt conservirt, wie die fortdauernd und bis jetzt ausgeübte Besitzacte genügend erwiesen, insbesondere sei der kleine Exercierplatz zu Militairübungen, zu Spielen und Uebungen der Jugend in den Erholungsstunden und zu anderen öffentlichen Zwecken stets benutz. Gleichwohl habe die Hägener Gemeinde in den Jahren 1828 und 1830 versucht, die Militairverwaltung und die Schulbehörden in der Benutzung des fraglichen Platzes zu beschränken und dieserhalb bei dem Stadtmagistrate Beschwerde erhoben. Der genannten Gemeinde sei indessen darauf zur Resolution ertheilt, daß ihr an dem fraglichen Place nur insofern ein Benutzungsrecht zustehe, als die militairischen Uebungen und die anderweite Benutzung zu öffentlichen Zwecken dadurch nicht beeinträchtigt würden. Nachdem die Hägener Gemeinde im Jahre 1836 einen Baum, welcher auf dem fraglichen Place umgefallen, an sich genommen und im Jahre 1841 die Bäume daselbst habe ausschauen lassen und das Holz sich angeeignet habe, sei vom Herzogl. Kriegscollegium im Jahre 1842 bei dem Herzogl. Kreisgerichte hieselbst gegen die Hägener Gemeinde eine Klage auf Anerkennung des Eigenthums der Landesregierung an dem fraglichen Place erhoben. In dieser Klage sei ausdrücklich zugestanden, daß der gemeine Rath den Platz von dem Herzoge Magnus dem Altern käuflich erworben, und solcher von Anfang an zu dem eigentlichen Kammereivermögen der Stadt gehört habe. Indessen sei dieser Platz schon vor Unterwerfung der Stadt unter den Landesfürsten zu militairischen Uebungen benutzt, worauf sein damaliger Name Turniersfeld hindeute. Vermöge dieser seiner Bestimmung sei der Platz nach Unterwerfung der Stadt der Landesherrschaft wegen der derselben ausschließlich zustehenden Waffenhoheit zugefallen und von derselben seitdem

ununterbrochen als Eigenthum besessen und benutzt. In dem Proceß sei auf Beweis dahin erkannt, daß die Landesherrschaft vom Jahre 1841 zurückgerechnet entweder seit 30 Jahren oder seit unvordenklicher Zeit den fraglichen Platz als Eigenthum in Besitz und Nutzung gehabt habe.

In dieser Lage der Sache sei das Jahr 1848 mit seinen Stürmen eingetreten. Die Deputirten der Häger Gemeinde hätten inzwischen gewechselt, den derzeitigen Vertretern dieser Gemeinde wäre der Ausgang des Proceßes zweifelhaft gewesen, und hatten dieselben die Sache in Güte um so eher erledigen wollen, als der Proceß die Rechte der Gesamtheit, welche durch den Magistrat vertreten werde, nicht hätte alteriren können. Die Gemeinde habe daher dem Herzogl. Kriegscollegium einen Vergleich proponirt, und heiße es darin unter 1: „Der kleine Exercierplatz ist Eigenthum der Stadt“. Der Stadtmagistrat, welchem die Vergleichsvorschläge zur Erklärung mitgetheilt seien, habe sich ebenso, wie das Herzogl. Kriegscollegium mit selbigen einverstanden erklärt, und habe nur noch über einen Punkt, nämlich die Benutzung des Platzes zu Waffenübungen der Volkswehr, eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Stadtmagistrate und dem Herzogl. Kriegscollegium bestanden.

Der Stadtmagistrat habe in den Jahren 1851 und 1852 die Angelegenheit bei dem Herzogl. Kriegscollegium in Erinnerung gebracht und um Abgabe einer Erklärung gebeten, jedoch erst, nachdem sich derselbe im Jahre 1853 mit einer Beschwerde gegen das Herzogl. Kriegscollegium an Herzogl. Staatsministerium gewandt gehabt, unterm 4. Januar 1855 eine Rückäußerung erhalten. Das Herzogl. Kriegscollegium habe inzwischen seine Anschauung geändert gehabt, und dem Stadtmagistrate unter Bezugnahme darauf, daß die früheren Vergleichsverhandlungen sich gänzlich zerschlagen hätten, erklärt, man müsse sich zuvor mit der Häger Gemeinde geeinigt haben, ehe man mit dem Stadtmagistrate in Verbindung treten könne.

Der Stadtmagistrat habe mit der größten Ausdauer sich bemüht, die Angelegenheit zu erledigen, und sei ihm dabei Herzogl. Staatsministerium mit Wohlwollen entgegengekommen. Die Sache sei aber an dem Verfahren des Herzogl. Kriegscollegiums gescheitert. Dasselbe habe von den früheren Vergleichspropositionen wesentlich abweichende Bedingungen gestellt und insbesondere auch unter Bestreitung des Eigenthums der Stadt an dem fraglichen Platze das Miteigenthum für die Militärverwaltung daran in Anspruch genommen. Der Stadtmagistrat habe sich mit dieser Auffassung nicht einverstanden erklären können, und an die Spitze seiner Erwiderung gestellt, daß der Stadt das Eigenthum an dem Platze zustehe. Das Kriegscollegium habe sich aber darauf nicht weiter erklärt, obwohl dasselbe von den

Stadtmagistrate wiederholt um eine Rückäußerung ersucht sei. Im Jahre 1859 habe sodann Herzogl. Staatsministerium auf Ansuchen des Stadtmagistrats das Kriegscollegium angewiesen, dem letzteren weitere Mittheilungen in der fraglichen Angelegenheit zu machen. Dieser Anweisung habe indessen Herzogl. Kriegscollegium nicht Folge geleistet, und sei dann die Sache bis zum Anfange dieses Jahres, wo der Stadtmagistrat bei dem Herzogl. Staatsministerium wiederum gebeten habe, die fragliche Angelegenheit wieder in Gang zu bringen, liegen geblieben.

Nach den gemachten Mittheilungen sei nun nach Ansicht der Commission der Erwerb des Eigenthums der Stadt an dem kleinen Exercierplatze durch die vorhandenen Magistratsacten genügend bescheinigt, von der Militairverwaltung solches Eigenthum bei den im Jahre 1848 stattgehabten Vergleichsverhandlungen auch ausdrücklich anerkannt, und sei ferner von Bedeutung, daß die Militairverwaltung im Jahre 1833 auf Veranlassung eines Protestes der Hägerener Gemeinde gegen das beabsichtigte Aufschlagen von Militairzelten auf dem fraglichen Platze den Stadtmagistrat um Schutz gegen die genannte Gemeinde angerufen habe; endlich sei es nicht ohne Wichtigkeit, daß in einem von der Hägerener Gemeinde in Betreff des fraglichen Platzes im Jahre 1833 beantragten Edictalverfahren, Eigenthumsansprüche an diesen Platz Seitens der Militairverwaltung nicht angemeldet seien.

Unter diesen Umständen, und da nach Lage der Verhältnisse die durch Andere an dem fraglichen Platze ausgeübten Besitzacte nicht als Ausfluß des Eigenthums, sondern nur als Ausübung von Benutzungsrechten angesehen werden könnten, sei nach der Meinung der Commission die Lage der Stadt der Militairverwaltung gegenüber eine günstige, da diese nicht im Stande sein werde, zu beweisen, daß sie in Beziehung auf den Platz ein besseres Recht habe, als die Stadt. (Da aber die gütlichen Verhandlungen mit der Militairverwaltung noch nicht zum Abschlusse gelangt, auch die vergleichsweise Erledigung der Sache einer Entscheidung durch Richterspruch vorzuziehen sei, außerdem aber die Benutzungsrechte der Hägerener Gemeinde, sowie der Militairverwaltung an dem Platze nicht eingeschränkt und verkümmert werden könnten, empfehle die Commission, zu beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, nochmals sofort Schritte zur Erledigung der Sache bei Herzogl. Staatsministerium zu thun, vorläufig aber und um zu verhindern, daß nicht der Stadt durch die Ueberweisung der Benutzung des Platzes an die Reichsmilitairverwaltung ein Präjudiz erwachse, beim Staatsministerium eine Rechtsverwahrung des Inhalts einzureichen:

- 1) daß die Stadt an dem fraglichen Platze das Eigenthumsrecht in Anspruch nehme und entschlossen sei, dasselbe event. im Wege des Processus zur Anerkennung zu bringen und

- 2) daß in der Zwischenzeit die Rechtslage des Platzes durch Handlungen Dritter in einer für die Stadt ungünstigen Weise nicht verändert werde.

Herr Steinau bemerkt, daß in dem Edictalverfahren, welches bei dem Herzoglichen Stadtgerichte hieselbst auf Antrag der Häger Gemeinde im Jahre 1833 in Betreff des kleinen Exercierplatzes stattgefunden, der Stadtmagistrat Namens der Stadt am 27. August 1833 Eigenthumsrechte an diesem Plage angemeldet habe. Obwohl er aber seine früher gestellten Anträge aufrecht erhalte, wolle er sie doch vorläufig von der Tagesordnung zurückziehen, um einer gütlichen Erledigung der Sache nicht hinderlich zu sein. Uebrigens mache er darauf aufmerksam, daß seit der von ihm ausgegangenen Anregung der Sache bereits wieder drei Monate verstrichen seien, und ersuche deshalb den Stadtmagistrat, die Angelegenheit bei dem Herzogl. Staatsministerium recht dringend zu machen.

Nachdem noch Herr Lucius seine Ansicht dahin ausgesprochen hat, daß man bei dem großen Interesse der Stadt an dem kleinen Exercierplatz vor einem darüber zu führenden Proceß nicht zurückschrecken dürfe, und daß in der an Herzogliches Staatsministerium zu richtenden Rechtsverwahrung die bestimmte Erklärung abzugeben sei, daß man im Fall der Bestreitung des Eigenthums der Stadt an dem Plage einen Proceß nicht scheuen werde, beschließt die Versammlung unter Vorbehalt der weiteren Verfolgung der Anträge des Herrn Steinau:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Herzogl. Staatsministerium um schnelle Erledigung der fraglichen Angelegenheit nochmals anzufragen, zugleich aber an dasselbe eine Rechtsverwahrung in dem von der Commission und von Herrn Lucius empfohlenen Sinne zu richten.

Der Herr Vorsitzende fragt an, ob die Versammlung einverstanden damit sei, daß wegen vorgerückter Zeit für heute die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abgesetzt würden, und dagegen noch ein von dem Stadtmagistrate als besonders dringend bezeichneter Gegenstand, welchen ein erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenes Magistratschreiben vom 20. d. Mts. betreffe, zur Verathung komme.

Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung dazu, daß die Verathung über den gedachten Gegenstand sofort stattfinde, worauf

IV. Herr Pini Namens der Baucommission darüber folgendermaßen Bericht erstattet.

Die Direction der Actiengesellschaft, „Zuckerfiederei Brunonia“, welche die Seeliger'sche Zuckerfabrik an der Pflegehausstraße angekauft habe, beabsichtige, auf

derselben mehrere bauliche Veränderungen vorzunehmen. Nach den eingereichten Bauplänen solle ein Gebäude abgebrochen und im Anschlusse an das östlich daneben stehende Fabrikgebäude ein Neubau aufgeführt werden. Nach dem früher genehmigten Stadterweiterungsplane sei eine Verbreiterung der Pflegehausstraße in Aussicht genommen und projectirt, daß ein Theil jenes Fabrikgrundstückes zur Straße gezogen werde. Die genannte Actiengesellschaft habe nun gebeten, von dem Stadterweiterungsplane abzuweichen und ihr den Neubau in der projectirten Weise zu gestatten, da das Fabrikgebäude weder verlegt, noch nach einer anderen Seite hin erweitert werden könne. Nach dem Dafürhalten des Stadtmagistrats werde nach erfolgtem Abbruch des einen Gebäudes mit der Zurücksetzung des Neubaus nach Maaßgabe des Stadterweiterungsplanes wenig gewonnen, da das östlich daneben befindliche Fabrikgebäude voraussichtlich noch eine lange Reihe von Jahren stehen bleiben, und für diese ganze Zeit nur die Erweiterung der Straße auf einer kleinen Strecke erreicht werde. Es sei ferner nicht zu bezweifeln, daß, wenn die kleine, zur Erweiterung der Straße erforderliche Fläche von der area des abzubrechenden Gebäudes expropriirt werde, dadurch sehr bedeutende, den wirklichen Nutzen der Straßenerweiterung weit übersteigende Kosten entstünden, wobei noch zu berücksichtigen sei, daß die Acquisition dieses Theils von der area des bezeichneten Gebäudes die Nothwendigkeit mit sich führe, bei vorkommender Gelegenheit auf der ganzen Länge des Fabrikgrundstückes eine gleiche Fläche zu erwerben. Die Commission erachte diese Erwägungen für zutreffend und gebe zumal in Betracht, daß die Pflegehausstraße für den Verkehr keine solche Bedeutung habe, daß es gerechtfertigt erscheine, für deren Erweiterung sehr erhebliche pekuniäre Opfer der Stadt aufzuerlegen, anheim, im vorliegenden Falle dem Antrage des Stadtmagistrats gemäß von dem Stadterweiterungsplane abzuweichen und den Neubau auf der jetzigen Grenze des Grundstücks zu gestatten.

Herr Schöttler macht als Mitglied des Verwaltungsrathes der Brunonia nähere Mittheilungen über die in Betracht kommenden localen Verhältnisse, wobei er aber bemerkt, daß er sich der Abstimmung über diese Angelegenheit enthalten werde. Von dem Stadtbaumeister Tappe sei bei Ausarbeitung des Stadterweiterungsplanes übersehen, daß die Erweiterung der Straße die Beseitigung des Hauptgebäudes der Seeliger'schen Fabrik, folgeweise aber der ganzen Fabrik erheische, da die ganze Fabrik nicht zurückgeschoben werden könne. Hierdurch würden aber unverhältnißmäßig hohe Kosten veranlaßt, welche nicht entstünden, wenn die Straße nach der anderen Seite hin verbreitert würde, was nach Lage der Verhältnisse ausführbar sei.

Der Herr Vorsitzende nimmt ebenso, wie späterhin noch Herr Flaggé,

den Stadtbaumeister Tappe und die Stadtverordnetenversammlung, von welcher der Stadterweiterungsplan gutgeheißen sei, gegenüber den Vorwürfen des Herrn Schöttler in Schutz und hebt in Beziehung auf die Höhe der Entschädigung, welche bei der Expropriation eines Theils der jetzt zu bebauenden Grundfläche zu zahlen sei, hervor, daß bei deren Festsetzung nicht bloß der Werth des zur Straße zu ziehenden Grund und Bodens an sich, sondern auch die Nachtheile in Berücksichtigung zu ziehen seien, welche die Nichtgestattung der Bebauung der fraglichen Grundfläche für die Brunonia im Gefolge haben würde. Wenngleich zu bedauern sei, daß im vorliegenden Falle ein Abgehen von dem Stadterweiterungsplane indicirt erscheine, so ständen seiner Meinung nach doch die beuf der Straßenerweiterung aufzuwendenden Kosten in keinem Verhältnisse mit dem zu erzielenden Erfolge.

Herr Lucius erklärt, daß er mit Rücksicht auf einen formellen Gesichtspunkt für Gestattung des Neubaus in projectirter Weise stimmen werde, da er, wie von ihm bereits früher ausgeführt sei, die Gültigkeit des Stadterweiterungsplanes und des sich darauf beziehenden Statuts bestreite, indem dasselbe nur auf Grund eines Gesetzes in gültiger Weise hätte erlassen werden können. Für diese Auffassung habe neulich auch der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft bei einer Verhandlung in einer Proceßsache vor dem Herzogl. Obergerichte plädir.

Herr Peters entgegnet hierauf, daß nach den in Bezug genommenen Ausführungen des Vertreters der Oberstaatsanwaltschaft nicht das fragliche Statut in seinem ganzen Umfange der Gültigkeit entbehre; vielmehr habe derselbe die Gültigkeit vieler in dem Statute getroffener Bestimmungen anerkannt und nur die Frage, ob durch statutarische Bestimmung einer Person verboten werden könne, einen bisher nicht bebauten Platz zu bebauen, verneinend entschieden.

Herr Pini hält es für zweckmäßig, daß, wenn man den Antrag der Commission annehme, der Stadtbaumeister Tappe sogleich beauftragt werde, eine anderweite Fluchtlinie für die Pflegehausstraße beuf deren Verbreiterung festzusetzen.

Herr Bracke will bei Bestimmung der Fluchtlinie für Straßen das Interesse der Anwohner möglichst gewahrt wissen und wünscht, daß man im Fall der Genehmigung des Gesuchs der Brunonia künftig in ähnlichen Fällen ebenfalls nachsichtig sei, damit eine Schädigung der Privatinteressen möglichst vermieden werde.

Hiernächst wird von der Versammlung der Antrag des Stadtmagistrats genehmigt und beschlossen, daß der Stadtbaumeister Tappe sofort beauftragt werde, eine anderweite Fluchtlinie für die Pflegehausstraße festzustellen und das beschlossene Project den städtischen Behörden zur Genehmigung zu unterbreiten.

Schließlich

V. theilt Herr Oberbürgermeister Caspari mit, daß zufolge Receptes Herzogl. Staatsministeriums vom 7. d. Mts. Herzogl. Finanzcollegium angewiesen sei, von derjenigen 1,000,000 ₰, welche die Landesversammlung zur weiteren Dotirung der Kreisfonds zur Disposition gestellt habe, die nach dem Repartitionsmodus des Gesetzes *N* 36 vom 5. Juni 1871 auf den Kreiscommunalverband Braunschweig entfallende Summe von 150,200 ₰ an den Stadtmagistrat zahlen zu lassen, und beantragt unter Hinweisung darauf, daß die Art der Belegung der bereits im Jahre 1871 dem genannten Kreiscommunalverbände überwiesenen Gelder in Gemäßheit eines Beschlusses der Versammlung von der Finanzcommission in Gemeinschaft mit dem Stadtmagistrate festgestellt sei, in Betreff der Anlage der jetzt zur Zahlung kommenden obgedachten Summe einen gleichen Beschluß zu fassen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden, und wird, nachdem die bereits oben zu I. erwähnte Wahl einer Specialcommission zur Prüfung der neueren Centralheizmethoden vorgenommen ist, die Sitzung geschlossen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 134. Stücke des 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. Mai 1873.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Blagge, Kellner, Munte, Schöttler und Steinmann.

Bei Behinderung des Stadtarchivars Hänselmann fungirt der Assessor Dr. Tunica als Protocollführer.

Nach Genehmigung des Protocolls der vorletzten Sitzung am 16. d. Mts. theilt der Herr Vorsitzende mit, daß das Protocoll der letzten Sitzung am 21. d. Mts. bereits festgestellt, jedoch noch nicht gedruckt sei.

Zur Tagesordnung übergehend bemerkt der Herr Vorsitzende, daß der erste Gegenstand, der Antrag des Stadtmagistrats, die Herstellung der Platten-Canäle betreffend, ein Theil einer größeren Vorlage des Stadtmagistrats sei, welche sich auf die Canalisation der Stadt beziehe und sich auf ein Gutachten des Gesundheitsraths stütze. Die größere Vorlage des Stadtmagistrats sei indessen von so erheblicher Bedeutung, daß er Bedenken getragen habe, dieselbe schon jetzt und bevor das Gutachten des Gesundheitsraths durch den Druck veröffentlicht sei, auf die Tagesordnung zu setzen. Er halte es für zweckmäßig, die in dem Gutachten behandelten Fragen zuvörderst zur öffentlichen Discussion zu verstellen, und werde die Veröffentlichung des Gutachtens voraussichtlich Veranlassung dazu geben, daß auch

andere Sachverständige ihre Ansichten über die darin gemachten Vorschläge äußerten. Die Frage, welche heute der Versammlung zur Berathung und Entscheidung unterbreitet werde, sei einfacherer Art, und handle es sich nur darum, welche Art von Canälen bei der in nächster Zeit sich als nothwendig herausstellenden Canalisirung einzelner Straßen anzuwenden sei.

I. Zur Berichterstattung über diese Frage erhält Herr Reck als Mitglied des Gesundheitsraths das Wort.

Es sei lange die Frage ventilirt, ob eirunde oder Platten-Canäle zweckmäßiger seien. Die Erörterung desselben habe schon in früherer Zeit eine Untersuchung der Platten-Canäle in hiesiger Stadt veranlaßt. Derzeit habe man gefunden, daß sich solche Canäle in gutem Stande befänden und gemeint, daß, wenn in andern Städten Platten-Canäle nicht hergestellt worden seien, dieses seinen Grund in dem Mangel an gutem und billigem Material (Sollinger- oder Belpfer Platten) habe, welches hier zu den Canälen verwandt sei.

Auf Veranlassung des Stadtmagistrats habe nun unlängst der Gesundheitsrath zur Prüfung des Zustandes der Platten-Canäle in hiesiger Stadt eine aus dem Stadtbaumeister Tappe, dem Ingenieur Wittgau, dem Apotheker Dr. Grote und dem Referenten bestehende Commission gewählt, welche verschiedene Platten-Canäle an mehreren Stellen habe aufdecken lassen. Man habe zu deren Untersuchung eine Zeit gewählt, zu welcher man glaubte, die Canäle in Folge anhaltender Trockenheit in einem besonders schlechten Zustande finden zu müssen. Die Commission sei dabei von der Ansicht ausgegangen, daß die Canäle sich stets und nicht nur nach anhaltenden Niederschlägen in gutem Zustande befinden müßten. Bei der vorgenommenen Untersuchung seien in den Canälen, in welchen sich die Flüssigkeit zu langsam bewege, z. B. in den Canälen auf der Wilhelmsstraße und auf dem Wilhelmsplatze Ablagerungen vorgefunden, bei deren Aufrührung sich massenhaft übele Gerüche entwickelt hätten; andere Canäle z. B. in der Kaiserstraße und Südstraße hätten an den untersuchten Stellen nur geringe Absätze gezeigt, während noch andere Canäle an den aufgedeckten Stellen ganz rein und ohne alle Ablagerungen gewesen seien. Diesen günstigen Zustand habe man überall da gefunden, wo die Canäle ein gutes Gefälle gehabt hätten, oder wo das Wasser aus vielen Häusern in dieselben abgeleitet würde, wogegen die geringe Geschwindigkeit der Bewegung des Canalinhalts meistens die Folge von der ungenügenden Füllung der Canäle für das vorhandene Gefälle und für die ungünstige Querschnittsform gewesen sei. Hin und wieder habe man auch eine Undichtigkeit der Canäle wahrgenommen, jedoch nur bei denjenigen, welche nicht mit Cement gemauert und gefügt seien; bei

den Canälen hingegen, bei denen Cement verwendet worden, sei eine Durchlässigkeit nicht nachweisbar gewesen.

Wenn die jetzt vorgenommene Untersuchung der Canäle mit dem Resultate der früheren wenig übereinstimmt habe, so erkläre sich dieses wahrscheinlich daraus, daß man bei der früheren Prüfung von anderen Gesichtspunkten ausgegangen sei. Man werde früher vermuthlich die Canäle lediglich als Mittel zur Aufnahme und Abführung von Haus- und Regenwasser angesehen haben, da der Aufseher, der bei dem Canalbau seit langer Zeit beschäftigt sei, bei dem Vorfinden von Ablagerungen in den Canälen bemerkt habe, daß diese durch einen starken Regen beseitigt werden würden. Der Gesundheitsrath sei aber in dieser Beziehung anderer Ansicht und halte dafür, daß durch die Canäle das Hauswasser mit den vielen darin suspendirten organischen Stoffen, welche bald in Fäulniß übergingen, und die weitere Zersetzung des übrigen Canalinhalt beförderten, schnell aus der Stadt abgeführt werden müsse. Die Commission müsse daher den Zustand der Canäle, wo sie Ablagerungen vorgestunden hätte, für einen ungenügenden erklären, und benannten die Engländer derartige Canäle verlängerte Abtrittsgruben.

Auf Grund der angestellten Ermittlungen und in Gemäßheit der Grundsätze, welche hinsichtlich des vorliegenden Gegenstandes allgemein als richtig anerkannt seien, sowie mit Rücksicht auf die wissenschaftlichen Gesichtspunkte, die dabei ins Auge gefaßt werden müßten, habe sich die Commission in ihrem Berichte — von welchem der Herr Referent den Abschnitt 6, der die Frage behandelt: „Sind die neu zu bauenden Canäle als Platten-canäle mit flacher Sohle oder in anderen Profilen auszuführen?“ verliest — gegen die fernere Anlage von Canälen mit flacher Sohle erklärt, wenn diese nicht jederzeit mit einer genügenden Menge reinen Wassers gespült werden könnten, und habe vielmehr die Anlage von Canälen mit entsprechend gewölbten Sohlen unter Anwendung von glasirten Thonröhren empfohlen. Diese jetzt in England zur Beseitigung von Abfällen für allein zulässig gehaltenen Röhren, welche auch in Berlin bei Ausführung des neuen Canal-systems verwandt würden, hätten vor allen Anderen den großen Vorzug, daß sie völlig undurchdringlich, ihre inneren Flächen sehr glatt seien, demnach feste Massen nicht leicht haften blieben, und daß endlich die Verbindungen nicht groß und möglichst fest und sicher seien, Undichtigkeiten deshalb nicht leicht eintreten könnten. Der Bericht der Commission schließe mit der Bemerkung, wie sie es jedoch für unbedenklich halte, diejenigen Canäle ganz aus Platten mit flacher Sohle herzustellen, welche sich mit der Oker in eine solche Verbindung bringen ließen, daß sie jederzeit mit deren Wasser gespült werden könnten. Wenn die Commission bei Erstattung ihres Gutachtens, welches der Gesundheitsrath in Ansehung der Straßencanäle einstimmig ge-

billigt hätte, während über die Zulässigkeit der Anlegung von Waterclosets eine Verschiedenheit der Ansichten geblieben sei, die Aufgabe mitgehabt habe, bezüglich der Canäle Verbesserungsvorschläge zu machen, so sei dabei der Uebelstand gewesen, daß man noch nicht gewußt habe, welche Beschlüsse über die Canalisirung der Stadt gefaßt werden würden. Sollte nämlich der Canalinhalt nicht in den Fluß geleitet, sondern zur Verieselung verwandt werden, so dürfe eine Durchspülung der Canäle mit Flußwasser nicht stattfinden, weil man wegen der Nothwendigkeit, den Canalinhalt in einer unterhalb der Stadt anzulegenden Pumpstation in die Höhe zu pumpen, ein Interesse daran habe, denselben möglichst gering zu halten. Auf Grund des besprochenen Gutachtens der Commission habe nun der Stadtmagistrat in dem Schreiben vom 21. April d. Jrs. beantragt, folgende Beschlüsse zu fassen und der Herzogl. Bau-Direction zur Befolgung bei den Canalisirungen der Straßen in hiesiger Stadt zu empfehlen:

- 1) Canäle mit flacher Sohle (Plattencanäle) dürfen künftig nur da angewendet werden, wo dieselben jederzeit mit einer genügenden Menge reinen Wassers gespült werden können; in allen anderen Fällen sind Canäle mit entsprechend gewölbten Sohlen, wenn thunlich von glasirten Thonröhren herzustellen.
- 2) Der die Straßenpflasterungen leitende Baubeamte hat vor dem Beginne der Canalisirung einer Straße dem Stadtmagistrate mitzutheilen, in welcher Weise die Canalisirung beabsichtigt wird, und der Stadtmagistrat darüber, nach Anhörung des Stadtbaumeisters Tappe und des Ingenieurs Mitgau, sich zu entscheiden. Bei Verschiedenheit der Ansichten ist nach derjenigen des Stadtmagistrats zu verfahren, wenn die Stadt die Kosten der Canalisirung allein trägt, sonst die Frage der Herzogl. Bau-Direction zur Entscheidung vorzulegen, wogegen aber dem Stadtmagistrate ein Recurs an das Herzogl. Staatsministerium zusteht.

Zugleich sei von dem Stadtmagistrate der Antrag gestellt, schon jetzt über die Canalisirung des Bohlweges, welche nicht mehr verschoben werden könne, Entscheidung zu treffen und zwar zu beschließen, daß dieselbe vermittelst Plattencanäle geschehe, da dieser Canal direct durch die Oker gespült werden könne.

Diese Anträge werden der Versammlung von dem Herrn Referenten zur Annahme empfohlen und wird von demselben noch hervorgehoben, daß es bisher an einer genügenden Beaufsichtigung der Canäle und einem rechtzeitigen Erkennen der Uebelstände gefehlt habe, die Beseitigung derselben aber dringend geboten erscheine.

Herr Reuter bemerkt, daß er sich im Gesundheitsrathe mit den von Herrn Ref. vorgetragenen Ansichten nicht ganz habe einverstanden erklären können. Wenn es sich um die Anlage von Canälen von keinen größeren Dimensionen, als 63 Centi-

meter handle, seien auch seiner Meinung nach Thonröhren dazu das zweckmäßigste Material, er halte es aber für zu weit gehend, bei Canalanlagen von größerer Weite Plattendanäle, sofern sie nicht durch die Ofen gespült werden könnten, gänzlich zu verwerfen, da deren Spülung auch durch die Wasserleitung beschafft werden könne. Der bei der Untersuchung der Canäle vorgefundene schlechte Zustand habe seinen Grund theils darin, daß denselben zu dickflüssige Stoffe zugeführt seien, theils und hauptsächlich in dem Mangel an gehörigem Zufluß von reinem Wasser. Es werde eine kräftige Spülung der Canäle genügen, um die vorhandenen Uebelstände zu beseitigen, und mache er darauf aufmerksam, daß für die Spülung das bedeutende Gefälle der Ofen, welches vom Einflusse derselben in die Stadt bis zu deren Ausflusse 9 Fuß betrage, besonders günstig sei. Auch eirunde Canäle könnten sich verstopfen, und könne man hierfür nur deshalb noch keine Beispiele anführen, weil überall da, wo derartige Canäle angewendet seien, eine ausreichende Spülung durch Wasser stattfinde. Nach seiner Meinung gehe es nicht an, vor der Beschlußfassung über die Canalisirung der ganzen Stadt sich, wie vorgeschlagen sei, über einzelne Fragen schlüssig zu machen, und da zur Entscheidung der großen Frage der Canalisirung der Stadt das erforderliche Material noch nicht vorliege, könne er nur anheim gehen, die Beschlußfassung über die gestellten Anträge zu verschieben.

Der Herr Vorsitzende wiederholt dem Herrn Vorredner gegenüber, daß zunächst die Verbesserung eines Provisoriums in Frage stehe, welches bis dahin fortzuführen sei, daß man in Betreff der Canalisirung der ganzen Stadt einen Beschluß gefaßt habe, daß es sich indessen empfehle, in letzterer Beziehung die Erfahrungen anderer Städte abzuwarten.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert daran, daß die Veranlassung zur Ventilierung der Canalfrage die Herstellung eines Canals auf dem Damme gegeben habe. In der Versammlung sei derzeit der Wunsch geäußert, daß der Gesundheitsrath darüber ein Gutachten erstatten möge. Die Entscheidung der Frage wegen Canalisirung der Stadt sei noch ungewiß, und werde der Zustand, in welchem man sich jetzt befinde, voraussichtlich noch viele Jahre dauern. Bei jener Frage sei der Geldpunkt besonders zu berücksichtigen. Der Geheime Baurath Hobrecht zu Berlin, welcher um Abgabe eines Gutachtens darüber ersucht sei, habe vorgeschlagen, zwischen Wenden und Rühme behuf der Verieselung Feldgrundstücke anzukaufen; indessen sei der Ankauf der Grundstücke nicht so leicht ausführbar, als in Danzig, wo der von der Stadt zu einem gleichen Zwecke angekauft Grund und Boden eben keinen Werth gehabt habe. Da es jetzt zunächst nur darauf ankomme, eine zweckmäßige Canalisirung des Bohlwegs herbeizuführen, möge man die Frage wegen Canalisirung der ganzen Stadt nicht in die Debatte ziehen.

Auf eine Anfrage des Herrn Graf von Görz-Wrisberg in Betreff der Erfahrungen wegen der Haltbarkeit von Thonröhren erklärt Herr Red, daß schon seit langer Zeit in England ganze Städte mit Thonröhren canalisirt seien, und daß sich diese Röhren bewährt hätten. Es sei ihm allerdings unbekannt, ob in Deutschland haltbare Thonröhren fabricirt würden, und seien die Thonröhren, welche in Frankfurt a./M. zur Canalisirung verwandt worden, wahrscheinlich aus England bezogen.

Herr Reuter theilt noch mit, daß er erst vor einiger Zeit auf Veranlassung des Gerichts in einer Proceßsache Thonröhren zu prüfen gehabt und gefunden habe, daß dieselben einen Drucke von 16 Atmosphären ausgehalten hätten und erst bei Verstärkung des Druckes geplatzt seien, woraus sich ergebe, daß die Röhren zur Canalisirung sehr passend seien und nur darauf geachtet werden müsse, daß die Muffen gehörig gedichtet würden.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister Caspari und der Herr Vorsitzende die Anträge des Stadtmagistrats und des Gesundheitsraths nochmals befürwortet haben, werden dieselben sämmtlich von der Versammlung genehmigt, und wird auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden zugleich beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, das oben erwähnte Gutachten des Gesundheitsausschusses durch den Druck vervielfältigen und unter die Mitglieder der Versammlung zur Vertheilung bringen zu lassen.

II. Herr Steinau berichtet hiernächst über einen Antrag des Stadtmagistrats, die Mehrkosten für das Straßensegen betreffend. Inhalts eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 1. d. Mts. lasse die Herzogl. Polizeidirection gegenwärtig verschiedene Straßen und Goffencanäle resp. Canaleinflüsse auf Kosten des Staats und der Stadt durch sechs fest engagirte Straßenseger reinigen, und habe die Stadt zu dem dadurch entstehenden Gesamtausgabebetrage von 1084 fl 12 gr 5 A einem Schreiben der Baudirection zufolge vom 15. April d. J. überhaupt 114 fl 11 gr 7 A beizusteuern. Nach einer Anzeige der Herzogl. Polizeidirection müsse wegen des in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Verkehrs in hiesiger Stadt und der dadurch herbeigeführten größeren Verunreinigung der Straßen vom 1. Juli d. J. an die Zahl der Straßenseger um zwei vermehrt, denselben aber sämmtlich ein Lohnaufschlag von $33\frac{1}{3}$ Procent gewährt werden, da es nicht möglich sei, für die bisherigen Löhne tüchtige Arbeiter zu bekommen. Die dadurch für die Stadtcasse entstehende Mehrausgabe berechne sich für das laufende Jahr auf 38 fl 3 gr 10 A und für jedes folgende Jahr auf 76 fl 7 gr 8 A , und habe die Herzogl. Baudirection in dem Schreiben vom 15. v. Mts. angefragt, ob die Stadt zur Uebernahme der gedachten Mehrausgaben bereit sei, da im Bejahungs-

falls auch für die Herzogliche Baukasse die entsprechende höhere Summe angefordert werden solle. Die Herzogl. Polizeidirection habe anheim gegeben, die bezeichneten Mehrausgaben zu bewilligen, da das Reinigen der fr. Straßen und Gassen vor- ausichtlich billiger nicht beschafft werden würde, wenn die Stadt ihren Antheil selbst reinigen lassen wolle, auch zu besorgen sei, daß daraus leicht unangenehme Differenzen mit Herzogl. Polizeidirection entstünden. Die Finanzcommission trage den obwaltenden Umständen nach kein Bedenken den auf Bewilligung der gedachten Mehrausgaben gerichteten Antrag des Stadtmagistrats zu befürworten, und wird solcher von der Versammlung ohne Weiteres genehmigt.

Herr Bock erinnert daran, daß er am 14. März v. J. bei Gelegenheit der Berathung der neuen Straßenpolizeiordnung beantragt habe, die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, in hiesiger Stadt, wie in anderen größeren Städten, die gesammte Straßenreinigung zu concentriren und auf Rechnung der Communalverwaltung zu übernehmen, einer besonderen Commission zur Begutachtung zu überweisen.

Der Herr Vorsitzende erwidert darauf, daß er diesen Antrag der Statuten- commission zur Vorberathung überwiesen, Herr Schöttler das Referat übernommen habe, und daß solcher Antrag zur Beschlußfassung in der Versammlung auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt werden könne.

III. Herr Haake erstattet Namens der Finanzcommission Bericht über den Antrag des Stadtmagistrats, den Betriebsfonds der höheren Töcherschule betreffend. Einem früheren Antrage des Stadtmagistrats gemäß sei von der Versammlung am 22. Juli 1869 genehmigt, daß von den Ueberschüssen der Casse der städtischen höheren Töcherschule des Vorjahrs dem Rechnungsführer ein Betriebsfonds von 500 fl belassen, der überschießende Betrag aber nach Vorwegnahme des Zuschusses des Lehrerinnen-Seminars alljährlich an die Stadtkasse abgeliefert werde. Bisher sei auch hiernach verfahren, der Rechnungsführer der gedachten Schulkasse habe jedoch jetzt zufolge Magistratschreibens vom 10. v. Mts. angezeigt, daß der Betriebsfonds von 500 fl zur Deckung der in den beiden ersten Monaten des neuen Jahrs zu bestreitenden Ausgaben nicht ausreiche und in den Besitz der dazu erforderlichen Mittel gesetzt werden müsse, weil erst in dem dritten Monate das Schulgeld eingehe und habe beantragt, das Betriebscapital auf 1000 fl zu erhöhen. Der Stadtmagistrat habe diesen Antrag unterstützt, und gebe die Finanz-Commission anheim, sich nicht nur mit solchem Antrage einverstanden zu erklären, sondern auch einem ferneren Antrage des Stadtmagistrats entsprechend zu genehmigen, daß zur Herstellung eines Betriebsfonds von 1000 fl jetzt die Summe von 122 fl 7 gr 6 d aus der Stadtkasse in die Casse der höheren Töcherschule gezahlt werde, da

der Vorrath in dieser Cassé einschließlich des Betriebsfonds nach Verichtigung von 99 fl an die Cassé des Lehrerinnen-Seminars nur 877 fl 22 gr 6 d betrage.

Von der Versammlung werden beide Anträge des Stadtmagistrats ohne Debatte angenommen.

Der vierte Gegenstand der Tagesordnung, die Remunerationen für den Religionsunterricht in den Bürgerschulen betreffend, wird auf den Antrag des Herrn Reif, welcher als Referent anzeigt, daß die Schulcommission zur Vorberathung darüber noch nicht zusammengetreten sei, mit Zustimmung der Versammlung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Dagegen gelangt

IV. auf Vorschlag des Herrn Steinau und mit Genehmigung der Versammlung ein in Folge eines Versehens auf die Tagesordnung nicht mitgesetzter Gegenstand, die von dem Stadtmagistrate beantragte Bewilligung eines Beitrags zu den Kosten der Reise nach Wien und des Aufenthalts daselbst an vier technische städtische Beamte betreffend, zur Berathung, über welchen Antrag Herr Steinau Namens der Finanzcommission Bericht erstattet.

Die gegenwärtig in Wien stattfindende große Industrieausstellung biete Gelegenheit, alle neuen Erfindungen der Kunst und des Gewerbebetriebes kennen zu lernen und sei daher der Besuch dieser Ausstellung für Techniker von großem Nutzen, welcher wiederum den Kreisen, in welchen sie thätig seien, zu gute käme. Zusage des Schreibens vom 14. d. Mts. halte der Stadtmagistrat es für dringend wünschenswerth, daß der Besuch jener Ausstellung den vier technischen Beamten der Stadt, nämlich dem Stadtbaumeister und dessen Gehülfen, dem Director und Ingenieur der städtischen Gas- und Wasserwerke, von denen der erstere zugleich Commandeur der Gesamt-Feuerwehr sei, möglich gemacht werde, und sei in dem gedachten Magistratschreiben angeführt, daß auch die Herzogl. Landesregierung einer Anzahl ihrer technischen Beamten und der Lehrer an dem Collegium Carolinum eine angemessene Summe zum Zwecke des Besuchs der Wiener Ausstellung aus der Staatscasse bewilligen werde. In Berücksichtigung der erheblichen Kosten, welche die Reise nach Wien und ein längerer Aufenthalt daselbst veranlasse, habe der Stadtmagistrat beantragt, ihn zu ermächtigen, einem jeden der vier genannten städtischen Beamten, welcher die Wiener Ausstellung besuchen wolle, eine Beihilfe von 200 fl aus der Stadtcasse zahlen zu lassen. Die Finanzcommission erkenne an, daß die genannten technischen Beamten der Stadt in der Lage seien, durch den Besuch der fr. Ausstellung ihre Kenntnisse zu erweitern und solche zum Nutzen der Stadt bei Anlage von Wasser- und Gasleitungen, bei Schulbauten, bei den Feuerlöschanstalten und

anderen städtischen Einrichtungen zu verwerthen. Der Stadt werde daher der Nutzen, welchen jene Beamten von dem Besuche der Wiener Ausstellung hätten, wiederum zum Vortheile gereichen, wenngleich sich solcher Nutzen für die Stadt nicht durch Zahlen bestimmen lasse, und empfehle demnach die Finanzcommission den Antrag des Stadtmagistrats der Versammlung zur Genehmigung, welche von derselben ohne Discussion ertheilt wird.

Sodann

V. berichtet Herr von Seckendorf Namens der Finanzcommission über einen Antrag des Stadtmagistrats, die Einholung eines Gutachtens wegen Einrichtung der Realschule zweiter Ordnung betreffend. Zwischen der Stadt und der Herzogl. Landesregierung sei jetzt über die Einrichtung einer städtischen Realschule zweiter Ordnung ein Vertrag definitiv abgeschlossen, und müsse nunmehr zum Bau des Schulgebäudes und zum Entwurfe eines Schulplanes, sowie zum Engagement eines Directors und der nöthigen Lehrer geschritten werden.

Der Stadtmagistrat erachte es für zweckmäßig, den entworfenen Bauplan dem allgemein als sehr tüchtig anerkannten Director Ostendorf an der Realschule zu Düsseldorf vorzulegen, auch mit demselben wegen des Schulplanes und der zu engagirenden Lehrer Rücksprache zu nehmen und habe in dem Schreiben vom 5. d. Mts. beantragt, ihn zu ermächtigen, mit dem genannten Director dieserhalb in Verhandlung zu treten und ihm ein angemessenes Honorar zuzusichern. Die Finanzcommission könne diesen Antrag nur befürworten,

und erklärt die Versammlung ohne Discussion ihre Zustimmung zu demselben.

VI. Herr Götte erstattet Namens der Finanzcommission Bericht über den Antrag des Stadtmagistrats, die Annahme und Remuneration von Stadtschreibern betreffend. Nach dem Etat der Stadtcasse für das Jahr 1873 betrage die jährliche Remuneration des Magistratschreibers Rautmann und des Stadtcassenschreibers Hagemann 240 fl für einen jeden, während nach demselben die gleiche frühere Remuneration für den Magistratschreiber Laßmann und für den Stadtcassenschreiber Rautmann vom 1. Januar d. J. an zu jährlich 300 fl festgestellt, mithin um 60 fl erhöht sei. Die Erhöhung der Remuneration des p. Rautmann und des p. Hagemann um einen gleichen Betrag sei nicht in Antrag gebracht, weil beide zur Zeit der Aufstellung des Etats als Einjährig-Freiwillige unter den Waffen gewesen seien. Dieselben seien am 1. April d. J. in ihre frühere dienstliche Stellung wieder eingetreten, und werde in dem Magistratschreiben vom 5. d. Mts. beantragt, die jährliche Remuneration des p. Rautmann und des p. Hagemann vom

1. April d. J. an auf je 300 fl festzusetzen. Infolge desselben Schreibens habe der p. Rautmann behuf seiner Vertretung während des Einjährig-Freiwilligendienstes den Schreiber Seiger in Vorschlag gebracht, welcher auch mit Zustimmung des Stadtmagistrats seit dem 1. April v. J. die Schreiberei im Stadthaus mit besorgt und dafür von dem p. Rautmann ohne weitere Belastung der Stadtcasse remunerirt sei, während letzterer seine Remuneration aus der Stadtcasse nach wie vor bezogen habe. In Folge der Vermehrung der Arbeiten auf dem Bureau des Stadtmagistrats sei die Beibehaltung des p. Seiger, welchem ein günstiges Zeugniß ertheilt worden, auch nach dem Wiedereintritt des p. Rautmann erforderlich, und werde von dem Stadtmagistrat der Antrag gestellt, dem p. Seiger als Magistratsschreiber eine jährliche Remuneration von 200 fl vom 1. April d. J. an zu bewilligen. Endlich habe der Stadtmagistrat in dem Schreiben vom 5. d. Mts. mitgetheilt, daß er an Stelle des am 31. December v. J. aus seiner dienstlichen Stellung ausgeschiedenen Magistratsschreibers Laßmann den Schreiber Pomarius am 1. Januar d. J. mit einer jährlichen Remuneration von 200 fl angenommen, auch die Stadtcasse vorläufig mit der entsprechenden Zahlungsanweisung versehen habe, und werde von dem Stadtmagistrat beantragt, die Zahlung einer jährlichen Remuneration von 200 fl an den p. Pomarius vom 1. Januar d. J. zu genehmigen. Die Finanzcommission gebe die Genehmigung der sämtlichen vorgedachten Anträge des Stadtmagistrats anheim,

und werden dieselben von der Versammlung ohne Weiteres genehmigt.

VII. Herr Jasper berichtet Namens der Finanzcommission über einen Antrag des Stadtmagistrats, die Gewährung des Gehalts für zwei Gnadenmonate mit 75 fl an die Erben des am 4. März d. J. nach längerer Krankheit verstorbenen Buchhalters bei der städtischen Gasanstalt Hollmann. Mit Rücksicht auf die bebrängte Lage, in welcher sich die Familie des p. Hollmann nach dessen Tode befinde, und da in ähnlichen Fällen eine gleiche Bewilligung stattgefunden, habe der Stadtmagistrat in dem Schreiben vom 22. v. Mts. in Uebereinstimmung mit der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke anheimgegeben, sich mit dem gedachten Antrage einverstanden zu erklären, was auf Befürwortung der Finanzcommission Seitens der Versammlung auch ohne Discussion geschieht.

VIII. Herr von Seckendorf erstattet über den Antrag des Stadtmagistrats, die Anschaffung von Zoppen für die Turnerfeuerwehr betreffend, mit dem Bemerken, daß nach Eingang dieser Magistratsvorlage die Finanzcommission noch nicht zusammengetreten sei, für sich persönlich Bericht. Nach Anzeige des Commandeurs der

Gesamttfeuerwehr seien von den der Turnerfeuerwehr im Jahre 1863 gelieferten Zoppen 50 Stück so abgenutzt, daß dieselben durch neue ersetzt werden müßten, und sei von dem Stadtmagistrate in dem Schreiben vom 22. Mai d. J. beantragt, die Summe von 191 fl 20 gr zur Anschaffung von 50 neuen Zoppen aus der Stadtcasse extraordinair zu bewilligen, da diese Ausgabe von dem etatmäßig festgestellten Betrage der Ausgaben für das Feuerlöschwesen nicht bestritten werden könne. Er glaube nicht, daß diesem Antrage Bedenken entgegenständen, und empfehle er denselben zur Annahme.

Herr Solmiß rügt, daß Herr von Seckendorf als Vorsitzender der Finanzcommission dieselbe zur Vorberathung des vorliegenden Antrags nicht zusammenberufen habe, worauf Herr von Seckendorf entgegnet, daß die Zusammenberufung der Commission wegen Kürze der Zeit unterblieben sei, da er das Magistrats-Schreiben vom 22. d. Mts. erst vor wenigen Tagen erhalten habe, und bitte er unter diesen Umständen zumal in Berücksichtigung der Geringfügigkeit des Gegenstandes über die monirte Irregularität hinweg zu sehen.

Herr Reuter theilt mit, daß, nachdem in der Turnerfeuerwehr bekannt geworden sei, es sollten die abgängigen Zoppen durch neue ersetzt werden, die von den vor 10 Jahren angeschafften 100 Zoppen noch vorhandenen 75 Stück einer genaueren Revision unterzogen seien, wobei es sich herausgestellt habe, daß es sehr wünschenswerth sei, statt der beantragten Anschaffung von 50 Stück 75 neue Zoppen anzuschaffen, wodurch eine Gesamtausgabe von 287 fl 15 gr veranlaßt werde. Er gebe anheim, diese Ausgabe aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Nachdem von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari erklärt ist, daß der Stadtmagistrat gegen den Antrag des Herrn Reuter nichts einzuwenden habe, wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

IX. Herr von Seckendorf berichtet Namens der Finanzcommission über den Antrag des Stadtmagistrats, die Instandsetzung der Kirchenuhren betreffend. In Veranlassung iness von Herrn Reuter in der Sitzung am 3. October v. J. gestellten Antrages habe der Stadtmagistrat die Kirchenuhren, deren unregelmäßiger Gang von den Kirchenvorständen fast ohne Ausnahme bestätigt sei, auf Empfehlung mehrerer Sachverständiger durch den Großuhrmacher Weule, in Firma J. J. Weule zu Bockenem, untersuchen lassen, und habe dieser sein Gutachten dahin abgegeben, daß die Uhren der St. Martini- und St. Petrikirche dergestalt abgenutzt seien, daß sie gänzlich erneuert werden müßten, wogegen die übrigen Uhren, wenn sie von Zeit zu Zeit reparirt würden, noch 20 Jahre gebraucht werden könnten; zugleich habe der p. Weule die Kosten der Herstellung einer neuen Uhr, abgesehen von der Anlage einer neuen soliden Uhrkammer, auf 650 fl veranschlagt.

In Hinblick auf die beschränkten Mittel der Kirchencassen, sowie auf das erhebliche Interesse, welches das Publikum an der schnellen Beseitigung der erkannten Uebelstände und an der Herbeiführung des richtigen Ganges der Kirchenuhren habe, und da auch den Kirchen eine nicht unbedeutende Mehrausgabe schon dadurch erwüchse, daß sie dem Uhrmacher Sander für das Aufziehen der Thurmuhren fortan eine höhere Remuneration zu zahlen haben würden, habe der Stadtmagistrat in dem Schreiben vom 16. v. Mts. den Antrag gestellt:

daß ihm, wie bei den Oligableitern, zur Anschaffung von zwei neuen und zur Reparatur der fünf anderen Kirchenuhren eine Summe bis zu 2000 M aus der Stadtcasse zur Disposition gestellt werde.

Die Finanzcommission gebe die Genehmigung dieses Antrags anheim, da sie die zu dessen Unterstützung von dem Stadtmagistrate angeführten Gründe als zutreffend anerkenne.

Herr Reuter bringt die Nichtübereinstimmung der Kirchenuhren mit der Bahnuhr zur Sprache, weist auf die mannigfachen Unzuträglichkeiten hin, welche daraus für das Publikum entstehen und empfiehlt, den mit der Wartung der Kirchenuhren beauftragten Uhrmacher anzuweisen, dieselben in Uebereinstimmung mit der Bahnuhr zu stellen.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden, ob die Herstellung von electrischen Uhren nicht rathsam sei, wodurch eine größere Vermehrung der öffentlichen Uhren ermöglicht werde, erklären die Herren von Seckendorff und Reuter, daß jene Uhren bei deren bisheriger Einrichtung eingezogenen Erkundigungen nach noch sehr Vieles zu wünschen übrig ließen, und man namentlich in Berlin mit denselben sehr unzufrieden sei.

Herr Steinau empfiehlt, bei der Anlage neuer Thurmuhren darauf Bedacht zu nehmen, daß das Uhrwerk nicht oben, sondern unten im Thurme angebracht werde, wo dasselbe den Witterungseinflüssen weniger ausgesetzt sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, in Betreff des von Herrn Reuter zur Sprache gebrachten Gegenstandes, daß der Stadtmagistrat sich über denselben nicht sofort erklären könne, ihn jedoch in nähere Erwägung ziehen werde, und Herrn Steinau gegenüber, daß der von ihm besprochene Punkt bei den Verhandlungen mit dem p. Weule bereits in Berücksichtigung gekommen sei, daß es indessen den Sachverständigen überlassen werden müsse, die geeignetste Stelle in den Kirchtürmen für Aufstellung des Uhrwerks ausfindig zu machen.

Die Versammlung erteilt hierauf ihre Zustimmung zu dem oben bemerkten Antrage des Stadtmagistrats.

Hiernächst

X. erstattet Herr Reuter Namens der Steuereinschätzungs-Centralcommission Bericht in Betreff der Besteuerung der Actiengesellschaften. Nach dem Gesetze vom 5. Juni 1871 seien Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Actien und Gewerkschaften rücksichtlich des Einkommens aus ihrem Gewerbebetriebe zu den Communalsteuern heranzuziehen, und sei dieses auch in hiesiger Stadt bereits geschehen. Von verschiedenen Actiengesellschaften sei dagegen bei dem Herzoglichen Staatsministerium remonstrirt und in der betreffenden Eingabe auszuführen gesucht, daß Actiengesellschaften die Eigenschaft als selbstständiger wirthschaftlicher Persönlichkeiten abgebe. Allein Herzogl. Staatsministerium habe auf diese Eingabe rescribirt, daß zur Aufhebung oder Aenderung des in dem vorerwähnten Gesetze ausgesprochenen Princips kein Grund vorliege. Auch ein in dem Landtage gestellter, dasselbe Ziel verfolgender Antrag sei abgelehnt. Bei Feststellung der Communalsteuerbeträge, welche die in hiesiger Stadt bestehenden Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien zu entrichten hätten, seien nun bisher allgemein von dem ermittelten oder angegebenen Reinertrage Zinsen des Stamm- oder Actiencapitals abgerechnet, und der dann verbleibende Reingewinn der Steuerberechnung zu Grunde gelegt. Der Stadtmagistrat halte indessen zufolge Schreibens vom 10. October v. J. eine Abrechnung von Zinsen nicht für richtig, da die genannten Gesellschaften ihr Stamm- oder Actiencapital nicht besonders zu verzinsen hätten, und sei der Ansicht, daß nur diejenigen Zinsen, welche an Inhaber von Prioritäten zu zahlen seien, in Abzug gebracht werden könnten. Die Centralcommission pflichte diesen Ansichten bei, und hätten desfallsige Erkundigungen ergeben, daß auch in Hannover und Cöln, und ebenso in Wolfenbüttel und Schöningen bei der Veranlagung von Actiengesellschaften zur Communalsteuer eine Abrechnung von Zinsen für das Stamm- oder Actiencapital auf den Geschäftsgewinn nicht stattfinde. Von Wichtigkeit sei ferner nach dem Dafürhalten der Commission, daß erhebliche Ungleichheiten entstünden, wenn die fr. Gesellschaften bei ihren Abschlüssen, welche Seitens der städtischen Behörden einer ins Einzelne gehenden Prüfung nicht unterzogen werden könnten, häufig verschiedene Procentsätze berechneten. Von dem Stadtmagistrate sei in dem gedachten Schreiben sodann vorgeschlagen, die bisher erhobenen Procentsätze von 1 pc. resp. 2 pc. auf $\frac{3}{4}$ pc. für die Gesellschaften, von welchen kein zahlreiches Personal beschäftigt werde, und auf $1\frac{1}{2}$ pc. für die Gesellschaften, welche ein zahlreiches Personal hielten, zu ermäßigen. Gegen diesen Vorschlag habe die Commission nichts zu erinnern gefunden, übrigens werde bemerkt, daß sich bei dem neuen Veranlagungsmodus eine große Differenz nicht herausstelle. Die Commission gebe demnach anheim, den Anträgen des Stadtmagistrats gemäß zu beschließen:

daß bei Berechnung und Declaration des Reingewinns der Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien behuf der Veranlagung zur Communalsteuer Zinsen auf das Stamm- oder Actiencapital fortan nicht abzufehen, und daß statt des bisherigen Procentsatzes von 1 pc. resp. 2 pc. nur $\frac{3}{4}$ pc. resp. $1\frac{1}{2}$ pc. vom Reingewinne derselben als Communalsteuer zu erheben seien.

Bei der sich an diese Anträge anknüpfenden längeren Debatte beantragten gegenüber den Vorschlägen des Stadtmagistrats Herr Steinau:

Actiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Actien nach denselben Steuerfägen zur Communalsteuer heranzuziehen, wie Privatpersonen, und Herr Bracke:

den bisherigen Procentsatz von 1 pc. resp. 2 pc. für die Berechnung der Communalsteuer von dem Reingewinne incl. der Zinsen des Stamm- oder Actiencapitals beizubehalten.

Herr Steinau wies zur Begründung seines Antrags darauf hin, daß der Geschäftsbetrieb der Actiengesellschaften von dem der Privatpersonen nicht verschieden sei, und es sich daher nicht rechtfertige, wenn man jene nach anderen Grundsätzen besteuere, wie Privatpersonen. Der Umstand aber, daß bei Besteuerung des Einkommens der Actionaire die von den Actiengesellschaften gezahlten Dividenden mit in Berechnung kämen, könne für einen anderen Besteuerungsmodus dieser Gesellschaften nicht geltend gemacht werden, da oft ein großer Theil der Actionaire nicht an dem Orte wohne, wo die Actiengesellschaften zur Communalsteuer herangezogen würden. Dieser letzteren Ansicht stimmt auch

Herr Bracke bei; derselbe erklärte ferner, daß er den bei der Veranlagung der einzelnen Actiengesellschaften bisher gemachten Unterschied nicht für richtig halten könne, da bei der Veranlagung lediglich die Höhe des Reingewinns ohne alle Rücksicht darauf, ob von den Gesellschaften ein größeres oder geringeres Arbeiterpersonal beschäftigt werde, maßgebend sein müsse, und bemerkte in Beziehung auf den von ihm gestellten Antrag noch, daß seinem Tasfürhalten nach kein Grund vorhanden sei, von dem bisherigen Procentsatze abzugehen, da solcher als zu hoch nicht angesehen werden könne.

Von dem Herrn Vorsitzenden, dem Herrn Oberbürgermeister Caspari und dem Herrn Graf von Görg-Brissberg wurden in Gemeinschaft mit dem Herrn Referenten die vorgebadhten Anträge der Herren Steinau und Bracke bekämpft, und die Anträge des Stadtmagistrats befürwortet. Von denselben wurde hervorgehoben, daß die Aufstellung eines bestimmten Principis für die Veranlagung der Actiengesellschaften zur Communalsteuer äußerst schwierig sei, und daß sich schon

viele Gesetzgebungen mit demselben Gegenstande beschäftigt hätten, ohne darüber zu voller Klarheit zu kommen. Bei den Verhandlungen der Landtagsabgeordneten über das Gesetz vom 5. Juni 1871 sei allseitig anerkannt, daß die Actiengesellschaften nicht unbesteuert bleiben dürften, indessen seien sehr verschiedene Ansichten über die Art der Besteuerung aufgestellt, und habe man schließlich einen Vermittelungsvorschlag adoptirt, welcher in dem Gesetze seinen Ausdruck gefunden habe. Danach komme zunächst entsprechend den für die Besteuerung von Privatpersonen geltenden Normen die Höhe des Reingewinns der Actiengesellschaften in Berücksichtigung, daneben aber sei in Betracht zu ziehen, ob aus deren Gewerbebetriebe der Gemeinde eine Belastung drohe. Mit Rücksicht hierauf, und da im §. 2 des gedachten Gesetzes ausdrücklich ausgesprochen sei, daß die genannten Gesellschaften ohne Anwendung der für physische Personen bestehenden Steuerklassen zur Communalsteuer zu veranlagten seien, erscheine die Frage, ob jene Gesellschaften nach Maaßgabe der für Privatpersonen festgestellten Steuerfüße zu besteuern, und ebenso die Frage, ob und nach welcher Richtung hin bei deren Besteuerung Unterschiede zu machen seien, in der Versammlung nicht mehr disputabel. Wenn aber in dem fr. Gesetze auf das Moment der Belastung, welche der Gemeinde aus dem Gewerbebetriebe der Actiengesellschaften drohe, besonderes Gewicht gelegt sei, so habe dies seinen guten Grund, und sei z. B. nur daran zu erinnern, daß durch die Heranziehung von beträchtlichen Arbeitskräften Seitens der Actiengesellschaften das Bedürfniß von Schuleinrichtungen erhöht werde, daß bei der Feuergefahrlichkeit der Gewerbebetriebe vieler Actiengesellschaften umfassendere Feuerlösch-einrichtungen getroffen werden müßten, und daß in den Etablissements derselben oft Arbeiter von auswärts durch Unglücksfälle beschädigt würden, wodurch der Gemeinde Kosten entstünden, da nicht selten die Schritte, welche von derselben gemacht würden, um die Kosten von der Heimathsbehörde der Beschädigten erstattet zu erhalten, erfolglos seien. Diese Erwägungen führten dahin, die höhere Besteuerung der Actiengesellschaften mit zahlreichem Personale vorzugsweise aus dem Gesichtspunkte der Belastungsgefahr für die Gemeinde aufzufassen, und da einerseits der in dem Magistratschreiben vom 10. October v. J. vorgeschlagene Procentsatz mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juni 1871 in Uebereinstimmung stehe, andererseits aber auch höchst billig gegriffen und dabei die Rücksicht maaßgebend gewesen sei, daß das Resultat der neuen Veranlagung möglichst wenig von dem der früheren Veranlagung abweiche, so empfehle es sich, die Anträge des Stadtmagistrats anzunehmen.

Der Herr Referent theilt schließlich noch mit, daß auch Herzogl. Staatsministerium auf einen Recurs der Direction der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft rücksichtlich der für das Jahr 1872 vorgenommenen Steuer-Veranlagung ver-

schiedener Eisenbahnstationen in dem Rescripte vom 16. Januar d. J. die Ansicht ausgesprochen habe, es widerstreite dem Begriffe des Grundcapitals einer Actiengesellschaft, dasselbe nicht als das eigene Vermögen der letzteren, sondern als eine von ihr contrahirte Schuld zu betrachten, weshalb es unzulässig sei, behuf Berechnung des Rein-Einkommens einer Actiengesellschaft irgend welche Zinsen des Grundcapitals von dem Brutto-Einkommen der Gesellschaft in Abzug zu bringen; und habe Herzogl. Staatsministerium durch das gedachte Rescript unter Verwerfung des Recurses verfügt, daß die Eisenbahn-Station Braunschweig an Communalsteuer für das Jahr 1872 — unter Anwendung des Procentsatzes von 2 p. — den Betrag von 1634 \mathfrak{f} zu erlegen habe.

Nachdem hiernächst von dem Herrn Vorsitzenden die Debatte für geschlossen erklärt war, lehnte die Versammlung die von den Herren Steinau und Bracke gestellten Anträge ab und erklärte sich mit den Anträgen des Stadtmagistrats einverstanden.

XI. Herr Graf von Börg-Weisberg berichtet über den letzten Gegenstand der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung, den Antrag des Stadtmagistrats, die Anlegung einer Verbindungsstraße vom Bahnhofe in das Innere der Stadt durch die Braunschweigische Baugesellschaft betreffend. Schon vor längerer Zeit habe die Unzulänglichkeit verschiedener Straßen, welche den Verkehr aus dem Innern der Stadt nach dem Bahnhofe vermitteln, dem Architekten und Bauunternehmer Campe Veranlassung gegeben, ein Project zur Anlegung verschiedener Straßen vom Bruchthore nach der Mitte der Stadt zu entwerfen. Dasselbe sei indessen damals wieder aufgegeben, jetzt aber, allerdings in erheblich anderer Gestalt, von der Braunschweigischen Baugesellschaft, welche bereits den Johannisbof käuflich erworben habe, wieder aufgenommen.

Die jetzt projectirte Straße solle von dem Plage am Bahnhofe bei dem Hilzheimer'schen Grundstücke in gerader Richtung nach der Schuhstraße und dem Sacke angelegt werden und würde, wie sich aus den betreffenden Plänen und Magistratsacten ergebe, über den Johannisbof geführt werden, den Hutfiltern da schneiden, wo auf der einen Seite das Schrader'sche, Zahns'sche und Spohr'sche Haus, auf der anderen Seite aber das Meyer'sche, Mathy'sche und Ehlers'sche Haus liegen und in die Schuhstraße neben der Mackensen'schen Apotheke einmünden.

Die genannte Baugesellschaft habe sich an den Stadtmagistrat um Unterstützung des Straßenprojectes nach einer zwiefachen Richtung hin gewandt. Einmal wünsche dieselbe, obwohl sie die meisten Grundstücke auf gültlichem Wege zu erwerben beabsichtige, das Recht der Expropriation bezüglich der zur Ausführung des Pro-

jects nothwendigen Privatgrundstücke zu erhalten, um für alle Eventualitäten gesichert zu sein und habe gebeten, daß ihr von Seiten der Stadt die Ertheilung des Expropriationsrecht zu dem gedachten Zwecke bei Herzogl. Landesregierung erwirkt werde. Dann aber habe die genannte Gesellschaft von der Stadt bezüglich der intendirten Straßenanlage auch verschiedene positive Leistungen begehrt. Der Stadtmagistrat habe das Straßenproject, welches von ihm mit Freude begrüßt sei, dem Stadtbaumeister Tappe zur Begutachtung mitgetheilt, und habe sich dieser darüber sehr günstig ausgesprochen, zugleich aber die Bedingungen in Betreff der Anlage und Richtung der Straße, der Bauart der Häuser u. angegeben, deren Erfüllung Seitens der Unternehmer durch das Interesse der Stadt bedingt werde. Mit diesen Bedingungen, von welchen die Unternehmer durch den Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 1. März d. J. in Kenntniß gesetzt seien, hätten sich dieselben einverstanden erklärt, jedoch beantragt, daß von der Stadt außer der Erwirkung des Expropriationsrechts der eigentliche Straßenbau mit Canalisirung der Okerarme, die Anlage der Straßencanäle, die Herstellung des Pflasters und der Plattenwege übernommen, die Abfindung von etwaigen Berechtigungen der Anlieger an den zu canalisirenden Okerarmen beschafft, ferner das bei der Canalisirung der Okerarme gewonnene Terrain nebst den Okerböschungen, soweit diese Terraintreifen Eigenthum der Stadt seien, den Unternehmern ohne Entschädigung überlassen, und Seitens des Stadtmagistrats an Herzogl. Staatsministerium das Ersuchen gerichtet werde, die auf dem Tractus der Straße liegenden, dem Staate gehörigen Grundstücke und Terrainflächen den Petenten ohne Entschädigung zu überweisen. Der Stadtmagistrat habe den letzteren hierauf zur Resolution ertheilt, daß ihnen bezüglich der projectirten Straße, ebenso, wie solches rücksichtlich der Münzstraße geschehen sei, nur die Herstellung des Pflasters der Fahrbahn und die Belegung der Straße mit Gas- und Wasserröhren, sowie die Beleuchtung der Straße in Aussicht gestellt werden könne, wogegen die Petenten von dem Stadtmagistrate wegen der Okeranäle und der dem Staate gehörigen Grundstücke an die Herzogl. Landesregierung gewiesen seien mit dem Bemerken, daß das durch die Canalisirung der Okerarme gewonnene Terrain Eigenthum des Staats, jedoch keine Aussicht vorhanden sei, daß das Herzogliche Staatsministerium auf die Intentionen der Petenten eingehen werde.

Trete man der Prüfung der Frage, ob sich die Stadt der Herzogl. Landesregierung gegenüber im vorliegenden Falle für Anwendung des Expropriationsrechts aussprechen könne, näher, so komme zunächst in Betracht, daß einem Privatmanne oder einer Gesellschaft dieses Recht nur auf Anfordern des Staats oder einer Gemeinde gewährt werden könne, wenn auch die beabsichtigte Anlage nachher durch einen Dritten für den Staat oder die Gemeinde ausgeführt werde. Nach §. 33

der neuen Landschaftsordnung könne Privateigenthum für wesentliche Zwecke einer Gemeinde in Fällen dringender Nothwendigkeit in Anspruch genommen werden, und sei nach §. 48 der neuen Wegeordnung vom 5. Juni 1871 jeder Grundeigenthümer verpflichtet, das zur Anlegung neuer Wege erforderliche Terrain zu diesen Zwecken, wenn es für nothwendig gefunden werde, gegen Entschädigung abzutreten. Der Stadtmagistrat habe nun zufolge des Schreibens vom 23. d. Mts. die Nothwendigkeit der projectirten Straße nach den von ihm selbst gemachten Erfahrungen in vollem Maße anerkannt, gleichwohl aber es für angemessen erachtet, darüber annoch das Gutachten der Herzogl. Polizeidirection einzuholen. Diese Behörde habe sich in dem Schreiben vom 15. d. Mts. ebenfalls dahin ausgesprochen, daß die Eröffnung eines neuen Verbindungsweges zwischen der Eisenbahn und dem Mittelpunkt der Stadt ein unabweisbares Bedürfnis sei, und daß, da durch die projectirte Straße ein solcher Verbindungsweg in einer allen Anforderungen entsprechenden Weise hergestellt werde, wenn irgend wo, im vorliegenden Falle das Expropriationsrecht Platz greifen müsse. Auch die Commission habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Entlastung der Schuhstraße und Südstraße dringend nothwendig sei, und halte dafür, daß sich zur Erreichung dieses Zweckes schwerlich eine günstigere Gelegenheit finden werde, als durch die Baugesellschaft jetzt geboten sei. Müsse aber die Nothwendigkeit der Eröffnung einer neuen Straße für den Verkehr nach und von dem Bahnhofe anerkannt werden, so siehe nach dem Dafürhalten der Commission in Uebereinstimmung mit der Ansicht des Stadtmagistrats der Befürwortung der Ertheilung des Expropriationsrechts nichts entgegen; andrerseits sei nicht zu verkennen, daß die Unternehmer des Expropriationsrechts bedürften, da sie bei der Straßenanlage dagegen geschützt sein müßten, daß nicht ein Eigensinniger das ganze Project unausführbar mache.

Soviel die Leistungen anlange, welche von der Stadt in Betreff der fraglichen Straße zu übernehmen seien, so beständen sie in der Pflasterung der Jahrbahn, in deren Belegung mit Gas- und Wasserrohren und in der Einrichtung der Straßenbeleuchtung, und glaube die Commission, daß sich die Stadt zu diesen Leistungen um so mehr verstehen könne, als deren Interesse an der jetzt projectirten Straße größer sei, als an der Münzstraße, rücksichtlich welcher sie jene Leistungen ebenfalls übernommen habe. Die Commission empfehle daher die Anträge des Stadtmagistrats, welche dahin gehen:

- 1) denselben unter Anerkennung der Nothwendigkeit der projectirten Straße zu ermächtigen, behuf deren Ausführung die Ertheilung des Expropriationsrechts bezüglich der betreffenden Grundstücke bei Herzogl. Landesregierung zu beantragen und

- 2) denselben zu ermächtigen, wegen Erfüllung derjenigen Bedingungen, welche in dem Magistratschreiben vom 1. März d. J. näher angegeben sind, mit den Unternehmern einen bündigen Contract abzuschließen, und denselben dagegen die ihnen bereits in Aussicht gestellten vorgedachten Leistungen Seitens der Stadt definitiv zuzusichern.

Durch diese Anträge wird eine sehr lebhafte Debatte veranlaßt. Nachdem der Herr Vorsitzende die Anträge des Stadtmagistrats weiter erläutert und besfürwortet hat, ertheilt er zunächst

Herrn Steinau das Wort. Der für die fragliche Straße entworfene Plan sei schön und dessen Ausführung wünschenswerth. Allein für nothwendig in dem Sinne halte er die Straßenanlage nicht, daß das Expropriationsrecht zur Anwendung zu bringen sei; zur Vermeidung von Carambolagen in der Schuhstraße und Südstraße könne der Verkehr von und nach dem Bahnhofe anderen Straßen mit zugewiesen werden. Man dürfe nicht vergessen, daß die Unternehmer die Straßenanlage nicht projectirt hätten, um der Stadt einen Dienst zu erweisen, sondern um dabei etwas zu verdienen. Dieses sei ihnen auch zu gönnen, jedoch dürfe es nicht auf Kosten derjenigen geschehen, welche unter der Anwendung des Expropriationsrechts zu leiden hätten. Die Expropriation habe immer etwas Gehässiges, und sei die Ermittlung des Werths des zu expropriirenden Objects stets eine mißliche Sache. Aus diesen Gründen könne er nicht dafür stimmen, daß von der Stadt die Ertheilung des Expropriationsrechts bei der Herzogl. Landesregierung in Antrag gebracht werde, wiewohl er gern bereit sei, für die projectirte Straße die Kosten für Leistungen, wie solche von der Stadt bezüglich der Münzstraße übernommen seien, aus der Stadtcasse zu bewilligen.

Herr Faillard schließt sich den Ansichten des Herrn Steinau vollständig an und fügt hinzu, die Expropriation greife zu tief in die Verhältnisse der Besitzer der zu expropriirenden Grundstücke ein, und müsse er sich gegen die Anwendung des Expropriationsrechts um so mehr entscheiden, als es überaus schwer sei, den wahren Werth des expropriirten Objects festzustellen.

Herr Reuter hält die Ansicht der Herzogl. Polizeidirection und des Stadtmagistrats bezüglich der Nothwendigkeit der fraglichen Straßenanlage für wohl begründet, und könne man sich von der Richtigkeit dieser Ansicht tagtäglich beim Passiren der Schuhstraße und Südstraße selbst überzeugen. Wenn Herr Steinau das Straßenproject für zweckmäßig und gut erklärt habe, so sei nicht einzusehen, weshalb man mit dessen Ausführung warten solle, bis in den gedachten beiden Straßen noch mehr Unglücksfälle, als bisher, vorgekommen seien. Durch andere schon jetzt vorhandene Straßen eine Entlastung der vorbezeichneten beiden Straßen

herbeizuführen, sei nicht leicht, und würde dieses Auskunfts-mittel überdies bei weiterer Vergrößerung der Stadt nicht viel nützen. Er befürchte nicht, daß die Anwendung des Expropriationsrechts zahlreiche Beschwerden veranlassen werde, da die Baugesellschaft stets versuchen würde, sich über die Höhe der Entschädigung mit den Betheiligten zu verständigen. Wenn aber auch ein Einzelner mit dem Resultate des Expropriationsverfahrens unzufrieden sein sollte, so müsse man sich darüber hinwegsetzen, da hoch über dem Wohle des Einzelnen das öffentliche Wohl stehe, um welches es sich im vorliegenden Falle handle.

Herr Bock spricht sich gegen die Befürwortung der Expropriation aus, da er aus eigener Erfahrung wisse, welche Bedeutung eine Expropriation habe. Die Baugesellschaft, zu deren Gunsten das Expropriationsrecht erwirkt werden solle, sei eine Erwerbsgesellschaft, und könne er sich nicht damit befreunden, daß diese durch das Expropriationsrecht in den Stand gesetzt werde, auf Kosten der Anlieger ihr Geschäftsinteresse zu verfolgen; übrigens bestritte er auch die Nothwendigkeit der fraglichen Straßenanlage, da die Passage in der Schuhstraße und Südstraße immer offen geblieben sei, und Unglücksfälle auch in anderen Straßen vorkämen.

Herr Peters macht darauf aufmerksam, daß die Baugesellschaft durch das Expropriationsrecht nicht die Befugniß erhalten solle, Baustellen zu gewinnen, bezüglich deren sie sich vielmehr mit den Anliegern zu einigen haben würde, sondern nur die Befugniß, Terrain zur Herstellung der Straße zu erwerben, und sei daher unter diesen Umständen bei der Sache um so weniger Gefahr.

Herr Lucius spricht seine persönliche Ansicht dahin aus, daß er die Ausführung der projectirten Straße für sehr wünschenswerth halte, da für Wagen zum Gütertransporte und für Omnibusse gerade und breite Straßen besser seien, als gewundene und enge. Allein es bestche bei der vorliegenden Frage ein schwerer Conflict zwischen dem Privateigenthume und dem, was das öffentliche Wohl als wünschenswerth erscheinen lassen. Das bloß Wünschenswerthe sei aber nicht zur Motivirung des Expropriationsrechts ausreichend, und sei seiner Ansicht nach eine eigentliche Nothwendigkeit zur Anlage der fraglichen Straße nicht vorhanden, da der jetzige Verkehr nicht bedeutender sei, als zu der Zeit, wo Braunschweig einen sehr lebhaften Frachtwagenverkehr gehabt habe, namentlich während des Bestehens des Hansebundes. Es werde ihm schwer, in der vorliegenden Angelegenheit seine Ansicht auszusprechen, allein sein juristisches und moralisches Gewissen erlaube ihm nicht, für die Erwirkung des Expropriationsrechts zu stimmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erachtet die Entlastung der Schuhstraße und Südstraße von dem jetzigen Verkehr nicht nur für wünschenswerth, sondern für ein unabweisbares Bedürfniß, da selbst beim vorsichtigen Fahren wegen der ungenügenden

Breite jener Straßen die größten Verlegenheiten und nicht selten Unglücksfälle vor-
 kämen. Eine Scheidung des Verkehrs sei mit Rücksicht auf die damit verbundenen
 Umwege nicht gut durchführbar. Allerdings sei nicht zu leugnen, daß die Anwen-
 dung des Expropriationsrechts etwas Unangenehmes habe, dagegen sei aber zu
 erwägen, daß der Einzelne für das Gemeinwohl Opfer zu bringen habe. Hierauf
 allein beruhe das ganze Gesetz, welches bezwecke, daß große nothwendige Anlagen
 durch den Widerspruch eines Einzelnen nicht sollten gehindert werden können. Wenn
 der Baugesellschaft das Expropriationsrecht nicht gewährt werde, sei zu erwarten,
 daß von derselben der beabsichtigte Durchbruch nach dem Hutfiltern und der Schuh-
 straße aufgegeben und nur der Johannis Hof bebaut werde. Solchenfalls werde
 man aber späterhin bei noch größerer Zunahme des Verkehrs gewiß bedauern, daß
 man die Ausführung der projectirten Straßenanlage durch Nichtbefürwortung des
 Expropriationsrecht verhindert habe. Wenn Herr Lucius auf frühere Zeiten ver-
 wiesen habe, wo der Verkehr in der Stadt sehr lebhaft gewesen sei, so habe der-
 selbe übersehen, daß Braunschweig derzeit nur 25,000 Einwohner gehabt, und daß
 sich der Verkehr auf die sieben Thore der Stadt und die angrenzenden Straßen
 vertheilt habe, während sich der ganze Verkehr jetzt auf die dem Bahnhofe zuge-
 kehrte Seite der Stadt concentrirte. Er gebe anheim, die Zustimmung zu den An-
 trägen des Stadtmagistrats zu ertheilen.

Herr Bracke erklärt, daß verschiedene Bedenken, welche er Anfangs gehabt
 habe, durch die Debatte beseitigt, einige aber noch nicht gehoben seien. Er halte
 es für möglich, ja wahrscheinlich, daß die Baugesellschaft sich mit dem einen oder
 anderen Eigenthümer der an der projectirten Straße belegenen Grundstücke über den
 zu bebauenden Grund und Boden nicht einigen und dadurch bewirkt werde, daß die
 Straße ein schlechtes Aussehen bekomme. Dieser Umstand bestimme ihn zu der
 Anfrage, ob und welche Garantien der Stadt für den Fall der Befürwortung des
 Expropriationsrechts von den Unternehmern zu dem Behufe geboten seien, um zu
 verhüten, daß die fragliche Straße nicht unvollendet liegen bleibe. Ferner frage
 er an, ob nicht der Stadt aus der in Rede stehenden Straßenanlage außer den Leistun-
 gen, deren Uebernahme durch die Stadt den Unternehmern bereits in Aussicht
 gestellt sei, noch andere lästige Verpflichtungen, z. B. die Herstellung von Trottoirs,
 erwachsen könnten? Uebrigens halte er das Straßenproject für ein sehr glückliches,
 dessen Zustandekommen auch er wünsche, und sei er, da dasselbe seinem Vorfürhalten
 nach ohne Anwendung des Expropriationsrechts nicht wohl ausführbar sei, mit der
 Befürwortung der Ertheilung dieses Rechts einverstanden.

Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert auf die erste Anfrage des Herrn
 Bracke, daß die Unternehmer in einem an den Stadtmagistrat gerichteten Schreiben

die Erklärung abgegeben hätten, das ihnen bereits zugehörige Terrain binnen 2 Jahren zu bebauen. Hinsichtlich des übrigen Terrains, welches sie erst noch kaufen müßten, könnten sie allerdings eine gleiche Verpflichtung nicht übernehmen, ohne nicht den Vortheil der Expropriation aus der Hand zu geben. Daß hierdurch Uebelstände veranlaßt würden, sei nicht zu befürchten, da voraussichtlich eine angemessene Bebauung der betreffenden Grundstücke erfolgen werde, sobald daran die neu anzulegende Straße vorbeiführe. Es werde aber der Stadtmagistrat darauf halten, daß die Bebauung der fraglichen Straße Seitens der Unternehmer nach bestimmten, von dem Stadtbauamte festzusetzenden Normen statfinde.

In Beziehung auf die zweite Anfrage des Herrn Bracke bemerkt der Herr Vorsitzende, es ergebe sich aus den zwischen dem Stadtmagistrate und der Baugesellschaft gepflogenen Verhandlungen, daß von der Stadt die Herstellung von Trottoires auf der anzulegenden Straße nicht übernommen werde. Nach Maßgabe der bezüglichlichen statutarischen Bestimmungen liege den Anliegern der Straßen in hiesiger Stadt die Verpflichtung ob, die Plattenwege vorzurichten und im Stande zu erhalten; werde nun von der Baugesellschaft eine neue Straße angelegt, so habe dieselbe Sorge dafür zu tragen, daß die Anlieger jene Verpflichtung übernehmen, und werde im Expropriationsverfahren die Entschädigung für die Eigenthümer der betreffenden Grundstücke mit Rücksicht auf die gedachte Verpflichtung festgesetzt werden müssen.

Herr Schwarzenberg theilt mit, daß nach den Erfahrungen, welche er als Commissarius bei verschiedenen Expropriationsverfahren gemacht habe, selten Streitigkeiten über den Werth der Expropriationsobjecte vorkämen. Wenn Herr Bock auf ein Expropriationsverfahren Bezug genommen habe, bei welchem er theilhaftig gewesen, so sei es zwar richtig, daß die Eisenbahndirection Herrn Bock rücksichtlich eines am Salzdaßlumschen Wege belegenen Grundstücks 600 \mathfrak{f} pro Morgen offerirt habe, welches von demselben früher zu 400 \mathfrak{f} pro Morgen gekauft sei, diese Angelegenheit habe jedoch nicht durch ein Expropriationsverfahren, sondern durch einen Vergleich ihre Erledigung gefunden, welcher derzeit allgemein als außerordentlich günstig für Herrn Bock gehalten sei.

Nachdem Herr Schwarzenberg die Anträge des Stadtmagistrats noch befüwortet hatte, wird die Debatte geschlossen.

Herr Bock trägt hinsichtlich des ersten Antrages des Stadtmagistrats, die Erwirkung des Expropriationsrechts betreffend, auf namentliche Abstimmung an. Für diesen Antrag stimmen die Herren Reuter, von Seckendorff, Jasper, Peters, Krone, Graf von Görz-Brissberg, Götte, Solmiz, Meyer,

Schwarzenberg, Bracke, Pini, Reck, Braeck und Haake, gegen denselben die Herren Failard, Steinau, Bock und Lucius.

Die von dem Stadtmagistrate gestellten weiteren Anträge werden von der Versammlung genehmigt.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung werden Gesuche um Aufnahme in die hiesige Gemeindegengenossenschaft erledigt.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 146. Stücke des 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 8.

V e r h a n d l u n g e n
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 26. Juni 1873.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Bracke, Kellner, Kloss, Peters.

Es werden zunächst die Protokolle vom 22. und 29. Mai genehmigt, nachdem der Herr Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht hat, daß in letzterm S. 22 Z. 4 v. o. das Wort „nicht“ zu tilgen ist. Zugleich richtet der Herr Vorsitzende an den Magistrat das Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Drucklegung der Protokolle inskünftige einigermaßen beschleunigt werde, da namentlich das vom 29. Mai ungebührlich lange in der Druckerei hintangehalten worden.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg über einen Magistratsantrag auf Erhöhung der Remunerationen für den Religionsunterricht in den Oberklassen der beiden unteren Bürgerschulen, welcher in je vier Stunden wöchentlich von den beiden Pastoradjuncten erteilt wird und bisher mit je 70 \mathfrak{M} p. a. honorirt ist. Da diese Stundenzahl etwa einem Sechstel der gewöhnlichen Leistungen eines Gemeindeschullehrers entspricht, der Religionsunterricht aber billiger Weise nicht schlechter als jeder andere Volksunterricht bezahlt werden darf, so hält die Commission den nunmehr in Vorschlag gebrachten Satz von 100 \mathfrak{M} für durchaus angemessen und giebt demnach dessen Genehmigung anheim.

Herr Steinau spricht sich gegen diesen Antrag aus. Leider sei dem Consistorium ein viel zu weit gehender Einfluß auf das Maß und den Zuschnitt des Religionsunterrichts in unseren Volksschulen eingeräumt und in Folge davon auch hier eine theologische Richtung eingedrungen, welche man nur für verderblich halten könnte. Sei es dem gegenüber eine Aufgabe der städtischen Behörden, den Religionsunterricht ebenfalls mehr und mehr pädagogisch gebildeten Lehrern zu übertragen und Theologen möglichst fern zu halten, so erscheine es als Fehler, wenn man letztere im Gehalte verbessere. Redner empfiehlt demnach die Ablehnung des vorliegenden Antrags.

Herr Haake, dem Commissionsvotum zustimmend, fragt an, von welchem Zeitpunkt ab die beantragte Verbesserung eintreten soll, und giebt eventuell anheim, dieselbe auch für die verflossenen beiden Quartale dieses Jahres zu verwilligen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Seitens des Magistrats sei diese Verwilligung ursprünglich für die Zeit vom 1. April d. J. empfohlen, doch werde gegen Herrn Haakes Amendement nichts zu erinnern sein. Von dem Antrage Herrn Steinhaus hingegen müsse er bitten absehen zu wollen. Theologen seien in den hiesigen Gemeindeschulen als Religionslehrer eben nur in den oberen Klassen, also für Schüler angestellt, welche der Confirmation entgegengehen und demzufolge eines etwas höher gegriffenen Unterrichts bedürfen, zu welchem man Elementarlehrer ohne besondere Prüfung nicht zulassen könne, weswegen denn auch die obere Schulbehörde auf Beibehaltung der gegenwärtigen Einrichtungen dringen würde. Uebrigens gehöre keiner der gegenwärtig in Betracht kommenden beiden Lehrer einer extremen Richtung an, und so sei denn kein Anlaß zu der Befürchtung, als werde in irgend einer der hiesigen Schulen etwas gelehrt, was der geistigen Entwicklung der Jugend nachtheilig sein könnte.

Die Magistratsproposition mit dem Zusatzantrage Herrn Haakes wird genehmigt.

Ferner

II. trägt auf Grund eines Magistratschreibens vom 5. Februar d. J. namens der Statutencommission Herr Schöttler Folgendes vor.

Nach § 9 der neuen Straßenpolizei-Ordnung vom 4. October 1872 ist für vorübergehende Benutzung der Straßen zur Aufführung von Baugerüsten, Lagerung und Bearbeitung von Baumaterial u. dgl. ein wöchentlicher Pachtzins von $2\frac{1}{2}$ ₧ pro Quadratmeter an den Pflasterungsfonds zu zahlen. Eine Berechnung der bis Ende v. J. zu erhebenden Beträge dieser Art hat nun ergeben, daß einzelne Bauherren für die zwei Monate vom 1. November v. J. ab 100 ₧ und darüber, einer sogar 457 ₧ 10 ₧ zu zahlen hätten. Dem gegenüber hat der Magistrat

zuvörderst erwogen, daß die fragliche Bestimmung, bevor sie in Kraft getreten, bei den davon Betroffenen entweder überall nicht bekannt geworden oder doch in ihrer Tragweite nicht genügend gewürdigt war, viele also sich nicht in der Lage fanden, bei ihren baulichen Zurüstungen Rücksicht darauf zu nehmen. Um Härten thunlichst zu vermeiden, giebt daher der Magistrat anheim, die für die Monate November und December v. J. aufgelaufenen Beträge niederzuschlagen. Ferner scheint angesichts des Ergebnisses der aufgestellten Berechnungen der Ansaß von $2\frac{1}{2}$ $\%$ pro Quadratmeter etwas zu hoch gegriffen, zumal manche Bauherren durch die Lage und den geringen Umfang ihrer Baustellen schlechterdings genöthigt sind, zur Lagerung der Materialien einen größern Straßenraum in Anspruch zu nehmen, und da zugleich bei dem im Durchschnitt sehr langsamen Fortgange der hiesigen Bauten die Wachtentschädigungen zu unverhältnißmäßiger Höhe, in einigen der zur Zeit in Betracht kommenden Fälle bis auf 1000 \mathfrak{f} und mehr auflaufen könnten. Ein solches Ergebniß aber würde über den Zweck der fraglichen Anordnung hinausgehen und könnte andererseits auch zum Schaden des immer noch unter dem Drucke der Wohnungsnoth leidenden Publikums die Baulust beeinträchtigen. Dem ließe sich nun in der Weise begegnen, daß der Magistrat oder die städtischen Behörden gemeinschaftlich ermächtigt würden, in einzelnen besonderen Fällen einen angemessenen Erlass zu verwilligen. Diesen Ausweg jedoch möchte der Magistrat vermieden sehen, da es immer mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, bei derartigen Verwilligungen die richtige Grenze zu finden, Berufungen also und selbst Beschwerden über ungerechte Bevorzugung Einzelner keinesfalls ausbleiben würden. Dagegen würde der Magistrat gegen eine allgemeine Herabsetzung des Wachtzinses kein Bedenken tragen. Da aber die inzwischen gesammelten Erfahrungen über die Wirkung der fraglichen Bestimmung noch nicht auszureichen schienen, um eine Abänderung des erst wenige Monat zuvor erlassenen Statuts zu rechtfertigen, so gab in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizeidirection der Magistrat anheim, daß jene Bestimmung einstweilen zwar in Kraft belassen, von Erhebung der Entschädigungen aber bis zum 1. Juli d. J. abgesehen, und falls es sich bis dahin als nothwendig herausstellen sollte, eine normative Ermäßigung mit rückwirkender Kraft eingeführt werde. — Diesen Erwägungen beipflichtend, ist die Commission der Meinung, daß sich nunmehr auch das Bedenken gegen die Höhe des angenommenen Wachtzinses zur Genüge bestätigt hat; sie beantragt daher, denselben unter Erlass der bis zum 31. December v. J. aufgelaufenen Beträge für die Zeit vom 1. Januar d. J. ab auf $1\frac{1}{2}$ $\%$ pro Quadratmeter herabzusetzen.

Herr Wini ist damit unter der Bedingung einverstanden, daß diese Ermäßigung nur für eine bestimmte billige Frist gelte, falls aber ein Bau sich länger hinausziehen sollte, dann der ursprüngliche höhere Satz in Kraft trete.

Herr Schöttler giebt die Möglichkeit ungebührlicher Verschleppung eines Baues zu, hält aber den Satz von $1\frac{1}{2}$ % für hoch genug, um den gewünschten Druck auszuüben, und giebt demnach anheim, von einer Verschärfung vorläufig ab-
zusehen.

Herr Munte, in Erwägung der gegenwärtig schon so überaus hoch gesteigerten Baupreise, beantragt die Steuer ganz und gar fallen zu lassen.

Herr Reuter. Aufgabe der städtischen Behörden sei, den widerstreitenden Interessen des Publikums und der Bauunternehmer möglichst gleichmäßig gerecht zu werden. Dem würde es nicht entsprechen, wenn man auf Herrn Munte's Antrag eingehen wollte, ganz abgesehen davon, daß es eine Inconsequenz wäre, eine statutarische Bestimmung so bald nach ihrem Erlass wieder aufzuheben — eine Bestimmung überdies, welche aus einem anerkannten Bedürfnis hervorgegangen sei, deren Beseitigung also unfehlbar zu neuen Experimenten und neuen Abänderungen des Statuts führen müßte. Beachtung hingegen verdiene der Vorschlag Herrn Vinis, welcher passend vielleicht dahin zu formuliren sein dürfte, daß für die ersten sechs Monate eines Baues der Satz von $1\frac{1}{2}$ % gelte, dann eine Erhöhung auf $2\frac{1}{2}$ % eintrete. Eine Härte werde hierin Niemand finden können, zumal wenn man sich die viel härteren Verfügungen in anderen Städten vergegenwärtige, wie denn Beispiels halber zu Wien in der innern Stadt bei Tage überhaupt weder am Abbruch noch am Bau eines Hauses gearbeitet werden dürfe, sondern alle Arbeiten der Art Nachts bei Fackellicht verrichtet werden müssen.

Herr Schwarzenberg weist darauf hin, daß § 9 der Straßenpolizei-Ordnung den fraglichen Pachtzins auch für anderweitige Benutzung des Straßenterrains festsetze, z. B. zur Aufstellung von Buden und Verkaufständen, welche naturgemäß einer Steigerung bei längerer Dauer nicht können unterworfen werden. So wie Herr Reuter vorschlage, werde sich daher die beabsichtigte Steigerung nicht formuliren lassen, die Pacht vielmehr ohne Erwähnung einer Zeitdauer auf „ $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ %“ anzusetzen, und dem Ermessen der Behörden anheimzustellen sein, wann bei Bauten der höhere Satz gefordert werden solle.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert an die Uebelstände, welche die in Rede stehende Bestimmung veranlaßt haben. Bis dahin nämlich habe das bauende Publikum die unumschränkte Benutzung des Straßenterrains wie ein gutes Recht angesehen, dem sich Nachbarn und Passanten wohl oder übel zu fügen hätten — eine Anschauung, bei der natürlich jede polizeiliche Einsprache als Härte und Unge-
rechtigkeit empfunden werden mußte. Dieser Ungebühr solle durch die fragliche Abgabe gesteuert werden, und daß letztere hierzu sehr wohl geeignet, habe die Erfahrung bereits gelehrt. Sie gänzlich aufzuheben, werde daher Herzogl. Polizei-
direction voraussichtlich ablehnen, und müsse es dann bei dem einmal festgestellten

Satz sein Bewenden behalten. Gegen den Antrag Herrn Pinis sei an sich nichts einzuwenden, nur werde es schwer halten, eine für alle Fälle gerechte Zeitbestimmung zu finden; diese aber nach dem Antrage Herrn Schwarzenbergs etwa lediglich dem billigen Ermessen der Behörden anheimzustellen, müsse deswegen unthunlich erscheinen, weil dies zu zahllosen Recriminationen führen und die Stellung der Behörden dem Publikum gegenüber ungemein erschweren würde. Demnach könne der Magistrat sich nur für den Commissionsantrag entscheiden.

Herr Faillard. Dem Vornahmen nach solle die fragliche Steuer in diesem Jahre einen Ertrag von nicht weniger als 40000 M in Aussicht stellen. Sei dies begründet, dann werde man allerdings wohlthun, Herrn Munte's Antrag anzunehmen oder doch eine Abminderung des Satzes auf 1 g für den Quadratmeter zu beschließen, welches letzteres auch sonst den hiesigen Verhältnissen sehr wohl entsprechen dürfte.

Herr Reuter. Der hohe Ertrag der Steuer in diesem ersten Jahre könne deswegen nicht für maßgebend gelten, weil bis jetzt, wie schon angeführt worden, die Benutzung des Straßenterrains noch ohne Rücksicht auf das neue Statut und lediglich nach der beliebten Manier erfolgt sei, möglichst weit um sich greifen. Das werde künftig anders werden und dann auch die Steuer entsprechend weniger abwerfen. Keineswegs sei deren Zweck, irgend eine Kasse zu füllen; wenn also der Satz etwas hoch gegriffen scheine, so erkläre sich dies nur aus der Absicht, das Publikum vor übermäßigen Belästigungen möglichst wirksam zu schützen. Unter diesem Gesichtspunkte habe er sich denn auch dem Antrage Herrn Pinis angeschlossen. Eine Frist von sechs Monaten werde übrigens unter den hiesigen Verhältnissen wohl für alle vorkommenden Bauten ausreichen, jedenfalls aber innerhalb dieser Zeit die Arbeit soweit zu fördern sein, daß das Material fernerhin im Bau selbst untergebracht werden könne, wie dies z. B. in Berlin nach Fertigstellung der ersten Etage immer geschehen müsse.

Herr Schöttler hebt nochmals hervor, daß es sich bei der vorliegenden Frage nicht um eine Einnahmequelle, sondern um den Schutz eines öffentlichen Interesses gegen die Eingriffe Privater handle. Diesen Schutz sei die Steuer von 1½ g zu gewähren im Stande, und dürfe man daher auf eine Verschärfung dieses Satzes füglich verzichten. Bei weiterer Ermäßigung hingegen werde jener Zweck aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erreicht werden können. Wenn in der vorliegenden Aufstellung einzelne Bauherren mit verhältnißmäßig hohen Zahlungen angesehen seien, so erkläre sich dies zum Theil auch daraus, daß dieselben auf mehreren Plätzen, einer auf dreien, zu gleicher Zeit gebaut.

Nachdem Herr Munte nochmals eingewandt, daß die Belästigung des Publikums doch auch durch die fragliche Steuer nicht ganz beseitigt werde,

wird die Discussion geschlossen und hierauf sowohl der Antrag Herrn Mantes als der des Herrn Faillard abgelehnt, dagegen dem Commissionsantrage gemäß der Satz von $1\frac{1}{2}$ H. angenommen, womit denn auch der Pini-Reutersche Antrag erledigt ist.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung die bis zum 1. Januar d. J. fällig gewesenen Steuerbeträge niederzuschlagen.

III. Bei Berathung der neuen Straßenpolizei-Ordnung hatte am 14. März v. J. Herr Bock den Antrag gestellt,

in Erwägung zu ziehen, ob es nicht an der Zeit sei, die Straßenreinigung wie in anderen großen Städten zu centralisiren und auf Rechnung der Communalverwaltung zu übernehmen,

und war dieser Antrag damals an die Statutencommission überwiesen, deren Bericht nunmehr durch Herrn Schöttler erstattet wird. In der Absicht, die hiesigen Hauseigenthümer von jener Last zu befreien, haben schon früher zu wiederholten Malen Verhandlungen stattgefunden, zuletzt im Jahre 1865 mit einem Unternehmer, der die Straßenreinigung vermittels einer Maschine beschaffen wollte. Nachdem dies Project wie alle früheren sich zerschlagen hat, würde zur Zeit nichts übrig bleiben, als die Reinigungsarbeiten seitens der Stadt verrichten zu lassen. Ginz wie das andere aber würde auf folgende Bedenken stoßen. Einmal nämlich könnten die Hausbesitzer ihrer Verpflichtung doch immer nur hinsichtlich des Jahresdammes entbunden werden, während die Reinigung der Trottoirs ihnen schon deshalb auferlegt bleiben müßte, weil dafür in außergewöhnlichen Fällen, wie bei plötzlichem Schnee- und Thauwetter, weder durch einen Unternehmer noch durch städtische Arbeiter mit der wünschenswerthen Schnelligkeit Rath zu schaffen wäre. Sodann aber würde auch die Reinhaltung der Bahnhöfe allein so erhebliche Unkosten verursachen, daß die Stadtkasse dafür, namentlich bei der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt, unmöglich aufkommen könnte, vielmehr ad hoc eine besondere Steuer auferlegt werden müßte. Wenn nun aber auch einzelne Hausbesitzer gern die Hand dazu bieten möchten, ihre Verpflichtung zur Reinhaltung des Fahrwegs auf diese Weise abzulösen, so werden andere, welche sich dadurch eben nicht erheblich belästigt fühlen, ohne Zweifel doch vorziehen, die betreffenden Arbeiten in natura zu leisten, und könnte bei diesen daher jene Steuer nur Anlaß zur Unzufriedenheit geben. In Erwägung dieser Verhältnisse schlägt die Commission vor, einstweilen und bis entweder zweckmäßigere und billigere Mittel und Wege der Straßenreinigung ausfindig gemacht werden oder der Stadt reichlichere Mittel zur Verfügung stehen, die gegenwärtige Einrichtung beizubehalten und demnach über den Antrag Herrn Bock's zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Bock. Die hier den Hausbesitzern obliegende Last der Straßenreinigung, welche in Wolfenbüttel sehr bezeichnender Weise von den früheren Kettensträflingen versehen werde, erscheine wie ein Rest mittelalterlicher Frohnarbeit, und schon aus diesem Grunde sei es nachgerade an der Zeit, damit ein Ende zu machen. Hinzukomme noch, daß eben nur die Hauseigenthümer der innern Stadt dieser Last unterworfen sind, während sowohl die Inquilinen als die Grundbesitzer vor den Thoren und an den Promenaden völlig frei ausgehen, was eine offenbare Ungerechtigkeit. Endlich aber seien bei der bestehenden Einrichtung zahllose Conflicte zwischen den Hauseigenthümern und der Polizei unvermeidlich, Conflicte, welche um so mehr böses Blut machen, als sie von den unteren Polizeibeamten gelegentlich wohl auch als Handhabe benutzt werden, gegen einzelne Bürger ein Schärtchen auszuweichen. Aus all diesen Gründen habe er den vorliegenden Antrag gestellt in der Hoffnung, die Commission werde wenigstens Anlaß nehmen, genaue Erkundigungen einzuziehen, unter welchen Modalitäten die Straßenreinigung anderwärts, z. B. in Berlin, auf Kosten der Communalverwaltung beschafft werde. Leider jedoch lasse grade hierüber der Commissionsbericht jede Andeutung vermissen.

Herr Steinau belegt mit einem Beispiele aus seiner eigenen Erfahrung, welchen Zumuthungen ein Hauseigenthümer auf Grund von § 12 der neuen Straßenpolizei-Ordnung gelegentlich ausgesetzt sei. Als nämlich im vorigen Winter an einem Sonntagnachmittage plötzlich hoher Schnee gefallen, habe sich bei ihm ein Polizeisergeant mit der Aufforderung eingestellt, die Straße an seinem Theile unverzüglich aufräumen zu lassen. Daß er dazu im Augenblick absolut Niemand stellen konnte, habe nichts versangen, und ohne die Gefälligkeit des Beamten, welcher ihm einen Mann verschaffte, würde er in der Lage gewesen sein, entweder selbst Hand anlegen zu müssen oder wegen einer Contravention belangt zu werden. Angesichts solcher Eventualitäten müsse die Uebnahme der Straßenreinigung seitens der Stadt allerdings in hohem Grade wünschenswerth und dem allgemeinen Interesse entsprechend erscheinen. Daß dies seine Schwierigkeiten habe, möge richtig sein; doch dürften sich diese hier so gut wie in anderen Städten bewältigen lassen. Freilich könne man hierüber nicht schon heute definitiv Beschluß fassen; vielmehr werde sich empfehlen, den Gegenstand nochmals reiflich in Erwägung zu ziehen, inzwischen die noch mangelhaften Informationen zu ergänzen und namentlich von der Polizeidirection actenmäßige Mittheilungen über Zahl und Beschaffenheit der vorfallenden Contraventionen einzufordern.

Herr Schöttler. Daß die bestehenden Einrichtungen für den Einzelnen mancherlei Beschwerden mit sich bringen, stehe außer Zweifel, wennschon andererseits nicht zu verkennen sei, daß die betreffenden Vorschriften im allgemeinen sehr human gehandhabt werden. Ebenso wenig solle die Möglichkeit einer Aenderung bestritten

werden; die Frage sei nur, ob die Mehrzahl der Betheiligten eine neue Steuer zu dem Ende genehm halten würde, und dies glaube die Commission eben verneinen zu müssen. Wenn man sich dann auf das Beispiel anderer Städte berufe, z. B. Berlins, wo die Straßenreinigung der Feuerwehr obliege, so sei zu entgegnen, daß dort und ebenso in Hannover, Frankfurt a. M. und wo sonst noch ähnliche Organisationen gefunden werden, ganz andere Verhältnisse obwalten wie hier, indem alle diese Städte die unsrige sowohl an Einwohnerzahl als auch an durchschnittlicher Wohlhabenheit weit überragen.

Herr Reuter führt aus, weshalb namentlich Berlin bei der vorliegenden Frage in keiner Weise zum Vergleich kommen könne. Wie sehr auch dessen Umfang gewachsen, im Verhältniß sei Berlin doch nur klein, sofern sein Flächeninhalt bei 16 mal so starker Bevölkerung nur $6\frac{1}{2}$ mal so groß wie der von Braunschweig, so daß im Durchschnitt auf jedes Grundstück dort 58, hier 14 Seelen entfallen. So würde hier denn einmal der Antheil jedes Einwohners an den Kosten der Straßenreinigung unverhältnißmäßig hoch sein. Dazu komme dann noch die sehr ungleichmäßige Vertheilung der hiesigen Bevölkerung: während im Nordosten der Stadt auf der Hektare 7000 Menschen wohnen, kommen auf den gleichen Raum vor den Thoren nur etwa 70. Ferner sei zu erwägen, daß in Berlin die öffentliche Straßenreinigung mit der Feuerwehr in Folge einer gewissen Nothwendigkeit verbunden sei. Da nämlich das eigentliche Feuerwehrcorps nicht für alle Fälle ausreiche, so habe man zu seiner Ergänzung noch 1000 Arbeiter ausgehoben, die, um jeden Augenblick disponibel zu sein, in gewöhnlichen Zeiten als Straßenseger verwandt werden, übrigens aber der Stadt auf 45,000 M jährlich zu stehen kommen. Auch mit diesem Aufwande aber sei den Bürgern die Last der Straßenreinigung keineswegs gänzlich abgenommen; vielmehr werde bei außerordentlichen Naturereignissen zur Räumung der Trottoirs ebenfalls der einzelne Hausbesitzer herangezogen. Schließlich weist Redner auf das Beispiel der Schuhstraße hin, deren Anwohner nach gemeinschaftlicher Vereinbarung Leute gewonnen haben, welche die Straßenreinigung verantwortlich übernehmen: auf dieselbe Weise werde man überall, wo das Bedürfniß sich fühlbar machen sollte, diese Last ablösen können. Zu öffentlichen Einrichtungen der Art hingegen scheine die Zeit noch nicht gekommen.

Herr Bock. Er könne sein gerechtes Erstaunen nicht unterdrücken, daß die Commission in den fünf Vierteljahren, die seit Einbringung seines Antrags verlossen, nicht einmal genaue Erkundigungen über die Kosten der öffentlichen Straßenreinigung an anderen Orten und über den Verlauf der den hiesigen Hauseigenthümern für Contraventionen der beregten Art auferlegten Straf gelder einge zogen habe. Wäre dies geschehen, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach zu ersehen sein, daß

letztere hinter dem Betrage der Steuer, wie sie bei Uebernahme der Straßenreinigung durch die Communalverwaltung erhoben werden müßte, nicht allzuweit zurückbleiben. Unter diesen Umständen könne er nur anheimgeben, den Antrag nochmals an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Die in Rede stehende Verpflichtung sei den Hauseigenthümern nicht etwa durch Polizeivillkühr auferlegt, sondern beruhe auf gesetzlichen Bestimmungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ihre Ablösung würde nach ungefährem Ueberschlage einen jährlichen Aufwand von 10 — 11,000 fl verursachen. Diesen nun ohne weiteres lediglich aus Billigkeitsrücksichten auf die Stadtkasse zu übernehmen, verbieten einmal schon die grade jetzt bevorstehenden und mit den gewöhnlichen Einnahmen kaum zu deckenden Ausgaben. Sodann aber sei zu bedenken, daß jene gesetzliche Bestimmung eben nur für die innere Stadt gelte, ihre Ausdehnung auf die Promenaden und die Stadttheile vor den Thoren aber auch praktisch weder durchführbar noch erforderlich sei, und sonach die Außenwohner sich mit Recht beklagen könnten, wenn die Straßenreinigung in der innern Stadt etwa auf Gemeindefosten beschafft werden sollte. Daher würde denn nichts übrig bleiben, als jene Summe von den verpflichteten Hausbesitzern wieder einzuziehen. Eine derartige Belastung aber würde voraussichtlich den meisten um so weniger zusagen, als sie um diesen Preis, wie schon von Seiten der Commission bemerkt worden, doch nur von der Reinigung der Fahrbahn befreit werden könnten, hinsichtlich der Trottoirs aber, also grade desjenigen Theils der Verpflichtung, welcher am häufigsten zu Conflicten mit der Polizei Anlaß gebe, alles beim Alten bleiben müßte. — Den heutigen Anträgen auf Einforderung von Polizeiacten stelle sich die Erwägung entgegen, daß Herzogl. Polizeidirection von den Communalbehörden ganz unabhängig dastehe, und folglich ein derartiger Beschluß der Versammlung für sie durchaus unverbindlich sei.

Herr Schöttler. Aus der vorhin gefallenen Aeußerung Herrn Vock müsse er einen Vorwurf gegen sich entnehmen. Einer Antwort hierauf, wie solche zuerst in seiner Absicht gelegen, dürfe er sich nach besserer Ueberlegung überhoben finden.

Herr Vock. Der in seinen Worten enthaltene Vorwurf gelte keineswegs dem Herrn Vorredner persönlich, sondern der Art und Weise, wie der Gegenstand dieser Discussion von der Commission in Behandlung genommen worden. Gegen den Einwand des Herrn Oberbürgermeisters Caspari bemerkt Herr Vock, daß es sich nicht sowohl um die Aushändigung von Polizeiacten als um actenmäßige Mittheilungen über die auf Grund von § 12 der Straßenpolizei-Ordnung innerhalb der letzten fünf Jahre erhobenen Strafgeelder handle.

Damit wird die Discussion geschlossen.

Nach Ablehnung des Antrags, den Gegenstand zu nochmaliger Prüfung an die Commission zu verweisen,
beschließt die Versammlung in Gemäßheit des Commissionsantrages.

IV. Der Antrag des Magistrats auf eine Revision der Bauordnung muß wegen Abwesenheit des Referenten, Herrn Peters, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

Es folgt daher,

V. durch Herrn Redt erstattet, der Bericht der Schulcommission über Vorschläge des Magistrats wegen Einrichtung neuer Schulklassen.

Nach dem Berichte des Schuldirectors hat zu Ostern d. J. sich die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den mittleren und unteren Bürgerschulen wieder um 99 vermehrt, und könnten daher die Michaelis hinzukommenden Kinder nicht aufgenommen werden, falls nicht bis dahin sowohl für die mittleren als auch für die unteren Bürgerschulen je zwei neue Elementarklassen eingerichtet und ebensoviel neue Lehrer und Lehrerinnen angestellt würden. Für die beiden Mittelschulklassen würden möglichst inmitten der Stadt geeignete Localitäten zu miethen sein; die der unteren Bürgerschulen könnten im vormaligen Alexii-Pflegehause eingerichtet werden, wenn den dort miethweise noch wohnenden beiden Familien gekündigt würde. Der Magistrat giebt anheim, ihn zu den erforderlichen Anordnungen zu autorisiren, und die Einrichtungskosten, einschließlich 50 § zur Anschaffung der nöthigen Lehrmittel, aus der Stadtkasse, die Miethgelder und Gehalte aus der Gemeindeschulkasse zu verwilligen, bemerkt jedoch, daß diese Einrichtungen nur als Palliative anzusehen und zu nachhaltiger Abhilfe die Einrichtung einer vierten mittleren und einer vierten unteren Bürgerschule unvermeidlich, weswegen der Magistrat geeignete Localitäten schon jetzt zu ermitteln suchen und wegen deren Erwerbung s. J. geeignete Vorschläge machen werde. Seitens der Commission wird zunächst die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Schulklassen unbedingt anerkannt. Wenn auch seit 1858 der Ueberfüllung unserer Volksschulen nicht ohne Erfolg entgegengearbeitet werde, so sei man doch von normalen Verhältnissen noch weit entfernt, und seit einem Jahre mache sich selbst wieder ein Rückschritt bemerklich. Die Gesetzgebung anderer deutscher Staaten fordere für jeden Schüler als Minimum einen Raum von $2\frac{1}{2}$, zum Theil selbst von 3 bis 5 Cubikmeter; in den hiesigen Schulen werde selbst jener niedrigsten Forderung nur etwa für die oberen Klassen genügt, während in den unteren auf jeden Schüler nur 2 Cubikmeter kommen: ein Zustand, welcher nicht nur für die körperliche Entwicklung der Jugend in hohem Grade nachtheilig sei, sondern auch die Erreichung des Schulzieles ernstlich gefährde, indem gegen-

wärtig bei Verſetzung der Schüler anerkannter Maßen nicht ſowohl ihre Reife für die höhere Klaſſe, als das Bedürfniß maßgebend ſei, für die nachrückenden Platz zu ſchaffen. Daß hierin gründlich Wandel geſchafft werden müſſe, könne zumal in unſerer Zeit, welche das geſammte Staatsleben auf die möglichſt hohe Intelligenz aller Bürger zu gründen gemeint ſei, keinem Zweifel unterliegen; mit gleicher Gewißheit aber habe die Commiſſion zu dem Schluſſe gelangen müſſen, daß dies auch durch Gründung von zwei neuen Schulen nicht zu erreichen. In Sachſen werde als höchſte Schülerzahl einer Klaſſe für die unteren Schulen 60, für die mittleren 50, für die höheren 40 angenommen; in Preußen und zu Hamburg 50 als Durchſchnittszahl für die Mittelschulen. In den hieſigen Mittelschulen nun ſind gegenwärtig 2650 Schüler in 42 Klaſſen vertheilt, ſitzen durchſchnittlich alſo in jeder Klaſſe mehr als 63 Schüler. Um die Maximalzahl auf 50, die Durchſchnittszahl auf 45 herabſetzen zu können, wären ſtatt 42 Klaſſen deren 59 erforderlich. Für die unteren Bürgerschulen, welche in 29 Klaſſen inſgeſamt 2151 Schüler haben, müßten bei gleichen Anſprüchen 18 Klaſſen mehr vorhanden ſein. Geſetzt nun, man beſchloſſe heute die Einrichtung dieſer 35 neuen Klaſſen, ſo würden über den Bau der dazu nöthigen Schulräume mindestens 4 Jahre hingehen. Da nun aber die Geburten von 1862 bis 1867 um 29 %, von da bis 1872 gar um 41 % zugenommen haben, ſo werden dann nach einer mäßigen Berechnung wieder etwa 1000 ſchulpflichtige Kinder mehr unterzubringen ſein, und müßte demnach, wenn nach dieſer Zeit wirklich normale Zuſtände erzielt werden ſollen, gleich noch auf 22 neue Klaſſen mehr, im ganzen alſo auf 57 Bedacht genommen werden. Dieſen Erwägungen nach hat die Commiſſion ihrerſeits ſich zu dem Antrage geeinigt:

die Verſammlung wolle für dringend wünſchenswerth erklären, daß

- 1) entſprechend den Beſtimmungen anderer neueren Schulgeſetzgebungen die höchſte Schülerzahl für jede Klaſſe auf 50 feſtgeſetzt,
- 2) um dieſe Zahl zu erzielen ſofort auf die Vermehrung geeigneter Schulräume Bedacht genommen und demnach für den Bau der nöthigen Anzahl neuer Klaſſen (55—60) innerhalb der nächſten vier Jahre geſorgt,
- 3) zu dem Zwecke eine Anleihe gemacht, und
- 4) einſtweilen bis zur Vollendung der neuen Schulen proviſoriſch für paſſende Localitäten geſorgt werde.

Auf den Fall, daß die Verſammlung Anſtand nehmen ſollte, dieſe Anträge ſofort in Berathung zu ziehen, giebt der Herr Referent anheim, auch die Finanzcommiſſion mit deren Vorprüfung zu beauftragen.

Der Herr Vorſitzende hält dieſes für nicht erforderlich, da die Geldmittel zu den vorgeschlagenen Maßnahmen allerdings nur durch eine Anleihe beſchafft

werden könnten, dieser Weg aber so einfach sei, daß er zu einem besondern Reserate kaum einen Anlaß biete.

Nachdem daher die vorausgeschickten Anträge des Magistrats ohne Anstand genehmigt sind,

wird die Discussion über die Vorschläge der Commission eröffnet.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Welche Stellung zu diesen Anträgen der Magistrat einnehmen werde, vermöge er im Augenblick nicht zu sagen, und ausdrücklich müsse er sich dagegen verwahren, daß sein Schweigen etwa als Einverständnis gedeutet werde. Wie auch in dem Commissionsberichte angeführt worden, habe der Magistrat selbst schon eine Vermehrung der Schullocale ins Auge gefaßt, und aller Wahrscheinlichkeit nach werde man bei dem steten Anwachsen der Stadttheile vor den Thoren nicht umhin können, auch dort einige neue Schulen anzulegen, wodurch dann die Sache wenigstens pecuniär einigermaßen erleichtert werden dürfte. Ob aber so umfassende Maßregeln, wie sie von der Commission empfohlen werden, nothwendig und ausführbar seien, hierüber müsse die Meinungsäußerung einstweilen vorbehalten werden.

Herr Reuter führt an, daß man den einzelnen Schulen in neuerer Zeit vielfach einen größern Umfang, nämlich 18 statt 12 Klassen gebe, was im Interesse der Beschleunigung neuer Schulbauten, welche bei der Unzulänglichkeit der gegenwärtig im Gebrauch befindlichen Aushilfslocalitäten allerdings sehr wünschenswerth, immerhin Beachtung verdienen dürfte. Uebrigens aber werde es einer Bauzeit von vier Jahren kaum bedürfen: in Berlin z. B. sei vor acht Tagen von den städtischen Behörden der Plan zu einer neuen Schule genehmigt, welche am 1. October 1874 fertig gestellt sein solle.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Die Frage, ob man die neuen Schulen eventuell nicht in größerem Umfange herstellen sollte, sei schon auch in der Schulcommission zur Sprache gebracht; doch habe dabei die Meinung überwogen, daß dies aus mehrfachen Gründen nicht vortheilhaft sein würde. Die Schulbauten in dem Grade zu beschleunigen, wie dies seiner Ausführung nach Herr Reuter für möglich halte, liege unter den hiesigen Verhältnissen nicht in der Gewalt des Magistrats.

Nachträglich bemerkt Herr Reck, daß bei Beurtheilung der Bedürfnisfrage das neue städtische Realgymnasium füglich nicht in Betracht komme, da durch den Austritt der c. 160 Schüler, welche dahin nach einer Aufstellung des Schuldirectors von den Bürgerschulen übergehen dürften, den letzteren keine nennenswerthe Erleichterung geschafft sein werde.

Herr v. Seckendorf spricht Herrn Reck den Dank der Finanzcommission aus, welche die bezeichneten Mängel unseres Schulwesens ebenfalls bereits mehrfach

in Erwägung gezogen habe und in dem heutigen Commissionsberichte nun mit Genugthuung den ganzen Umfang des Uebels aufgedeckt und die Mittel zur Abhilfe deutlich bezeichnet finde. Auch die Finanzcommission könne nur dringend wünschen, den vorliegenden Anträgen in irgend einer Form Folge gegeben zu sehen. Eventuell dürfte es sich vielleicht empfehlen, daß zu Behuf der weitem Behandlung dieser Angelegenheit die Schulcommission angemessen verstärkt werde.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Nach den von Herrn Red mitgetheilten Zahlen müsse man zu dem Schlusse kommen, daß binnen der nächsten vier Jahre nicht weniger als sieben neue Schulen zu bauen und einzurichten seien. Dies aber sei eine so große Aufgabe, daß er Bedenken trage, sich der beantragten Resolution ohne weiteres schon heute anzuschließen, vielmehr anheimgeben müsse, die von der Commission aufgestellten Vorschläge, bevor sie als Ansicht der Versammlung dem Magistrate zugesertigt werden, erst noch einer reiflichen Prüfung zu unterziehen.

Herr Lucius setzt dem die Bemerkung entgegen, daß bei Fragen, wie die vorliegende, der Geldpunct nur in letzter Linie zur Geltung kommen dürfe: seien die empfohlenen Maßregeln so nöthig wie es nach dem Commissionsberichte den Anschein habe, so sei unsere Stadt nicht so arm, daß die Mittel dazu nicht könnten aufgebracht werden.

Herr Graf Görz-Wrisberg constatirt, daß er die finanzielle Seite mit keiner Silbe berührt habe. Sein Bedenken entspringe vielmehr lediglich der Ueberzeugung, daß die Herstellung so vieler Schulen innerhalb des Zeitraums von vier Jahren rein technisch ein Ding der Unmöglichkeit,

was andererseits wieder Herr Munte, soweit es sich um die erforderlichen Bauten handle, in Abrede stellt.

Herr Reuter weist darauf hin, daß, jede Schule zu 18 Klassen eingerichtet, eben nur vier Neubauten erforderlich sein würden. Wenn man gegen diese Einrichtung namentlich die größere Schwierigkeit der Beaufsichtigung geltend mache, so sei dies im gegenwärtigen Falle deswegen illusorisch, weil bei der beabsichtigten geringeren Besetzung der einzelnen Klassen die Gesamtzahl der Schüler in jeder solcher Schulen nicht viel größer sein würde als jetzt in einer Schule von 12 Klassen. Bei den neueren Heizungs-Systemen, welche nunmehr auch hier zur Anwendung kommen sollen, werde dann auch ein Pedell für jedes Schulhaus genügen. Demnach beantragt Herr Reuter, dem zweiten Punkte des Commissionsantrages hinzuzufügen:

„wobei zu erwägen, ob sich nicht die Vereinigung von je 18 Klassen zu einer Schule empfehlen dürfte.“

Herr Steinau schließt sich diesem Antrage an, überzeugt, daß wenn die

seitens der Commission vorgestellten Zahlen richtig, die vorgeschlagenen Maßregeln trotz aller Schwierigkeiten nicht zu umgehen sein werden.

Herr Reck bittet, technische Fragen wie die soeben von Herrn Reuter angeregte, welche demnächst allerdings werden in Betracht zu ziehen sein, für jetzt noch aus dem Spiel zu lassen.

Herr Pini empfiehlt, nicht gerade eine vierjährige Frist zu setzen, da dieselbe möglicher Weise, ja wie er glaube höchst wahrscheinlich, doch nicht ausreichen werde, um die neuen Schulen fertig zu stellen;

wogegen Herr Reck geltend macht, daß der Natur der Sache nach das angestrebte Ziel mit jedem Jahre in weitere Ferne hinausdrücken müsse.

Herr Graf Görz-Weisberg will der obwaltenden Absicht nicht entgegen treten, indem er selber vielmehr nichts schulischer wünscht, als dieselbe so bald und so vollständig als möglich erreicht zu sehen. Wohl aber trägt Redner Bedenken, sich so unbedingt den speciellen Anträgen der Commission anzuschließen, weil es immer übel, wenn Unerreichbares verlangt werde und dies dann natürlich meist weniger Beachtung finde, als die Sache an sich verdiene. Unmöglich aber erscheinen die vorgeschlagenen Maßnahmen in der That und aus mehr als einem Grunde, da sich nämlich in vier Jahren wahrscheinlich nicht einmal der Bau und die Einrichtung von soviel Schulen, keinesfalls aber die nöthigen Lehrkräfte werden beschaffen lassen. Unbedenklich dagegen könnte er bestimmen, wenn der Antrag genereller, etwa in dem Sinne gefaßt würde, daß die Versammlung den Magistrat ersuche, möglichst auf Verminderung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und zu dem Ende auf Vermehrung der Schulen bedacht sein zu wollen.

Die Herren Lucius und Schwarzenberg können jene Bedenken nicht für begründet halten, da die Bedürfnisfrage keinem Zweifel unterliege, hinsichtlich der Mittel zur Abhilfe aber es sich nicht sowohl um eine bindende Beschlussfassung als um eine dem Magistrat zu unterbreitende Meinungsäußerung handle.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der gleichzeitige Bau von soviel neuen Schulen sei noch die geringste der entgegenstehenden Schwierigkeiten. Zuvor werde man technische Fragen aller Art: über die Schülerzahl der einzelnen Klassen, über die Anzahl der Klassen in jeder Schule u. a. zu erledigen, geeignete Grundstücke auszumitteln und zu erwerben, Pläne aufzustellen und zu prüfen haben — Aufgaben, deren keine sich so kurzer Hand lösen lasse. Gesezt aber auch, es wäre möglich, die geforderte Anzahl neuer Schulen binnen vier Jahren äußerlich fertig zu stellen: an der Unmöglichkeit, innerhalb dieses Zeitraums für soviel Klassen auch Lehrer zu gewinnen, werde das Programm auf alle Fälle scheitern. Wenn man also glaube, genau auf dem in der vorliegenden Resolution angegebenen Wege zum Ziele gelangen zu können, so sei dies eine Illusion, vor der Redner nur warnen

könne. Zu allem Erreichbaren werde natürlich auch der Magistrat gern die Hand bieten und so denn auch mit Dank anerkennen, wenn ihm die Mitglieder der Versammlung behilflich sein wollten, geeignete Localitäten für neue Schulanlagen ausfindig zu machen.

Herr Neef verkennt nicht die Schwierigkeiten der Aufgabe, glaubt aber, dieselben werden einerseits mit der Zeit eben nur wachsen und seien andrerseits zur Zeit noch keineswegs unbesieglich, wie man anderer Orten denn namentlich hinsichtlich der Baupläze und der Lehrkräfte unter ungleich schwierigeren Verhältnissen Rath zu schaffen wisse. Mit dem Ausdruck genereller Wünsche aber könne der Sache, wie sie nun einmal liege, nicht mehr gedient werden.

Die commissionsseitig beantragte Resolution wird hierauf mit dem Zusatzantrage des Herrn Reuter von der Versammlung angenommen.

VI. Um der herrschenden Ueberfüllung zu begegnen, und weil diejenigen Kinder, welche die Schule schon ein halbes Jahr lang besucht haben, mit den neu eintretenden ohne Nachtheil nicht zusammen unterrichtet werden können, die Einrichtung neuer Klassen aber wegen Mangels an geeigneten Localitäten und Lehrern unmöglich ist, werden gegenwärtig von den zwölf Elementarklassen der mittleren und unteren Bürgerschulen zehn in je zwei getrennten Abtheilungen unterrichtet, indem für deren erste 20, für die zweite 16 Stunden wöchentlich angelegt sind, und sonach der Lehrer 10 Stunden über das ordnungsmäßige Wochenpensum zu leisten hat. Bisher waren diese Ueberstunden mit 150 ₰ jährlich remunerirt; nachdem nun aber das Honorar für die in der höhern Töchter Schule und an der Präparandenanstalt von Gemeindefschul Lehrern ertheilten Lectionen von 15 auf 18 ₰ für jede wöchentliche Stunde erhöht ist, beantragt der Magistrat, daß dem entsprechend auch jener Satz von Ostern d. J. ab auf 180 ₰ erhöht werde,

was von der Versammlung auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, ohne Weiteres genehmigt wird.

Wie ferner

VII. Namens der Schulcommission Herr Neef vorträgt, hat der Schulvorstand, nachdem ihm durch Beschluß vom 27. Februar d. J. anheim gegeben war, in Erwägung zu ziehen, ob und in wie weit nach der für den Dr. Sommer verwilligten Gehaltserhöhung auch die Gehalte der anderen Lehrer der höhern Töchter Schule einer Aufbesserung bedürfen möchten, für den Lehrer Henze I. eine Zulage von 100 ₰ jährlich beantragt. Dieser Antrag rechtfertigt sich um so mehr, als Herrn Henze bei seinem Uebertritt zur höhern Töchter Schule die Zusicherung ertheilt war, daß er bei befriedigenden Leistungen, wie ihm solche in vorzüglichem Maße nachzurühmen

sind, den in gleichem Dienstalter stehenden Gemeindefchullehrern immer um eine Gehaltsklasse voranstehen sollte, ein Verhältniß, welchem nach Eintritt des neuen Gehaltsreglements der bisherige Gehalt des Herrn Henze nicht mehr entsprach. Unter diesen Umständen geben Magistrat und Commission die Genehmigung der beantragten Zulage und zwar für die Zeit vom 1. Januar d. J. ab anheim, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

VIII. Zwischen dem Gliesmaroder Fußwege und der Straße nach Gliesmarode ist auf der ganzen Erstreckung der städtischen Feldmark keinerlei Verbindung vorhanden. Dieser Mangel wird um so übler empfunden, als auf dem Gliesmaroder Fußwege Fuhrwerk nur bis an den Grenzgraben gelangen kann, also um die Straße nach Gliesmarode zu erreichen, nach einer schwierigen Wendung auf der nur 22' breiten Fahrbahn bis zur Gabelung der beiden Straßen zurückfahren muß. Der Magistrat hatte demnach zuerst die Anlage einer Verbindungsstraße am östlichen Ende des Gliesmaroder Fußweges projectirt. Da aber für das zu diesem Zweck anzukaufende Terrain ein übermäßig hoher Preis — 600 \mathfrak{R} für den Morgen! — gefordert wurde, und überdies auch jene Verbindung von der Mehrzahl der Anwohner des Gliesmaroder Fußweges nur vermittelt eines großen Umweges hätte benutzt werden können, hat der Magistrat nunmehr eine Verbindung mehr in der Mitte des Gliesmaroder Fußwegs in Aussicht genommen und gegenüber der sogenannten Trommeltwete in dem 80 □ Ruthen haltenden Grundstücke des Kaufmanns Meyer sowie in den 15 □ Ruthen, welche die Gebrüder Brinkmann von ihrem Grundstücke abzulassen bereit sind, einen Theil des zur Anlage dieses neuen Weges erforderlichen Areal's bereits gefunden. Zwar sind die hier geforderten Preise von bezw. 500 und 900 \mathfrak{R} ebenfalls keineswegs niedrig; da jedoch nach den bereits gemachten Erfahrungen bei längerem Zögern demnächst wahrscheinlich noch höhere Preise gezahlt werden müßten, an anderer Stelle der Uebergang mit geringeren Kosten nicht herzustellen wäre, überdies aber auch von dem Meyerschen Grundstücke zwei Baustellen/von je etwa 20 □ Ruthen disponibel bleiben und zu etwa 4000 \mathfrak{R} zu verwerthen sein würden, die Grundfläche des Weges also nur auf circa 2000 \mathfrak{R} zu stehen käme, so hat der Magistrat geglaubt, beide Käufe vorbehaltlich weiterer Genehmigung abschließen zu sollen. Der Versammlung wird nun anheimgegeben, diese Genehmigung ihrerseits zu ertheilen, die Kaufgelder aus der städtischen Wegebaukasse zu verwilligen und zu gestatten, daß das angekaufte Areal, soweit es nicht zur Herstellung des Verbindungsweges verwandt wird, demnächst wieder zu Baupläzen verkauft werde.

Bei genauerer Vermessung des Gliesmaroder Fußweges hat sich herausgestellt, daß derselbe auf der Strecke östlich vom Wege nach dem Hagenbruche wegen

mehrer schon dastehender Häuser nicht, wie ursprünglich projectirt war, zu $44\frac{4}{5}$ sondern nur zu 40' Breite angelegt werden kann, wovon 23' zu einem durchweg zu chausſſirenden Fahrwege, 17' zu zwei mit Bordsteinen einzufassenden Fußsteigen benutzt werden könnten. Die hierzu erforderlichen 2 Morgen 16,25 □Ruthen sind die Anlieger zu dem nicht unbilligen Preise von 5 ₧ pro □Ruthe abzulassen bereit. In ihrem westlichen Theile hingegen läßt sich die Straße bis auf 44' bringen, wenn der Kriegssrevisor Henze von seinem Grundstücke 5 □Ruthen, der Kaufmann Bierbaum 21,75, der Schuhmachermeister Keune 6 □Ruthen abtreten. Der Kaufmann Bierbaum aber fordert 50 ₧ für die Quadratruthe, der Schuhmacher Keune insgesammt 1000 ₧; der Kriegssrevisor Henze lehnt die Abtretung überhaupt ab oder stellt eventuell doch eine sehr hohe Forderung in Aussicht, ist aber bereit, der Stadt das nöthige Terrain ganz unentgeltlich zu überlassen, falls er sein Grundstück verkaufen sollte oder nachdem er und seine Ehefrau mit Tode abgegangen sein werden. Aufwendungen, wie sie hiernach erforderlich wären, lediglich aus ästhetischen Rücksichten zu machen, hält der Magistrat nicht für gerathen; den Verkehrsverhältnissen wird es genügen, wenn die Straße auf ihrer ganzen Länge eine Breite von 40' erhält, wovon auf die Fußwege zu beiden Seiten je $8\frac{1}{2}$ ' entfallen werden, mit Ausnahme jedoch der Strecken vor dem Grundstücke № 12 auf der Nordseite, wo die vortretenden Gebäude nur 5' Raum geben, und vor dem Henzeschen Grundstück, wo nach Maßgabe der erwähnten Erklärungen des Besitzers bis zu dem in Aussicht gestellten und durch einen notariellen Contract zu sichernden Anfall des zur Herstellung der vollen Breite erforderlichen Terrains ebenfalls nur 5' zur Verfügung stehen. Diese Dispositionen, durch welche 2000 ₧ zu ersparen sein werden, empfiehlt demnach der Magistrat zur Genehmigung, indem er zugleich um Ermächtigung bittet, gegen den Kaufmann Bierbaum und den Schuhmacher Keune das Expropriationsverfahren einzuleiten, falls mit diesen ein Vergleich wegen der nothwendigen Abtretungen nicht sollte erzielt werden können.

Die Finanzcommission, für welche Herr von Seckendorf berichtet, schließt sich sämmtlichen Vorschlägen des Magistrats unbedingt an, glaubt aber, daß mit der projectirten einen Verbindung zwischen der Straße nach Gliesmarode und dem Gliesmaroder Fußwege dem Bedürfnis noch nicht genügt sein werde, und giebt daher anheim, daß an den Magistrat das Ersuchen gerichtet werde, womöglich noch eine zweite Verbindung der Art ins Auge fassen zu wollen.

Es werden zunächst die Anträge des Magistrats zur Discussion gestellt.

Herr Steinau ist der Meinung, daß man Expropriationen soviel als irgend möglich vermeiden solle, und daß nach Verhältniß der Preise, welche anderen Eigen-

thümern der Gegend verwilligt seien, auch die Forderung Herrn Bierbaums nicht so ganz ungerechtfertigt erscheine. An den Magistrat richtet Redner die Frage, bis wann die Instandsetzung des Gliesmaroder Fußweges beabsichtigt werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Magistrat wünsche, daß damit sobald als möglich vorgegangen werde; leider aber sei wieder durch verzögerte Lieferung der Canalplatten eine Verzögerung herbeigeführt. Die Preisfrage anlangend, so dürfe man nicht vergessen, daß es billigerweise einen Unterschied mache, ob ein Grundstück durch Abtretung gewisser Theile unverhältnißmäßig entwerthe oder nicht, wie letzteres bei dem Grundstücke Herrn Bierbaums der Fall sei,

was die Herren Reuter und von Seckendorf näher erläutern.

Die Versammlung beschließt hierauf in allen Stücken dem Magistratsantrage gemäß.

In Bezug auf den Zusatzantrag der Commission

bemerkt Herr Reuter: Der Gliesmaroder Fußweg ziehe sich auf städtischem Gebiet in der Länge von 1000 Meter hin. 420 Meter von seinem diesseitigen Eingange werde der soeben beschlossene Verbindungsweg münden; daß für die übrigen 580 Meter noch eine zweite Querverstraße in hohem Grade wünschenswerth, liege auf der Hand. Es sei nun solche aber auch an einer Stelle möglich, wo sie statt 40 Meter wie jene erste, nur 32 Meter lang zu sein brauche, wo ferner das nöthige Areal noch verhältnißmäßig leicht zu erwerben sein dürfte, und von wo überdies ein unmittelbarer Zugang nach den Wannenwegen im Hagenbruche und weiterhin nach dem Wege, welcher die Kastanienallee durchschneidet, gegeben sei.

Herr Pini fürchtet, das Areal zu einer zweiten Querverstraße werde überall doch nicht ganz billig sein, giebt indeß anheim, bei Auswahl der geeigneten Stelle auf die von Herrn Reuter angedeuteten Fortsetzungen jedenfalls Bedacht zu nehmen.

Herr Ehrenhard. Die Erwerbung von Straßenareal werde voraussichtlich mit jedem Jahre theurer zu stehen kommen. Außerdem komme es vor, daß größere Grundstücke in Bauplätze zerlegt worden, dann unversehens von dem einen oder andern derselben zu einer Straße abgegeben werden muß, dadurch dessen Verwerthung unmöglich gemacht und sonach die Stadt genöthigt wird, statt eines kleinen Theiles den ganzen Platz zu übernehmen. Endlich sei bekannt, wie hart einzelne Eigenthümer von der Auflage betroffen werden, Theile ihrer Grundstücke zu Behuf einer späteren Straßenregulirung unbebaut zu lassen, während sie dafür auf Jahre hinaus in keiner Weise entschädigt werden. Angesichts aller dieser Eventualitäten scheine sich, wie er schon früher zur Sprache gebracht, dringend zu empfehlen, daß eine Veranstaltung getroffen werde, um das künftig zur Regulirung

vorhandener oder zur Anlage neuer Straßen erforderliche Terrain möglichst bald zum voraus anzukaufen. Zu dem Ende stellt Herr Ehrenhard den Antrag:

Die Versammlung wolle eine Commission ernennen, welche sich speciell mit diesem Gegenstande zu befassen habe.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß dieser Antrag zu tief in die Bauordnung eingreife, um sofort discutirt werden zu können, und überweist denselben daher der Statutencommission zu einer Vorprüfung.

Der Zusatzantrag der Commission wird hierauf von der Versammlung genehmigt.

Schließlich

IX. schreitet die Versammlung in Folge eines Magistratschreibens vom 26. v. M. zur Wahl von sieben Sachverständigen, welche auf Grund von § 58 des nach dem Gesetze vom 28. März d. J. nunmehr auch für die Stadt Braunschweig in Kraft tretenden Gesetzes vom 24. August 1849, die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer betreffend, unter Leitung des von Herzogl. Baudirection dazu ernannten Kreisbaumeister Wiehe die Abschätzung des Miethwerths der hiesigen Wohnhäuser vorzunehmen haben. Es werden gewählt die Herren

Stadtverordneter Ehrenhard, Zimmermeister Genter, Maurermeister Götter, Tischlermeister Lühr, Stadtverordneter Meyer, Stadtverordneter Munte und Agent Rothdurst;

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung verwilligt die Versammlung ein Extraordinarium.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 174. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 9.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 24. Juli 1873.

Abwesend und entschuldigt gehalten die Herren Braeß, Faillard, Jasper, Kloss, Lucius, Meyer, Reß, Schwarzenberg. Herr Bock ist anfänglich anwesend, entfernt sich aber nach 4 Uhr vor Eröffnung der Sitzung wieder.

Die Sitzung wird um 4 $\frac{1}{4}$ Uhr, zu welcher Zeit erst die beschlußfähige Anzahl vollständig wird, durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Wie Herr Oberbürgermeister Caspari mittheilt, ist in Folge der in der Sitzung am 26. v. M. an den Magistrat gerichteten Aufforderung das verspätete Erscheinen der letzten Protokolle zur Sprache gebracht, von Herrn Factor Dehn aber nachgewiesen, daß die Druckerei deswegen kein Vorwurf trifft. Das Protokoll vom 29. Mai war dort erst am 13. Juni eingegangen; der Correcturabzug wurde Herrn Assessor Tinnica am 18. zugestellt, erfolgte wiederum aber erst am 24. zurück, indem er unterdessen durch Schuld einer dritten Person verlegt gewesen; gleichwohl ist der Reindruck bereits mit den Anzeigen vom 25. zur Vertheilung gekommen. Herr Factor Dehn wünscht diesen Sachverhalt ebenfalls im Protocolle dargelegt zu sehen,

was der Herr Vorsitzende verfügt.

Der Tagesordnung gemäß

I. erstattet Herr Graf Götz-Brissberg den Bericht der Statutencommission über ein autographisch vervielfältigtes Magistratschreiben vom 13. Juni, welches eine Reihe von Vorschlägen in Betreff der Communalsteuererhebung entwickelt.

Angeregt waren dieselben einmal durch die in der Sitzung am 27. Februar von den Herren Bracke, Bock und Steinau eingebrachten Anträge, welche

zunächst der Statutencommission überwiesen und von dieser dann dem Magistrate mitgetheilt wurden. In der Voraussetzung, der diesjährige Steuerertrag werde vermöge des angewandten strengern Einschätzungsverfahrens über die Anforderungen des Stats weit hinausreichen, hatten die genannten Herren zunächst geglaubt, auf Beobachtung der bisher nicht zur Anwendung gekommenen Vorschriften in § 1 Abs. 2 und § 9 des Reglements, die Veranlagung zur Communalsteuer betr., dringen zu müssen, laut deren von dem vollen Jahresbetrage der Steuer nur soviel als zur Deckung des etatmäßigen Bedarfs erforderlich ist wirklich erhoben und vor Erhebung irgend welcher Steuer von Magistrat und Stadtverordneten zunächst festgestellt werden soll, wieviel von den ausgeschriebenen Steuerquoten einzuzahlen ist. Demnach war beantragt, daß der Magistrat ersucht werde, der Versammlung nach Maßgabe dieser Vorschriften eine Aufstellung über das Resultat der diesjährigen Abschätzungen sammt den nöthigen Anträgen wegen Erhebung des für 1873 einzufordernden Theils der veranlagten Steuerbeträge vorlegen zu wollen. Dieser Antrag hat inzwischen zu einem Theile bereits seine Erledigung gefunden, indem auf Vorschlag des Magistrats die Versammlung am 20. März beschloß, die ausgeschriebenen Steuerbeträge vorläufig nur für das erste Halbjahr erheben zu lassen; wegen der damals noch vorbehaltenen Verfügung in Betreff der andern Hälfte hat der Magistrat im weitem Verfolge des gegenwärtigen Schreibens Vorschläge gemacht. Zunächst ertheilt der Magistrat die Zusage, bemüht sein zu wollen, daß inskünftige streng nach § 9 des Reglements vom 31. December 1870 verfahren werde; doch fürchtet er, die Veranlagung sämtlicher Steuerpflichtigen, das Aufschreiben der Steuerzettel und die Zusammenstellung der Einschätzungsergebnisse werde zu viel Zeit erfordern, um die Einziehung der Steuerbeträge ohne schwere Verlegenheiten für die Stadtkasse bis zur Erledigung dieser Arbeiten hinausschieben zu können, und sonach auch künftig nichts übrig bleiben, als zu verfahren, wie es in diesem Jahre geschehen ist, worüber indeß ein jeweiliger Antrag an die Versammlung zu richten sei. Die Commission giebt nun anheim, zu beschließen,

- 1) daß der erste Antrag der Herren Steinau, Bock und Bracke theils durch den Beschluß vom 20. März d. J., theils durch die vom Magistrat abgegebenen Erklärungen und durch dessen Antrag hinsichtlich der zweiten Hälfte der diesjährigen Communalsteuer erledigt sei.

Ferner hatten die genannten Herren am 27. Februar den Antrag gestellt, den Magistrat um genaue Auskunft darüber zu ersuchen, welche Summen an Communalsteuer je in den fünf Jahren 1868 — 1872 durch den Stadtkassenetat verlangt, wie viel nach den erfolgten Einschätzungen ausgeschrieben, wie viel in Folge von Reclamationen wieder gestrichen, wie viel thatsächlich bei der Stadtkasse eingenommen und wie viel rückständig geblieben. Soweit es bei der Unvollständigkeit der erhaltenen Inexigibilitätsprotocolle und Abschreibungsverzeichnisse möglich war, finden diese

Fragen ihre Beantwortung in einer dem Magistratschreiben vom 13. Juni beigegebenen tabellarischen Uebersicht, aus welcher sich namentlich ergibt, daß an Communalsteuer während der letzten fünf Jahre über den etatmäßigen Bedarf etwa 43,000 ₧ eingegangen sind. Seitens der Commission wird daher beantragt,

- 2) durch die vorliegenden Nachweisungen den zweiten Antrag der Herren Steinau, Bock und Bracke für erledigt anzusehen.

Ein dritter Antrag derselben ging dahin, daß der Magistrat ersucht werde, die Aufstellungen über die für 1873 veranlagte Communalsteuer schematisch und möglichst detaillirt nach gewissen von den Antragstellern bezeichneten Grundsätzen anfertigen zu lassen. In dieser Weise hält nun der Magistrat die Aufgabe für unausführbar. Schon die zu genauer Feststellung der Wählerklassen allerdings wünschenswerthe Sonderung der Steuerpflichtigen in die drei Gruppen der Bürger, Nichtbürger und Frauenzimmer erfordere eine sehr erhebliche Arbeit; noch weit schwieriger würde die Eintheilung der Steuerpflichtigen nach den Straßen sein, welche überdies kaum einen Nutzen gewähren könnte, da bei dem unaufhörlichen Wohnungswechsel ein Theil der Angaben schon im Augenblicke der Aufzeichnung nicht mehr richtig. Ebenso würde ein Verzeichniß der steuerfreien Personen mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, da diese in den Steuerrollen eben nicht sämmtlich aufgeführt sind; ganz unmöglich aber erscheint die Angabe des Grundes ihrer Befreiung, weil hierüber in vielen Fällen jeder Vermerk fehlt. Unter diesen Umständen giebt der Magistrat anheim, zu beschließen,

es solle die bisher schon von Jahr zu Jahr angefertigte generelle Zusammenstellung der Steuerpflichtigen nach Thordistricten und Steuerklassen nur noch in der Weise vervollständigt werden, daß in jeder Klasse die Bürger, die Nichtbürger und die Frauenzimmer getrennt aufgeführt werden.

Uebrigens werde diese Zusammenstellung, wenn sie nicht von Haus aus unrichtig sein solle, ebenfalls erst nach Erledigung der eingehenden Reclamationen und nach Absetzung der nicht zu insinuirenden Steuerzettel angefertigt werden können. Nach Ansicht der Commission handelt es sich wesentlich darum, einmal ob es sich rechtfertige, die unteren beiden Steuerklassen demnächst von jeder Steuerpflicht zu befreien, und sodann, wie viel Steuerzahler eine jede der drei Wählerklassen umfasse. Zur Beantwortung dieser Fragen scheine eine Zusammenstellung wie sie der Magistrat ins Auge fasse, in der That alles erforderliche Material zu liefern. Da andererseits dann nicht zu verkennen, daß das in dem Antrage der Herren Steinau, Bock und Bracke vorgeschlagene Schema theils überhaupt nicht, theils nur mit ganz unverhältnißmäßiger Mühe durchzuführen sei, empfiehlt die Commission,

- 3) diesen Antrag abzulehnen, mit der Art und Weise der vom Magistrate beabsichtigten Aufstellungen sich einverstanden zu erklären und um deren Vorlage zu bitten.

Ferner hatten die genannten drei Herren beantragt, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, wie die ausgeschriebene Steuer nach den einzelnen Klassen oder nach ganzen Gruppen derselben sich zu der wirklich eingekommenen zu verhalten pflegt. Für die verflossenen Jahre nun vermag der Magistrat diesen Nachweis nicht zu liefern, weil eben die früheren Inerigibilitätsprotocolle und Abgabeverzeichnisse nicht mehr vollständig vorhanden sind. Für den Fall, daß ein Werth darauf gelegt würde, verheißt der Magistrat jene Angaben vom laufenden Jahre ab zu liefern, glaubt aber, daß damit nicht viel zu erreichen und namentlich kein sicheres Bild der fortschreitenden oder rückläufigen Wohlhabenheit zu gewinnen sein werde, da die eintretenden Steueraufschläge weniger auf vergebliche Executionsversuche, als auf Ermäßigungen in Folge von Reclamationen und insbesondere auf den Umstand zurückzuführen sind, daß viele Angehörige der unteren Steuerklassen, Fabrikarbeiter, Gewerbegehilfen und Handwerker, schon vor Zustellung der Steueraufschreiben wieder abgereist waren. Die Commission sieht keinen Grund, in diese Angaben des Magistrats einen Zweifel zu setzen; sie hat zugleich erwogen, daß die in Frage stehende Aufgabe den Beamten, welchem sie obliegen würde, zum Schaden seiner anderen, nöthigeren Arbeiten überlasten möchte, und giebt daher anheim, von der Forderung der Herren Antragsteller vor der Hand abzusehen und sonach

4) den vorliegenden Antrag abzulehnen.

In seinem zweiten Theile spricht sich das Schreiben vom 13. Juni über verschiedene Anträge aus, die von den Herren Kloss, Reuter, Schöttler als Vorsitzenden der drei Einschätzungscommissionen in einer vertraulichen Sitzung am 22. April d. J. eingebracht und zunächst dem Magistrate zur Begutachtung vorgelegt waren.

Der erste dieser Anträge war: daß die Versammlung je vor Aufstellung der jährlichen Steuerrollen beschliesse, wie die Gewerbegehilfen und Fabrikarbeiter entsprechend den inzwischen eingetretenen Lohnveränderungen für das folgende Jahr eingeschätzt werden sollen. Magistrat und Commission halten eine Einschätzung dieser Art Steuerzahler nach gewissen Kategorien im Interesse ihrer möglichst gleichmäßigen Besteuerung allerdings für empfehlenswerth. Zwar wird auch so keineswegs in jedem Falle das unbedingt Richtige zu treffen sein, da die wirklichen Löhne je nach der Beschaffenheit der Arbeitsstellen und der größern oder geringern Geschicklichkeit der Arbeiter die angenommenen Durchschnittssätze häufig theils übersteigen, theils nicht erreichen werden. Auch liegt der Einwand nahe, eine derartige Anordnung alterire bis zu einem gewissen Grade die eigentliche Natur der Einkommensteuer, indem sie ihr einigermaßen den Charakter der Klassensteuer verleihe. Beide Bedenken aber erledigen sich durch den Vorbehalt, daß diese generelle Classificirung keineswegs so anzusehen, als gebe sie für jeden einzelnen Arbeiter unabänderliche Veranlagungsmaße, daß vielmehr die Versammlung befugt bleibe, von den aufge-

stellten Sätzen event. aus bestimmten Gründen abzuweichen. Wie diese Sätze für das laufende Jahr von den Vorstehenden der Einschätzungscommission vereinbart sind, finden sie in einigen Stücken bei dem Magistrate keinen Beifall; namentlich wünschte derselbe, Wittwen und gewöhnliche Handarbeiterinnen mit einem muthmaßlichen Verdienste von 2 — 3 fl wöchentlich von der Steuer ganz befreit zu sehen, weil diesen, zumal wenn sie Kinder haben, auch ihr geringer Betrag immer schwer fällt, und weil ebensowenig dessen Erlass bei der Stadtkasse empfunden wird, wie bei jenen Personen der Verlust des Wahlrechts in Frage kommt. Anfangs geneigt, diesem Vorschlage beizutreten, ist die Commission bei näherer Erwägung zu dem Schlusse gelangt, daß derselbe, wie er hier formulirt ist, darauf hinauslaufe, daß Einkommen bis zu 150 fl bei Männern zur Steuer herangezogen würden, bei Frauen aber nicht: eine Unterscheidung, die mit den statutarischen Bestimmungen insofern nicht zusammenstimmt, als diese die Steuerkraft schlechthin ins Auge faßt, gleichviel wem sie bewohnt. Demnach beschränkt sich die Commission auf den Antrag:

- 5) daß die Versammlung in Zukunft alljährlich vor Aufstellung der Steuerlisten nach Antrag der Vorstehenden der drei Einschätzungscommissionen Bestimmung darüber zu treffen habe, zu welchen Steuerklassen die Gehilfen der verschiedenen Gewerbe und andere in ähnlichen Verhältnissen stehende Personen für das folgende Jahr im allgemeinen und vorbehaltlich der etwa durch besondere Umstände gerechtfertigten Ausnahmen einzuschätzen seien.

Ferner hatten die Vorstehenden der Einschätzungscommissionen beantragt, daß zur Führung der Steuerlisten ein besonderer Beamter angewiesen werde. Wie schon erwähnt, ist dies inzwischen geschehen. Die Obliegenheiten dieses Beamten verspricht der Magistrat thunlichst nach den speciellen Desiderien der Antragsteller normiren zu wollen. Freilich wird davon die Protocollführung in den Sitzungen der Einschätzungscommissionen auszuschließen sein, da letztere sehr häufig zu gleicher Zeit und überdies meist am Nachmittage zusammentreten, während dieser Beamte durch Verhandlungen mit den Steuerpflichtigen in Anspruch genommen wird. Nach Meinung der Antragsteller sollte derselbe dann u. a. auch noch dafür zu sorgen haben, daß Steuerabsetzungen ohne vorausgegangene Reclamationen ferner nicht mehr vorkommen. Dem gegenüber bemerkt der Magistrat: dergleichen seien auch bisher nie nach besonderer Erwägung, sondern nur auf Grund zweifelloser gesetzlicher Bestimmungen eingetreten; wohl aber habe der Magistrat gelegentlich wohl die nach Feststellung der Steuerrollen zugezogenen Personen sowie solche Fremde, die vor ihrer Veranlagung von hier wieder abzureisen im Begriff waren, ihre Legitimationspapiere aber nicht ohne den Nachweis erfüllter Steuerpflicht erlangen konnten, ohne weiteres zur Steuer veranlagt. Dies wie jenes könne

auf Verlangen künftig unterbleiben; doch werde in Fällen der letztbezeichneten Art die Veranlagung durch den Magistrat allein nach Einführung der beantragten generellen Classification vollends keinerlei Bedenken haben, während der Verzicht darauf voraussichtlich manche Ausfälle für die Stadtkasse herbeiführen würde. Dieser Ansicht ist auch die Commission, welche daher anheimgiebt, zu beschließen:

- 6) daß obiger Antrag der Herren Reuter, Kloss und Schöttler theils durch die bereits erfolgte Anstellung des gedachten Beamten, theils durch die in dem Magistratschreiben vom 13. Juni enthaltenen bezüglichen Erklärungen als erledigt anzusehen.

Weiter war beantragt, daß Bestimmung getroffen werde, wie es bei Veranlagung von Pensionairen und von Personen mit doppeltem Wohnsitz zu halten. Die Nothwendigkeit einer derartigen Beschlussfassung aber vermag der Magistrat nicht einzusehen, und ebenso ist auch der Commission zweifelhaft geblieben, wohin die eigentliche Absicht der Antragsteller zielt und wie diese namentlich die fraglichen Normen formulirt zu sehen wünschte. Hinsichtlich des ersten Punktes weist der Magistrat darauf hin, daß behufs der Besteuerung Pensionen wie jede andere Einnahme angesehen werden; nach dem Dafürhalten der Commission könnte nur etwa noch die Behandlung der Militärpensionen fraglich sein. Hierbei indes kommt auch für hiesige Stadt § 4 der Bundesverordnung vom 23. September 1867 zur Anwendung, nach welchem jeder Art Dienst Einkommen von Staatsdienern zu Communalauflagen in den neuerworbenen (preussischen) Landestheilen nur halb so hoch eingeschätzt werden darf, wie anderes gleich hohes persönliches Einkommen der Steuerpflichtigen, so daß also, beispielsweise, eine Militärpension von 1200 ₰ nicht zur einundzwanzigsten, sondern mit dem Betrage von 600 ₰ zur zehnten Steuerklasse heranzuziehen wäre. Da nach Lage der Verhältnisse eine abweichende Beschlussfassung der städtischen Behörden wirkungslos bleiben würde, so empfiehlt die Commission, davon gänzlich abzusehen. Zur Beurtheilung der zweiten Seite des vorliegenden Antrags erinnert der Magistrat daran, daß wegen der Besteuerung bei wechselndem Wohnsitz der Steuerpflichtigen § 146 der rev. St.-O. die erforderlichen Vorschriften enthält, hinsichtlich der Personen mit doppeltem Wohnsitz am 22. Februar 1849 seitens der Versammlung beschlossen ist, daß, wenn solche an ihrem auswärtigen Domicile von ihrer Einnahme bereits besteuert sind, hierauf diesseits billige Rücksicht zu nehmen und in der Regel der nach ihren Einkommen auf sie fallende Steuerbetrag um die Hälfte zu ermäßigen ist, wonach denn bisher auch verfahren. Doch glaubt der Magistrat, daß die fernere Aufrechterhaltung dieses Beschlusses den neueren Bestimmungen über Wohnortrecht und Freizügigkeit, wie sie in dem Bundesgesetze vom 1. November 1867 und in dem Landesgesetze vom 3. August 1864 und vom 30. März 1874 ausgesprochen sind, nicht entsprechen würde, daß es vielmehr an der Zeit sei, diesen Beschluß zurückzunehmen und seine Ausführung einzustellen.

Die Commission ist damit im wesentlichen einverstanden; eine weitere Consequenz des Magistrats hingegen hat sie sich nicht vollständig aneignen können. Nach dem Dafürhalten des Magistrats müßte nämlich mit dem fraglichen Beschlusse auch der bisherige Grundsatz aufgegeben werden, daß hiesige Einwohner, die von ihrem Einkommen noch an einem anderen Orte Gemeindesteuer zu zahlen haben, hier nur zur Hälfte des nach ihrem Einkommen auf sie entfallenden Steuerbetrags zu veranlagten. Die Commission hingegen zieht in Betracht, daß es unbillig wäre, wenn Personen die, wie etwa Gutsbesitzer, sich in regelmäßigem Wechsel hier und an einem bestimmten anderen Orte aufhalten, im vollen Jahresbetrage zur Communalsteuer herangezogen würden; sachgemäß erscheint, dieselbe nur für die Dauer ihres wirklichen Aufenthalts in hiesiger Stadt zu besteuern. Demnach formulirt die Commission ihren Antrag dahin: die Versammlung wolle

- 7) a. erklären, daß es eines besondern Beschlusses über die Veranlagung von Pensionen nicht bedürfe,
- b. den Beschluß vom 22. Februar 1849 zwar vom 1. Juli ab aufheben, dabei aber den Grundsatz aussprechen, daß Personen, die ihren Wohnsitz während eines Theils des Jahres in hiesiger Stadt, übrigens aber an einem andern Orte haben, und an letztem von ihrem Einkommen gleichfalls Gemeindesteuer entrichten, hier nur nach Maßgabe der regelmäßigen Dauer ihres hiesigen Aufenthalts zur Communalsteuer sollen herangezogen werden.

In Uebereinstimmung mit den Herren Kloss, Reuter, Schöttler und mit dem Magistrate wird seitens der Commission ferner eine Beschlussfassung dahin empfohlen:

- 8) daß die Schornsteinfegergesellen, für welche bis jetzt ein Aversum von 6 \mathfrak{g} jährlich gezahlt worden, vom laufenden Jahre an gleich anderen Gewerbegehilfen zur Communalsteuer heranzuziehen seien.

Ein fernerer Antrag der Herren Kloss, Schöttler und Reuter: daß der Magistrat ersucht werde durch den mit Führung der Steuerlisten beauftragten Beamten das Resultat der vollzogenen Einschätzungen auszugsweise der Versammlung mittheilen zu wollen, fällt zusammen mit dem oben unter 2 behandelten Antrage der Herren Volk, Bracke und Steinau. Demnach giebt die Commission anheim,

- 9) diesen Antrag der Herren Kloss, Reuter und Schöttler durch die Beschlussfassung über den entsprechenden Antrag der genannten drei andern Herren erledigt zu halten.

Schließlich hatten die Antragsteller zur Sprache gebracht, daß bei den diesjährigen Veranlagungen auf die vom 1. Januar ab eingetretenen Wohnungsgeldzulagen und Gehaltsverbesserungen der hiesigen Beamten, weil dieselben derzeit noch

nicht festgestanden, vorläufig keine Rücksicht genommen und somit noch zu beschließen ist, ob und event. in welcher Weise dies nachträglich noch geschehen solle. Da nun derartige Einnahmeerhöhungen immer erst am Ende des Jahres erfolgen und erst nach Ausschreibung der Steuerzettel zur Kunde der städtischen Behörden gelangen, es auch nicht angemessen erscheinen kann, für die Beamten bei jeder Zulage von 50 bis 100 M Nachtragsveranlagungen vorzunehmen, so hält der Magistrat für unvermeidlich, daß bei Einschätzung dieser Gruppe von Steuerpflichtigen jeweils dasjenige Dienst Einkommen zu Grunde gelegt werde, welches in den vor Ausschreibung der Steuerzettel von den Behörden mitgetheilten Einnahmeverzeichnissen aufgeführt ist. Die Commission giebt ebenfalls anheim

10) sich mit diesem Verfahren einverstanden zu erklären.

Seinerseits lenkt dann der Magistrat die Aufmerksamkeit der Versammlung noch auf die häufig vorkommenden Fälle, daß Personen, die im Wege der Reclamation Steuerermäßigungen erlangt haben oder bei der Executionsvollziehung zahlungsunfähig erfinden sind, dennoch im nächsten Jahre wieder wie vorher, ja selbst höher veranlagt werden, obwohl jene Thatsachen in den Rollen vermerkt, die Verhältnisse dieser Personen auch noch die nämlichen sind. Zur Vermeidung vieler vergeblicher Arbeit bittet der Magistrat, daß von derartigen Ergebnissen des Vorjahrs nur auf Grund bestimmter Thatsachen abgesehen werde; was seitens der Commission ebenfalls zur Nachachtung empfohlen wird.

Nach dem Vorschlage des Herrn Referenten wird der Commissionsbericht an dieser Stelle abgebrochen und zunächst die Discussion über die bisher gestellten Anträge eröffnet.

Dem ersten derselben ertheilt die Versammlung ohne weiteres ihre Zustimmung.

Unter den im zweiten Antrage der Commission zur Genehmigung empfohlenen Aufstellungen vermißt Herr Bracke den Nachweis, wie viel etwa in jedem der berücksichtigten fünf Jahre nachträglich über den Etat hinaus verwilligt ist.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß jedenfalls nicht nur die Steuerüberschüsse, sondern zeitweilig noch erheblich mehr verbraucht worden,

worüber, wie Herr von Seckendorf hinzufügt, das Nähere aus den „Executionsetats“ zu ersehen, welche den jährlichen Geschäftsberichten des Magistrats beigegeben werden.

Der Antrag unter 2 wird hierauf ebenfalls angenommen.

Die Vorschläge des Magistrats, denen die Commission in ihrem dritten Antrage beigetreten ist, findet Herr Stein aus den von ihm und den Herren Bock und Bracke angeregten Forderungen wesentlich entsprechend.

Herr Bracke, durch die gelieferten Zusammenstellungen im übrigen ebenfalls

befriedigt, wünscht nur noch, daß inskünftige die steuerfreien Personen wenigstens ihrer Anzahl nach mit aufgeführt werden möchten.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht die entsprechende Zusage, worauf der in Frage stehende Commissionsantrag genehmigt wird.

In Betracht des vierten Antrages der Commission beklagt Herr Steinau, daß es nicht möglich gewesen ist, genauere Nachweisungen über die Beschaffenheit der Steuerauffälle dieser letzten fünf Jahre zu liefern. Nach Absatz der durch Reclamationen bewirkten Ermäßigungen seien von 1868 — 1872 nicht weniger als 10449 fl 20 gr niedergeschlagen, ohne daß zu ersehen sei, welche Gründe dabei in den einzelnen Fällen maßgebend gewesen. Um in diesen Dingen für die Zukunft klarer zu sehen, müsse eine sorgfältigere Aufbewahrung der Inexigibilitätsprotocollle allerdings wünschenswerth erscheinen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari verspricht zu dem Ende das Erforderliche anordnen zu wollen, bemerkt dabei aber, daß jene Summe sich keineswegs nur aus inexigibeln Beträgen zusammensetze, sondern daher entstanden sei, daß jährlich 1000 — 2000 Steuerzettel unbestellbar geblieben, weil die betreffenden Steuerpflichtigen — Gehilfen, Arbeiter und andere unfesshafte Personen — inzwischen von hier verzogen waren.

Die Versammlung beschließt dem Commissionsantrage gemäß.

Ebenso wird dann der fünfte Antrag der Commission genehmigt.

Den von der Commission nicht empfohlenen Vorschlag des Magistrats wider aufnehmend, giebt Herr Bracke anheim, auszusprechen,

daß Handarbeiterinnen, denen ein Verdienst von mehr als 100 fl nicht mit Sicherheit nachzuweisen, von jeder Steuer befreit bleiben.

Herr Bracke anerkennt, daß diese der Sachlage so sehr angemessene Entscheidung sich in der Praxis schon durch gewissenhafte Einschätzung ergeben werde, hält aber zur Hebung aller in den einzelnen Fällen etwa möglichen Bedenken für dienlich, sie auch grundsätzlich zu sichern.

Nachdem jedoch der Herr Vorsitzende und ebenso Herr Reuter darauf hingewiesen, daß Niemand anders als nach gewissenhaft gewonnener Ueberzeugung von seinem Einkommen eingeschätzt und dabei dann auf alle in Betracht kommenden Verhältnisse gebührend Rücksicht genommen werde,

zieht Herr Bracke seinen Antrag zurück.

Zum sechsten Commissionsantrage bemerkt Herr Reuter: daß dem zur Führung der Steuerlisten angestellten Beamten auch die Protokollführung in den Sitzungen der Einschätzungscommission übertragen werde, sei namentlich deshalb wünschenswerth erschienen, weil jede derselben sich so am leichtesten über die von den anderen in gewissen Fällen beobachteten Grundsätze hätte unterrichten können. Da solcher Einrichtung nach den Erklärungen des Magistrats unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstünden,

rigkeiten entgegenstehen, so bleibe eben nichts übrig, als daß die Vorsitzenden der drei Commissionen gelegentlich die erforderlichen Mittheilungen unter einander austauschen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert daran, daß der in Rede stehende Beamte während der Sitzungen immer in der Nähe ist, vorkommenden Falls also in jedem Augenblicke zur Vernehmung laffen berufen werden kann.

Herr Schöttler möchte bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Versammlung auf einen von ihm schon zu öfteren Malen gemachten Vorschlag lenken. Wenn nämlich die Einschätzungsarbeiten nicht mehr nach den Thordistricten, sondern nach den Steuerclassen und zwar in der Weise etwa vertheilt würden, daß eine Commission zu den niederen, eine andere zu den höheren Classen zu veranlagten hätte, so würden die Veranlagungen mehr als jetzt je den bestunterrichteten Personen zufallen und somit dann auch die soeben erwähnte Schwierigkeit gelöst sein.

Mit dem Magistrate ist Herr Reuter darin einverstanden, daß es wünschenswerth, bei solchen Steuerermäßigungen, welche sich gegeslich von selbst verstehen, nicht erst die Mitwirkung der Versammlung in Anspruch zu nehmen. Ein Uebelstand aber sei es, daß in den Listen dergleichen bisher sehr häufig ohne Erklärung, ja zuweilen selbst ohne jede Notiz geblieben. Hierauf sei es großentheils dann auch zurückzuführen, wenn derartige Beschlüsse bei den nächstjährigen Einschätzungen keine Berücksichtigung gefunden habe. Eine genauere Führung der Listen, wie sie jetzt in Aussicht genommen, werde dem allen übrigens abhelfen.

Der unter 7 vorliegende Commissionsantrag wird von der Versammlung angenommen.

Für die von ihm und den Herren Kloss und Schöttler gewünschte Beschlusnahme über das Verfahren bei Einschätzung von Pensionen macht Herr Reuter geltend, daß § 4 der Bundesverordnung vom 23. September 1867 einer doppelten Auffassung unterliege, indem man zweifeln könne, ob danach Einkommen der bezeichneten Kategorieen zur Hälfte ihres Betrages veranlagt oder mit der Hälfte des auf ihren vollen Betrag entfallenden Steuerbetrages belegt werden müssen.

Herr Graf Görs-Wrisberg hält dem entgegen, daß sich aus dem Wortlaute der angeführten Bestimmung eben nur ersteres mit voller Klarheit ergebe. Sei dieselbe hier bei früheren Veranlagungen anders angewandt, so werde dagegen allerdings keine Remedur mehr möglich sein; ebenso wenig aber liege ein Anlaß vor, Grundsätze, welche schon durch die Gesetzgebung feststehen, noch besonders auszusprechen.

Der bezüglichliche Commissionsantrag unter 7 a. wird hierauf genehmigt.

In Betreff der Besteuerung bei doppeltem Wohnsitz bemerkt Herr Oberbürgermeister Caspari: Die Commission habe den Magistratsantrag offenbar etwas anders aufgefaßt als er gemeint sei. Magistrat sei der Meinung, daß das bisher

vige Verfahren in diesem Puncte nicht mehr passe, vielmehr, da gegenwärtig Jedermann zu beliebiger Zeit seinen Wohnsitz wechseln könne, er da wo er augenblicklich seinen Aufenthalt habe, zum vollen Satze von seinem Einkommen auch zu steuern habe. Solche Personen aber, welche ihren Aufenthalt regelmäßig wechseln, könne man diesem Verfahren allerdings nach der klaren Bestimmung in § 136 der rev. St. O. nicht unterwerfen.

Herr Graf Görz-Wrisberg bestätigt, daß die Commission durch den Wortlaut des Schlußsazes der Magistratsproposition allerdings zu dem angedeuteten Mißverständniß veranlaßt sei, und erklärt sich nach der Auslassung des Herrn Oberbürgermeisters für seine Person bereit, den zweiten Theil des Commissionsantrages unter 7 b. zurückzuziehen.

Herrn Solmiz, der sich, namentlich soweit die Besteuerung auswärts wohnhafter Ortsangehöriger in Betracht kommt, für die Beibehaltung der älteren Bestimmungen ausspricht,

ersucht Herr Graf Görz-Wrisberg, seinen Antrag in dieser Richtung zu stellen, da das Domicil im Sinne des frühern Gesetzes nicht mehr bestehe, vielmehr Jedermann seinen Wohnsitz nehmen könne wo es ihm beliebe, und es somit nicht gerecht wäre, Jemand, der nach früheren Bestimmungen hier auch nach seinem Abzuge das Wohnrecht behalten hätte, auf Grund eines Rechtsbegriffes, der gar nicht mehr existire, noch fernerhin zur Steuer heranzuziehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari hebt hervor, wie der frühere Grundsatz überdies ohne die größten Ungleichmäßigkeiten gar nicht durchzuführen, indem zumal die ganz erhebliche Anzahl auswärts arbeitender Gewerbegehilfen auch früher schon überall nicht herangezogen werden konnten.

Herr Ehrenhard wirft die Frage auf, wie es mit solchen Personen zu halten sei, die hier Fabriken besitzen, durch diese an den städtischen Wohlfahrtsrichtungen theilnehmen, selbst aber in hiesiger Stadt nur etwa wenige Wochen leben, während sie ihren regelmäßigen Wohnsitz anderswo haben.

Herr Graf Görz-Wrisberg hält dafür, daß Personen in dieser Lage hier eben nicht zu den Communallasten herangezogen werden können. Es sei dies eben ein ganz exceptioneller Fall, der sich bei dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung nicht vermeiden lasse.

Der Antrag unter 7 b. wird hierauf unter Weglassung des Passus „dabei aber“ u. angenommen.

Desgleichen ohne Debatte die Anträge unter 8, 9 und 10,

nachdem in Betreff des letzten Herr Reuter auf das Bezug genommen, was er zur Erklärung der gerügten Versehen bei den Einschätzungen bereits angeführt hatte — Versehen, welche bei genauerer Führung der Steuerlisten auch ohne besondern Antrag würden vermieden sein.

Hierauf zum dritten Theile des Magistratschreibens vom 20. Juni übergehend, in welchem Vorschläge hinsichtlich der diesjährigen Steuererhebung gemacht werden, fährt Herr Graf Görg-Brissberg in seinem Berichte fort:

Die Erwartung, in Folge der strengeren Einschätzungen werde der diesjährige Steuerertrag den etatmäßigen Bedarf beträchtlich übersteigen, hat sich in dem vorausgesehenen Maße nicht erfüllt. Die ausgeschriebene Steuersumme beträgt 139,143 ₰ 9 g. Der Ausfall in den letzten fünf Jahren belief sich laut den vorliegenden Zusammenstellungen auf 12—13 %; da in diesem Jahre, entsprechend den ausgeschriebenen höheren Beträgen, auch ungleich zahlreichere Reclamationen eingegangen sind, so werden von jener Summe mindestens 15 % mit etwa 20,870 ₰ abzusetzen und sonach die muthmaßliche Einnahme ungefähr 118,270 ₰ sein: 8270 ₰ mehr als das etatmäßige Deficit, wozu vielleicht dann noch c. 12,000 ₰ aus der Besteuerung der Actiengesellschaften kommen werden. Sonach könnten, wenn sämtliche Steuern rechtzeitig eingezahlt würden, insgesammt etwa 20,000 ₰ oder etwa ein Siebentel der ausgeschriebenen Beträge unerhoben bleiben; mit Rücksicht aber auf die vor auszusehenden Rückstände würde diese Quote auf etwa ein Achtel zu beschränken, und dieser Erlaß zu geringfügig sein, um der Mühe einer Umschreibung sämtlicher Steuerzettel zu verlohnen. Abgesehen aber hiervon ist zu erwägen, daß nach Feststellung des Etat noch manche Ausgaben beschloffen sind, deren Deckung also in diesem nicht vorgesehen ist.

Der Magistrat rechnet dahin nicht solche Ausgaben, die — wie der Kaufpreis des Kaulißschen Grundstückes und die Kosten für den Bau der Husarenpferdeställe, der Schule im Prinzenwinkel und des Hagenmarktbrunnens — für das Bedürfniß mehrerer Generationen zu machen, also durch Anleihen zu decken sind und die jährlichen Etats daher nur mit den Ansätzen für Verzinsung und Amortisation beschweren. Dagegen sind als jährlich wiederkehrende Ausgaben von den laufenden Einnahmen dieses Jahres zu decken

- 3000 ₰ dreivierteljähriger Zuschuß zu den Kosten der Polizeiverwaltung,
- 1500 „ für Bauten und Anschaffungen zu Behuf der Schule im Alexi-Pflegehause,
- 287 $\frac{1}{2}$ „ für Feuerwehrjoppen,
- 800 „ Beihilfe zu Reisen nach der Weltausstellung in Wien,
- 240 „ zur Besoldung einiger Schreiber,
- 1000 „ für Instandsetzung der Thurmuhren,
- 5000 „ erfahrungsmäßiger Zuschuß zu den Cinquartierungskosten,
- 2000 ₰ nachträglicher Zuschuß an die Gemeindeschulkasse,

zusammen also 13,827 ₰ 15 g. Hierzu werden im Laufe des Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach noch Erhöhungen der Ansätze für das Nachwachswesen und die Feuerwehr kommen; außerdem aber sind dann aus der Stadtkasse die für das

laufende Jahr bereits beschlossenen Begebauten zu bestreiten, wozu die Begebaukasse keine Mittel bietet, nämlich

an Restzahlung für die Leisewitzstraße	950 ₰,
desgl. für die Luifenstraße	1100 "
für Instandsetzung der Autorstraße	2000 "
für Vollendung der Straße durch den Anatomiegarten.	2600 "
an Zuschuß zur Herstellung der Straße vom Werder nach dem dem Fallersleber Thore	2500 "
für Canalisirung des Bültenweges	4500 "
für Canalisirung der Salzdhumer Straße	750 "
für Instandsetzung der Kastanienallee.	6000 "
für Instandsetzung des Oliesmaroder Fußweges und der Nebenwege	17000 "
für Instandsetzung der Straße vom Hagenscharrn nach der Stecherstraße	1000 "
für Pflasterung der Münzstraße	6000 "

in summa 44,400 ₰. Zur Bestreitung dieser Summe könnte erforderlichen Falls zwar auch eine Anleihe gemacht werden. Da indessen derartige Ausgaben sich ohne Zweifel wiederholen werden, so möchten auf diesem Wege die Schulden der Stadt allmählig zu solcher Höhe anlaufen, daß ihre Verzinsung und Amortisation eine drückende Last werden müßte. Andererseits leidet es keinen Zweifel, daß, wenn im Laufe eines Jahres Bedürfnisse eintreten, die bei Aufstellung des Etats nicht vorauszusehen waren, eine außerordentliche Communalsteuer erhoben werden kann, wie dieses in hiesiger Stadt bereits geschehen ist und in kleineren Städten regelmäßig geschieht. Ob man nun im gegenwärtigen Falle hierzu greift oder ohne weiteres den Ueberschuß einfordert, welchen die ausgeschriebenen Beträge gegenüber dem etatmäßigen Deficit ergeben, läuft für die Steuerzahler auf eins hinaus. Da sodann dieser höhere Ertrag nur durch richtigere Einschätzungen, nicht aber durch Erhöhung der von den Einkommen erhobenen Procentsätze erzielt wird, und letztere im Vergleich zu den Communalabgaben anderer Städte keineswegs hoch bemessen sind, überdies aber ein Erlass, welcher in Zukunft voraussichtlich nicht beizubehalten wäre, durchaus unräthlich erscheinen muß, so richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen,

zu genehmigen, daß auch für die zweite Hälfte d. J. der volle Betrag der ausgeschriebenen Communalsteuer erhoben werde.

Die Commission theilt die Erwägungen des Magistrats und schließt sich diesem Antrage unbedingt an.

Herr Bracke hätte allerdings sehnlichst gewünscht, daß es möglich gewesen wäre, den angestrebten Erlass eintreten zu lassen. Nach den Mittheilungen des Magistrats indessen sei dazu die Sachlage in der That nicht angethan, und dieser Erkenntniß müsse denn auch er, obgleich mit größtem Widerstreben, sich fügen.

Gegen einzelne Angaben der Vorlage freilich vermag Redner gewichtige Bedenken nicht zu unterdrücken. So glaubt er nicht, daß die projectirten Wegebauten noch in diesem Jahre sämmtlich zur Ausführung kommen werden und schon jetzt in Rechnung zu stellen seien. Auch werde man zweifeln können, ob manche derselben so unumgänglich nöthig, daß ihrethalben Anderes, und vor allem das so überaus große und dringende Bedürfnis nach neuen Schulen hintangeseht werden dürfte. Auf alle Fälle aber enthalte der vorhandene Nothstand für ihn eine Mahnung mehr, an seinem Theile thunlichst darüber zu wachen, daß die städtischen Mittel fortan nur für das Allernothwendigste in Anspruch genommen werden.

Herr Oberbürgermeister Caspari acceptirt mit Genugthuung das Zugeständnis, daß der Antrag des Magistrats lediglich der Sachlage entspreche. Wenn dieses Zugeständnis dem Herrn Vorredner schwer geworden, so müsse er ihn doch bitten, nur das Eine ins Auge zu fassen, daß keineswegs eine Steuererhöhung eingetreten sei und zu solcher auch keinerlei Veranlassung vorliege. Was man dies Jahr ins Werk gesetzt habe, eine möglichst genau nach dem wahren Einkommen der Steuerpflichtigen bemessene Veranlagung, das sei nichts anderes als was schon längst hätte geschehen sollen. Auf eine Steuerermäßigung hätten also nur allenfalls diejenigen Personen Anspruch, welche vordem im Verhältniß zu anderen zu hoch veranlagt waren; ein positiver Fehler würde es sein, wenn man sich zu einem Steuerabsatz durch die Rücksicht darauf bewogen fände, daß einzelne Personen, die bisher unverhältnismäßig niedrig veranlagt waren, nunmehr endlich sachgemäß behandelt würden. Durch die Wahrnehmung, daß die Stadt viele Ausgaben habe und die Mittel nicht ganz in der erwarteten Weise fließen, fühle Herr Bracke sich zu verdoppelter Wachsamkeit in Sachen des städtischen Haushalts verpflichtet. Im ganzen sei dies unstreitig ein durchaus richtiger Grundsatz; allzu engherzig aber dürfe man denselben doch wohl nicht handhaben. Eine Stadt wie Braunschweig könne sich eben nicht in allen Stücken auf den Standpunct kleinerer Gemeinwesen stellen, sie müsse auch eine Art Anstandspolitik beobachten, und diese bringe es gelegentlich mit sich, daß man gewisse Ausgaben mache, auch wenn deren Unterlassung nicht gerade die geordnete Existenz des Gemeinwesens in Frage stelle. Und derart sei denn auch die Lage unserer Stadt keineswegs, daß sie auf die Erfüllung ihrer Ehrenpflichten verzichten müßte.

Herr Bracke. Es werde nicht zu leugnen sein, daß man zu einer strengeren Veranlagung vornehmlich deswegen geschritten, weil sich das Bedürfnis nach reicheren Mitteln geltend gemacht habe: ohne diese Nothigung, würde es vielleicht noch länger bei der alten Weise sein Bewenden gehabt haben. Natürlich aber stelle sich die veränderte Veranlagung den meisten Steuerpflichtigen als eine Steuererhöhung dar, welche von selbst die Frage aufdränge: was haben wir davon? Unter diesen Umständen müsse es denn allerdings als das einzig Richtige erscheinen,

für das Nothwendigste immer zuerst zu sorgen. Und da seien vor allem auf dem Gebiete des Schulwesens so enorme Verpflichtungen zu erfüllen, daß es sich schwerlich rechtfertigen ließe, wenn die städtischen Mittel vorweg zu Gunsten anderer minder dringlicher Aufgaben verwendet würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Die Meinung des Magistrats gehe auch keineswegs dahin, die Ausgaben für das Schulwesen irgendwie einzuschränken. Richtiger als die von dem Herrn Vorredner geforderte Enthaltensamkeit sei aber jedenfalls, das Eine zu thun und das Andere nicht zu lassen, und an Mitteln dazu werde es der Stadt, wie gesagt, voraussichtlich nicht sobald gebrechen.

Damit wird die Discussion geschlossen, und beschließt alsdann die Versammlung in Gemäßheit des Magistratsantrages.

Endlich, im vierten Theile des Schreibens vom 13. Juni, trägt der Magistrat Folgendes vor:

Bei der bedeutenden Ausdehnung unserer Stadt und deren erfreulicher Bevölkerungszunahme ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alljährlich neue Ausgaben gemacht werden müssen, nicht nur zur Befriedigung augenblicklicher Bedürfnisse, sondern auch für solche Anlagen, die, wie z. B. neue Schulbauten, zugleich den folgenden Geschlechtern zu gut kommen. Diese Ausgaben nun werden, wie schon an einer frühern Stelle angedeutet wurde, nicht von den laufenden Einnahmen, sondern mit Hilfe von Anlehen zu decken sein, zu deren Verzinsung und Amortisation eine angemessene Summe in den Etat aufgenommen werden muß. Damit aber hierbei die Uebersicht über die finanziellen Verhältnisse der Stadt nicht verloren gehe, scheint es dem Magistrate nothwendig, den jährlichen Etat in zwei Abtheilungen aufzustellen, eine für die regelmäßig wiederkehrenden und nur den Bedürfnissen der Gegenwart dienenden Ausgaben, zu denen also die Mittel, soweit die currenten Einnahmen der Stadt nicht ausreichen, durch die Communalsteuer herbeizuschaffen sind; die andere für solche Ausgaben, die auch zum Besten der Zukunft gemacht werden, und zu deren Bestreitung nach und nach abzutragende Capitalien angeliehen werden können. Die zu deren Verzinsung und Amortisation erforderlichen Mittel bilden dann eine Position jener ersten Abtheilung des ordinären Etats, in welchem überdies zu Behuf der unvermeidlichen Ausgaben für nicht vorherzusehende außerordentliche Bedürfnisse ein angemessenes Extraordinarium aufzunehmen ist. Für die so geordnete Etataufstellung sucht der Magistrat um die Zustimmung der Versammlung nach,

welche auf Empfehlung der Commission ohne weiteres ertheilt wird,

indem die durch Herrn Steinau angeregte Frage, ob es nicht zweckmäßig sein dürfte, daß am Schlusse der Stadtkassenrechnungen alljährlich eine Vermögensbilanz der Stadt aufgeführt werde? späterer Erwägung vorbehalten bleibt.

Da Herr Schöttler den Verhandlungen einer Reise halber nur noch kurze

Zeit bewohnen kann, und sonach die Versammlung fernerhin nicht mehr beschlußfähig sein wird, müssen die übrigen Gegenstände der Tagesordnung ausgesetzt werden und gelangen auf Wunsch des Magistrats nur noch

II. die in einem Schreiben vom 27. Juni vorliegenden Anträge auf gewisse Erweiterungen des städtischen Wasserwerks zur Erledigung. Namens der Finanzcommission berichtet darüber Herr v. Seckendorf:

Wie der Versammlung schon wiederholt zur Kenntniß gebracht ist, bedarf das städtische Wasserwerk, um allen Anforderungen genügen, und namentlich gutes gereinigtes Wasser zu jeder Zeit in reichlichem Maße liefern zu können, noch verschiedener Ergänzungen. Zwar hat sich inzwischen die von Herzoglicher Landesregierung eingesetzte Commission in Betreff des bekanntlich vor einiger Zeit angeregten Project's, Wasser vom Harze vermittle des natürlichen Gefälles nach unserer Stadt zu leiten, günstig ausgesprochen, und würden, falls dieses Unternehmen zur Ausführung gelangte, jene Vervollständigungsanlagen an der städtischen Wasserkunst überflüssig werden und große Kosten zu ersparen sein, weswegen der Magistrat denn auch für rathsam hält, davon bis zu definitiver Entscheidung der erwähnten Commission noch abzusehen. Da aber hierüber noch längere Zeit verfließen und eventuell auch die Ausführung des Project's mehrere Jahre erfordern wird, der Wasserconsum aber schon im verflossenen Jahre die Leistungsfähigkeit der Maschinenkraft auf Stunden fast erschöpft hatte und in diesem Jahre voraussichtlich noch mehr zunehmen wird, so hatte die Direction auf eine dritte Hebemaschine angetragen, durch welche die Leistungsfähigkeit des Wasserwerks um zwei Drittel gesteigert werden würde. In Anbetracht indessen, daß die Anschaffung der Maschine selbst sowie die Vergrößerung des Kesselhauses, die Erbauung eines neuen Maschinenhauses und andere nothwendige Vorrichtungen einen Aufwand von 65,000 bis 70,000 fl erfordern würde, wird nunmehr vorgeschlagen, zunächst nur in den vorhandenen beiden Dampfmaschinen die vorhandenen Pumpen gegen größere auszuwechseln, wodurch bei einem Kostenaufwande von nur 7000 fl die Leistungsfähigkeit des Werkes um ein Viertel erhöht werden kann. Der Magistrat schließt sich diesem Vorschlage an, empfiehlt die Verwilligung der erforderlichen 7000 fl und giebt anheim zu gestatten, daß diese Summe nöthigen Falls gegen Verzinsung mit $4\frac{2}{5}$ Procent aus der Stadtkasse vorgeschossen werde.

Seitens der Commission ebenfalls zur Annahme empfohlen, werden diese Anträge von der Versammlung ohne Debatte genehmigt, und damit die Sitzung geschlossen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 195. Stücke der 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 10.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 21. August 1873.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Bräse, Graf Görz-Brisberg, Götte, Jasper, Lucius, Reuter, Solmiz. Gegen Schluß der Verhandlungen beurlaubt die Herren Schöttler und Steinau.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Verhandlungen, indem er constatirt, daß die auf den 14. d. M. anberaumt gewesene Sitzung hat ausgesetzt werden müssen, weil — zum Theil erst nach Erlass der betreffenden Bekanntmachung — nicht weniger als zehn Abmeldungen eingegangen waren, die Versammlung also nicht beschlußfähig wurde. Es hatten sich für das Mal nämlich entschuldigt die Herren Bock, Braese, Graf Görz-Brisberg, Götte, Jasper, Kellner, Lucius, Meyer, Schöttler, Solmiz.

Zur Genehmigung liegen die Protocolle vom 26. Juni und 24. Juli vor.

In ersterem wird es zunächst als Druckfehler anerkannt, daß S. 16 die Forderung für den Morgen des zur Anlage einer Verbindung zwischen dem Gliesmaroder Fußwege und der Straße nach Gliesmarode zuerst ins Auge gefaßten Terrains zu 600 \mathcal{F} angegeben ist, während selbige vielmehr auf 6000 \mathcal{F} lautete.

Ferner trägt Herr Schwarzenberg vor: Nachdem am 26. Juni beim ersten Gegenstande der dormaligen Tagesordnung auf Antrag des Herrn Haake die

Erhöhung der Remunerationen für die beiden Religionslehrer an den unteren Bürgerschulen auf die Zeit vom 1. Januar d. J. ab verwilligt worden, habe die Schulcommission hinsichtlich der weiterhin an siebenter Stelle zur Verhandlung gekommenen Zulage für die zwölf Elementarlehrer an den mittleren und unteren Bürgerschulen von vornherein einen gleichen Antrag gestellt und dem entsprechend die Versammlung Beschluß gefaßt, wonach denn die Angabe auf S. 15 des Protocolls einer Berichtigung bedürfe.

Seitens der Versammlung wird diese Ausstellung als begründet anerkannt und eine berichtigende Zuschrift an den Magistrat angeordnet, im Uebrigen dann aber das Protocoll vom 26. Juni genehmigt.

In Betreff des Protocolls vom 24. Juli bemerkt Herr Oberbürgermeister Caspari, daß die S. 11 Z. 5 v. o. angezogene Bestimmung der rev. St.-D. nicht in § 156 sondern in § 146 derselben enthalten ist.

Herr Bock findet zu erinnern, daß das Protocoll vom 24. Juli noch nicht officiell zur Vertheilung gekommen.

Der Herr Vorsitzende hält dem entgegen, daß die officiële Veröffentlichung der Protocolle mit den Braunschweigischen Anzeigen erfolgt, das fragliche Protocoll aber der heutigen Nummer derselben beigelegt hat.

Ferner vermißt in diesem Protocolle Herr Bock eine Aufführung der erst nach vier Uhr erschienenen Herren. § 2 der Geschäftsordnung schreibe vor, daß die Verhandlungen 15 Minuten nach der in der Einladung bezeichneten Zeit beginnen sollen. Demzufolge hätte am 24. Juli die Sitzung um 4 Uhr eröffnet werden müssen; da gleichwohl 5 Minuten nach 4 Uhr erst dreizehn Stadtverordnete anwesend, die Versammlung also noch beschlußunfähig gewesen, so habe er sich entfernt, weil er es seiner Würde nicht angemessen finden könne, in Gesellschaft derjenigen Herren, welche sich an den gegen ihn gerichteten Beschlüssen vom 23. Mai und 4. Juni v. J. betheiligt haben, auch nur eine Minute länger zuzubringen als er gesetzlich verpflichtet sei. Herr Bock bittet, daß von dieser seiner Erklärung in dem heutigen Protocolle Act genommen werde.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß der Vermerk des vorliegenden Protocolls über die Entfernung Herrn Bocks durchaus der Wahrheit entspreche, zu einer Reclamation also keinen Anlaß biete. Uebrigens sei zu bemerken, daß laut § 2 der Geschäftsordnung die Sitzungen nach Verlauf der angegebenen Frist zu eröffnen sind, sofern die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern erschienen. Wenn dies inzwischen noch nicht geschehen, so bleibe dem Vorsitzenden unbenommen, die Frist zu verlängern, und ebenfalls nach § 2 der Geschäftsordnung dürfe Niemand sich ohne Angabe eines genügenden Grundes entfernen, bevor der Schluß der Sitzung

ausgesprochen sei. Demnach fasse er die soeben vernommene Bemerkung dahin auf, daß Herr Bock seine Entfremdung nachträglich entschuldigen wolle.

Herr Bock. Nicht entschuldigen, sondern motiviren.

Der Herr Vorsitzende. Die Versammlung werde keinen Werth darauf legen, daß festgestellt werde, ob Herr Bock sich mit oder ohne Entschuldigung entfernt habe, und sonach könne darüber wohl hinweggegangen werden.

Das Protocoll vom 24. Juli wird hierauf ebenfalls genehmigt.

In einem Schreiben vom 14. d. M. hat Herr Agent Rothdurst dauernder Kränklichkeit halber und unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes gebeten, ihn des durch die Wahl am 26. Juni ihm zuertheilten Amtes als Mitglied der Commission für die Grundsteuereinschätzungen zu entbinden. Nach dem Erachten des Herrn Vorsitzenden wird diesem Ersuchen unter den obwaltenden Umständen stattzugeben und demnach zu einer Ergänzungswahl zu schreiten sein, womit die Versammlung sich einverstanden zeigt.

Von Seiten des Magistrats ist unterm 14. d. M. ein Schreiben eingegangen, laut dessen in Folge des Beschlusses der Versammlung vom 20. März d. J. bei dem Braunschweigischen Ministerresidenten in Berlin, Geh. Rath von Liebe angefragt ist, ob eine gesetzliche Regelung der Frage wegen Veranlagung der Militairpersonen zur Communalsteuer etwa durch das neue Militair-Organisationsgesetz bereits in Aussicht genommen, oder ob eine abermalige Anregung von hier aus rathsam sei und einen Erfolg verspreche. Gleichzeitig hat der Magistrat in Erfahrung zu bringen gesucht, was in jener Angelegenheit seitens der Städte Dresden, Darmstadt, München, Stuttgart, Karlsruhe geschehen ist oder beabsichtigt wird. Aus Darmstadt und Karlsruhe ist keine Antwort erfolgt. In Stuttgart und München, wo die Bundesverordnung vom 24. December 1868 nicht eingeführt ist, werden die Militairpersonen nach Maßgabe der Landesgesetze zu den Communalabgaben herangezogen. Nur Dresden hat beim Bundesrathe und beim Reichstag nochmals an Erledigung der Sache gemahnt und den hiesigen Magistrat eingeladen, sich an diesem Schritte zu betheiligen. Inzwischen aber war von Herrn Geh. Rath v. Liebe die Mittheilung eingegangen, daß die Regulirung der ganzen Angelegenheit durch das in Vorbereitung begriffene Militairgesetz erfolgen werde, dessen Entwurf gleichfalls im Sinne der gedachten Bundesverordnung die Befreiung der Militairpersonen von den Communallasten ausspreche. Beides hat mündlich der hiesige Reichstagsabgeordnete bestätigt und dabei sich dahin geäußert, daß eine Eingabe von hieraus keinesfalls besondere Verhandlungen hervorrufen werde, daß aber bei den bezüg-

lichen Reichstagsverhandlungen eine energische Vertretung des gemeindlichen Interesses von verschiedenen Seiten zu erwarten stehe. Nach alledem hält der Magistrat eine Wiederholung seiner früheren Anträge für überflüssig.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß nichts im Wege stehen werde, über diesen Gegenstand sofort und zwar in Uebereinstimmung mit dem Magistrate schlüssig zu werden.

Herr Steinau hingegen sieht keinen Grund, weshalb nicht hier ebenio wie in Stuttgart und München ohne Rücksicht auf jene Bundesverordnung mit Veranlagung der Militairpersonen sollte vorgegangen werden. Falls dann die so eingeschätzten Steuerbeträge sich als inerigibel erweisen sollten, werde wenigstens die Höhe der unterdrückten städtischen Forderungen constatirt sein. Er halte deshalb den früher von ihm in diesem Sinne gestellten Antrag aufrecht.

Der Herr Vorsitzende überweist hiernach den Gegenstand zur weiteren Berichterstattung an die Statutencommission.

Hierauf, der Tagesordnung gemäß,

I. berichtet namens der Finanzcommission Herr von Seckendorf, daß laut eines Schreibens vom 21. Juli der Magistrat vom Vorstande des Bürgervereins benachrichtigt ist, wie letzterer, falls nicht die städtischen Behörden die Anordnungen zu der diesjährigen Feier des Tages von Sedan selbst zu treffen vorziehen sollten, zur Leitung dieser Festlichkeit bereit ist und zu dem Ende bereits ein Comité gewählt hat, welches zunächst das Programm entwerfen und dem Magistrate zur Begutachtung vorlegen wird. Die Kosten der beabsichtigten Veranstaltungen sollen durch freiwillige Beiträge gedeckt werden; zum Ermessen des Magistrats ist gestellt, ob und inwieweit städtische Mittel dafür zu verwilligen sind. Wie in den Vorjahren ist der Magistrat auch heute noch der Ansicht, daß dieses Fest lediglich aus dem freien Willen und der lebendigen Theilnahme der Bevölkerung hervorgehen, nicht aber von den Behörden angeregt werden muß; er hält es daher für angemessen, daß nicht der Magistrat als solcher sondern ein aus freier Wahl der Bürger hervorgegangenes Festcomité das Erforderliche veranlasse. Andererseits findet es der Magistrat durchaus in der Ordnung, daß die Gemeinde einen angemessenen Beitrag zu den Kosten leiste, und giebt demnach anheim, für diesen Zweck bis zu 200 \mathfrak{M} aus der Stadtkasse zur Verfügung zu stellen. Unter den beiden Mitgliedern, welche z. Z. allein die Finanzcommission vertreten, ist eine Einigung über diesen Gegenstand nicht erfolgt, weshalb der Herr Referent denselben ohne Votum lediglich zur Kenntniß der Versammlung bringen kann.

Herr Steinau wiederholt seine schon in der Commission abgegebene Erklärung

rung, daß er für seine Person in vorliegendem Falle auch nicht einen Groschen
 verwilligen werde. Redner hält diese Sedanfeier für kein Nationalfest, noch glaubt er,
 daß sie es jemals werden könne. Daß der Jubel allgemein war, als vor drei
 Jahren die Nachricht von dem Siege am 2. September eintraf, sei allerdings
 natürlich gewesen: habe man doch hoffen dürfen, damit am Ende des Krieges zu
 stehen. Diese gerechte Hoffnung aber sei durch Schuld der herrschenden Kriegs-
 partei zu Schanden geworden. Während der Anstifter des Krieges, der Mann,
 welcher durch Mord und Meineid zur Herrschaft gelangt war und zwanzig Jahre
 lang durch eine ränkevolle Politik den Frieden Europas gestört hatte, nicht wie ein
 Feind sondern wie ein guter Freund behandelt wurde, habe man den Krieg gegen
 das französische Volk, unter Strömen von Blut und wahrlich nicht zum Heile
 Deutschlands, um der Eroberung zweier Provinzen willen fortgesetzt und so das
 gute Recht, welches den deutschen Waffen bis zum Tage von Sedan zur Seite ge-
 standen, in ebenso klares Unrecht verkehrt. Solche Erfolge feiern, heiße sich an
 eitler Gloire berauschen. Das deutsche Volk aber habe ganz andere Dinge zum An-
 laß seiner Nationalfeste zu nehmen: Nationalfeste seien nur da am Plage, wo sich
 alle Parteien eines Volkes mit gleicher Freudigkeit dazu vereinigen können, vor allem
 also wo es sich um das Gedächtniß einer Mehrung der Volksrechte handle. Wie
 weit aber in dieser Hinsicht die gegenwärtige Reichsregierung selbst hinter den
 mäßigsten Anforderungen zurückbleibe, das zeige sich aufs schneidendste in der unwür-
 digen Behandlung, welche sie den Volksvertretern, zumal der ihr nicht dienstbaren
 Parteien, im Reichstage gelegentlich angedeihen lasse, das erfahre in diesem Augen-
 blick auch unser städtisches Gemeinwesen durch den rechtswidrigen Eingriff in ihr
 Besteuerungsrecht, welcher soeben Gegenstand der Berathung gewesen. Daher habe
 unsere Commune als solche keine Veranlassung, an der Feier des 2. September
 theilzunehmen oder gar mit ihren für communale Zwecke bestimmten Mitteln
 ein Fest zu unterstützen, welches nur von einer kleinen Coterie ins Werk gesetzt
 werde; denn daß die Landesregierung mit dieser Coterie sich identificire, könne für
 die städtischen Behörden natürlich doch kein Grund sein, die einzig correcte Haltung
 aufzugeben. Und so werde denn Redner nicht nur selbst keinen Pfennig verwilligen,
 sondern auch, falls eine Majorität anders schlüssig werden sollte, dagegen nachdrück-
 lichst Protest erheben.

Der Herr Vorsitzende macht bemerklieh, daß ein derartiger Protest lediglich
 als Meinungsäußerung einer Minorität aufzufassen wäre, eine rechtliche Wirkung
 aber nicht haben würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari nimmt das Wort nicht in der Absicht,
 die Aeußerungen des Herrn Vorredners zu beantworten, da bei der Verschiedenheit

der einander gegenüberstehenden Grundanschauungen auf eine Ausgleichung und Verständigung doch nicht zu hoffen sei. Nur die Stellung, welche der Magistrat zu der vorliegenden Angelegenheit einnimmt, will Redner in der Kürze darlegen. Im verflossenen Jahre sei wie an alle städtischen Behörden Deutschlands so auch an die hiesigen ein von vielen bekannten und von achtungswerthen Personen unterzeichneter Aufruf ergangen, am 2. September eine Festfeier zu veranstalten, dies jährlich zu wiederholen um so den Tag zu einem allgemeinen Nationalfeste zu machen, nicht — wie ausdrücklich hervorgehoben wurde — um unsere Siege und Triumphe über die Franzosen zu feiern, was dem deutschen Character überhaupt widerstreben würde, sondern zu dankbarer Erinnerung an den glücklichen Ausgang des von Frankreich ohne Grund begonnenen Krieges und an die daraus hervorgegangene Wiederaufrichtung des deutschen Reiches. Der Magistrat theile nun vollständig die Ansicht, daß dieser glückliche Ausgang und die segensreichen Folgen des Krieges durch ein Nationalfest in der Erinnerung der Deutschen lebendig zu erhalten seien, könne auch nicht für angemessen halten, eine Erörterung darüber eintreten zu lassen, ob hierzu der 2. September oder der 10. Mai als Tag des Friedensschlusses geeigneter sei, weil einmal durch einen solchen Streit der Gedanke eines allgemeinen Nationalfestes voraussichtlich beeinträchtigt werden müßte, sodann aber der 2. September zu einem Volksfeste im Freien offenbar geeigneter sei als der 10. Mai, und endlich auch sich nicht verkennen läßt, daß ein dergartiges Fest, um wirklich ein allgemeines deutsches Fest zu werden, an einem bei allen Deutschen in lebendigster Erinnerung lebenden besonders wichtigen Tage des Krieges abgehalten werden müsse, wie in gleicher Weise die Erinnerung an die Befreiungskriege und deren glückliches Ende ein halbes Jahrhundert lang an den Tagen der Schlachten bei Leipzig und Waterloo gefeiert worden. Demnach habe der Magistrat sich zunächst an Herzogliche Landesregierung mit dem Ersuchen gewandt, den 2. September zum Festtage zu erklären und einen Dankgottesdienst an demselben anzuordnen, welchen Anträgen Herzogliche Landesregierung durch die Verordnung vom 17. August v. J. willfahret. Das beabsichtigte Volksfest konnte nach der Ansicht des Magistrats obrigkeitlich nicht angeordnet werden; als sich dann aber zu dessen Anordnung und Leitung ein Comité gebildet, und dieses von der Stadt einen Zuschuß zu den größtentheils durch freiwillige Beiträge gedeckten Kosten erbat, hat der Magistrat dieses Anliegen unterstützen zu müssen geglaubt, weil die große Mehrheit der Bewohner unserer Stadt den Bestrebungen des Comité zustimmte, und es nicht mehr als gerecht und in der Ordnung zu sein schien, daß die Stadt, welcher der glückliche Ausgang des Krieges nicht weniger zum Segen gereicht wie jedem Einzelnen, auch der Erinnerungsfeier desselben einen Geldbeitrag

zolle -- Auffassungen, denen dann auch die Stadtverordneten beigetreten, indem sie den beantragten Zuschuß verwilligt. Wie schon gesagt und wie es auch die vorjährige Festrede satzsam betont, gelte dies Fest nicht dem über die Franzosen errungenen Siege, der wegen der schweren Opfer mit denen er erkauft werden mußte, nie der Gegenstand einer freudigen Feier sein könne; vielmehr solle es lediglich die Freude darüber bezeugen, daß die Schrecken des Krieges den Deutschen Gluren fern geblieben sind, daß Deutschland zu dem Verluste so vieler tapfrer Männer nicht noch die Leiden des Besiegten zu tragen gehabt hat, und daß in unmittelbarer Folge dieses Krieges ein mächtiges deutsches Reich wieder aufgerichtet ist. Dies alles aber mit freudigem Dank anzuerkennen, könne Niemand Bedenken tragen, der es mit dem Vaterlande wahrhaft wohl meine und seine Vaterlandsliebe über andere Bestrebungen nicht eingebüßt habe; und solche Feier werde selbst ein Franzose den Deutschen nicht verargen können, zumal wenn er sich erinnere, wie wenig man von jeher in Frankreich Anstand genommen, einzelne Siege über die Deutschen durch Denkmäler und mit anderen Mitteln zu verherrlichen, ohne Rücksicht darauf, ob das Gefühl der Deutschen dadurch verletzt wurde. In diesem Sinne also und von diesen Erwägungen geleitet, habe der Magistrat auch dies Jahr wieder den vorliegenden Antrag gestellt. Gegen den Vorwurf einer Vergeudung der städtischen Mittel werde den Magistrat schon die Geringfügigkeit der angeforderten Summe sicher stellen, zumal da in sehr vielen anderen Städten, selbst solchen, die sich im verflossenen Jahre noch jeder Feier enthalten haben, sämtliche Kosten auf die Stadtkasse übernommen seien. Da weitere Erörterungen schwerlich noch von Einfluß auf die Beschlußfassung sein dürften, ersucht Redner die Versammlung, nunmehr ohne weiteres zur Abstimmung schreiten zu wollen.

Herr Bracke. Allerdings dürfte er füglich auf jedes fernere Wort in dieser Sache verzichten, im voraus überzeugt, wie in der That auch er es sei, daß die Versammlung dem Magistratsantrage zustimmen werde. Als Stadtverordneter indes fühle er sich doch ebenfalls verpflichtet, an dieser Stelle die sehr ernsthaften Gründe zu entwickeln, welche ihm verbieten, für die beabsichtigte Komödie auch nur einen Dreier zu verwilligen. Vor allem habe die Stadt, wie es die jüngste Steuererhebung hinlänglich erwiesen, alle Ursache sparsam zu sein. Redner erinnert an die in einer der letzten Sitzungen gekennzeichneten Nothstände der Volksschulen; er könnte Mittheilung in Betreff der Präparandenanstalt machen, aus denen hervorgehen dürfte, wie ungenügend man städtischerseits mit der Verpflichtung zur Ausbildung der Volksschullehrer sich immer noch abfinde. Am allerwenigsten aber liege eine Veranlassung vor, städtische Gelder für ein Fest wie das hier in Frage stehende zu verwilligen. Allenfalls denkbar wäre dies, wenn etwa die gesammte

Bürgerschaft darauf dränge. Das aber sei keineswegs der Fall: nur eine Partei betreibe dies Fest, andere wollen nichts davon wissen. Denn daß der Bürgerverein nicht die ganze Bürgerschaft repräsentire, sondern eben nur eine Partei, und zwar eine namentlich innerhalb der dritten Wählerklasse in entschiedener Minderheit befindliche Partei, darüber könne nach den letzten Wahlen doch kein Zweifel mehr bestehen. Wenn nun der Bürgerverein den zweiten September feiern wolle, so sei Redner der Letzte, der ihm das Recht dazu bestreiten möchte: möge jede Partei in vollster Freiheit ihre Feste feiern wie und wann es ihr beliebe. Wohl aber müsse dann der Bürgerverein auch selbst dafür aufkommen und nicht verlangen, daß aus der Stadtkasse, also auf Kosten der gesammten Bürgerschaft, die Kosten tragen geholfen werde. Es sei zwar nicht zu befürchten, daß die Partei, der Redner anzugehören die Ehre habe, jemals mit solchem Anspruch auftreten möchte; denn obgleich viel ärmer als die Mehrzahl der Leute, welche die Sedanfeier betreiben, seien die Arbeiter doch viel zu stolz, um auf anderer Leute Kosten Feste feiern zu wollen. Gesetzt aber, die Socialdemokraten forderten einmal für irgend eins ihrer Parteifeste einen Beitrag aus der Stadtkasse: welch ein Geschrei würde dann von allen Seiten erhoben werden! Und doch hätten sie zu solch einer Forderung augenscheinlich genau soviel Recht wie im vorliegenden Falle die Nationalliberalen. Wenn trotzdem die städtischen Behörden dem gegenwärtigen Anliegen des Bürgervereins willfahrten, so stellen sie sich damit einfach auf Seite der nationalliberalen Partei. Freilich sei dergleichen in Braunschweig nichts Neues mehr: wenn einmal die Arbeiter einen Umzug halten und ihre Macht zeigen wollen, so werde das durch polizeiliches Verbot gehindert; für die Sedanfeier, welche nachgewiesener Maßen auch nichts anderes als eine Parteisache, erwärmen sich die Behörden und der Herr Polizeidirector stelle sich an die Spitze des Treibens. Dies aber sei eben eine schreiende Ungerechtigkeit und nur eine Schattenseite mehr an diesem Feste. Im Kampfe der politischen Parteien sollten die Behörden sich völlig passiv verhalten, nicht dieser oder jener förderlich sein, sondern jeder gleiches Recht zugestehen, und wenn im vorliegenden Falle nichtsdestoweniger Magistrat und Stadtverordnete sich dazu hergeben, den Nationalliberalen eine Parteifeyer zu erleichtern, so lasse sich dies nur als eine unbegreifliche Verkennung ihres Berufes kennzeichnen. Zur Rechtfertigung dieses Verfahrens mache der Herr Oberbürgermeister die nationale Bedeutung des letzten Krieges geltend, er erkenne solche hauptsächlich in der Herstellung der deutschen Einheit, welche dieser Krieg ermöglicht habe. Nun wohl, die Einheit sei erreicht, aber die Einheit des Zuchthauses, der Kaserne, der Unterdrückung; von Freiheit nirgend eine Spur. Und doch habe man, so lange die Freiheit fehle, nicht weniger als Alles erst noch zu erringen. Wenn man aber den Tag von

Sedan bedeutungsvoll nenne, so sei er dies allerdings in hohem Maße; nicht aber im Sinne Derer, welche ihn mit einem Nationalfeste begehen möchten, sondern im Sinne der revolutionären Parteien; denn mit Naturnothwendigkeit habe dieser Tag die Pariser Commune nach sich gezogen — ein Zusammenhang freilich, welchen die Versammlung nicht begreifen würde, auch wenn Redner sich die Mühe geben wollte, ihn auseinanderzusetzen. Von dem deutschen Volke solle dieser Tag große Leiden abgewendet haben. Die Wahrheit sei vielmehr, daß über das deutsche Volk, indem man den Franzosen den gesuchten Frieden verweigerte und den Krieg fortsetzte, weil es auf die Eroberung von zwei Provinzen abgesehen war, erst seit diesem Tage die unendlichen Leiden seiner Wittwen, Waisen und Krüppel herein gebrochen seien. Und wie das Volk seiner Siege froh werde, davon habe Redner noch in den letzten Tagen ein trauriges Beispiel vor Augen gehabt. Es habe sich ihm ein Invalide vom 92. Regiment vorgestellt namens Müller, wohnhaft Scharnstraße 31. Bei Vendôme verwundet, dann am Typhus, an den Pocken, an der Lungenentzündung erkrankt, zwei Jahre lang durch siebenzehn Lazarette geschleppt und schließlich, ob schon mit einem Knochenfraß behaftet, als geheilt entlassen, sei dieser vordem gesunde und starke Mann bis vor Kurzem noch zu einer Arbeit bei der Cigarrenfabrication tauglich gewesen, welche mit einem Thaler wöchentlich gelohnt werde; jetzt könne er auch diese nicht mehr verrichten. An Militärpension habe er bisher 3 \mathfrak{R} , an sogenannter Kriegszulage 2 \mathfrak{R} monatlich bezogen; leht hin aber sei ihm angezeigt worden, daß erstere aus irgend einem Grunde künftig wegfallen werde. So sei er denn für seinen Unterhalt auf zwei Silbergroschen täglich angewiesen; als er sich an ihn, den Redner, wandte, hatte er seit vier Tagen nichts gegessen. Natürlich werde dem Manne geholfen werden, und der Herr Oberbürgermeister sei wohl nur mit Arbeiten zu sehr überhäuft gewesen, als er ihn dieser Tage kurz abgewiesen. So aber Sorge das deutsche Reich für die, welche für seine Herrlichkeit ihr Blut vergossen und ihre Gesundheit geopfert haben — dasselbe Reich, das Millionen und aber Millionen flüssig zu machen wisse, wenn es Festungen zu bauen und Kanonen zu gießen gelte! Redner schließt, indem er nochmals erklärt, für Feste wie das zum 2. September beabsichtigte auch nicht die kleinste Summe verwilligen zu können, solange Invaliden hungernd und unverorgt umherlaufen.

Da sich aus dem Zuhörerraume ein mehrstimmiges Bravo vernehmen läßt, erinnert der Herr Vorsitzende, daß Beifalls- oder Mißfallensbezeugungen an diesem Orte unzulässig seien.

Herr Oberbürgermeister Caspari berichtigt die ihn berührende Angabe des Herrn Bracke dahin, daß sich bei ihm allerdings ein Mann eingefunden habe,

der auf Grund seiner Kriegsdienste eine Unterstützung aus den Mitteln der Wilhelmstiftung in Anspruch nahm. Sachgemäß habe er denselben an Herrn Polizeidirector Meyer weisen müssen; von alle Dem, was soeben Herr Bracke über die Lage des Mannes vorgebracht habe, sei ihm nichts bekannt geworden.

Herr Bock. Auch er fühle sich verpflichtet, sein Votum in dieser Angelegenheit näher zu motiviren. Es widerstreite seinen Gefühlen, die Niederlage eines Feindes durch Freudenfeste zu feiern. Wo Völker gegen einander zur Schlachtbank geführt werden, gebe es der Thränen zu viel zu trocknen, als daß man an Stangenklettern, Sacklaufen u. dgl. einen patriotischen Gefallen finden könnte. Als Stadtverordneter halte er sich überdies nicht für berechtigt, in die Competenzen des Bundesraths einzugreifen, und gebe daher anheim, die Bewilligung von Geldern für Nationalfeste Herzoglicher Landesregierung zu überlassen. Für die Sedanfeier Gelder aus den Mitteln der Bürgerschaft zu verwilligen, lehne er daher ab; dagegen wolle er die Versammlung ersuchen, sich zur Feier des Tages und zu Ehren der bedürftigen Braunschweigischen Militärainvaliden und ihrer Familien an einer Subscription zu betheiligen, deren Ergebnis er demnächst veröffentlichen werde.

Herr Bock schickt sich an, den Subscriptionsbogen zunächst dem Herrn Vorsitzenden zu überreichen, welcher indeß die Annahme mit dem Bedeuten ablehnt, daß dies lediglich eine Privatsache Herrn Bocks und sonach an anderen Orten ins Werk zu setzen sei.

Herr Steinau. Der Herr Oberbürgermeister Caspari weise hin auf die Herstellung des einigen deutschen Reichs; ein solches aber bestehe nur der Firma nach, nicht in der That und Wahrheit: betrachte man u. a. nur die tiefgehenden Verschiedenheiten der noch gültigen Particulargesetzgebung und das Fest, mit welchem man in diesen Tagen zu Berlin bei Enthüllung des Denkmals zur Verherrlichung des Krieges von 1866 einen Schlag ins Gesicht der Süddeutschen zu führen im Begriff stehe. Wenn man die Schlachten bei Leipzig und Waterloo feiere, so seien das auch ganz andere Tage gewesen als der von Sedan: damals hatte Deutschland lange Jahre unter dem Joche der Fremdherrschaft geschmachtet, und seine endliche Befreiung war ein Werk des Volkes, dem sich die Fürsten, wie die Geschichte der Erhebung Ostpreußens nach der Convention von Tauroggen zur Genüge zeige, nur widerwillig und erst dann angeschlossen, als sie nicht anders mehr konnten. Die vermeintlichen Vortheile sodann, die der letzte Krieg den städtischen Gemeinwesen solle eingetragen haben, rechnet Redner für nichts; außer allem Zweifel aber stehe, daß Capitalrechte derselben, wie das der Besteuerung ihrer Angehörigen, von der neuen Reichsgewalt geschmälert werden. Nach dem Ausspruche des Herrn Oberbürgermeisters Caspari müßte Jeder, der es mit seinem deutschen

Vaterlande gut meine, der Feier des 2. Septembers zustimmen. Redner weiß wohl, daß ihn und seine Parteigenossen morgen das Tageblatt und Seinesgleichen wieder als Reichsfeinde verketzern werden. Daran aber seien sie bereits gewöhnt, und daß ihnen Deutschlands Wohl ebenso warm am Herzen liege als ihren Gegnern, daß sie dafür mehr Opfer gebracht haben und zu bringen bereit seien, dies Bewußtsein könne durch solche Angriffe nicht verkümmert werden. Und so solle denn nichts ihn hindern es nochmals auszusprechen, daß man, solange nicht alle Volksrechte gewonnen und sichergestellt sind, keine Nationalfeste zu feiern, sondern in Sad und Asche zu trauern habe.

Bei der hierauf -- und zwar auf Herrn Bracke's Antrag mündlich -- veranstalteten Abstimmung sprechen sich

gegen die beantragte Verwilligung die Herren Bock, Bracke und Steinau,

dafür die Herren Ehrenhard, Faillard, Flagge, Haake, Kellner, Kloss, Krone, Meyer, Munte, Peters, Pini, Red, Schöttler, Schwarzenberg, v. Seckendorf, Steinmann

aus -- Herr Faillard nachdem er zuerst sich der Abstimmung enthalten zu wollen erklärt hat, von dem Herrn Vorsitzenden aber über die Unzulässigkeit einer solchen Enthaltung aufgeklärt ist.

Die angeforderten 200 fl sind sonach mit sechszehn gegen drei Stimmen verwilligt.

Weiter

III. ist der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 27. Juni der Voranschlag für die Gasanstalt auf das Betriebsjahr 1873/74 zugegangen, welcher mit einer Einnahme von 117,132 fl , einer Ausgabe von 106,570 fl und folglich mit einem Ueberschusse von 10,562 fl abschließt und von Magistrat und Verwaltungsdeputation ohne Einwand zur Genehmigung empfohlen wird.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorf berichtet, schließt sich dem an,

worauf in gleichem Sinne ohne Discussion auch die Versammlung beschließt.

Sodann

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr Steinau, daß zufolge einem Magistratschreiben vom 3. Juli nach Revision der Cinquartierungsclassen-Rechnung vom Jahre 1872 deren Einnahme insgesamt 3777 fl 25 gr 8 A , ihre Ausgaben 8701 fl 20 gr 3 A betragen haben, mithin aus der Stadt

kasse ein Vorschuß von 4923 § 24 z 7 A hat geleistet werden müssen. Nach § 20 des Einquartierungsstatuts soll am Schlusse jedes Jahres von den städtischen Behörden Beschluß gefaßt werden, ob die ungedeckten Kosten durch directe Zuschüsse der Stadtkasse an die Einquartierungskasse oder durch eine besondere Einquartierungssteuer gedeckt werden sollen. Der Magistrat entscheidet sich wie in den früheren Jahren für ersteres, da dieser Modus mit den geringeren Schwierigkeiten verbunden ist und dabei zu dem nämlichen Resultate führt wie die Erhebung einer — nach § 21 des gedachten Statuts von den Steuerpflichtigen je nach Verhältnis ihrer Beiträge zur Communalsteuer aufzubringenden — Einquartierungssteuer. In Anbetracht, daß die finanzielle Lage der Stadtkasse diese Erleichterung der Bürgerschaft immerhin gestattet, spricht sich dafür auch die Finanzcommission aus. Zugleich jedoch stellt der Herr Referent die Frage, ob trotz der nunmehr in natura geleisteten Einquartierung auch die Servisgelder fortgehoben werden

Herr Oberbürgermeister Caspari verweist auf die über diesen Gegenstand schon mehrfach auch in der Versammlung vorgekommenen Verhandlungen. Magistrat und Stadtverordnete seien der Meinung, daß die Servisgelder seit Einführung der neuen Militärverfassung nicht mehr gezahlt zu werden brauchen. Da Herzogliche Landesregierung von anderer Ansicht ausgehe, sei von den städtischen Behörden schon vor längerer Zeit beschlossen worden, dieselbe im Wege des Processus zum Verzicht auf diesen Anspruch und zur Erstattung der inzwischen unbefugter Weise erhobenen Beträge anzuhalten.

Herr Peters, mit Führung dieses Processus beauftragt, fügt hinzu, daß die Klage der Stadt bei Herzoglichem Kreisgerichte bereits anhängig gemacht sei und über dessen Erkenntnis s. Z. sofort Bericht erfolgen werde.

Der Antrag des Magistrats wird von der Versammlung genehmigt.

Ferner

V. trägt namens der Statutencommission auf Grund eines Magistratschreibens vom 2. Juli Herr Peters Folgendes vor.

Nach dem Stadterweiterungsplane sollten die erste und zweite Maschtwete mit der Zeit erweitert und an ihrem Scheidepunkte ein freier Platz angelegt werden; doch ist dies Project vorläufig verschoben, weil zu seiner Durchführung zunächst der Ankauf des sub A ord. 2 an der ersten Maschtwete belegenen Bäfeschen Gartens erforderlich wäre und voraussichtlich beträchtliche Kosten verursachen würde. Nachdem vor kurzem aber der westliche Theil dieses Gartens an den Zimmermann Wilkens verkauft ist, welcher hier und auf seinem angrenzenden Garten mehrere Häuser zu erbauen beabsichtigt, habe sich dieser bereit erklärt, der Stadt von den für

2800 fl angekauften 34 \square Ruthen des Baseschen Grundstücks eine Parcelle von 18 \square Ruthen für 1482 $\frac{6}{17}$ fl , auch, falls dies angenommen wird, 22 \square Ruthen von seinem andern Grundstücke unentgeltlich zu überlassen und von ersgedachter, bis sie demnächst zu Straßenzwecken benutzt wird, eine jährliche Pacht von 5 fl zu bezahlen. Wenngleich nun das vorschwebende Project auch noch andere, einstweilen unthunliche Grunderwerbungen nöthig macht, ist doch der Magistrat mit dem Stadtbauamte der Ansicht, daß auf jene offenbar sehr billige Offerte einzugehen sei. Es wird daher beantragt, die provisorischen Verabredungen mit dem Zimmermann Willens definitiv zu genehmigen und den geforderten Kaufpreis aus der Begebaukasse zu verwilligen, der andrerseits dann das jährliche Pachtgeld von 5 fl wieder zu gut kommen würde. Die Commission empfiehlt diese Anträge zur Genehmigung.

Herr Bracke besorgt, es werde mit der heute beantragten Verwilligung nicht gethan, vielmehr die Verbreiterung der Maschwitzete im Princip einmal angenommen, noch viel größere Aufwendungen in der Folge unausbleiblich sein, Aufwendungen überdies, die zu dem möglichen Nutzen des Projects in keinem richtigen Verhältniß ständen. Denn für den heutigen sowohl wie für den in Zukunft etwa noch zu erwartenden Verkehr reiche die Maschwitzete in ihrer gegenwärtigen Breite ohne Zweifel vollkommen aus.

Der Herr Vorsitzende. Es handle sich eben um eine Verbreiterung nicht allein der ersten Maschwitzete, sondern auch und in erster Linie der zweiten, welche in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit für den Verkehr überall nicht brauchbar, weswegen denn ihre Ausweitung schon im Stadterweiterungsplane vorgesehen sei. Wenn nun jetzt, wo die Bebauung dieser Straße zwar noch nicht begonnen habe aber doch in Aussicht stehe, eine Offerte gemacht werde, welche die Ausführung des Projects ermögliche, so werde darauf um so mehr einzugehen sein, als den städtischen Behörden die Befugniß, Private zu Gunsten einer Straßenregulirung an der Bebauung ihrer Grundstücke zu hindern, von den Gerichten bekanntlich ab-erkannt werde, und sonach, falls die vorliegende Anforderung abgelehnt würde, auf die Verbreiterung der zweiten Maschwitzete überhaupt verzichtet werden müßte.

Der Magistratsantrag wird hierauf von der Versammlung angenommen.

Weiter

VI. trägt namens der Statutencommission Herr Peters vor:

Nach § 2 des Statuts vom 1. Juli 1870, die Erweiterung der Stadt Bräunschweig betreffend, darf innerhalb des Stadterweiterungsplanes die Ausführung neuer Anbauten und die Vergrößerung oder Veränderung schon bestehender künftig

nur unter der Voraussetzung geschehen, daß damit nicht gegen den gedachten Plan verstoßen wird; andernfalls soll nach § 45 das Stadtbauamt die Genehmigung zu solchen Anlagen versagen. Ferner sind die Eigenthümer des zur Erweiterung, Veränderung oder Verlegung der in § 3 erwähnten Straßen und Wege erforderlichen Grund und Bodens gegen volle Entschädigung zu dessen Abtretung verpflichtet; doch soll diese Entschädigung erst dann erfolgen, wenn nach Beschluß der städtischen Behörden das Terrain zu jenen Zwecken wirklich in Anspruch genommen wird.

Der Particulier Markworth hieselbst, welcher vor zwei Jahren drei am St. Leonhardsplaze belegene, nach dem Stadterweiterungsplane zu demnächstiger Erweiterung des Plazes bestimmte und somit unbebaut zu lassende Gartenparzellen von der Altenwiesergemeinde gekauft hat, bestreitet die Rechtsverbindlichkeit jener statutenmäßigen Beschränkungen und hat in einer gegen die hiesige Stadt erhobenen Klage beantragt, die Freiheit seiner qu. Gärten von derselben anzuerkennen und ihm zu gestatten, letztere als Baugrund zu behandeln. In dem mit Genehmigung der Versammlung vom Magistrate namens der Stadt aufgenommenen und durchgeführten Proceß ist diesseits besonders darauf hingewiesen, daß es sich hier um eine auf Grund der Städteordnung von den städtischen Behörden mit Genehmigung des Herzogl. Staatsministerii innerhalb der Grenzen der städtischen Autonomie erlassenes, daher gleichwie ein Gesetz formell rechtsverbindliches Statut handle, daß der Kläger außerdem einen Bauplan noch nicht vorgelegt habe, und somit nicht zu ermessen sei, ob er überall, event. in baupolizeilich zulässiger Weise, die Gärten zu bebauen beabsichtige.

Durch die in der Sache ergangenen Erkenntnisse erster und zweiter Instanz ist indessen festgestellt, daß die gedachten Beschränkungen für rechtsverbindliche nicht zu halten seien. Namentlich führt das Erkenntnis des dritten Senates Herzogl. Obergerichts aus, daß, wenngleich das Statut im wesentlichen baupolizeiliche und somit die Grenzen der städtischen Autonomie nicht überschreitende Vorschriften enthalte, für Gerichte und Landeseinwohner also bindend sei, dennoch das Verbot des Bauens von Grundstücken, welche demnächst einmal zu städtischen Zwecken in Anspruch genommen werden könnten, ohne vorgängige Expropriation und Regulirung der Entschädigungsfrage dem Landesgrundgesetze zuwiderlaufe, welches jedem Einwohner Sicherheit des Privateigenthums gewährleiste und letzteres nur gegen vorgängige volle Entschädigung zu Gemeindefzwecken in Anspruch zu nehmen gestatte. Hiernach enthalte die mehrgedachte Vorschrift des Statuts eine Abänderung des im hiesigen Lande geltenden Privatrechts, welche nur durch einen Act der Landesgesetzgebung, nicht im Wege städtischer Autonomie geschehen könne, und sei die Klage auf Beseitigung dieser Beschränkung, da solche den Charakter einer den betreffenden

Grundstücken auferlegten Servitut habe, ohne weiteres begründet. Die Frage aber, ob ein Statut den Landesgesetzen widersprechende Bestimmungen enthalte, sei der Richter, wenngleich dasselbe auf gesetzmäßigem Wege erlassen, seiner Cognition zu unterziehen befugt, da dem Statute nicht die Bedeutung von unbedingt bindenden Landesgesetzen beizumessen und die frühere Praxis des obersten Gerichtshofs, welche solches angenommen habe, in neuerer Zeit aufgegeben sei.

Es handelt sich nun um die Frage, ob gegen dieses Erkenntniß zweiter Instanz noch das außerordentliche Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde bei dem ersten Senate des Herzogl. Obergerichts verfolgt werden soll, oder ob die Stadt die Freiheit der klägerischen Gärten von der gedachten Beschränkung anerkennen will. Der Magistrat schlägt in einem Schreiben vom 2. Juli letzteres vor, und in der That scheinen dafür überwiegende Gründe zu sprechen. Denn es ist richtig, daß in neuerer Zeit auch der erste Senat Herzogl. Obergerichts in seiner Rechtsprechung von der Ansicht ausgegangen ist, daß die städtischen Statute nicht schon — wie das früher unbedingt angenommen wurde — durch Publication in verfassungsmäßiger Form die absolut bindende Kraft eines Landesgesetzes erhalten. Wenn nun aber der höchste Gerichtshof diese Ansicht, wie anzunehmen, wieder zu Grunde legt, so ist es mindestens höchst zweifelhaft, ob sein Urtheil über die Rechtsbeständigkeit der Vorschrift nicht dem des dritten Senats conform ausfällt. Da überdies durch eine Expropriation der klägerischen Gärten der Zweck der statutarischen Vorschrift jederzeit wieder erreicht werden kann, und volle Entschädigung unter allen Umständen gezahlt werden muß, so liegt auch kein erheblicher praktischer Grund vor, den Proceß fortzusetzen.

Die Commission beantragt daher,

die Versammlung wolle sich mit dem Antrage des Magistrats einverstanden erklären, daß derselbe — wie in dem Erkenntnisse erster Instanz verfügt worden — anerkenne, daß zur Zeit und solange nicht zur Expropriation des Eigenthümers geschritten wird, die Bebauung des fraglichen Areals keinen weiteren Beschränkungen unterliege als dies nach allgemeinen Grundsätzen bei jedem Baugrunde der Fall sei; zugleich aber den Magistrat ersuchen, in weitere Ueberlegung zu nehmen, auf welche Weise zur Verhütung ähnlicher Differenzen und zur Sicherstellung der Ausführung des Stadterweiterungsplans die betreffenden Vorschriften des Statuts zweckentsprechend abgeändert oder durch andere Bestimmungen ersetzt werden können.

Im Anschluß hieran theilt der Herr Vorsitzende mit, daß Herr Ehrenhard, in der Erwartung, die im letzten Theile des Commissionsantrages gegebene

Anregung werde eine Abhilfe der von ihm mehrfach zur Sprache gebrachten Uebelstände bewirken, auf eine weitere Verfolgung seines Antrags auf Einsetzung einer Specialkommission zur Vorberathung der nach dem Stadterweiterungsplane erforderlichen Straßenregulirungen vor der Hand verzichtet.

Herr Ehrenhard bestätigt dies, indem er den vorliegenden Markworth'schen Fall für seine Meinung geltend macht, daß bei früherem Einschreiten in der Weise wie man es jetzt beabsichtige viel Geld und mancherlei Weiterungen hätten erspart werden können. Dem Vernehmen nach habe Herr Markworth die in Rede stehenden Gärten i. Z. für 3200 ₰ gekauft; jetzt sollen dieselben auf 14,000 ₰ geschätzt und für 12,000 ₰ der Stadt zu Kauf angeboten sein. Redner stellt die Frage, wie der Magistrat demnach in dieser Sache weiter zu verfahren denke?

Herr Oberbürgermeister Caspari. Herr Markworth habe drei Vorschläge gemacht: Ankauf seiner drei Gärten seitens der Stadt für den Preis von 12,000 ₰, theilweise Abtretung oder Austausch des in Betracht kommenden Areals. Erstere Forderung scheine dem Magistrat zu hoch; wegen der anderen beiden Vorschläge könne sich derselbe nicht aussprechen, bevor nicht feststehe, ob Herzogl. Kammer auf gewisse dem Klostergute zu St. Leonhard zuständige Hütungsgerechtsame event. zu verzichten bereit sei.

Der Commissionsantrag wird hierauf ohne weitere Discussion von der Versammlung angenommen.

VII. Nach § 39 des Gesetzes vom 24. August 1869 ist die Einschätzung der zu jeder Feldmark gehörigen Grundstücke zur Grundsteuer in der Weise vorzubereiten, daß dieselben durch drei aus der Gemeinde zu wählenden Grundbesitzer nach den durch die Erfahrung bestätigten wesentlichen Verschiedenheiten ihrer Ertragsfähigkeit in angemessene Abtheilungen gebracht werden. Für die sechs Feldmarken hiesiger Stadt würde demnach durch die Versammlung eine Commission von 18 Mitgliedern aus den betreffenden Genossenschaften zu bestellen sein. Da indes nach einer Mittheilung Herrn Schwarzenbergs zunächst erst die Vermessung der Hägerener Feldmark soweit vorgerückt ist, daß dort mit den Einschätzungen der Anfang wird gemacht werden können, schreitet die Versammlung für heute nur zur Wahl von drei für diese Feldmark zu deputirenden Mitgliedern der Einschätzungscommission, und fällt dieselbe auf die Herren

Stadtverordneten Krone, Samenhändler Markworth und Defonomen Struck.

VIII. In der hierauf eintretenden Ergänzungswahl wird in die Commission

für Einschätzung der hiesigen Wohnhäuser zur Grundsteuer an Stelle des angezeigter
 Maßen zurückgetretenen Herrn Agent Rothdurft
 der Herr Hoffschlosser Rischbott
 bestellt.

IX. Bei Verathung der Frage, ob in die beabsichtigte neue Redaction der städtischen Bauordnung die Bestimmungen aufzunehmen, daß 1. jeder Bau an den Straßen und Plätzen der Stadt in Zukunft massiv aufgeführt, 2. die Baupolizei auch fernerhin nach ästhetischen Gesichtspuncten gehandhabt werden soll, hatte die Versammlung am 4. Juni 1872 für nöthig erkannt, daß zunächst die Meinung Sachverständiger namentlich darüber eingeholt werde, inwieweit der Massivbau sich theurer stelle als der Holzbau. Der Magistrat hat sich zu dem Ende an Herzogliche Baudirection und an die Architektenabtheilung des Kunstclubs gewandt, der auch ein großer Theil der hiesigen Bauhandwerksmeister angehören, und beider Gutachten nunmehr der Versammlung mit zwei Schreiben vom 8. Februar und 13. Mai zugehen lassen. Beide sprechen sich in Ansehung sowohl der einen als auch der andern Frage bejahend aus. Herzogl. Baudirection weist darauf hin, wie die zumal vor den Thoren unserer Stadt entstandenen Erweiterungsbauten, welche meist nach fast dorfmäßiger Schablone und ohne jedes Zeichen der Einwirkung der heutigen Kunst gestaltet sind, die bedauerliche Thatsache documentiren, daß Braunschweig in baulicher Hinsicht nicht nur hinter Städten desselben Ranges, wie dem vormals kleinern Hannover, sondern selbst hinter Städten wie Halberstadt und Quedlinburg, ja fast hinter Schöningen zurücksteht. Da in Folge dessen Braunschweig durch seine Bauweise gradezu berüchtigt zu werden anfängt, hält Herzogliche Baudirection es endlich an der Zeit, eine sachgemäße Verbesserung, Hebung und strengere Leitung dieser Verhältnisse eintreten zu lassen. Fachwerksbau scheint ihr nur ausnahmsweise und nur dann statthaft, wenn bei demselben auch den architektonischen und kunsthistorischen Forderungen Rechnung getragen wird. Zu Beantwortung der Frage nach dem zwischen beiden Bauweisen stattfindenden Preisverhältniß, hat Herzogliche Baudirection die Kosten der entsprechend ausgestatteten Straßenfront und der ganz schmucklosen Hoffront eines dem baulichen Charakter unserer Stadt conformen, doch nicht lururiös gehaltenen massiven Wohnhauses von der Beschaffenheit etwa des neuerdings in der Schuhstraße erbauten Schafschen Hauses, und eines Fachwerks Hauses wie das Ehlersche daselbst nach den heutigen Einheitspreisen berechnen lassen. Danach stellen sich die Kosten für den Quadratmeter straßenseitiger Facadenfläche bei Fachwerksbau auf 148 g, bei Massivbau auf 158 g und letzterer sonach nur um 7 % theurer als ersterer, ein Resultat, welches in der ungewöhnlichen Höhe

der Holzpreise und in der großen Menge der Holztheile an der in Betracht gezogenen Fagade seine Erklärung findet. Hossseitig kostet der gleiche Flächenraum Fachwerk c. 86 ge , Massivbau c. 110 ge , letzterer also um 28 % mehr. Berücksichtigt man aber noch den weit geringern Unterhaltungs- und Reparaturbedarf, die längere Dauer und größere Widerstands- und Schußfähigkeit massiver Fronten, so vermindert sich die Durchschnittsdifferenz für das angenommene Beispiel sogar bis auf 10 %. — Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auf anderm Wege die von der Abtheilung des Kunstclubs für Architektur angestellte Berechnung. Wenn trotzdem der Massivbau in hiesiger Stadt nicht schon ohne Zwang größere Verbreitung gewonnen hat, so erklärt sich dies daraus, daß die Speculation mit Neubauten hier meist in den Händen ganz kleiner Capitalisten ist, denen es vor allem darauf ankommt, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ein Gebäude hinzustellen, welches sie dann bei der zunehmenden Wohnungsnoth hoch vermietthen und der so sich ergebenden Rente nach möglichst bald mit verhältnißmäßigem Nutzen verkaufen, um alsbald in gleicher Weise weiter zu speculiren. Solche Unternehmer finden ihre Rechnung am besten, wenn sie ihre Neubauten so leicht als es sich irgend mit deren äußerem Ansehen und augenblicklicher Standfähigkeit verträgt, ausführen, im Grundmauerwerk auf die geringsten Dimensionen zurückgehen, überhaupt alles nur auf die Dauer des Zeitraums berechnen, während dessen sie im Besitz des Hauses bleiben müssen, auch eine möglichst kurze Bauzeit und möglichst baldige Nugbarmachung ihres Gebäudes erzielen. Allen diesen Bedingungen entsprechen natürlich am besten leichte Fachwerksgebäude, welche rascher und billiger als massive auszuführen sind und leichter austrocknen. Für solche würde denn auch die zu Grunde gelegte Berechnung, bei welcher eine solide Ausführung der in Frage stehenden beiden Bauarten vorausgesetzt ist, nicht zutreffen. Daß sich für solche Häuser dennoch Käufer finden, beruht zum Theil in der Beliebtheit, deren sich der Fachwerksbau in hiesiger Stadt allgemein erfreut, und mit Recht erfreut, soweit es sich um die aus früheren Jahrhunderten noch wohl erhalten dastehenden und in ihrer soliden und constructiven Bauweise unsere Straßen zierenden Häuser dieser Art handelt. Mit diesen aber haben die heutzutage aufgeführten Fachwerksgebäude keine Aehnlichkeit. Statt mächtiger, im Winter gefällter Eichenstämmen wird im Saße gehauenes Eichen- oder Tannenholz von geringer Stärke genommen. Die in starken durch Consolen unterstützten Balkenden übertretenden Stockwerke, in denen das Holzwerk vor Rasse möglichst geschützt lag, werden durch glatte Fagaden ersetzt, in deren ungeschützt liegende Fugen Regen und Schnee eindringen. Oft sucht man gar dem Fachwerk das Ansehen von Massivbau zu geben, indem man es mit Brettergesimsen bekleidet oder gar mit Puß überzieht. Derartigen Bauten kann man natürlich die Berechtigung der alten Holz-

Häuser nicht zugestehen, und auch das Publicum, welches den wesentlichen Unterschieden solider und unsolider Fachwerksbauten noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenkt, wird darüber durch die bei vielen neuen Häusern bald zu machenden schlimmen Erfahrungen belehrt werden, dann aber auch in Folge raschen Verfalls der jetzt noch gute Rente gebenden und danach bezahlten Gebäude die Einbuße manchen Capitals zu beklagen haben. Fachwerksbau würde ferner nach dem vorliegenden Gutachten in geschlossener Reihe schon der Feuergefährlichkeit halber unbedingt zu verbieten und nur ausnahmsweise für einzeln stehende Gebäude, wie leichte Fabriklocale, Schuppen, Ställe &c. in den Fällen zu gestatten sein, wo darunter die Feuersicherheit der Nachbarschaft augenscheinlich nicht leidet. Demnach wird empfohlen, den Mauerbau im allgemeinen für alle Baulichkeiten vorzuschreiben und von dieser Vorschrift nur da zu dispensiren, wo das entgegenstehende Interesse des Bauherrn mit den allgemeinen Interessen nicht in Widerspruch steht. — Hinsichtlich der ästhetischen Baupolizei spricht das Gutachten sich dahin aus, daß die einschlägigen Bestimmungen der jetzigen Bauordnung nicht nur nicht aufgehoben werden dürfen, sondern auch, namentlich soweit sie die Beobachtung der Schönheitsregeln bei Herstellung der Facaden bezwecken, strenger als bisher gehandhabt werden müssen, wenn nicht die allergrößten Unzulänglichkeiten die Folge sein sollen, wie solche zum Theil leider bereits zu beklagen sind. Unter dem Einflusse, welchen bei Bebauung der Promenaden Herzogl. Baudirection auszuüben im Stande gewesen ist, haben sich die baulichen Zustände dort im allgemeinen erfreulicher gestaltet als z. B. vor den Thoren der Stadt und dieser damit eine ihrer größten Zierden gegeben; auch die Eigenthümer aber wissen es der Behörde Dank, daß sie auf Durchführung der einfachsten ästhetischen Regeln gehalten und dadurch nicht nur eine erfreuliche Gesamtwirkung erzielt, sondern zugleich auch den einzelnen Häusern einen höhern Werth gegeben hat. Die Meinung des Bürgervereins: es werde nicht leicht vorkommen können, daß Jemand sich über den Geschmack seiner Mitbürger hinwegsetze und ein ganz unästhetisches Gebäude aufführe, können die Architekten des Kunstclubs im Hinblick auf so manche in den letzten Jahren namentlich vor den Thoren aufgeführten Gebäude nicht theilen. Wenn dagegen der Bürgerverein wünscht, daß zum Stadtbauamte außer dem Stadtbaumeister noch andere Architekten zugezogen werden, so stimmen sie diesem Wunsche schon um deswillen bei, weil dann die Entscheidungen des Stadtbauamts vom Publicum eher als unparteiisch werden angesehen und mit größerer Bereitwilligkeit befolgt werden, als wenn sie von einem einzigen technischen Mitgliede ausgehen, und weil man alsdann auch vollkommen sicher sein kann, daß die gewählten Architekten ebenso wenig wie der Stadtbaumeister wirklich unästhetische Bauten zulassen.

Der Magistrat schließt sich diesen Erwägungen an und giebt der Versammlung anheim, dem entsprechend zu den aufgeworfenen beiden Fragen Stellung zu nehmen. Ebendahin erklärt sich namens der Statutencommission Herr v. Secken-dorf, indem er die Ueberzeugung ausspricht, daß erträgliche Bauzustände in hiesiger Stadt nur mit Hilfe der vorgeschlagenen Bestimmungen zu erzielen sind.

Auf die Anfrage Herrn Munte's: ob die Meinung dahin gehe, den Massivbau für das ganze Stadtgebiet oder nur im Innern der Stadt vorzuschreiben?

erklärt der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß schon formell nach Maßgabe der Bauordnung kein Stadttheil von dieser Vorschrift werde auszunehmen sein, was der Herr Vorsitzende auch sachlich um so mehr für das einzig Richtige hält, als gerade vor den Thoren die meisten Neubauten entstehen und hier überdies der ungehemmte Einfluß der Witterung den Massivbau doppelt nothwendig erscheinen läßt.

Die Besorgniß Herrn Ehrenhards, es könnte auch in dieser Vorschrift gerichtsseitig ein Eingriff in Privatrechte erkannt werden,

beseitigt Herr Peters durch einen Hinweis auf die Befugnisse, welche das obergerichtliche Erkenntniß in der Markworth'schen Sache den städtischen Behörden mit ausdrücklichen Worten als vollberechtigt zugestelt.

Die Versammlung erklärt sich demnach für den obligatorischen Massivbau.

Ebenso wird dann die Verfolgung von ästhetischen Rücksichten bei Handhabung der Baupolizei als Grundsatz angenommen,

nachdem der Herr Munte mit dem Wunsche, das Stadtbauamt demnächst durch eine größere Anzahl von Fachleuten angemessen erweitert zu sehen, auf die specielle Verathung des demnächst zur Vorlage zu bringenden Statuts verwiesen ist.

X. Von den Herren Bracke und Steinau ist folgender Antrag eingebracht:

In Erwägung, daß

- 1) die zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bisher regelmäßig benutzten Nachmittagsstunden nicht jedem Stadtverordneten die Möglichkeit gewähren, seiner Pflicht zu genügen;
- 2) die Oeffentlichkeit der Sitzungen geradezu illusorisch wird, indem sowohl Bürger wie Arbeiter sich zu jener Zeit von ihrer Arbeit nicht freizumachen vermögen,

sind in Zukunft die Sitzungen der Stadtverordneten und ihrer Commissionen in den Abendstunden abzuhalten.

Zu weiterer Motivirung dieses Antrags verweist Herr Bracke auf die jüngst zu beklagen gewesene Beschlußunfähigkeit der Versammlung: dergleichen werde nicht vorkommen können, wenn die Sitzungen zu der von ihm vorgeschlagenen Zeit stattfinden. Indem man zugleich dann eine lebhaftere Betheiligung des Publicums ermögliche, werde am Besten dessen Interesse sowohl an den Verhandlungen selbst als auch an den Wahlen gefördert, dessen Mangel man jetzt mit vollem Rechte lebhaft beklage.

Der Antrag wird der Statutencommission mit dem Anheimgeben überwiesen, ihn zugleich mit der beantragten Revision der Geschäftsordnung in Erwägung zu ziehen.

Schließlich

XI. trägt Herr Red zur Verständigung über die von Seiten des Gesundheitsrathes beim Herannahen der Cholera Gefahr veranstalteten Maßnahmen Folgendes vor.

Bei den starken Verheerungen, welche die Cholera in nahegelegenen Städten anrichte, habe der Gesundheitsrath sich der Befürchtung, auch unsere Stadt wieder von dieser Krankheit heimgesucht zu sehen, um so weniger entziehen können, als der lebhafteste Verkehr unserer Tage eine Einschleppung jeden Augenblick herbeiführen könne und eine Disposition Braunschweigs für diese Krankheit auf Grund der früheren traurigen Erfahrung nicht zu bezweifeln sei. Die Einschleppung zu verhüten gebe es kein Mittel, und nur selten gelinge es, den eingeschleppten Krankheitskeim sofort, ehe er sich weiter ausbreitet, zu vernichten. Sonach könne es sich denn nur um Maßregeln handeln, welche das Umsichgreifen der Krankheit wenigstens zu beschränken geeignet sind. Das wirksamste Mittel nun sei, beständig, auch in cholerafreien Zeiten, auf gesundheitsmäßige Zustände zu halten und namentlich für Reinlichkeit zu sorgen. Daß in dieser Beziehung auch hier noch viel zu thun sei, besonders auf den größtentheils sehr engen Hinterhöfen, lasse sich nicht leugnen; Aufgabe der Zukunft sei daher, durch zweckmäßige Gesetzgebung den bestehenden Uebständen entgegenzuwirken, da dieselben Gesundheit und Leben nicht nur der Bewohner unreinlicher Häuser, sondern auch der übrigen Bevölkerung schwer gefährde. Alles Versäumte in kurzer Frist nachzuholen, sei leider unmöglich, und so habe denn der Gesundheitsrath sich zunächst darauf beschränken müssen, 1. das Publicum durch eine Ansprache über das was von Seiten der Einzelnen zur Abwehr der Krankheit geschehen müsse zu belehren, 2. eine Desinfection der hiesigen Grundstücke anzuordnen. In Betreff dieses zweiten Punctes seien die Aerzte des Gesundheitsrathes in Uebereinstimmung mit anderen Sachverständigen allerdings der Meinung, daß eine Des-

infection nur dann genügende Wirkung haben könne, wenn sie gründlich angewandt werde, und daß dies wiederum nur dann zu erwarten, wenn sie von eigens dazu bestellten Personen und auf Kosten der Stadt vorgenommen werde. Dem dahin zielenden Vorschlage des Gesundheitsraths habe Herzogl. Polizeidirection in Anbetracht der mit einem solchen Verfahren verbundenen Schwierigkeiten freilich nicht beigestimmt, und sei demnach nichts übrig geblieben, als den Hausbesitzern selbst die Desinfection aufzuerlegen. Immerhin jedoch dürfe man hoffen, daß damit Einiges zur Beschränkung der Krankheit geschehen sei, wiewohl andrerseits auch das nicht verkannt werden könne, daß eine gründliche Desinfection der Senkgruben zur Zeit schon deshalb unmöglich, weil diese jetzt meist gefüllt sind und ihre Entleerung nicht wohl beschafft werden kann.

Der Herr Vorsitzende spricht dem Gesundheitsrathe für die somit bewiesene Fürsorge den Dank der Versammlung aus, indem er hofft, die bezeichneten Massregeln werden mit Gottes Hilfe genügen, unsere Stadt vor dem Einbruch der Seuche zu bewahren.

Damit ward die Sitzung geschlossen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 220. Stücke des 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 11.

V e r h a n d l u n g e n

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 25. September 1873.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Pellner und Pini.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Zu dem gedruckt vorliegenden Protocolle vom 21. August

bemerkt der Herr Vorsitzende, daß unter dem IX. Gegenstande der dermaligen Tagesordnung, die Verpflichtung der hiesigen Einwohner zum Massivbau und die Handhabung der Baupolizei nach ästhetischen Rücksichten betreffend, für die Statutencommission nicht, wie S. 20 des Protocolls angegeben ist, Herr von Seckendorff, sondern Herr Peters Bericht erstattet hat.

Ferner erklärt Herr Steinau, daß er die protocollarische Wiedergabe seiner Auslassungen über den Antrag auf eine Verwilligung zum Zwecke der Sedanfeier als zutreffend nicht anzuerkennen vermöge und deshalb eine authentische Redaction derselben überreiche, welche er zu den Acten zu nehmen bitte.

S. 3 des Protocolls vom 21. August wird im Anschluß an die Vermuthung des Herrn Vorsitzenden, „daß Herr Bock seine Entfernung nachträglich entschuldigen wolle“, Herrn Bocks Entgegnung, mit den Worten wiedergegeben: „Nicht entschuldigen sondern motiviren“. Herr Bock sieht hierin eine Verstümmelung seines Ausspruchs, welcher vielmehr gelautet habe: „Er wolle seine Entfernung nicht entschuldigen, sondern motiviren“.

Vor Eintritt der Tagesordnung wird das Wort Herrn Oberbürgermeister Caspari ertheilt, welcher dann Folgendes vorträgt.

In der Sitzung vom 21. v. M. habe Herr Bracke von der Lage eines verwundeten und angeblich vielfach erkrankten Soldaten eine so haarsträubende Schilderung entworfen, daß man, wenn dieselbe begründet gewesen wäre, die Erregung, in welche der geehrte Herr selbst bei seinen Mittheilungen gerathen, wohl hätte erklärlich finden können. Redner freilich habe von Anfang an den Verdacht gehegt, daß Herr Bracke durch unwahre Angaben getäuscht worden sei. Denn einmal sei ihm, dem Redner, aus mancherlei Vorgängen bekannt, wie sorgfältig seitens der Militairbehörden die Verhältnisse der im Kriege verwundeten oder durch Krankheit erwerbsunfähig gewordenen Soldaten in jedem einzelnen Falle geprüft worden, und so habe er denn nicht glauben können, daß gerade in diesem Falle ganz entgegengesetzt sollte verfahren sein. Sodann habe Herrn Brackes Schützling die Farbe doch etwas gar zu stark aufgetragen: wenn er z. B. vier Tage gehungert haben wollte, so mußte sich sofort die Erwägung aufdrängen, daß dergleichen in hiesiger Stadt keinem wirklich Hilfsbedürftigen begegnen kann, auch wenn er nicht durch eine im Dienste des Vaterlandes empfangene Wunde in Noth gerathen ist. Endlich sei dem Redner aufgefallen, daß das fragliche Individuum sich nicht, wie schon früher einmal, an die Wilhelmsstiftung gewandt habe, deren Hilfe von bedürftigen Kriegern vielfach in Anspruch genommen, allerdings aber nicht auf erdichtete Erzählungen hin, sondern nur dann gewährt werde, wenn sie wirklich verdient und nöthig sei. Nach dem allen habe Redner sich verpflichtet gefühlt, über dies angebliche Opfer genauere Erkundigung einzuziehen, und Folgendes in Erfahrung gebracht.

Der vormalige Tambour Müller ist laut seines von der Militairbehörde mitgetheilten sogen. Rationale am 1. November 1867 in das 92. Regiment eingetreten, hat sich im activen Militairdienst schlecht geführt und ist nicht nur wegen militairischer sondern auch wegen gemeiner Verbrechen mehrfach bestraft worden. Am 16. December 1870 ist er bei Vendôme durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel leicht verwundet. Wie lange er an dieser Wunde im Lazareth behandelt ist, wird nicht angegeben; da er indeß schon Anfangs Mai 1871 in hiesiger Stadt auftrat, nachdem er von seinem Compagniechef Urlaub unter dem unwahren Vorben erhalten, daß er hier wohlhabende Verwandte habe, die sich seiner annehmen würden, so ist es nicht wohl möglich, daß er in einer Mehrzahl von Lazarethen, angeblich siebenzehn, an Typhus, Pocken, Lungenentzündung, Knochenfraß und Epilepsie darniedergelegen, wie er hierüber der Militairbehörde denn auch keinen Nachweis geliefert, ja von allen jenen Krankheiten, abgesehen von der Epilepsie, nie etwas verlautbart hat. An letzterer allerdings ist er im hiesigen Lazareth behandelt, doch hat dieselbe wenigstens nicht constatirt werden können. Müller ist hierauf bei

dem Landwehrcommando ersten Bezirks als attachirt geführt, am 1. December 1871 aber als temporär invalide mit einer Pension von 5 \mathfrak{R} monatlich entlassen; hat übrigens bis dahin vielfache Beschwerden veranlaßt und die ihm mehrfach zugeflossenen Unterstützungen sowie seine Pension nach Angabe anderer Invaliden vergendet. Im Juli d. J. ist er nochmals untersucht, und da der betr. Arzt erklärt hat, daß die Narbe der Schußwunde klein und fast freibeweglich sei, auch bei Bewegung des Beines nicht gezerzt werde, die Muskulatur des rechten Oberschenkels kräftig und ebenso entwickelt wie die des andern, und sonach den Angaben des Müller über bedeutende Functionsstörungen im Beine kein Werth beizulegen sei, wenn gleich eine kleine Schwäche im Oberschenkel, verbunden mit Schmerzen bei Witterungswechsel, immerhin möglich: so ist die Pension für die Zeit vom 1. November ab auf 4 \mathfrak{R} herabgesetzt.

Schon diese Thatfachen würden genügt haben, die Persönlichkeit Müllers in das rechte Licht zu setzen. Um jedoch dem Einwande begegnen zu können, die Militärbehörde habe den Fall einseitig lediglich in ihrem Sinne dargestellt, sind auch mehre hiesige Bürger vernommen worden, bei denen M. theils gewohnt, theils gearbeitet hat, und diese haben ebenfalls nicht nur das schon Angeführte in allen Puncten bestätigt, sondern auch sonst noch mancherlei Nachtheiliges gegen M. zur Evidenz gebracht. Herr Oberbürgermeister Caspari theilt die bezüglichlichen Aussagen des Tischlermeisters K. Rühlband, Reichenstr. 20, des Conditors W. Hermann, Echternstr. 31, des Tabakfabrikanten F. C. Gresshof, Rosenhagen 6, und des Cigarrenfabrikanten J. Schulze, Delschlagern 30, im Wortlaut der protocollarischen Aufzeichnungen mit. Es geht daraus hervor, daß M. zu Zeiten allerdings an epileptischen Zufällen leidet, daß aber selbige meistens nach vorgängigen Trunkschleicherecessen eintreten, und daß weder dieses Uebel noch die bewußte völlig geheilte Schenkelwunde ihm bei seiner Arbeit als Cigarrenmacher irgendwie hinderlich ist; daß er, wenn er sich zur Arbeit bequemt, mit Hilfe seiner Frau 5--9 \mathfrak{R} wöchentlich verdient hat und noch mehr zu verdienen im Stande wäre; daß jedoch beide Eheleute faul und unmordentlich sind und mit einander in grobem Unfrieden leben; daß insbesondere M. selbst in hohem Grade trunksüchtig ist; daß er von seiner monatlichen Pension nie etwas nach Hause zu bringen pflegt, sondern nach Erhebung einer Monatsrate sich gewöhnlich nicht eher wieder blicken läßt als bis er sie durchgebracht hat; daß, wenn er wirklich Tage lang hat Hunger leiden müssen, dies nur kann geschehen sein, nachdem er, wie so oft, im Trunk alles hat draußgehen lassen; daß er der Heuchelei ergeben ist und so dann wohl vor den wiederkehrenden Untersuchungen durch die Gesundheitscommission Tage lang getrunken hat, um seine Wunde immer aufs neue zur Entzündung zu bringen, auch nach Aussage seiner eigenen Frau das öffentliche Mitleid zu erregen sucht, indem er epilep-

tische Auffälle auf der Straße simulirt. Bezeichnend für seine Redlichkeit ist u. a. auch die Thatsache, daß er dem Tischlermeister Rühland beim Abzuge aus dessen Wohnung für eine Schuld von 14 fl Miethe und 18 fl an baaren Darlehen sieben Anweisungen auf seine monatlichen Pensionsbezüge eingehändigt, hernach aber das Geld selber erhoben und auf einen Vorhalt hierüber geantwortet hat: er, Rühland, brauche kein Geld. Ebenso hat der Tabacksfabrikant Gresshoff, als er ihn wegen unverbesserlicher Trägheit entlassen, die ihm zur Arbeit anvertrauten Materialien und Werkzeuge mit Gewalt aus seinem Hause abholen müssen. Uebrigens wird die Meinung, welche seine beiden Arbeitsgeber über ihn gewonnen haben, von deren übrigen Arbeitern durchaus getheilt.

Herr Oberbürgermeister Caspari zweifelt nicht, die Versammlung und auch Herr Bracke selbst werde nach dem allen die Ueberzeugung gewinnen, daß M. seine üble Lage selbst verschuldet hat und kein Mitleid verdient, und daß er weder als Beweis für die schlechte Behandlung der Invaliden des letzten Krieges dienen noch einen Anlaß zu Angriffen gegen Militär- und Civilbehörden bieten kann. Wenn noch hervorgehoben sei, M. habe in Folge von Knochenfraß seinen linken Arm nicht gebrauchen können, so möge er immerhin momentan am Arme gelitten haben; daß dies aber die vorgebliche Ursache gehabt, mußte schon deshalb bezweifelt werden, weil M. selbst bei anderer Gelegenheit einen Schlagfluß als Grund angegeben. Gesezt aber auch, das Leiden wäre wirklich in angegebener Weise vorhanden, so könne es keinesfalls doch erst in letzter Zeit eingetreten sein, auf seine Pension also auch keinen Einfluß haben.

Redner hat sich für verpflichtet gehalten, diese Verhältnisse so umständlich mitzutheilen, damit Diejenigen, welche die vorgebrachten Beschuldigungen mit angehört haben, sich selbst ein Urtheil darüber bilden können, wie viel darauf zu geben ist. Den vorgetragenen Facten noch weitere Schlussfolgerungen hinzuzufügen, glaubt Redner unterlassen zu können; das eine aber wolle er bemerken, daß noch von einer Anzahl anderer Personen eine Reihe von Thatsachen beizubringen gewesen wären, welche auf M. und die durch diese veranlaßten Vorgänge ein noch ungünstigeres Licht geworfen hätten. Doch werde das soeben Constatirte für den beabsichtigten Zweck genügen. Sich auf einen Streit über diese Angelegenheit einzulassen, sei nicht seine Absicht.

Herr Bracke kann nach diesen Mittheilungen nicht mehr zweifeln, daß Müller ihn wie viele andere Leute auf eine unerhörte und noch nicht aufgeklärte Weise getäuscht hat. Thatsache sei, daß er und Andere Müllers Arm zu wiederholten Malen in einem wahrhaft schrecklichen Zustande, kalt, geschwollen, steif und unbeweglich, gesehen. Dergleichen etwa durch Unterbindung künstlich herbeizuführen, sei nach Versicherung der Aerzte allerdings wohl möglich, für längere Zeit aber

nicht ohne Gefahr und jedenfalls nur unter großen Schmerzen, so daß, auch wenn M. sich dieses Mittels bedient haben sollte, sein zum tiefsten Mitleiden bewegendes Gebahren — wie dies jedem Zeugen von vornherein unzweifelhaft — keineswegs erheuchelt gewesen. Da Redner die schrecklichen Leiden, welche der Knochenfraß mit sich bringt, an einem Freunde hinlänglich kennen gelernt, so habe er sich durch Müllers Angaben um so lebhafter ergriffen gefühlt und um so weniger Anlaß gefunden, an deren Richtigkeit zu zweifeln. Ja er könne nicht dafür einstehen, daß er unter ähnlichen Verhältnissen nicht nochmals das Opfer eines solchen Betrugs werden könnte; denn um davor völlig gesichert zu sein, müßte man kein Herz in der Brust haben. Bei alledem jedoch stehe er nicht an auszusprechen, daß man es in diesem Falle mit einem Betrüger zu thun habe, der gradezu die öffentliche Sicherheit gefährde und gegen den daher billiger Weise die Staatsanwaltschaft einschreiten müßte.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Er sei der Letzte, welcher Jemand, der sich durch einen angeblich Hilfsbedürftigen täuschen lasse, hieraus einen Vorwurf machen möchte. Die Bemerkung aber könne er hier doch nicht unterdrücken, daß es ganz etwas Anderes sei, aus gutem Herzen einem derartigen Irrthum verfallen, und auf Grund trüglicher Wahrnehmungen, wie sie in diesem Falle vorgelegen, die schwersten Anklagen gegen Behörden und öffentliche Zustände schleudern. Das heiße doch, sich von seinem guten Herzen zu weit hinreißen lassen und die Gerechtigkeit, welche man auf der einen Seite zu fördern gemeint sei, auf der andern Seite schwer verletzen.

Der Tagesordnung gemäß

1. wird Herrn Bracke zur Motivirung nachstehender Interpellation das Wort ertheilt:

„Am 11. September fand vor Herzoglichem Kreisgerichte hier eine Verhandlung gegen den verantwortlichen Redacteur des „Braunschweiger Volksfreund“ statt, bei welcher Herr Staatsanwalt Koch wörtlich sagte:

‘In den Bürger- und Volksschulen haben die Lehrer das Recht der körperlichen Züchtigung.’

Ich richtete demnach an den Magistrat die Frage:

- 1) ob dem so ist?
- 2) ob zwischen den Bürger- und den Volksschulen auf der einen, den höheren Schulen auf der andern Seite ein Unterschied besteht und welcher?
- 3) ob zwischen den Bürger- und den Volksschulen unter einander ein Unterschied gemacht wird und welcher?“

Die erste Frage scheint Herrn Bracke durch die angeführte Aeußerung des

Staatsanwalts von selbst gegeben. Zugleich aber mußte durch dieses Wort die Meinung entstehen, es werde das Kind ärmerer Leute einer körperlichen Züchtigung bedürftig gehalten, für das der reicheren hingegen ein solches Bedürfnis nicht anerkannt. Endlich aber solle eine Anordnung des Schuldirectors bestehen, kraft deren in den Mädchenklassen der mittlern Bürgerschulen nur nach eingeholter Erlaubniß der Inspectoren geprügelt werden dürfe, während diese Strafe in den unteren Bürgerschulen von den Klassenlehrern allein verhängt werde. Dieses wie jenes nun würde eine Herabwürdigung der ärmeren Kinder einschließen, welche nicht zu dulden wäre, und behalte er sich demnach vor, je nach dem Ausfall der Antwort auf seine zweite und dritte Frage die geeigneten Anträge zu stellen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt zunächst, daß der Erlaß von Anordnungen in Betreff der Schuldisciplin nicht Sache des Magistrats, sondern nach dem Gesetze vom J. 1851 der Schulbehörden, in specie des Herzoglichen Consistorii sei. Dennoch habe er Anlaß genommen, über die factischen Verhältnisse Ermittlungen anzustellen, welche Folgendes ergeben. Die Aeußerung des Herrn Staatsanwalt Koch habe nach einer brieflichen Erklärung desselben gelautet: „den Lehrern an den mittleren und unteren Bürgerschulen stehe ein Züchtigungsrecht unzweifelhaft zu, wie erst kürzlich von dem höchsten Gerichtshofe des Landes ausgesprochen sei.“ Von der höheren Töchterschule und den Gymnasien ist dabei keine Rede gewesen, weil dem Staatsanwalt nicht bekannt war, wie es in diesen Schulen jetzt gehalten wird, und weil es sich in der verhandelten Sache nur um einen Fall aus der untern Bürgerschule handelte, auf die Praxis der höheren Schulen also nichts ankam. Daß das Züchtigungsrecht der Lehrer seitens der Gerichte anerkannt werde, wird von Herrn Oberbürgermeister Caspari an der Hand von zwei im J. 1843 und 1866 abgegebenen Erkenntnissen bestätigt. — Mißhandlung sei dabei allerdings ausdrücklich ausgeschlossen; rothe Streifen aber, welche bei keiner wirklich eindringlichen Züchtigung ausbleiben, werde man nicht als Merkmal einer Mißhandlung setzen können, und nur da, wo der Lehrer bei einer Züchtigung absichtlich und wissentlich das zulässige Maß überschreite oder nicht mit der nothwendigen Vorsicht verfare, beginne dessen Straffälligkeit. Ueber die Sachlage in den Schulen selbst theilt Redner dann Folgendes mit. Für die höhere Töchterschule sind Bestimmungen über körperliche Strafen überall nicht erlassen, weil man, im Gegensatz allerdings zu der von Herrn Bracke angedeuteten Meinung, von der Ansicht ausgegangen, daß hier Vergehungen, welche dergleichen unumgänglich nöthig machten, nicht leicht vorkommen dürften. In Betreff der mittleren und unteren Bürgerschulen geht die Instruction unterschiedslos dahin, daß in den Fällen, wo zur Abstellung von Unordnung, Unfleiß, Ungehorsam und Rohheit andere Mittel nicht ausreichen, nach Rücksprache mit dem dirigirenden Lehrer zu strengeren und durchgreifenderen Maß-

regeln gegriffen, bei Anwendung körperlicher Züchtigungen aber, von denen jedoch immer nur sparsam Gebrauch zu machen, nicht in leidenschaftlicher Aufwallung, sondern mit Ruhe, Besonnenheit und Vorsicht verfahren werden soll, Schelten und Toben sowie Schläge an den Kopf gänzlich zu vermeiden sind. Nach den Gesetzen für die Schüler des Gesamtgymnasiums endlich bleiben körperliche Züchtigungen in der Regel zwar ausgeschlossen; gegen schamlose Lügen indeß, gegen unbändigen Trotz und grobe Widerseßlichkeit, in den unteren Klassen auch da, wo sonst noch Erinnerungen und andere Strafen erfolglos bleiben, soll vorbehältlich weiterer Ahndung durch die Conferenz mit körperlicher Züchtigung verfahren werden. Hierauf schließt Herr Oberbürgermeister Caspari seinen Bericht, werde man ersehen, daß derartige Strafen ohne Rücksicht auf Standesunterschiede überall für unvermeidlich angesehen werden, wie dies denn auch Jeder zugeben müsse, der je in der Lage gewesen sei, Kinder zu erziehen. Anträge auf Abschaffung des Züchtigungsrechts der Lehrer würden nach dem vorhin Gesagten nicht an den Magistrat zu richten, übrigens aber auch voraussichtlich ohne Erfolg sein, da die bezüglichen Bestimmungen vorsichtiger als dies in den Schulgesetzen geschehen, nicht wohl konnten abgefaßt werden, ohne alle Schuldisciplin ernstlich zu gefährden.

Damit ist die Interpellation erledigt.

II. In einem Schreiben vom 12. September wird seitens des Magistrats der der Versammlung autographirt zugegangene Geschäftsbericht der Direction des Wasserwerks vom J. 1872 genehmigt und demgemäß beantragt, daß letzterer unter Vorbehalt einer Vergleichung der einzelnen Posten des Rechnungsabchlusses mit den Büchern der Anstalt für dies Jahr Decharge ertheilt werde. Einschließlich des Kassenvorraths aus dem Vorjahre, auch die Borräthe zu Gelde gerechnet und die Ausstände sowie andrerseits die noch zu leistenden Zahlungen in Ansatz gebracht, ergiebt der Abschluß einen Ueberschuß von 13,192 fl 19 gr 11 A . Da dieser aber nicht ausreicht, um die ins Auge gefaßten und unausweichlichen Aufwendungen und Rückzahlungen zu decken, so beantragt der Magistrat nach den Vorschlägen der Direction weiter, daß

- 1) aus der Stadtkasse die Summe von 25,000 fl gegen Verzinsung mit $4\frac{2}{5}\%$ Proc. angeliehen, und
- 2) von dem so auf 38,192 fl 19 gr 11 A erhöhten Betriebsfond
 - a. 1500 fl auf Amortisation von fünfzehn städtischen Obligationen verwandt,
 - b. 11,632 fl 10 gr 8 A für Erweiterung des Röhrennetzes,
 - c. 3981 fl 18 gr 3 A für den Bau einer Maschinenmeisterwohnung,
 - d. 505 fl 7 gr 6 A für Doppelsäbventile,

e. 17 fl. 20 gr. den betreffenden Conten ohne Zinsberechnung zugescriben,

f. 14,500 fl. dem Gaswerke zurückgezahlt,

g. 6055 fl. 23 gr. 6 Sch. dem Betriebsfonds überwiesen werden.

Die Finanzcommission, für welche Herr Götte berichtet, empfiehlt diese Anträge zur Genehmigung,

und wird demgemäß dann auch von der Versammlung beschloffen.

III. Auf den durch Herrn Haake erstatteten Bericht der Finanzcommission wird ferner auf Anlaß eines Magistratschreibens vom 30. August und in Gemäßheit von § 18 des Statuts, die Ordnung der Einquartierungslast betreffend, die den Quartiergebern zustehende Vergütung für das laufende Jahr ebenso wie bisher, also

- | | |
|--------------------------------------------------|---------------------|
| 1) für Quartierleistung ohne Verpflegung | |
| im Sommer auf 2 gr. | } für Tag und Mann, |
| im Winter auf 6 gr. | |
| 2) für Verpflegung auf 6 gr. | |
| 3) bei Vorspannleistung | |
| für ein Pferd auf 7 fl. 6 Sch. | } pro Meile, |
| für den Wagen auf 2 fl. 6 Sch. | |
| für den Pferdeführer auf 5 gr. | |
| für ein Reitpferd auf 10 gr. | |

festgesetzt.

Wie sodann

IV. namens der Finanzcommission Herr von Seefeldorf vorträgt, haben die Anwohner der Kasernenstraße deren Canalisirung beantragt. Die Kosten dieser Anlage sind für die zunächst in Betracht kommende Strecke vom Giersberge bis zum Fallerleberthore auf 5600 fl. veranschlagt; ob der nach § 11 M. 11 des Stadterweiterungsstatuts von den Anliegern zu leistende Beitrag von dem Kasernengrundstück wird erlangt werden können, dessen flüssige Abgänge unmittelbar in die Oker geleitet werden, steht sehr zu bezweifeln. Da indeß von den Casernements auf dem Maseberg'schen Grundstück sehr viel Wasser nach dem Wege geführt wird, welches ebenso wenig wie das Regenwasser einen gehörigen Abfluß findet, so empfiehlt der Magistrat, die Anlage gleichwohl zu genehmigen und die erforderlichen Mittel aus der Wegebaufasse zu verwilligen. Die Commission schließt sich dem an.

Auf die Frage des Herrn Lucius: weswegen der zur Helmstedter Straße

abfallende Theil der Kasernenstraße von der Canalisirung einstweilen ausgeschlossen bleibe?

erwidert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß vorher erst festzustellen sei, nach welcher Seite die Abflüsse dieses Theils der Straße geleitet werden sollen. Diese Frage aber hänge wieder mit der Regulirung der Wege am Giersberge zusammen, worüber eine Vorlage demnächst eingehen werde.

Herr Schöttler fragt ferner an, ob bei diesem Canalisirungsprojecte Platten oder Thonröhren zur Anwendung kommen sollen, und wenn erstere, ob es nicht angezeigt sein dürfte, diesen Punkt einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, da Platten andrer Orten ganz allgemein als unzweckmäßig anerkannt, dazu auch, wie man noch jüngst am Gliesmaroder Fußwege habe erfahren müssen, nur schwer zu beschaffen und schließlich viel theurer seien als Thonröhren, welche ihrerseits allen Anforderungen genügen und jederzeit in hinreichendem Vorrath zu Gebote stehen.

Herr von Seckendorf constatirt, daß die Finanzcommission ebenfalls von der Voraussetzung ausgegangen, es werde hinsichtlich der Art und Weise der Ausführung eine neue Bestimmung platzgreifen, da der zu Grunde liegende Anschlag schon von älterm Datum und inzwischen allerdings ein Umschwung der Meinungen über die Anwendbarkeit von Plattenkanälen eingetreten sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Von Herzogl. Baudirection liege eine Erklärung vor des Inhalts, daß zwar gegen eirunde Canäle nichts einzuwenden, Thonröhren hingegen durchaus unzulässig seien, da diese bei jeder Senkung des Erdreichs der Gefahr eines Bruches ausgesetzt. Demzufolge habe das vorliegende Project eben nur auf einen Plattenkanal hinauslaufen können.

Herr Schöttler setzt jener Ansicht der Baudirection die Erfahrungen entgegen, welche von den Behörden vieler anderen Städte als entscheidend anerkannt worden. Jenen von der angeblichen Unzuverlässigkeit der Thonröhren hergenommenen Einwand hätte man von Bauverständigen nicht erwarten dürfen, da dieser Mangel notorisch bei keinem Material stärker zu Tage trete, als gerade bei Platten. Redner stellt daher den Antrag,

der Magistrat wolle mit aller Entschiedenheit dahin wirken, daß bei den Canalbauten in hiesiger Stadt fortan statt der Platten nur noch Thonröhren zur Anwendung kommen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß Vorredner bei einer Verhandlung nicht zugegen gewesen, durch welche das was er im Auge habe, in dieser Allgemeinheit schon sei entschieden worden, wonach denn sein Antrag füglich nur für diesen gegenwärtigen Fall gestellt werden könnte.

Herr Oberbürgermeister Caspari schlägt vor, daß die Canalisirung der Kasernenstraße an und für sich genehmigt, dabei aber der Magistrat veranlaßt

werde, die soeben aufgeworfene Frage nochmals in Erwägung ziehen zu lassen, und falls die Sachverständigen sich wiederum für Platten und gegen Thonröhren entscheiden sollten, den Gegenstand hier nochmals zur Vorlage zu bringen.

Herr Reuter bestätigt, daß Thonröhren schon vielfach benutzt und zweckmäßig befunden sind, wiewohl das was Herr Schöttler über die Haltbarkeit beiderlei Materials bemerkt habe, völlig doch nur für kleine Canäle von verschiedener Breite zutreffe, während größere Canäle, wie z. B. der neuerdings am Ruhfäutchenplatze angelegte, schon vermöge der dazu verwandten sehr starken Platten natürlich größere Sicherheit biete als ein aus Thonröhren hergestellter.

Herr Lucius ist der Meinung, der Antrag Herrn Schöttler gehe nicht weit genug. Sei nämlich in der That entschieden, daß Platten nichts taugen, so befinde sich die Versammlung nicht in der Lage, Mittel zur Canalisirung eher zu verwilligen, als bis von der Baudirection die Anlage vermittels Thonröhren zugestanden sei, weil andernfalls die ganze Aufwendung sich demnächst als eine vergebliche herausstellen dürfte. Mit dem Antrage des Herrn Oberbürgermeisters Caspari indessen, welcher der Versammlung die entscheidende Beschlußnahme noch vorbehält, ist Herr Lucius einverstanden.

Herr Schwarzenberg stellt das Amendement, die Genehmigung der Anlage an die Bedingung zu knüpfen, daß dieselbe durch Thonröhren hergestellt werde.

Herr Schöttler seinerseits wünscht nicht, daß allein auf seine Bedenken hin schon jetzt eine principielle Entscheidung getroffen werde.

Herr Bock. Wenn es nach den Ausführungen Herrn Schöttlers erfahrungsmäßig außer Zweifel stehe, daß eine Canalisirung mittels runder oder eirunder Thonröhren viereckigen Plattencanälen unter allen Umständen vorzuziehen, und daß kein Bauverständiger sich für letztere erklären werde, so könne Redner sich nur dafür aussprechen, daß man auch in dem vorliegenden Falle von aller weiteren Begutachtung Abstand nehme und namentlich in Erwägung der mit der Anlieferung von Platten verknüpften Verzögerung ohne weiteres Thonröhren von entsprechender Weite und Stärke verwende.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält die von ihm in Vorschlag gebrachte Auskunft für die zweckmäßigste, da hiernach, sobald sich die ausführenden Beamten für Thonröhren erklären, zur Ausführung könnte geschritten werden, während nach Herrn Schwarzenbergs Antrage die Zeit bis zur nächsten Sitzung auf alle Fälle verloren wäre.

Nachdem auch Herr Munte die Anwendung von Thonröhren empfohlen und anheim gegeben hat, daß wenigstens ein Versuch gemacht werde, die Militair-

behörde wegen des Kasernengrundstücks zu der statutenmäßigen Beitragsleistung heranzuziehen,

wird die Canalisirung der Kasernenstraße in der von Herrn Oberbürgermeister Caspari empfohlenen Modalität genehmigt.

V. Als im Jahre 1863 die städtische Wasserkunst ins Leben trat, wurden mit den Pipenbrüderschaften Verhandlungen wegen ihres Anschlusses eingeleitet, und schließlich mit fünf derselben eine Vereinbarung dahin getroffen, 1. daß ihren Interessenten gegen Zahlung von 4 fl 15 gr jährlich für jedes Haus, je bis zu 10,000 Cubikfuß Wasser geliefert, der Mehrverbrauch hingegen nach dem für die übrigen Consumenten aufgestellten Tarif bezahlt werden sollte; 2. daß den dieser Uebereinkunft sofort beitretenden Mitgliedern die Ableitungsröhren von der Hauptleitung bis zu den Grundmauern der Häuser unentgeltlich zu legen, und nur die Leitungen von da ins Innere der Häuser auf ihre Kosten herzustellen waren; 3. daß sämtliche Brüderschaften die ihnen zugehörigen Grundstücke unentgeltlich der Stadt überlassen, falls dieselben aber nicht zu städtischen Zwecken benutzt würden, von ihnen selbst verkauft werden sollten. Mit den Interessenten der Neustadt-Wasserkunst war damals ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht zu erreichen, weil ihren Interessenten kraft Vertrages mit Herzoglicher Baudirection vom 14. November 1849 das Röhrenwasser von der Neustadtmühle aus geliefert wird, und sie dabei sich besser zu stehen glaubte, als bei den seitens der Stadt offerirten Bedingungen. Obwohl aber sonach die Neustädter Wasserkunst bis auf den heutigen Tag noch fortbauert, haben die Leitungen der Stadtwasserkunst doch auch auf die Neustadt ausgedehnt werden müssen, weil deren Einwohner nur in kleiner Minderzahl Interessenten der alten Pipenbrüderschaft sind, und die übrigen natürlich auch mit Wasser versorgt werden mußten. Andererseits aber sind in Folge dessen bereits 15 Interessenten der Pipenbrüderschaft der städtischen Wasserkunst beigetreten, und müssen diese nun außer ihren Beiträgen zu jener auch die vollen Consumtionspreise bei dieser zahlen. Jetzt nun beabsichtigt Herzogl. Landesregierung, die Neustadtmühle zu verkaufen, und zwar womöglich ohne Wasserkraft, damit endlich den vielfachen und wiederholten Klagen über den schlechten Zustand des Wassers in den Umfluthgräben ein Ziel gesetzt werde, welcher, wenn auch vielleicht ohne genügenden Grund, dem Wasserverbrauche für die Neustadtmühle Schuld gegeben wird. Zu dem Ende ist zuvörderst die Lösung des gedachten Vertrages mit der Neustadt-Wasserkunst erforderlich, weil die darin bedungene Wasserlieferung bei der künftigen Beschaffenheit des Mühlgrabens voraussichtlich unmöglich sein würde. Von der Ansicht ausgehend, daß der beabsichtigte Verkauf ohne Wasserkraft hauptsächlich, ja fast allein im Interesse der hiesigen Stadt geschehen würde, ist die Landesregie-

rung nicht geneigt, neben dem dadurch bedingten Verluste am Kaufgelde auch noch baare Ausgaben für die Entschädigung der Pipenbrüderschaft zu übernehmen, und hat daher durch Herzogliche Baudirection das Ansinnen gestellt, daß für diese Entschädigung seitens der Stadt eingetreten werde. Der Magistrat seinerseits konnte nicht verkennen, daß die Beseitigung der Hindernisse, welche aus dem gegenwärtigen Betriebe der Neustadtmühle dem freien Abflusse des Okerwassers erwachsen, allerdings wesentlich ein Gewinn für die Stadt, eines Opfers also wohl werth ist. Unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Stadtverordneten sind daher den Interessenten der Neustadt-Wasserkunst folgende Vergleichsvorschläge gemacht.

1. Die Stadt zahlt der Interessentschaft für die Abtretung ihres Grundeigenthums 1200 fl und überläßt derselben ihr etwaiges Capitalvermögen nebst dem Erlöse ihrer Mobilien.
2. Die den Interessenten der früher aufgelösten Piepenbrüderschaften zugestandene Preisermäßigung beim Consum von Wasser aus der städtischen Wasserkunst wird ihnen für den Zeitraum von 25 Jahren ebenfalls gewährt, nach dessen Verlauf aber tritt für sie der gewöhnliche Tarif in Kraft.
3. Die Zuleitungen vom Hauptrohr bis zu den Häusern und in dieselben geschieht auf ihre Kosten.
4. Die Uebereinkunft hat nur dann Gültigkeit, wenn der Verkauf der Neustadtmühle ohne Wasserkraft zu Stande kommt. Diese Propositionen sind indessen abgelehnt, indem die Interessenten auf einen Vergleich nur dann eingehen wollen, wenn ihnen für ihr Grundeigenthum 1500 fl und im Uebrigen dieselben Bedingungen zugestanden werden, wie den Interessenten der übrigen Wasserkünste. Hierauf aber glaubt der Magistrat nicht eingehen zu können. Da das erwähnte Grundstück nur zur Promenade gezogen werden kann, so müßte es billigerweise ebenso wie die der übrigen Pipenbrüder an die Stadt ohne Entgelt abgetreten werden; doch fände die Bevorzugung, welche der Neustädter Interessentschaft durch Gewährung eines Kaufpreises zugestanden würde, allenfalls ihre Rechtfertigung in dem Umstande, daß ihr im übrigen nicht die nämlichen Vortheile wie jenen können zugewandt werden, und würde sich daher event. der Magistrat auch geneigt finden lassen, diesen Kaufpreis auf 1500 fl zu erhöhen. Keinesfalls dagegen könnte auf ewige Zeiten die Lieferung von jährlich 10,000 Cubikfuß Wasser für den Preis von $4\frac{1}{2}$ fl zugestanden werden. Wie ganz unverhältnißmäßig gering dieser Preisansatz wäre, geht schon daraus hervor, daß diejenigen 15 Interessenten der Neustädter Wasserkunst, die, wie schon erwähnt ist, der Stadtwasserkunst bereits beigetreten sind, und jetzt, ob schon unter ihnen mehrere mit sehr geringem Consum begriffen sind, jährlich 183 fl $13\frac{1}{5}$ gr zahlen, nach Gewährung jenes Tages nur $67\frac{1}{2}$ fl zu entrichten hätten. Und ebensowenig könnte die kostenfreie Legung der Ableitungsrohren bewilligt werden, weil einmal die Eisenpreise jetzt doppelt so hoch sind als zur Zeit der Einrichtung des städtischen Wasserwerks, sodann weil jetzt überall das Straßenpflaster

nochmals müßte aufs Neue aufgerissen werden, endlich aber auch, weil dies Zuständniß eine ungleichartige Behandlung zum Nachtheil derjenigen Interessenten involviren würde, welche der Stadtwasserkunst freiwillig beigetreten sind und die Ableitungen auf eigene Kosten angelegt haben.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, theilt diese Anschauungen des Magistrates in allen Stücken, und kann daher wohl die vorgeschlagene Erhöhung der Kaufsumme für das Grundstück der Pipenbrüderschaft, nicht aber deren übrigen Forderungen zur Genehmigung empfehlen. Um dennoch beabsichtigter Maßen den Verkauf der Neustadtmühle zu ermöglichen, biete sich vielleicht der Ausweg dar, daß dem Käufer auferlegt werde, den Interessenten ihr Wasser gleichwohl wie bisher auch ferner zu liefern. Auf alle Fälle jedoch werde auch in Erwägung zu ziehen sein, ob man nicht event. gegen die Pipenbrüderschaft im Wege der Expropriation vorschreiten wolle. Die Commission formulirt demnach ihren Antrag dahin, daß zunächst die Bedingungen der Interessentschaft bis auf die erhöhte Entschädigung für deren Grundbesitz verworfen, eventuell aber der Magistrat ersucht werde, das gesetzliche Expropriationsverfahren einzuleiten oder sonst auf zulässige Weise die dem allerdings sehr wünschenswerthen Verkaufe der Neustadtmühle entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen.

Herr Bracke hält ebenfalls dafür, daß die Ansprüche der Neustädter Pipenbrüderschaft durchaus abzulehnen seien, und dies um so mehr, als man auf Seiten der Stadt gar keine Gile habe, zu der angestrebten Vereinbarung zu gelangen. Denn wenn das Hauptmotiv für den Verkauf der Neustadtmühle ohne Wasserkraft wirklich der Wunsch sei, den gesundheitswidrigen Zuständen der Umfluthgräben ein Ende zu machen, so lasse sich nachweisen, daß es hierzu jener Maßregel nicht bedürfe, indem die vorhandene Wassermenge genüge, um sowohl die Canäle zu spülen als auch die Neustadtmühle zu treiben. Gestützt auf die Angaben in einer Brochüre Herrn Reuters über die Canalisirungsfrage, führt Redner an, daß unter den 1826 Tagen der vier Jahr 1867—1871 nicht weniger als 1223 mit sogen. Freifluth gewesen, also bedeutend größere Wassermengen zugeströmt sind, als beide Zwecke erfordern; daß aber auch an den übrigen 603 Tagen das bei Eisenbüttel eingeströmte Wasserquantum durchschnittlich 102 Cubikfuß braunschw. in der Secunde betragen hat. Gesezt nun, das Bedürfnis wäre mit letztem Quantum nicht gedeckt, so würde doch richtiger sein, an solchen Tagen die Dampfkraft der Mühle zu Hülfe zu nehmen, als auf eine so respectable Wasserkraft, welche durchschnittlich an 300 Tagen im Jahre den vollen Betrieb mit zehn Gängen gestattet, gänzlich zu verzichten. Natürlich würde dies denn auch nicht ohne erhebliche Einbuße für das Land möglich sein. Das Anlagekapital der Neustadtmühle werde zu 80,000 ₰ angenommen, und dieses Capital habe sich bisher mit 4—6 % jähr-

lich verzinst; ohne ihre Wasserkraft werde die Mühle im günstigsten Falle für 30,000 ₰ zu verkaufen sein, statt des bisherigen Reinertrags von 3000—5000 ₰ also hinfort nur einen solchen von 1200—1500 ₰ gewähren. Und hieranknüpfe sich nun noch eine dritte Erwägung. Außer der Mühle zu Eisenbüttel sei die Neustadtmühle in der Nähe die einzige, welche unmittelbar gegen Mahllöhne auch für die kleinen Leute arbeite und, dank eben ihrer Wasserkraft, sehr billig. Auf den Dampfbetrieb allein angewiesen, würden demnächst die Käufer genöthigt sein, sich auf Handelsmüllerei zu legen; dann aber müsse der größte Theil des heutigen Mehlbedarfs von außen bezogen werden, und dies werde wiederum die Mehl- und Brotpreise zum größten Nachtheil gerade der ärmeren Einwohner erheblich steigern. Wenn dem gegenüber seitens der Regierung betont werde, die Neustadtmühle sei keine Wohlthätigkeitsanstalt, so liege bei den schon erwähnten Betriebseresultaten zu solchem Worte doch wahrlich kein Grund vor, und mit vollem Rechte werde man sagen können, daß der in Aussicht genommene Verkauf nicht nur überflüssig, sondern selbst gemeinschädlich sein würde. Einen wirklichen Vortheil würden daraus nur die Eigenthümer der Fabriken vor dem Wilhelms- und dem Hohenthore ziehen. Bekanntlich sei den 8 Millionen Pfund Abgängen, welche diese nach den Ermittlungen Herrn Renters in die westlichen Umflutgraben ergießen, deren gesundheitswidrige Verunreinigung hauptsächlich zuzuschreiben. Würde nun diesem Uebelstande durch uneingeschränkte Oeffnung des Wehrs am Petriothore abgeholfen, so bedürfte es des Ableitungscanals nicht, welcher andernfalls auf Kosten jener Fabrikbesitzer — wenn auch mit Hilfe einer Staatsubvention! — in den Oerlauf unterhalb des Wehrs anzulegen wäre. Redner spricht die Vermuthung aus, daß zum großen Theil auf dieses Interesse die Agitation für den Verkauf der Neustadtmühle dürfte zurückzuführen sein, ist aber andererseits überzeugt, daß bei richtiger Verwendung der zu Gebote stehenden Wassermenge weder dies eine noch das andere Auskunfts-mittel von nöthen sein würde.

Herr Steinau fragt an, wieviel Interessenten noch an der Neustädter-Wasserkunst participiren, und wie hoch sich die Kosten einmal bei deren Abfindung nach den Vorschlägen des Magistrats, und zweitens dann belaufen würden wenn man ihnen alle ihre Forderungen zugestände.

Herr Peters. Außer den fünfzehn, welche der Stadtwasserkunst bereits beigetreten, zähle die Bruderschaft noch dreißig Mitglieder. Demnach würde die Stadt, abgesehen von der Entschädigung für das Grundstück, von welchem 150 ₰ als Erlös aus dem auf Abbruch zu verkaufenden Gebäude in Absatz zu bringen, vorweg die Anlagelkosten für 43 Zuleitungen und die Differenz zwischen dem für 43 (resp. 58) Häuser zu ermäßigenden Satze von $4\frac{1}{2}$ ₰ und deren tarifmäßig zu berechnenden Consume einbüßen.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist darauf hin, daß dieser Consum bei der großen Verschiedenheit der einzelnen Häuser nur durch sehr mühsame Ermittlungen festgestellt werden könnte. Einfacher werde es sein, wenn die Versammlung entscheide, daß auf eine Einigung mit der Pipenbrüderschaft vorläufig zu verzichten sei. Im Laufe der Zeit werde diese dann voraussichtlich doch zur Auflösung kommen, ohne daß dafür seitens der Stadt irgend welche Opfer gebracht zu werden brauchen.

Herr Reuter schlägt die eventuelle Einbuße der Stadt auf 10—11,000 \mathfrak{M} an. Mit den Ausführungen Herrn Brackes ist er nicht einverstanden. Man dürfe eben die speciellen Zahlen seiner Brochüre nicht vereinzelt herausgreifen und zu einer beliebigen andern Beweisführung gebrauchen wollen, da diese Zahlen nur durchschnittliche seien und der niedrigste Wasserstand gerade in der heißesten Jahreszeit, also dann eintrete, wenn dies für die Gesundheit am schädlichsten. Außerdem sei nicht zu verkennen, daß die fortschreitende Canalisirung unserer Stadt die Verunreinigung der Umfluthgräben mehr und mehr steigern werde. Allerdings habe neuerdings Herzogl. Baudirection alles Mögliche gethan, um das verdorbene Wasser der Umfluthgräben nach Bedürfnis abzulassen; ebenso gewiß aber sei, daß hierin zu Gunsten der Neustadtmühle zu anderer Zeit anders verfahren worden. Nach dem allem müsse es denn allerdings doch als wünschenswertheste Wendung erscheinen, wenn ein ganz ungehinderter Abfluß des Wassers am Petritzhore zu ermöglichen stände, die Neustadtmühle also ohne Wasserkraft veräußert werden könnte. Den Angaben Herrn Brackes über die Rentabilität der Mühle stellt Redner die Thatfache entgegen, daß die Erträge keineswegs immer so hoch gewesen sind; die niedrigen Mahllöhne kommen seines Erachtens doch nur sehr Wenigen zu gut. Wie dem aber auch sei: jedenfalls müsse die Rücksicht auf den Gesundheitszustand überwiegen, wie man denn um deswillen auch in Wolfenbüttel damit umgehe, die kaum veräußerte Mühle wieder zurückzukaufen und gänzlich zu beseitigen. Daß die Neustädter Pipenbrüderschaft diese Gelegenheit benutzen wolle, um zu lucriren, hält Redner nicht für klug und wohlgethan. Der vierte Theil ihrer Interessenschaft habe sich schon jetzt gezwungen gesehen, der Stadtwasserkunst beizutreten. Gegen diese, welche sonach nicht nur zur Unterhaltung der Neustädter Kunst beizutragen, sondern auch die höheren Preise für das städtische Wasser zu zahlen haben, begehen die übrigen Mitglieder zunächst ein Unrecht, wenn sie den gewünschten Ausgleich durch übertriebene Forderungen hintertreiben. Wenn demnächst aber dieselbe Nothwendigkeit, wie vorauszusehen, noch manche andere Interessenten des Neustädter Werks in die gleiche Lage versetzt und somit der bisherigen Minorität zur Majorität verholfen haben werde, müsse von selbst und ohne Entschädigung der Stadt zufallen, wofür sie jetzt noch Opfer zu bringen bereit sei.

Herr Bracke hält durch die von ihm angeführten Zahlen allerdings doch bewiesen, daß man ohne Beeinträchtigung des Mühlenbetriebes die Wehre so oft und so lange es die gesundheitlichen Rücksichten gebieten offen halten, die Neustadtmühle also mit Wasserkraft sehr wohl in der Hand der Regierung bleiben kann, ohne daß davon irgendwie eine Schädigung für die Stadt zu fürchten steht. Die billigen Mahllöhne kommen seiner Ansicht nach in der That der großen Masse der Einwohnerschaft zu gute: kein Sachverständiger werde verkennen, daß ein Handelsgeschäft wie das welchem Redner angehört, durch den Verkauf der Neustadtmühle nicht nur keinen Schaden, sondern vielmehr einen sehr erheblichen Vortheil haben würde.

Herr Schöttler stimmt mit Herrn Neuter darin überein, daß eine rationelle Canalisirung der Stadt nicht eher möglich sei, als bis der gesammte Wasservorrath der Oker zur Spülung disponibel gehalten werde. Dieses aber werde ohne die geforderten Zugeständnisse an die Pipenbrüderschaft und ohne Expropriation derselben zu erreichen sein, indem man bei einem Verfaufe der Neustadtmühle ohne Wasserkraft die Bedingung stellen, daß den Interessenten dennoch ihr Wasser vertragsmäßig geliefert werde. Allerdings werde man den Käufer für diese Leistung entschädigen müssen; dies aber werde der Stadt keinesfalls so theuer zu stehen kommen wie die Gewährung der Ansprüche, welche die Pipenbrüderschaft für den geforderten Vorschub erhebe.

Die Versammlung beschließt hierauf in Gemäßheit der Commissionsanträge.

VI. In die Commission für Abschätzung der Grundstücke hiesiger Feldmark zur Grundsteuer werden in Fortsetzung der für die Hägerer Feldmark bereits am 21. August vorgenommenen Wahl nunmehr durch Acclamation ferner gewählt

aus dem Wilhelmsordidistricte die Herren

Samenhändler G. Kallmeyer,
Kaufmann und Stadtverordneter W. Flaggé,
Samenhändler C. Bredé;

aus dem Hohethordidistricte die Herren

Particulier C. Ruß,
Gartengeschworener D. Dürre,
Oekonom Essen;

aus dem Altenpetritshordidistricte die Herren

Gärtner Bosse,
Gärtner F. Wiedemann sen.,
Kunstgärtner J. Kessel;

aus dem Neuenpetrithorbdistricte die Herren

Gärtner H. Bewig,

Gärtner F. Drewes,

Holzhändler C. Brennecke;

aus der Altenwief die Herren

Gärtner G. Fricke,

Gärtner F. Bäse sen.,

Kunstgärtner A. Bültemann.

VII. Zu Beisitzern der Ortscommission für die Einschätzungen zur Gewerbesteuer werden gewählt die Herren

Flagge, Jasper, Kloss und Solmiz.

VIII. Von Herzoglichem Finanzcollegium ist dem Magistrate der Entwurf eines wegen des kleinen Exercierplatzes abzuschließenden Vergleichs mit dem Bemerken zugegangen, daß die endliche Erledigung der Sache in einer mündlichen Conferenz erfolgen könne, sobald sich die Intendantur des 10. Armercorps mit den in Vorschlag gebrachten Bestimmungen einverstanden erklärt habe. Es sind dies im allgemeinen die schon früher zur Verhandlung gekommenen und von Herzoglicher Landesregierung genehmigten; mit den in der Versammlung am 27. Februar d. J. gestellten stimmen sie indessen nicht völlig überein, indem das Eigenthumsrecht der Stadt Braunschweig zwar anerkannt wird, aber unter mehrfachen Beschränkungen. Einmal nämlich wird der Platz auch für die Folge für jede Art Uebungen der Truppen des Reichsheeres vorbehalten. Daß sich die Militärverwaltung eine contractliche Einschränkung dieser Befugniß auf Fußübungen allein gefallen ließe, hält der Magistrat für unwahrscheinlich; für zweifelhaft auch, ob die außer Dienst beliebten Reitübungen der Officiere und ihrer Diener werden auszuschließen sein. Der Magistrat will Letzteres wenigstens in Anregung bringen, glaubt aber, daß man hieran die Uebereinkunft keinesfalls dürfe scheitern lassen. Ferner wird dem Magistrate auferlegt, sich wegen der Zeit der auf dem kleinen Exercierplatze abzuhaltenden Volksfeste, sowie über die dazu erforderlichen Anordnungen mit dem Commandeur des Herzogl. Contingents zu verständigen; etwa eintretende Differenzen hierüber sollen zur Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums gestellt sein. Hiernach erscheint selbstverständlich, daß während der Volksfeste militärische Uebungen nicht dürfen vorgenommen werden; falls Werth darauf gelegt würde, könnte eine ausdrückliche Bestimmung dieses Inhalts in den Vertrag aufgenommen werden. Das Zugeständniß ferner, daß der hiesigen Schuljugend nach Anweisung des Contingentscommandeurs ein zu Turnübungen geeigneter Raum vorbehalten sein soll, hält der

Magistrat dormalen für unwesentlich, doch beantragt er, dasselbe auf alle Fälle anzunehmen, und hiermit zugleich die Forderung zu verbinden, daß an den Mittwochen und Sonnabenden die Exercierübungen ausgesetzt bleiben — eine Forderung freilich, dessen Gewährung, zumal für die Mittwochen, einigermaßen zweifelhaft bleibt. Die dann folgenden Bestimmungen über die Abhaltung der jährlichen Johannismärkte und der etwa wieder anzuordnenden Bürgerwehrübungen hält der Magistrat für unbedenklich. Wenn dagegen der Entwurf weiterhin die Instandhaltung des Platzes, der Gräben, Schlagbäume, Auffahrten, Baumalleen und ebenso die davon fallenden Nutzungen der Militärbehörde überweist, so hält der Magistrat für angemessener, alles dies auf Rechnung der Stadt zu übernehmen und die Schlagbäume dann gänzlich zu beseitigen. Falls dies nicht zu erreichen stände, würden die letztern voraussichtlich nicht mit den städtischen, sondern mit den Reichsfarben versehen werden. Daß endlich die öffentlichen und Gemeindelaften von dem kleinen Exercierplatze von der Stadt geleistet werden sollen und bei der der Hagerer Gemeinde zugestandenen Grasnutzung die Behütung mit Vieh ausgeschlossen wird, hält der Magistrat ebenfalls für sachgemäß. Indem er schließlich den Erlaß eines Verbots wegen des Reitens und Fahrens auf dem Exercierplatze in Aussicht stellt, giebt er die Beschlußnahme über diese Angelegenheit der Versammlung anheim.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, stellt ihrerseits den Antrag:

die Versammlung wolle erklären, daß die vorgelegten Vergleichsbedingungen im wesentlichen ihren Ansichten und Wünschen entsprechen,

zugleich aber den Magistrat ersuchen, nach Möglichkeit dahin zu streben, daß

- 1) die Instandhaltung des Platzes und die Unterhaltung der denselben umgebenden Baumreihen, event. wenigstens die letztere, nicht, wie § 7 des Entwurfs bestimme, der Militärverwaltung, sondern der Stadt überlassen,
- 2) das Reiten und Fahren von Militärpersonen oder deren Dienern auf dem Platze außer beim Exercieren für unzulässig erklärt,
- 3) wenn auch nur neben dem Contracte ein Abkommen mit der Militärbehörde dahin getroffen werde, daß an den Mittwochs- und Sonnabend-Nachmittagen eine umfassendere Benutzung des Platzes unterbleibe, damit derselbe alsdann als Spielplatz für die Jugend benutzt werden könne.

Herr Steinau wünscht den Vergleich präciser gefaßt und namentlich folgende Punkte völlig klar gestellt zu sehen: 1) daß der Exercierplatz nur für Fußübungen benutzt werden dürfe, wobei selbstverständlich das Reiten der Officiere im Dienste vorzubehalten; 2) daß der Platz an den Mittwochs- und Sonnabendnachmittagen

der hiesigen Jugend als Spielplatz überlassen werde; 3) daß das Fahren und Reiten auf demselben im allgemeinen verboten, dies Verbot durch Warnungstafeln bekannt gemacht und den Beamten der öffentlichen Ordnung aufgegeben werde, die Uebertreter zur Strafe zu ziehen — Forderungen von so bescheidener Tragweite, daß ein Einwand dagegen füglich nicht gefürchtet zu werden brauche. Ebenso werde sich empfehlen, 4) die Gras- und Laubnutzung auf dem Exercierplatze für die Stadt zu erwerben, die Högener Interessentschaft also abzufinden und event. die kleine Intrade zu capitalisiren.

In Anbetracht, daß sich gewichtige Stimmen mehr und mehr für Beschränkung des Schulunterrichts auf die Morgenstunden ausgesprochen haben, hält Herr Red für erforderlich, dahin zu streben, daß der Platz womöglich ganz und an allen Nachmittagen der Jugend eingeräumt, jedenfalls aber der für diese zu reservirende Raum möglichst reichlich bemessen werde.

Herr Schöttler besorgt, derartige Desiderien möchten zu nichts führen und, nachdrücklich festgehalten, vielleicht den ganzen Austrag in Frage stellen. Andererseits werde manches der obwaltenden Bedenken sich in der Praxis voraussichtlich als grundlos erweisen. So namentlich das von der Rücksicht auf die Jugend hergenommene. Außer der Recrutenzzeit nämlich, welche überdies in den Winter falle, werde in der Regel Nachmittags überhaupt keine Exercierübung gehalten, der Platz also meistens der Jugend überlassen bleiben, so daß deren Interesse auch ohne ausdrückliche Stipulation genügend gewahrt sei, wenn das Fahren und Reiten im Bereiche des Exercierplatzes verboten werde. Demnach ist Redner einverstanden, daß auf jene Anliegen bei den ferneren Verhandlungen nach Möglichkeit gehalten werde, nicht aber daß sie zur Bedingung des Ausgleichs gemacht werden.

Herr Graf Götz Wrisberg. Das Finanzcollegium habe die Vergleichsvorschläge wie sie vorliegen in der Hoffnung formulirt, daß sie so beiderseits Annahme finden könnten. Wenn man nun darüber hinaus auf Seiten der Stadt einmal die Bedingung stelle, daß der Platz nur zu Infanterieübungen benutzt werden dürfe, so könne er dies nicht für zweckmäßig halten. Zwar werden Cavallerieübungen, für welche der große Exercierplatz zur Verfügung stehe, hier schwerlich jemals vorgenommen werden; andererseits aber dürfte die Militairbehörde doch wohl nicht geneigt sein, ihr Recht darauf gänzlich in Abrede stellen zu lassen, weil sich eben nicht voraussehen lasse, ob sie davon nicht unter irgend welchen Umständen einmal werde Gebrauch machen müssen. Ebenso unwahrscheinlich sei zweitens, daß der Platz an zwei Nachmittagen der Woche ausschließlich der Jugend überlassen bleiben könne, da Mittwochs regelmäßig exerciert werde, und keinesfalls werde die Ausdehnung dieses Zugeständnisses auf alle Nachmittage durchzuführen sein. An diesen Differenzen aber den Ausgleich scheitern zu lassen, würde um so weniger zu recht-

fertigen sein, da im Grunde beide Stipulationen eine praktische Bedeutung für die Stadt nicht haben.

Herr Steinau ist im Gegentheil der Meinung, daß man seitens der Stadt auf diese Forderungen unter allen Umständen bestehen müsse, und daß bei unbefangener Würdigung der Verhältnisse die Militärbehörde ohne Weigerung darauf eingehen könnte. Namentlich werde sie einsehen, daß Cavallerieübungen auf dem Exercierplatze jetzt, nachdem derselbe rings von Wohnungen umgeben, eben so unzulässig wären, wie z. B. auf dem Kohlmarke oder irgend einem andern freien Platze inmitten der Stadt.

Auch Herr Lucius fürchtet, daß die Stadt ohne die geforderten Stipulationen nur dem Namen nach Eigenthümer des Exercierplatzes sein würde, und wird daher für die von Herrn Steinau formulirten Vorbehalte stimmen.

Herr Peters erinnert, daß es sich eben um einen Vergleich handle, der ein Eigenthums- und ein Servitutenrecht thunlichst in Einklang bringen solle, daß man sich daher beiderseits entgegenkommen müsse und daß die Stadt in diesem Falle einem stärkern Gegner gegenüber stehe, sofern die Militärbehörde factisch im Besitze des Exercierplatzes sei. Wollte man es auf einen Proceß ankommen lassen, so würde die nächste Frage eben die sein, welche Rechte jedem Theile erweislich zustehen. Nachdem aber die Militärverwaltung ihr Nutzungsrecht seit unvorzähliger Zeit ohne Einschränkung ausgeübt, dürfte die Stadt im Wege Rechts schwerlich zu der Befugniß gelangen können, derselben über die Art und Weise der Ausübung dieses Rechts Vorschriften zu machen. — Uebrigens hält es Redner für ein ungerechtfertigtes Mißtrauen, wenn man sich in den fraglichen Punkten von vornherein auf ungerechte Weiterungen der Militärbehörde gefaßt halte, gegen welche denn vollends auch die für Differenzfälle der Landesregierung vorbehaltene Entscheidung alle wünschenswerthe Sicherheit biete.

Herr Steinau. Servitude können gemißbraucht werden, und Niemand werde in Abrede stellen, daß die Militärbehörde den Exercierplatz seit 1867 viel ausgreifender benutzt habe als je vorher. Begnüge man sich seitens der Stadt auch fernerhin, den Eigenthumsnamen statt eines wirklichen Eigenthumsrechtes zu wahren, so werde die alte Zänkereei voraussichtlich niemals aufhören.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist, beschließt die Versammlung im Sinne des Commissionsantrages unter Hinzunahme der von Herrn Steinau empfohlenen Vorbehalte.

IX. In der Sitzung am 21. August war der gegenüber den Vorschlägen des Magistrats nochmals aufrecht erhaltene Antrag Herrn Steinhaus:

in hiesiger Stadt ebenso wie in Stuttgart und München ohne Rücksicht

auf die Bundesverordnung vom 24. December 1868 die Militärpersonen zur Communalsteuer zu veranlagern, event. gegen dieselben nach Maßgabe des bezüglichen Statuts zu verfahren,

der Statutencommission zu weiterer Berichterstattung überwiesen. Wie namens dieser nunmehr Herr Peters vorträgt, steht einem solchen Vorgehen vor allem die Erwägung entgegen, daß eine Execution wegen verweigerter Steuerzahlung Militärpersonen gegenüber gesetzlich unzulässig ist. Da nun überdies aber eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit in Aussicht steht und bei den bezüglichen Reichstagsverhandlungen die Ungefehllichkeit der gedachten Verordnung ohne Zweifel wird erwiesen werden, beantragt die Commission die Ablehnung des Steinauschen Antrags.

Herr Steinau erklärt, daß ihm bei Einbringung seines Antrags nicht bekannt gewesen, wie vermöge der Reservatrechte Württembergs und Bayerns die gesetzliche Sachlage in Stuttgart und München eine andere als hier. Hierüber nunmehr aufgeklärt, sei er einverstanden, seinen Antrag auf sich beruhen zu lassen.

In diesem Sinne entscheidet sich dann auch die Versammlung.

Ein Antrag des Magistrats, die Pensionirung des Pflegehauseaufsehers Sprengel betreffend, muß wegen inzwischen eingetretener Veränderung gewisser dabei in Betracht kommender Umstände ausgesetzt werden. Dagegen wird

X. auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden und in Uebereinstimmung mit einem nachträglich eingegangenen Antrage des Magistrats die Pensionirung einer Schreiblehrerin an der höheren städtischen Mädterschule genehmigt und der gesetzliche Pensionsbetrag von 90 \mathfrak{M} für dieselbe verwilligt.

Schließlich

XI. trägt namens der Statutencommission Herr Peters Folgendes vor.

Der Gemeindeschullehrer Stiller beabsichtigt auf seinem Grundstücke an der Kastanienallee unmittelbar an dem von da in den Hagenbruch führenden Interessentenwege ein zweites Wohnhaus zu erbauen. Da dieser Weg nach dem Stadterweiterungsplane demnächst unter die städtischen Communicationswege aufgenommen und dann auf 3 Ruthen Breite gebracht werden soll, müßte das projectirte Gebäude in die neu festzusetzende Fluchtlinie zurücktreten und vom östlichen Theile des Stillerschen Grundstücks ein Raum von $7\frac{1}{2}$ □Ruthen zur Straße fallen. Gegen diese Anordnung, durch welche ihm die Möglichkeit genommen würde, die östliche Hälfte seines Grundstücks zu zwei Baustellen zu verwerthen, hat nun aber der Lehrer Stiller reclamirt und event. eine Entschädigung erst von 100, dann von 80 \mathfrak{M} für die Quadratruthe beansprucht. Der Magistrat hat andererseits erwogen, daß

der in Aussicht genommene Verbindungsweg zwischen Kastanienallee und Gliesmaroder Fußweg immer nur für die Anlieger von Bedeutung sein wird und demnach ebensogut wie der letztere in einer Breite von 40—42 Fuß dem Bedürfnis genügen dürfte, und daß ferner auch nicht erforderlich ist, denselben völlig gerade zu legen, vielmehr die Linie des schon vorhandenen Interessentenweges füglich beibehalten werden kann. Dies genehmigt und daß zu der projectirten geringern Verbreiterung des Weges nöthige Terrain von den Grundstücken an der Ostseite des Weges entnommen, wird der Lehrer Stiller von seinem Grundstücke nur wenig abzutreten haben und dann eine Verständigung im Wege der Güte leicht zu erzielen, andernfalls aber im Wege der Expropriation gegen ihn vorzugehen sein. Demzufolge giebt der Magistrat folgende Beschlüsse anheim:

- 1) Der im Stadterweiterungsplane projectirte Fahrweg zwischen Kastanienallee und Gliesmaroder Fußweg soll
 - a. mit der Zeit und nach Bedürfnis zur Ausführung gebracht werden,
 - b. eine Breite von 40—42 Fuß erhalten,
 - c. sich an die schon vorhandenen Wege thunlichst anschließen, auch wenn er in Folge dessen nicht in grader Linie geführt werden kann, auf welche nur da wo noch kein Weg vorhanden, und immer nur unter möglichster Schonung der anliegenden Gebäude zu halten ist.
- 2) Der Magistrat wird ermächtigt, sich mit den Anliegern über die Entschädigung für Abtretungen von Grund und Boden gütlich zu verständigen, event. aber das Expropriationsverfahren zu beantragen.
- 3) Die hierzu erforderlichen Mittel werden aus der Wegebaukasse verwilligt. Seitens der Commission werden diese Anträge zur Genehmigung empfohlen.

Herr Reuter beklagt, daß es durch Verhältnisse wie die hier in Betracht kommen, noch zum öftern unvermeidlich sein werde, auf die im Stadterweiterungsplane angenommene Minimalbreite von 48 Fuß zu verzichten.

Herr Ehrenhard erklärt sich in dem vorliegenden Falle für Beibehaltung der statutenmäßigen Breite, da es sich zunächst nur um die Abtretungen von dem Stillerschen Grundstücke handle, und die sonst noch nöthigen Erwerbungen voraussichtlich keine große Kosten verursachen werden.

Die Versammlung tritt jedoch dem Votum der Commission bei.

Nachdem hierauf

Herr Bock die Anfrage gestellt: wie weit die von ihm und den Herren Bracke und Steinau am 27. Februar d. J. eingebrachten Anträge auf verschiedene Modificationen der Geschäftsordnung inzwischen gefördert seien?

und der Herr Vorsitzende bemerkt hat, daß der Gegenstand schon mehrfach auf der Tagesordnung der Statutencommission gestanden habe, wegen anderer dringenderer Vorlagen aber noch nicht zur Berathung habe gelangen können, und eine speziell dazu angeordnete Sitzung kürzlich, wie Herrn Vock bekannt, nicht beschlußfähig geworden sei, der Gegenstand jedoch in nächster Zeit zur Verhandlung kommen werde, wird die Sitzung geschlossen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 242. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 12.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 16. October 1873.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Kloss, Schöttler und Schwarzenberg.

Nachdem die Sitzung eröffnet und zunächst das Protocoll vom 25. September genehmigt ist,

bringt der Herr Vorsitzende auf Grund einer Zuschrift des Magistrats zur Kenntniß der Versammlung, daß die Erben des weiland Hofbuchhändlers Ed. Leibrock in Folge eines von dem Verstorbenen mehrfach geäußerten Wunsches der Stadt eine werthvolle Conchilienammlung zum Eigenthum überwiesen haben. Den Dank der Stadt hat der Magistrat bereits öffentlich und in einem Schreiben an die Geschenkgeber ausgesprochen; der Herr Vorsitzende zweifelt nicht, die Versammlung werde damit einverstanden sein, und fügt die fernere Mittheilung hinzu, daß die Sammlung vorläufig nach dem Altstadtrathhause transportirt ist, und hier demnächst dem Publikum zugänglich gemacht werden soll. Wo dieselbe ihre definitive Aufstellung finden werde, sei noch ungewiß, indem ein passendes Local dazu erst noch ermittelt werden müsse.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über den Geschäftsbericht der Gasanstalt für das Betriebsjahr 1871/72, welcher der Versammlung in autographischen Abdrücken zugegangen ist.

Derselbe ergiebt eine Production von 42,596,600 Cbßß Gas und einen Reingewinn von 27,386 Rthlr. 1 Gr. 9 Pf., während im Voranschlage jene zu 42 Millionen Cbßß, dieser zu 34,889 Rthlr. 20 Gr. angenommen war. Der Magistrat findet laut eines Schreibens vom 6. d. M. dieses Ergebniß durch die in Folge hoher Kohlenpreise vermehrten Betriebskosten in Verbindung mit verschiedenen Mindereinnahmen, wie solche in dem Berichte ausführlich erläutert sind, genügend erklärt und beantragt demnach,

daß der Direction, sofern die in dem Berichte angegebenen Einnahmen und Ausgaben mit den Büchern übereinstimmen, Decharge ertheilt werde.

In Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der Direction giebt der Magistrat ferner anheim,

von dem erzielten Ueberschusse

1. den Unterbeamten und Arbeitern der Gasanstalt eine Remuneration von 295 \mathfrak{R} zu verwilligen (welcher Posten instänftige wegfallen wird),

2. 2600 \mathfrak{R} zur Ausloosung von 26 Obligationen zu bestimmen,

3. 16,391 \mathfrak{R} 1 \mathfrak{G} 9 \mathfrak{S} für Erweiterungsbauten zu reserviren,

womit dann der ganze Vorrath erschöpft sein wird, da zum Umbau eines Schornsteins und der Feuerzüge 2600 \mathfrak{R} , zur Reducirung der Gasmesser auf Metermaß 5500 \mathfrak{R} bereits verwilligt sind.

Im Uebrigen enthält der finanzielle Theil des Berichtes im wesentlichen nur eine Rechenschaft über die Verwendung der in den letzten Jahren zu Erweiterungsbauten, zur Ausdehnung des Röhrennetzes u. dergl. m. bewilligten Gelder sowie über die für derartige Zwecke noch zu machenden Aufwendungen. Der Magistrat kann die in dieser Beziehung gestellten Anträge lediglich zur Genehmigung empfehlen.

Auch zum technischen Theile des Berichtes findet der Magistrat nichts zu bemerken. Dagegen glaubt er, schon jetzt darauf hinweisen zu müssen, daß, wenn die Kohlenpreise nicht wieder zurückgehen sollten, eine Erhöhung der Gaspreise unvermeidlich sein wird, da bedeutende Verwendungen auf das Werk noch in Aussicht stehen und zu dessen Betriebe Zuschüsse aus der Stadtkasse selbstverständlich nicht gemacht werden können.

Die Commission schließt sich den Magistratsanträgen lediglich an, welche dann auch von der Versammlung genehmigt werden.

Es folgt

II. von Herrn Jasper erstattet, der Bericht der Finanzcommission über einen unterm 6. d. M. ergangenen Antrag des Magistrats auf Verwilligung eines Zuschusses zum Bau der neuen Synagoge.

Nach einer Eingabe des Vorstandes der jüdischen Gemeinde wird dieser Bau

einschließlich der innern Ausstattung des Tempels und der Restauration des dazu gehörigen Gebäudes 103,500 M kosten. Davon werden durch ein Vermächtniß 64,300 M , durch den Erlös aus dem Verfaufe des jetzigen Synagogengebäudes etwa 11,000 M gedeckt werden; 9000 M haben die Gemeindemitglieder freiwillig zusammengebracht. Es sind sonach, vorausgesetzt, daß die Anschläge nicht überschritten werden, immer noch wenigstens 19,200 M aufzubringen. Da dieß der hiesigen wenig zahlreichen Gemeinde, zumal bei den bedeutenden Ausgaben, welche dieselbe schon regelmäßig für ihren Cultus zu machen hat, sehr schwer fallen dürfte, bittet der Gemeindevorstand um einen Zuschuß aus den Erträgen des Kreisfonds für 1874. Schon bei Feststellung der vorjährigen Kreisfondsetats hat der Magistrat darauf hingewiesen, daß dergleichen wie zu den Kosten der lutherischen Kirchen so auch für andere anerkannte Religionsgemeinschaften, also für Reformirte, Katholiken und Juden, verwilligt werden könnten. Der Magistrat anerkennt denn auch den vorliegenden Antrag als durchaus gerechtfertigt, und giebt anheim,

zu dem angegebenen Zwecke 4000 M in der Weise zu verwilligen, daß 2000 M , und zwar aus den Zinsen der dem Kreisfonds im Laufe d. J. abermals überwiesenen 150,200 M , sofort gezahlt, 2000 M aber in den nächstjährigen Etat aufgenommen werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit ohne jede Discussion einverstanden.

Weiter

III. trägt auf Grund eines Magistratschreibens vom 24. September namens der Finanzcommission Herrn v. Seckendorf Folgendes vor.

Zur Durchführung einer großen Anzahl als nothwendig anerkannter neuerer Einrichtungen und Anlagen sind Mittel erforderlich, welche durch Steuerzuschläge nicht beschafft werden können. Zwar sind von der nach Beschluß vom 28. September 1871 bei Herzoglichem Leihhause contrahirten Anleihe von 150,000 M erst 40,000 wirklich erhoben, 35,000 für die nächste Zeit angefordert; die mithin noch disponibeln 75,000 M aber werden, zumal wenn innerhalb der nächsten vier Jahre für Fertigstellung von 55—60 neuen Schulklassen gesorgt werden soll, dem vorhandenen Bedürfnis voraussichtlich weitaus nicht genügen. Der Magistrat hat daher auf eine neue und größere Anleihe für die Stadt Bedacht genommen, zu welcher sich zwei Wege darbieten.

Von der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds ist ein Darlehn von 500,000 M bis zu einer Million in Aussicht gestellt. Diese Summe wäre zu verzinsen mit $4\frac{1}{2}$ für $99\frac{5}{8}$ M , welche je für 100 M ausgezahlt und mit 100 M zurückgezahlt würden, und zu amortisiren mit 1% und den durch die Abträge ersparten Zinsen,

innerhalb eines Zeitraums also von 38 Jahren; außerdem würde sie auf einmal zu erheben sein und in Berlin zur Auszahlung kommen, wo auch, und zwar auf Kosten des Schuldners, Zinsen und Abträge berichtigt werden müßten; eventuell endlich wären, ebenfalls auf Kosten des Schuldners, Obligationen au porteur im Betrage des Darlehens anzufertigen und der Fondsverwaltung auszuhändigen. Andererseits würden die von Herzoglichem Finanzcollegium, Abth. für Leihhaus-sachen, für derartige Darlehne gestellten Bedingungen, Verzinsung mit $4\frac{1}{2}$ Proc. und Auszahlungscours von $96\frac{1}{2}$ bei Rückzahlung mit 97, vorteilhafter erscheinen, da der Zinsfuß geringer, die Amortisation nicht höher, dabei auch das Geld nach Belieben zu erheben und somit nicht für Unterbringung der einstweilen nicht zur Verwendung kommenden bedeutenden Beträge zu sorgen sein, und endlich weder bei Empfang des Geldes noch bei den Zins- und Abtragszahlungen, noch auch event. durch Anfertigung von Obligationen Kosten entstehen würden. Der Magistrat würde es daher vorziehen, über die Gewährung eines Darlehns mit dem Herzogl. Leihhause zu verhandeln und abzuschließen. In Betreff der Höhe des aufzunehmenden Darlehens hält der Magistrat für geboten, daß der Stadt, außer den noch disponibeln 75,000 $\text{\$}$ der früheren Anleihe — welche unter gewissen hiernächst zu erwähnenden Bedingungen beizubehalten deswegen zweckmäßig scheint, weil über den ganzen Betrag von 150,000 $\text{\$}$ bereits unter Verwendung des nöthigen Stempels eine Obligation ausgefertigt ist — noch ein Capital von 500,000 $\text{\$}$ gesichert werde. Für die nächste Zukunft stehen nämlich der Stadt größere Aufwendungen bevor

1. für den Bau der Realschule zweiter Ordnung,
2. für den Bau von 3—4 neuen Bürgerschulen einschließlich des Ankaufs der Baustellen,
3. für den Bau einer zweiten Töchterchule, ebenfalls mit Ankauf des Grundstückes,
4. zur Erweiterung der Gasanstalt im Betrage von 60,000 $\text{\$}$,
5. für dergleichen bei dem Wasserwerke in unbestimmtem Betrage,
6. zur Canalisirung und Chaussirung der Straßen vor den Thoren,
7. für Canalisirungen und Pflasterungen innerhalb der Stadt.

Schon diese Bedürfnisse würden die Summe von 500,000 $\text{\$}$ vollständig absorbiren; außerdem aber dürften in nicht zu ferner Zeit noch in Frage kommen und, falls die erforderlichen Mittel irgend aufgebracht werden können, wahrscheinlich nicht abzulehnen sein

1. der Ankauf der erhaltenen Theile der Burghaserne nebst deren Zubehör,
2. die Anlage neuer Friedhöfe und Leichenhäuser,
3. der Bau einer Kaserne für zwei Schwadronen,

4. der Bau eines neuen Museumsgebäudes,
5. der Bau eines Schlachthauses.

Nach diesem allen giebt der Magistrat anheim, daß er ermächtigt werde,

1. rücksichtlich der früheren Anleihe von 150,000 \mathfrak{R} mit Herzogl. Leih-
hause eine Abänderung der ausgestellten Schuldverschreibung dahin zu
vereinbaren, daß diejenigen 110,000 \mathfrak{R} , welche bis jetzt noch nicht
erhoben sind mit $4\frac{5}{12}$ Proc. verzinst, dagegen für 100 \mathfrak{R} nur
mit $96\frac{1}{2}$ zur Auszahlung kommen und die Amortisation auf 2%
oder 1% und die ersparten Zinsen festgesetzt werden, übrigens aber
die Amortisationen für die bis zum Schlusse d. J. erhobenen Beträge
mit dem nächsten Jahre und für die fernerhin zu erhebenden
immer mit dem nächsten Jahre nach der Zahlung beginnen sollen;
2. ein ferneres Anlehen von 500,000 \mathfrak{R} für hiesige Stadt bei Herzog-
lichem Finanzcollegium, Abtheilung für Leihhausfachen, zu negociiren
und die Bedingungen im Einverständniß mit der Finanzcommission der
Versammlung festzustellen.

Es wird zunächst die Convertirung der bereits contrahirten Anleihe zur Dis-
cussion gestellt und nachdem Wesen und Zweck dieser Operation eingehender durch
Herrn Oberbürgermeister Caspari und Herrn Graf Görz-Wrisberg erläutert
sind, von der Versammlung genehmigt.

Die Aufnahme einer fernerweiten Anleihe betreffend,

ist Herr Pini, mit den Vorschlägen des Magistrats im allgemeinen durchaus
einverstanden; nur scheint ihm die ins Auge gefaßte Amortisationsfrist zu kurz,
da die Mehrzahl der wirklich dringenden Bedürfnisse mit der Summe von
500,000 \mathfrak{R} wohl zu decken sein dürften, also nicht zu befürchten stehe, daß
diese Anleihe erhöht und somit etwa die Zukunft zu weit hinaus belastet zu werden
brauche.

Herr Graf Görz-Wrisberg hält diese Voraussetzung keineswegs für
sehr wahrscheinlich: aus den Mittheilungen des Magistrats lasse sich vielmehr er-
sehen, daß außer den zunächst namhaft gemachten eine ziemliche Reihe anderer An-
forderungen in Aussicht stehn, denen man sich ebenfalls schwerlich werde entziehen
können; und noch andere, auf die man sich ohne Zweifel desgleichen gefaßt halten
müsse, seien noch gar nicht ins Auge gefaßt. Redner führt beispielsweise an, daß
die projectirte Quellwasserleitung, gleichviel auf welche Weise dieselbe zu Stande komme,
keinesfalls doch ohne alle Opfer seitens der Stadt zu erlangen sein dürfte. Unter
diesen Umständen aber müsse es in Wahrheit durchaus gerechtfertigt erscheinen,
wenn man die Amortisationsfrist nicht allzu weit ausdehne. Eventuell rath Herr

Graf Görz-Weisberg, keinesfalls auf eine geringere Amortisation als mit 2% zu compromittiren.

Herr Steinau schließt sich dieser Auffassung an.

Herr v. Seckendorf weist darauf hin, daß bei der beabsichtigten Art der Amortisation mit 1% und den Zinsen der Abträge die Veränderung der Schuld in den ersten Jahren geringfügiger sein und erst gegen Ende der Tilgungsfrist die Amortisationsbeträge mehr und mehr anwachsen werden.

Die Versammlung beschließt in Gemäßheit des Magistratsantrages.

Ferner

IV. wird in Uebereinstimmung mit einem unterm 16. September ergangenen und nachträglich modificirten Antrag des Magistrats auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Steinau berichtet, die Pensionirung des Pflegehauseaufsehers Sprengel vom 1. Januar 1874 ab genehmigt und ein Ruhegehalt für denselben im Betrage von 200 M verwilligt.

Sodann

V. berichtet namens der Finanzcommission Herr Haake über den mit einem Magistratschreiben vom 6. d. Mts. vorliegenden Etat des Kreisfonds auf das Jahr 1874.

Nach dem Etat für das laufende Jahr hätten Einnahmen und Ausgaben sich compensiren, also kein Vorrath bleiben sollen. Es sind indeß im Laufe d. J. aus Herzogl. Hauptfinanzkasse abermals 150,200 M zum Kreiscommunalfond eingezahlt, deren Zinsen für einen Theil des Jahres noch in Einnahme kommen. Damit nun aber in dieser Kasse kein Vorräthe entstehen, über deren Verwaltung wenigstens zeitweise Zweifel obwalten, beantragt der Magistrat,

daß der am Schlusse des Jahres 1873 nach Abzug der für die Verwaltung zu zahlenden Remuneration von 200 M sowie des für die jüdische Gemeinde beantragten Zuschusses von 2000 M bleibende Kassenbestand vollständig an die Stadtkasse abgeliefert und zu Schulhausbauten verwandt werde.

Demnach beziffern sich die Einnahmen des Kreisfonds für das Jahr 1874 auf 26,274 M 10 G . In Ausgabe stehen dagegen

1. an Verwaltungskosten 50 M :

200 M weniger als im Vorjahr, der laut Beschlusses der städtischen Behörden die Verwaltung des Kreisfond von den Stadtkassenbeamten vom Jahre 1873 ab unentgeltlich geführt werden soll;

2. an Zuschuß zur städtischen Wegebaucasse 6000 ₧:
2000 ₧ mehr als im diesjährigen Etat, da die Unterhaltungskosten der Wege fortwährend steigen, sodaß auch mit diesem erhöhten Zuschuß die Ausgaben der Wegebaucasse keineswegs gedeckt werden, alle Neubauten vielmehr noch extraordinär aus der Stadtkasse zu bestreiten sind;
3. für Straßenpflasterungen und Canalisirungen 4000 ₧, und
4. an Zuschuß für die Gemeindefirchenkassen 4000 ₧:
diese beiden Posten übereinstimmend mit dem diesjährigen Etat;
5. an Unterstützung für die jüdische Gemeinde 2000 ₧
in Gemäßheit des Antrags vom 24. v. M. und
6. an Zuschuß zur Stadtkasse für Schulhausbauten 10,224 ₧ 10 gr,
worin, wie zur Einnahme bemerkt wurde, die aus den Zinsen der 150,200 ₧ geflossenen Ueberschüsse des laufenden Jahres einbezogen sind.

Die Versammlung genehmigt den Etat für 1874 in seinen sämtlichen Positionen und erklärt sich einverstanden, daß der gesammte Saldo der diesjährigen Verwaltung an die Stadtkasse überwiesen werde.

VI. Wie in einem Magistratschreiben vom 6. d. M. ausgeführt wird, liegt dem Schul- und Seminardirector Friedrichs die Oberaufsicht und Leitung der höhern Töchterchule einschließlic des Lehrerinnenseminars, der drei mittleren und der drei unteren Bürgerschulen (zu denen jetzt noch je eine vierte kommt), der Präparandenanstalt, der Waisenhauschule mit dem Seminar erster und der Garnisonsschule mit dem Seminar zweiter Klasse ob; in der höhern Töchterchule, dem Lehrerinnenseminare, der Präparandenanstalt und den beiden Seminaren hat er überdies gewisse Unterrichtsstunden zu erteilen. Da der Umfang dieser schon so sehr arbeitsvollen Wirksamkeit in Folge der Einrichtung neuer Schulen fort und fort wächst, und eine Kraft demnächst nicht mehr im Stande sein dürfte, den gesteigerten Anforderungen so zu entsprechen, wie es das Beste der Schulen verlangt, hat Herr Friedrichs die Anstellung eines zweiten Schuldirectors beantragt, der wie er selbst Mitglied des Schulvorstandes zu werden und die Directorialgeschäfte mit ihm vorgeschlagener Maßen zu theilen hätte. Das Bedürfnis einer solchen Theilung wird seitens des Schulvorstandes sowohl wie auch des Magistrates unbedingt anerkannt. Die Besetzung der neuen Stelle steht nach § 17 des Gesetzes vom 8. December 1853 dem Magistrate unter Zustimmung des Herzoglichen Consistoriums zu, mit welchem dann auch über die geschäftliche Stellung

der beiden Schuldirectoren Verabredung zu treffen in. Demnach beantragt der Magistrat

daß in dem Schulkassenetat von Ostern k. J. ab ein zweiter städtischer Schuldirector mit einem Gehalte von 1300 ₰ jährlich in Ansat gebracht werde.

Die Schuldeputation, für welche Herr Neef berichtet, hat sich überzeugen müssen, daß der Schuldirector Friedrichs in der That stark überbürdet ist, und daß hierin zweckmäßiger Weise nur durch die beantragte Maßregel Wandel geschafft werden kann. Wenn von der einen und andern Seite der Ausweg vorgeschlagen werde, die dem Schuldirector obliegenden Unterrichtsstunden namentlich in den Seminarien anderen Lehrern zu übertragen, die eigentlichen Directorialgeschäfte aber in einer Hand zu belassen, so stelle sich dem zunächst die Erwägung entgegen, daß jeder Director naturgemäß das Bedürfnis habe, auch mit der pädagogischen Praxis in Fühlung zu bleiben, wozu denn in vorliegendem Falle noch das Interesse komme, die in der Ausbildung begriffenen Lehrer und Lehrerinnen durch persönliche Berührung genauer kennen zu lernen als dies durch irgend welches Examen möglich. Ganz abgesehen hiervon aber würde dann auch der Schuldirector nach einer derart beschränkten Arbeitstheilung immer noch nicht in der Lage sein, seinen hauptsächlichsten Aufgaben in dem Maße gerecht zu werden wie es die fort und fort gesteigerten Zeitanforderungen verlangen. Denn gerade in letzter Zeit mache sich auf dem ganzen Gebiete des Schulwesens eine überaus lebhafteste Bewegung geltend; überall suche man für dasselbe nach neuen Formen und Zielen. Da sei es denn wohl an der Zeit, in Ueberlegung zu ziehen, ob die gegenwärtige, im Jahre 1858 geschaffene Organisation unserer Schulen nicht auch an verschiedenen Punkten einer Reform bedürfe. Eben hierzu aber gehöre vor allem eine leitende Persönlichkeit, welche nicht von Geschäften erdrückt werde, sondern hinlängliche Ruhe finde, der gesammten Entwicklung des Schulwesens mit der gehörigen Aufmerksamkeit zu folgen. Dem gemäß wird die Anstellung eines zweiten Schuldirectors auch seitens der Commission dringend empfohlen. Der beantragte Gehaltsatz scheint angemessen und keinesfalls zu hoch, da für die Schulinspectoren ein Maximalgehalt von 1000 ₰ bei freier Wohnung ausgeworfen ist.

Herr Steinau zweifelt ebenfalls nicht, daß die gegenwärtige Geschäftslast des Schuldirectors zu groß ist; die Frage aber, in welcher Art und Weise man selbige am zweckmäßigsten werde erleichtern können, scheint ihm noch nicht genügend vorbereitet. Wie Redner es einstweilen ansieht, hat sich der Schuldirector bislang mit einem Wust von Geschäften befaßt müssen, welche füglich von den Inspectoren selbständig erledigt werden könnten, und würde demnach die obwaltende Absicht schon dadurch zu erreichen sein, daß man die letzteren mit angemessen erweiterten

Vollmachten verseehe. Gegen die Anstellung eines zweiten Schuldirectors hegt Herr Steinau insbesondere das Bedenken, daß die Theilung der Directorialgeschäfte leicht einen verderblichen Dualismus in der Leitung unseres Schulwesens zur Folge haben könnte. Redner stellt daher den reglementarischen Antrag, Berathung und Beschlußfassung über diesen Gegenstand für jetzt noch auszusetzen.

Herr Encius schließt sich diesem Antrage an,
für welchen sich alsdann auch die Versammlung entscheidet.

VII. Der Kunstgärtner Gr a b b e , welcher ein ihm zugehöriges 8 Morgen 5 Ruthen haltendes Ackerstück im Krähenfelde als Baugrund zu verwerthen beabsichtigt, hat sich laut eines Magistratschreibens vom 24. September bereit erklärt, das Terrain der zu dem Zweck projectirten vier Straßen unentgeltlich an die Stadt zu überlassen, falls diese die Canalisirung und Chausfürung derselben sowie die Anlage der Gas- und Wasserleitung übernehmen will. Von den projectirten Straßen sind zwei bereits mit dem Stadterweiterungsplane genehmigt, eine dritte seitdem von dem Stadtbaumeister selbst ins Auge gefaßt; auch im übrigen wird die Ausführung des Projects für sehr wünschenswerth gehalten, weil dadurch eine große Anzahl zweckmäßig angelegter und gesunder Bauplätze und zugleich die Möglichkeit gewonnen würde, die beabsichtigte Parcellirung des Bierweg'schen Gartens derart vorzunehmen, wie es für den Verkehr zwischen der Stadt und dem künftigen Bahnhofe bei St. Leonhard am vortheilhaftesten erscheint. Da andererseits die Instandsetzung der Wege wesentlich doch im Interesse des Unternehmers liegt, fand der Magistrat jenes Anerbieten nicht ohne weiteres annehmbar. Es haben deshalb weitere Verhandlungen stattgefunden, welche zu folgender Punctionation geführt.

1. Der Kunstgärtner Gr a b b e tritt das zu den fraglichen Wegen erforderliche Terrain, soweit es ihm gehört, insgesammt also 3 Morgen 51,7 □Ruthen, unentgeltlich ab, übernimmt
2. die Instandsetzung ämmlicher Fußwege und zwar mit Bordsteinen, und trägt
3. die Hälfte der Canalisirungskosten, jedoch unter der Bedingung, daß dabei, falls die Canäle auch Wasser aus anderen Straßen aufnehmen und daher weiter angelegt werden müssen als zunächst erforderlich wäre, die Mehrkosten hierfür ihm nicht in Anrechnung gebracht von dem dagegen was statutenmäßig andere Anlieger dieser Straßen zu deren Canalisirung beizutragen haben, die Hälfte ihm wieder zu gut gerechnet werde.

Seitens der Stadt hingegen sind

1. diejenigen, übrigens nur unbedeutenden Terraintheile, welche zur Anlage der Wege erforderlich aber nicht im Besitz des Kunstgärtners Gr a b b e sind, anzukaufen,
2. die Kosten der Canalisirung zur Hälfte, die Chausfürungskosten ganz zu übernehmen und
3. die Gas- und Wasserrohren zu legen und die Straßenbeleuchtung zu übernehmen.

Von den zu 17,150 ₧ veranschlagten Gesamtkosten

würden sonach auf den Kunstgärtner Grabb e zwar nur 6000 fl entfallen. In Erwägung jedoch, daß die Stadt sich der Instandsetzung dieser Straßen event. doch nicht auf die Dauer entziehen könnte, dann aber, ohne an die Anlieger größere Forderungen stellen zu können, wahrscheinlich auch den Werth des Straßenterrains bezahlen müßte, zudem die Offerte des Kunstgärtners Grabb e an und für sich sehr anständig ist und gegen das Benehmen der Interessenten in anderen Fällen sehr vortheilhaft absteht, glaubt der Magistrat sich für die Annahme derselben aussprechen zu müssen. Demnach wird beantragt, daß

1. auf der angegebenen Grundlage ein bindender Vertrag abgeschlossen,
2. das erforderliche Terrain in fremdem Besitz, insgesammt 128 □ Ruthen, durch gütlichen Ankauf oder im Wege der Expropriation erworben,
3. die entstehenden Kosten, soweit sie nicht von dem Kunstgärtner Grabb e oder von den Anliegern zu tragen sind, auf die städtische Wegebaukasse übernommen und
4. diese Wegebauten in Angriff genommen werden, sobald die bereits anderweit genehmigten sowie die Canalisirung der Kasernenstraße und die Herstellung des Weges am Giersberge vollendet sind.

Die Statutencommission, deren Bericht durch Herrn Graf Görz-Wrisberg erstattet wird, hat vorzugsweise in Betracht gezogen, daß, wenn die Ausführung derartiger Projecte nicht von vornherein unter Mitwirkung der Behörden bestimmt geregelt wird, leicht sehr unzweckmäßige Anlagen entstehen, welche hinterher nicht mehr zu beseitigen sind und die Nothwendigkeit hereinführen, von statutarischen Vorschriften entweder ganz abzusehen oder doch Einschränkungen derselben eintreten zu lassen, wie man dies alles hier schon vielfach, u. a. am Giesmaroder Fußwege erlebt habe. Die Commission empfiehlt demnach die gestellten Anträge zur Genehmigung.

Herr Pini, im übrigen völlig einverstanden, regt die Frage an, ob es zweckmäßig sein dürfte, den proponirten Vertrag abzuschließen, bevor Sicherheit vorhanden, daß die Eigenthümer das zu den projectirten Straßen sonst noch erforderliche Terrain zu angemessenen Preisen abzutreten geneigt seien. Außerdem wünscht Herr Pini das beabsichtigte Alignement der verlängerten Biewegstraße insofern modificirt zu sehen, als nach dem vorliegenden Plane die Fortsetzung der zur Friedrichstraße führenden Verbindung sich der schon vorhandenen Strecke mit einer an der Ostseite weit vorspringenden Ecke anschließen soll.

In Betreff jenes ersten Bedenkens verweist Herr Oberbürgermeister Caspari auf das Recht der Expropriation, hinsichtlich des zweiten Punctes auf die noch ausstehenden genaueren Feststellungen des Stadtbauamtes, bei welchen Herr Pini seine Vorschläge werde zur Sprache bringen können.

Herr Munte beklagt, daß er selber i. J. den schon vorhandenen Theil der Autorstraße nur 40' breit angelegt hat, und empfiehlt dringend, die Verlängerung derselben gleichwohl mindestens in der Breite von 48' zu halten.

Wie Herr Graf Görz-Wrisberg zur Bervollständigung seines Berichts hinzufügt, ist die östliche Verlängerung der Biewegstraße mit Rücksicht darauf, daß sie dermaleinst den größten Theil des Verkehrs zwischen der Stadt und dem in Aussicht stehenden Bahnhofe bei St. Leonhard wird zu vermitteln haben, schon im Stadterweiterungsplane zu einer Breite von 64' projectirt; in gleicher Breite soll die neue Verbindung zwischen der Biewegs- und der Friedrichsstraße angelegt werden und eine dritte noch namenlose Straße 48' breit sein, so daß denn nur für die Verlängerung der Autorstraße, und dies nach Maßgabe deren schon angebauter Strecke, die allerdings hinter den Forderungen des Statuts zurückbleibende Breite von 40' projectirt ist. Da indeß diese Straße für den Verkehr voraussichtlich niemals von erheblicher Bedeutung sein werde, hält Redner diese Abweichung für unbedenklich.

Herr Reck erinnert, daß dabei doch nicht nur die Rücksicht auf den Verkehr, sondern auch das gesundheitliche Bedürfnis nach Licht und Luft in Betracht komme. Von diesem Standpuncte aus würde er gegen eine Straßenanlage von 40' Breite nur dann kein Bedenken hegen können, wenn Bestimmungen in Kraft wären, welche die Höhe der Häuser von der Breite der Straßen abhängig machten. Da dies nicht der Fall, müsse er anheim geben, daß an der statutenmäßigen Forderung festgehalten werde.

Herr Munte findet dies um so nothwendiger, als auf dem östlichen Ende der Autorstraße Reihenhäuser wie auf der Friedrichsstraße gebaut werden sollen.

Herr Oberbürgermeister Caspari läßt dahin gestellt, ob diese Forderung nicht zu störend in die Dispositionen Herrn Grabbe's einschneiden möchte. Die Vereinbarung daran scheitern zu sehen, könne man keinesfalls wünschen, und so werde sich empfehlen, daß dem Magistrate anheim gegeben werde, wegen dieses Punctes mit dem Projectanten in Verhandlung zu treten und womöglich die gewünschte Entscheidung herbeizuführen;

womit Herr Munte als Antragsteller einverstanden ist.

In Uebereinstimmung hiermit wird bei Genehmigung der übrigen Magistratsanträge auch von der Versammlung beschlossen,

daß der Magistrat ersucht werde, unter Mitwirkung des Stadtbauamts durch eine Verhandlung mit Herrn Grabbe die Verlängerung der Autorstraße von 40' auf 48' zu bringen.

Weiter

VIII. trägt namens der Statutencommission Herr Peters auf Grund eines Magistratschreibens vom 24. September Folgendes vor.

Die Cantoren Neufirch, Flohr und Telligmann, welche zugleich als Gemeindegullehrer angestellt sind und sich im Genusse einer mit ihrem Kirchendienste verbundenen freien Wohnung befinden, haben in einem an den Stadtmagistrat und das Stadtverordneten-Collegium gerichteten Gesuche um Beseitigung der in § 4 des Reglements vom 3. Februar d. J., die Gehalts- und Dienstverhältnisse der Gemeinde-Schullehrer in der Stadt Braunschweig betreffend, enthaltenen Bestimmung gebeten. Diese Bestimmung geht dahin, daß diejenigen Lehrer, welche als solche oder in Folge anderer amtlichen Stellungen eine freie Wohnung haben oder dafür eine Miethsentschädigung beziehen, von ihrem Gehalte als städtische Lehrer sich 50 R jährlich in Abzug müssen bringen lassen. Die genannten Petenten wollen in dieser Vorschrift eine unbillige Härte an sich und namentlich im Vergleich mit den übrigen Lehrern des Landes finden, insofern das nachmals, am 17. April d. J., erlassene Landesgesetz, die Regulirung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Lehrer in den evangelisch-lutherischen Gemeindegulen betreffend, in § 8 vorgeschrieben, daß die übrigen an Bürgerschulen des Landes angestellten Lehrer, welche zugleich Kirchendiener sind, sich von dem aus dem Kirchendienste fließenden Einkommen den 50 R übersteigenden Betrag auf ihr Einkommen aus dem Schuldienste nur dann in Anrechnung bringen zu lassen haben, wenn der Kirchendienst mit dem Schuldienste fest verbunden ist, eine Voraussetzung die bei ihnen, den Petenten, nicht zutrefte. Dieser Vergleich und der davon hergenommene Billigkeitsgrund ist jedoch nicht stichhaltig. Denn in § 1 des erwähnten Landesgesetzes, in welchem das Einkommen der übrigen Lehrer des Landes fixirt ist, sind neben den Gehaltsätzen gewisse fest bestimmte Miethsentschädigungen ganz allgemein nur für den Fall ausgeworfen, daß die Lehrer nicht freie Wohnung haben, ohne daß dabei gesagt ist, ob sie solche als Lehrer oder in Folge eines mit ihrem Schuldienste verbundenen anderweitigen Dienstes genießen. Auch wird, soweit bekannt ist, das Gesetz im ganzen Lande praktisch so angewandt, daß jeder Lehrer, der überhaupt eine dienstliche Wohnung hat, die Miethsentschädigung nicht erhält. Andererseits sind die hiesigen Cantoren gegen ihre übrigen Collegen im Herzogthume insofern günstiger situiert, als sie sich, wenn sie als Kirchendiener auch mehrere hundert Thaler einnehmen, doch stets nur 50 R davon auf ihren Lehrergehalt brauchen in Anrechnung bringen zu lassen, während die übrigen den gesammten Mehrbetrag über 50 R darauf berechnen lassen müssen, so daß ihre Einnahme als Lehrer dadurch oft zum größten Theile absorbiert wird.

Es liegt aber auch nicht etwa schon darin eine Unbilligkeit — wie die Petenten darzulegen sich bemühen — daß ein Emolument des Kirchendienstes, die freie Wohnung, bei ihrem Lehrergehalt billigmäßig berücksichtigt wird; denn in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes wird bei Vereinigung mehrerer Aemter in einer Person stets eine billige Reduction des mit dem einen oder andern Amte verbundenen Einkommens vorgenommen, eben weil Grund und Zweck dieser Vereinigung im Wesentlichen eine Gehaltssparung, und im vorliegenden Falle doch nicht gerade eine volle doppelte Amtsthätigkeit zu entfalten ist, theils wegen der engen Verbindung, in welcher die Functionen beider Aemter mit einander stehen, theils weil nöthigenfalls — wie namentlich bei Behinderung der Lehrer durch kirchendienstliche Geschäfte z. B. Trauungen, Begräbnisse etc. — für einen Stellvertreter in dem anderen Amte gesorgt wird. Die Petenten haben durch das neue Reglement nicht etwa ein Recht verloren, sondern durch die günstigere Fixirung der normalen Gehaltsätze für die Lehrer und Cantoren nur gewonnen; die Anrechnung der Wohnung beruht schon auf früheren Reglements und erklärt sich einfach daraus, daß früher nach dem Reglement vom 11. December 1855 die Lehrer — mit Ausnahme aller derjenigen, welche überhaupt eine Dienstwohnung hatten — eine Miethsentschädigung von 30 \mathfrak{R} neben ihrem Gehalte erhalten, welche später zu gering befunden und statt deren dann der Gehaltsatz um 50 \mathfrak{R} in jeder Klasse erhöht wurde. Da nun kein Grund vorlag, die als Lehrer fungirenden Kirchendiener besser zu stellen, als die übrigen Lehrer, so wurde consequenter Weise in dem Reglement vom 12. August 1858 bestimmt, daß diese sich einen Abzug von 50 \mathfrak{R} gefallen lassen müssen. Diese Bestimmung ist in alle spätere Reglements übergegangen, und die Cantoren, welche einen Schuldienst übernommen, haben das gethan, indem sie jene Bestimmungen kannten. Unter diesen Umständen würde es eine Zurücksetzung der übrigen Lehrer sein, wenn man jetzt den Petenten gegenüber auf den Abzug der 50 \mathfrak{R} verzichten wollte.

Die Commission ist daher nicht in der Lage das Gesuch zur Berücksichtigung in irgend einer Weise empfehlen zu können; sie beantragt vielmehr, wie auch der Magistrat seinerseits beschlossen hat, die Abweisung derselben.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist noch auf die bedeutende Consequenz hin, welche die Gewährung des vorliegenden Gesuches nach sich ziehen würde. Wenn man nämlich die bei der letzten Gehaltsnormirung zugelegten, von den als Cantoren mit freier Wohnung versehenen Lehrern aber inne zu behaltenden 50 \mathfrak{R} als eine Miethsentschädigung zu betrachten aufhörte, dann würde die von Seiten der hiesigen Gemeindeschullehrer neuerlich eingegangene Petition um Gewährung von Wohnungsgeldern berechtigt sein, während der Magistrat unter den obwaltenden Verhältnissen habe ablehnen müssen, derselben weitere Folge zu geben.

Herr Faillard ist durch die bisherigen Deductionen noch nicht zu einem sichern Urtheil gelangt und möchte daher nochmals zur Ueberlegung vorstellen, ob in Anbetracht daß der Schul- und der Kirchendienst der Cantoren zweierlei ganz verschiedene Functionen seien, der Forderung der Petenten nicht doch ein gewisses Recht zur Seite stehe.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Ob diese ihre freie Wohnung als Cantoren inne haben oder in irgend welcher andern Stellung, sei für die vorliegende Frage völlig gleichgiltig, da das Reglement ganz allgemein besage, daß diejenigen Lehrer, welche aus irgend einem Grunde mit freier Wohnung versehen sind, auf die als Miethsentschädigung anzusehenden 50 ₧ keinen Anspruch haben. Ein Beweis mehr für die Richtigkeit der vom Magistrate aufrecht erhaltenen Anschauung sei auch der Umstand, daß es so lange früher die 30 ₧ Miethsentschädigung besonders gezahlt wurden, keinem der als Cantoren fungirenden Lehrer eingefallen sei, um dieselben zu petitioniren.

Die Versammlung beschließt in Gemäßheit des Antrags der Commission.

Die letzten der auf heute zur Berathung verstellten Gegenstände, Anträge der Herren Bracke, Bock und Steinau auf verschiedene Modificationen der Geschäftsordnung, müssen bis zur nächsten Sitzung verschoben werden, da die Statutencommission ihre Vorarbeiten noch nicht vollständig hat erledigen können.

Die öffentliche Sitzung wird demnach geschlossen.

In vertraulicher Sitzung gelangten einige Rechtsfragen in Betreff der Besteuerung gewisser Fabriketablissemments und Actiengesellschaften zur Erledigung.

B e r i c h t i g u n g

S. 8 des Protocolles vom 25. September ist unter III, 1 zu lesen:
„im Winter auf 3 ½“.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 252. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 13.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. November 1873.

Nach Eröffnung der Sitzung wird zunächst das Protocoll vom 16. October genehmigt, worauf

der Herr Vorsitzende den Eingang der Stadtkassenrechnungen vom Jahre 1872 sowie des Stats für das Jahr 1874 anzeigt und ferner mittheilt, daß der erste Punkt der Tagesordnung, die Anstellung eines Processus betreffend, ausfällt, da von dem Gegner der Stadt Erklärungen abgegeben sind, welche die streitige Frage aller Wahrscheinlichkeit nach erledigen.

Es folgt daher,

II. durch Herrn Graf Görz-Wrisberg erstattet, der Bericht der Statutencommission über einen Magistratsantrag vom 29. v. M., die Anlage eines Friedhofs für die Andreas- und die Katharinen-Gemeinde betreffend.

Früheren Beschlüssen zufolge sollten die Kirchenvorstände von St. Katharinen und St. Andreas den Platz zu einem gemeinschaftlichen Friedhof beider Gemeinden so auswählen, daß damit eventuell auch der Friedhof der Magnigemeinde verbunden werden könnte. Bei den zu diesem Ende stattgehabten Verhandlungen war die Wahl zunächst auf eine theils der Andreaskirche theils dem großen Waisenhaus gehörige Ackerfläche an der Grenze der städtischen Feldmark gegen die Feldmark Rühme gefallen, welche muthmaßlich für einen geringern Preis hätte erworben werden können. In Anbetracht der Uebelstände jedoch, welche mit der ungewöhnlichen Entlegenheit

dieses Areal's verbunden sein würden, hat man davon absehen zu müssen geglaubt und ein Ackerstück zwischen den vorderen und mittleren Weinbergen im Turnierfelde ins Auge gefaßt, welches etwa $25\frac{1}{2}$ Morgen groß und Eigenthum der Erben des Ziegeleibesizers Kessel ist. Der Magistrat erklärt sich mit dieser Wahl, soweit gesundheitspolizeiliche Rücksichten in Betracht kommen, durchaus einverstanden und empfiehlt der Versammlung, dieselbe ebenfalls zu genehmigen. Die Preisforderung der Eigenthümer dagegen, 1000 \mathfrak{R} für den Morgen, erscheint dem Magistrate wie den Kirchenvorständen mindestens um die Hälfte zu hoch gegriffen. Da nun Herzogl. Staatsministerium durch Rescript vom 11. September die Zulässigkeit der Expropriation zum Zweck der Erwerbung oder Erweiterung von Friedhöfen bereits anerkannt hat, beabsichtigt der Magistrat, falls die Forderung nicht mindestens um 500 \mathfrak{R} für den Morgen herabgestimmt wird, auf Einleitung des Expropriationsverfahrens anzutragen, wozu er gleichfalls die Zustimmung der Versammlung nachsucht. Zu dem sonach auf 11,750 \mathfrak{R} zu veranschlagenden Kaufpreise für das Areal würden dann noch die Kosten für Einrichtung und Einfriedigung — zunächst der Hälfte desselben — für Herstellung eines fahrbaren Zugangs von der Hamburger Straße ab, für den Bau einer Todtengräberwohnung, einer Halle für die Begräbnissfeierlichkeiten und eines Leichenhauses kommen. Letzteres müßte die Stadt allein bestreiten, alle übrigen Ausgaben würden den beiden Kirchen zur Last fallen. Wenngleich nun insbesondere die Katharinenkirche nicht ohne Vermögen, so könnten doch einerseits die Werthpapiere, in denen dasselbe theilweis angelegt ist, augenblicklich nicht ohne erhebliche Verluste verkauft, andererseits ihre Hypothekkapitalien nicht ohne die peinlichsten Verlegenheiten für die Schuldner mit einem Male gekündigt werden. Demnach gehen die Vorschläge des Magistrats dahin, die Kosten des Leichenhauses definitiv auf die Stadtkasse zu übernehmen, die übrigen aber unter der Bedingung vorzuschießen, daß die beiden Kirchen sich zu der mit den Darleihern der erforderlichen Kapitalien seitens der Stadt vereinbarten Amortisirung und Verzinsung verpflichten.

Die Commission bedauert, daß der ins Auge gefaßte Platz seiner Lage nach nicht besser geeignet ist, demnächst auch den Friedhof der Magnigemeinde in sich aufzunehmen, wie dies bei den früheren Beschlüssen vorschwebte. Sie anerkennt indeß, daß es schwierig sein dürfte, dieser Forderung zu genügen, da ein von den in Betracht kommenden Gemeindebezirken etwa gleich weit entfernter Platz nur im Hagenbruche liegen, hier aber vermöge der Terrainverhältnisse unmöglich ein Friedhof angelegt werden könnte. Die Commission kann sich daher mit der getroffenen Wahl ebenfalls nur einverstanden erklären. Die anderen beiden Vorschläge des Magistrats haben zu keinem Bedenken Anlaß geboten und werden daher lediglich zur Annahme empfohlen.

Herr Lucius verstellt zur Erwägung, ob es sich auf alle Fälle nicht doch empfehlen dürfte, den beiden Gemeinden gegenüber einen Vorbehalt dahin zu machen, daß von dem erworbenen Terrain eventuell auch anderen Gemeinden werde abzutreten sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari findet hiergegen nichts zu erinnern.

Herr Kellner indeß glaubt nach dem im Kirchenvorstande zu St. Magni gepflogenen Meinungsaustausch versichern zu können, daß die Magnigemeinde niemals daran denken werde, ihren Friedhof an einen Ort zu verlegen, wohin die Begräbnisse aus den entlegeneren Theilen ihres Bezirks, z. B. vom Krähensfelde oder aus der Umgegend von Richmond, eine stundenlange Fahrt haben würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari theilt mit, daß zur Entscheidung der Frage, ob gegen den gewählten Platz keine sanitätischen Bedenken vorliegen, der Gesundheitsrath weitere Ermittlungen erst noch vorbehalten hat, wonach denn die beantragte Genehmigung vorläufig allerdings nur bedingungsweise ausgesprochen werden könne.

In dieser Beschränkung erklärt sich die Versammlung mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden, indem sie zugleich den durch Herrn Lucius angeregten Vorbehalt zum Beschluß erhebt.

Hierauf

III trägt namens der Finanzcommission Herr von Sedendorf Folgendes vor.

Ein von Herzoglicher Polizeidirection dringend befürwortetes Gesuch der Nachtwächter um Aufbesserung ihrer Gehalte sowie die wiederholten Beschwerden vieler Bewohner der Promenaden sowie der Stadttheile vor den Thoren über nächtliche Diebstähle, Einbrüche und Ruhestörungen haben den Magistrat veranlaßt eine neue Organisation des Nachtwachwesens in Ueberlegung zu ziehen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse werden der Versammlung in einem Schreiben vom 16. October mitgetheilt.

Für die Stadttheile innerhalb der Umfluthgräben hat sich die bisherige Organisation im allgemeinen als zweckmäßig bewährt, in einigen Punkten jedoch bedarf dieselbe auch hier der Vervollständigung und Verbesserung. Einmal nämlich erscheinen die vier Wachtbezirke, in welche die Promenaden eingetheilt sind, zu ausgedehnt, um so sorgfältig überwacht zu werden, wie es grade die erfahrungsmäßig größere Unsicherheit in diesen Stadttheilen erheischt. Der Magistrat hält demnach eine neue Einteilung der Promenaden in fünf Bezirke und folgeweis die Anstellung von zwei ferneren Nachtwächtern für geboten. Weiter hat sich als dringendes Bedürfnis herausgestellt,

dem in den letzten Jahren immermehr einreißenden nächtlichen Straßenunfuge energischer steuern zu können als dies bisher möglich war. Nach den jetzigen Bestimmungen des Reglements ist nämlich jede Nachtwache in zwei Touren getheilt, welche je von einem der zwei für jeden District angestellten Nachtwächter versehen worden. Da nun ein einzelner Mann, auch wenn er im vollsten Maße seine Schuldigkeit thut, einer größern Anzahl von Tumultuanten häufig nicht mit Erfolg entgegenzutreten im Stande ist, so schlägt der Magistrat eine Aenderung dahin vor, daß inskünftige während der ersten Hälfte der Nacht bis 1 Uhr Morgens beide Districtsnachtwächter den Patrouillendienst gemeinschaftlich verrichten, während sie von da an einander ablösen — eine Maßnahme, welche zwar keine Vermehrung des Personals, wohl aber nach Verhältniß der gesteigerten Dienstleistung eine Gehaltsverbesserung der vorhandenen Nachtwächter nöthig machen würde.

Sodann glaubt der Magistrat dem Wunsche der Betheiligten, das Nachtwachwesen auch auf die Stadttheile vor den Thoren ausgedehnt zu sehen, nicht länger mehr entgegen sein zu können, da die Bevölkerung dieser Stadttheile von Jahr zu Jahr zunimmt, zugleich aber auch Angriffe auf Personen und Eigenthum dort immer häufiger werden. Der Magistrat beabsichtigt daher, vor den Thoren sieben Nachtwachbezirke einzurichten, deren jeden dann aber nur durch einen besonders kräftigen und zuverlässigen Wächter begehen zu lassen, was deswegen ausreichend erscheint, weil es hier doch immer mehr auf die rechtzeitige Entdeckung von Schadenfeuern und die Verhütung von Diebstählen, als auf das Einschreiten gegen Ruhestörer ankommen wird. Doch würden diese sieben Wächter, da sie so die ganze Nacht hindurch im Dienste sein müßten, entsprechend höher besoldet werden.

Eine wesentliche Verbesserung des Nachtwachwesens würde nach Ansicht des Magistrats ferner durch eine Uniformirung und zweckmäßigere Ausrüstung der Wächter zu ermöglichen sein, indem namentlich eine auch im Dunkeln leicht erkennbare Dienstuniform immer wesentlich dazu beiträgt, das Ansehen eines Sicherheitsbeamten zu vermehren. Demnach wird beabsichtigt, sämtliche Nachtwächter mit warmen zum Anziehen eingerichteten und durch einen rothen Kragen ausgezeichneten Mänteln, mit Helmen nach Art der Feuerwehrhelme, mit einem Seitengewehr und einer Signal- und Rothpfeife zu versehen, auch denselben zu gestatten, einen Stock sowie einen steuerfreien Hund mit sich zu führen.

Die Controle der Nachtwächter soll wie bisher von den Herzoglichen Polizeibeamten ausgeübt werden, und zwar vor den Thoren durch die in den Thorhäusern stationirten Polizeiwachtmeister, bei denen die Wächter der sieben äußeren Districte sich vor Antritt und nach Beendigung ihres Dienstes zu melden haben.

Die Kosten des Nachtwachwesens, welche bisher an Gehalten für 32 Nachtwächter

wächter 2560 ₰ und an Remunerationen für den Controldienst der Herzoglichen Polizeibeamten 150 ₰ betragen haben, würden sich durch die in Vorschlag gebrachten Aenderungen folgendermaßen vermehren.

1. Die Gehalte der 32 für den Dienst im Innern der Stadt bestimmten Polizeidiener würden mit Rücksicht sowohl auf die Theuerung aller Lebensbedürfnisse als auch auf die vermehrte Dienstleistung von 80 zu 120 ₰ pro Mann und Jahr zu erhöhen sein und mithin betragen 3840 ₰;
2. für den Dienst auf den Promenaden wären zwei fernere Nachtwächter mit einem Gehalte von 120 ₰ anzustellen: = 240 ₰,
3. desgleichen für die 7 Außenbezirke sieben Wächter mit einem jährlichen Gehalte von je 200 ₰: = 1400 ₰;
4. für die Controle innerhalb und außerhalb der Thore würde an Herzogliche Polizeidirection zu zahlen sein eine Vergütung von 250 ₰,
5. die Kosten der neuen Uniformirung von 41 Wächtern, je 30 ₰ für den Mann gerechnet, würden sich auf 1230 ₰

und somit die Gesamtausgabe für das Nachtwachwesen nach der beantragten neuen Organisation auf 6960 ₰ belaufen, wovon 5730 ₰ jährlich wiederkehren und so zunächst in den Etat für 1874 aufzunehmen, 1230 ₰ dagegen bloß für dieses Jahr, fernerhin dann aber nur pro rata bei etwa nöthiger Erneuerung einzelner Gegenstände zu verwilligen wären.

Der Magistrat giebt die Genehmigung dieser Vorschläge und die Verwilligung der erforderlichen Geldmittel anheim. Desgleichen auch die Commission, indem sie ein inzwischen unterm 31. October eingegangenes Gesuch der Nachtwächter um Erhöhung ihres Gehaltes auf 200 ₰ der obwaltenden Sachlage nach zur Berücksichtigung nicht geeignet finden kann.

Herr Pini vermag die Meinung, als lasse sich die Nachtwache vor den Thoren auch mit geringeren Kräften genügend versehen, nicht zu theilen, da, wie bekannt, grade hier in jüngster Zeit eine unverhältnismäßig große Anzahl von Vergnügungsalocalen entstanden seien, deren Publicum die öffentliche Sicherheit stark gefährde.

Herr Munte schließt sich dieser Erwägung an und beantragt, den Wachdienst in der ersten Hälfte der Nacht auch vor den Thoren durch je zwei Wächter versehen zu lassen und zu dem Zwecke deren Zahl von sieben auf vierzehn zu erhöhen.

Herr Reuter. Die Ueberwachung der bezeichneten Localc und ihres Publicums sei Sache der Polizei; was aber sonst etwa noch zu wünschen übrig bleibe, würden begreiflicher Weise vierzehn Nachtwächter so wenig ausrichten wie

sieben. Uebrigens sei in anderen Städten der Werth eigentlicher Nachtwächter im ganzen sehr zweifelhaft geworden: in Düsseldorf und München z. B. habe man dieselben bereits abgeschafft, in Berlin stehe eine ähnliche Beschlußfassung der städtischen Behörden bevor. So werde denn auch hier mit der in Frage stehenden neuen Organisation sicherlich keine definitive Einrichtung geschaffen werden, vielmehr sehr bald wieder eine Reihe von Wahrnehmungen sich aufdrängen, welche abermals Aenderungen hie und da wünschenswerth machen. Um nur Eins anzuführen, so müsse sich nach seiner, des Redners, Ueberzeugung, demnächst unfehlbar herausstellen, daß der Dienst während der zweiten Hälfte der Nacht darunter leide, wenn in der ersten Hälfte die Reviere je von zwei Wächtern begangen werden. Bei dieser Sachlage aber werde man auf eine so tief wie Herrn Muntz's Antrag einschneidende Amendirung der Vorschläge des Magistrats vor der Hand süglich verzichten können.

Herr von Seckendorf bestätigt, daß nach den bei den Acten befindlichen Berichten aus verschiedenen Städten das Nachtwachwesen nirgend dem Zwecke vollkommen entspricht.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Auch der Magistrat selbst sehe seine Vorschläge nur als einen Versuch an, welcher sich durch die Erfahrung erst werde zu bewähren haben und weitere Verbesserungen, falls sich solche als nothwendig herausstellen sollten, keineswegs ausschließe. Doch werde man nicht verkennen, daß dieser Versuch, namentlich indem er auch vor den Thoren eine Nachtwache einführe und durch Erhöhung der Gehalte die Anstellung eines seiner Aufgabe wirklich gewachsenen Personals ermögliche, mehreren großen Uebelständen der bisherigen Einrichtung abhelfe. Demnach werde es in der That zweckmäßig erscheinen müssen, auf die vorliegenden Propositionen einstweilen einzugehen und das Resultat der praktischen Prüfung abzuwarten, wie denn der Magistrat ebenfalls den Gegenstand auch ferner im Auge behalten werde.

Herr Lucius hätte zu erfahren gewünscht, was da, wo man die bisher übliche Form des Nachtwachwesens aufgehoben hat, an dessen Stelle getreten ist. Für den wesentlichsten Mangel des vorliegenden Organisationsplanes, dessen provisorischen Charakter er übrigens nicht verkennet, hält Herr Lucius, daß man zum Wachtdienst Leute anstellen wolle, welche bei Tage noch anderen Geschäften nachzugehen genöthigt sind; sobald man die Nachtwächter so stelle, daß sie dem öffentlichen Dienste allein obliegen können, werde begreiflicher Weise ihre Leistung den gerechten Anforderungen des Publicums in ganz anderer Weise als bisher genügen, und somit von selbst die Mehrzahl der Uebelstände wegfallen, welche der gegenwärtigen Einrichtung allerdings noch anhaften.

Herr Reuter ergänzt seine frühere Mittheilung dahin, daß in München der Nachtwachdienst durch Polizei- und Gensd'armerie-Patrouillen versehen werde. Auf

die Stärke der umgehenden Wächterposten legt Redner keinen großen Werth; wesentlich scheint ihm deren Uniformirung zu sein, da diese die Autorität eines Beamten jedenfalls steigere. Von den Doppelpatrouillen, deren etwaige Vortheile doch immer nur durch eine verminderte Diensttätigkeit der Wächter in der zweiten Nachthälfte erkauft werden können, werde man voraussichtlich auch innerhalb der Stadt bald wieder zurückkommen. Sei aber nach dem Allen in hohem Grade wahrscheinlich, daß die Versammlung in nicht zu ferner Zeit abermals über die Organisation des Nachtwachwesens werde zu befinden haben, so könne man die Magistratspropositionen um so unbedenklicher einfach genehmigen.

Herr v. Seckendorf führt an, daß die erwähnten Vergnügungsorte u. a. auch von Unterofficieren dienstlich überwacht werden.

Herr Munte hält dem die Erwägung entgegen, daß damit dem Unfuge, welchen die ab- und zuströmenden Besucher dieser Locale auf den Straßen verüben, noch in keiner Weise gesteuert sei.

Herr Solmich glaubt nicht, daß gegen diesen Unfug auch zwei Wächter soviel sicherer wie man meine würden einschreiten können.

Unter Ablehnung des Antrags der Herren Bini und Munte werden hierauf die Vorschläge des Magistrats in Betreff der Organisation des Nachtwachwesens in der Stadt und vor den Thoren genehmigt.

Ohne Discussion erklärte sich die Versammlung mit der beantragten Ausrüstung der Wächter einverstanden.

Desgleichen wird die vorgeschlagene Controle der Wächter durch Polizeibeamte genehmigt, zugleich aber auf Antrag Herrn Reuters dem Magistrate anheimzugeben beschlossen, daß den Wächtern neben ihrer sonstigen Ausrüstung auch eine Control-Uhr zugelegt werde.

Hinsichtlich des Kostenpunktes giebt Herr Ehrenhard zu bedenken, daß der Gehaltsatz von 120 \mathfrak{M} jährlich für einen Dienst, welcher mindestens zwei Drittel der Kraft seines Mannes absorbire, in der That zu gering sei, und beantragt daher, denselben wenigstens auf 150 \mathfrak{M} zu erhöhen.

Herr v. Seckendorf hält dem entgegen, daß dieser Dienst nur jede zweite Nacht die ganze Wachtdauer, sonst nur bis 1 Uhr Nachts währt, überdies aber die zwar verbotenen, gleichwohl jedoch immer noch üblich gebliebenen Neujahrsausstellungen der Wächter eingestandener Maßen 16—20 \mathfrak{M} für den Mann zu ergeben pflegen und somit etwa der von Herrn Ehrenhard beantragte Satz erzielt werde. Dagegen sei auch der Commission der Pensionssatz von 12 \mathfrak{M} unzulänglich erschienen, und wolle demnach Redner anheimgeben, ob nicht nach dieser Seite eine Verbesserung ins Auge zu fassen sei.

Wie Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, findet der Magistrat gegen

eine Erhöhung der Pensionsätze nichts einzuwenden, worauf dieselbe seitens der Versammlung genehmigt wird.

Die Versammlung lehnt den Antrag Herrn Ehrenhards ab, und spricht im Uebrigen die vom Magistrate beantragten Verwilligungen aus, indem sie die bezüglichlichen Posten nach Maßgabe der supplementarischen Beschlüsse in Betreff der Control-Uhren und der Pensionsätze erhöht.

III. Wie in einem Magistratschreiben vom 13. October vorgetragen wird, hat nach § 56 der revid. Feuerordnung der Stadtbaumeister jede Feuerungsanlage während der Ausführung in feuerpolizeilicher Hinsicht zu überwachen, über den Befund nach der Vollendung einen protocollarischen Vermerk bei Herzoglicher Polizeidirection einzureichen und jede Abweichung von den erlassenen Vorschriften anzuzeigen. Nach § 89 der Bauordnung soll er auf die Befolgung auch dieses Statuts halten und Contraventionen sowie Gebrechen an schon vorhandenen Gebäuden zur Anzeige bringen. § 24 der B.-O. endlich verpflichtet ihn, die in der Ausführung begriffenen Bauten zu überwachen und namentlich nach Vollendung des Rohbaues zu revidiren. Bei der stetigen Zunahme der Geschäfte des Stadtbauamts aber wird es ihm und seinen Hilfsbeamten mehr und mehr unmöglich, diese wichtigen Obliegenheiten gehörig zu erfüllen, und wird demnach beantragt,

daß dem Stadtbaumeister von Neujahr 1874 an ein weiterer Hilfsbeamter vornehmlich zur Besorgung der Revisionen zunächst provisorisch beigegeben, und eine Remuneration von 450 \mathfrak{M} jährlich für denselben ausgesetzt, seine Wahl aber dem Magistrate in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte und dem Stadtbaumeister überlassen werde.

Die Statutencommission, für welche über diese Vorlage Herr Peters berichtet, anerkennt als in hohem Grade wünschenswerth, daß namentlich die Ausführung aller Neubauten im Interesse der Gesundheit und des Eigenthums mit größter Aufmerksamkeit überwacht werde, und kann daher den vorliegenden Antrag nur freudig begrüßen und zur Genehmigung empfehlen.

Auch für Herrn Pini steht das Bedürfnis einer weitem Hilfe für den Stadtbaumeister außer Frage. Für einen Fehler aber hält er, zu dem Zwecke keinen ausgebildeten Techniker anzustellen, da die Revision der Neubauten nur von einem solchen gehörig verstanden werden könne.

Herr Munte erinnert ferner daran, wie man allseitig als nothwendig erkenne, auch auf die ästhetische Beschaffenheit der hiesigen Neubauten mehr als bisher zu halten — eine Absicht, bei der die Betheiligung eines Nichttechnikers vollends nicht wünschenswerth erscheinen könne.

Herr Schöttler tritt diesen Bedenken bei, wird indeß dem vorliegenden

Antrage insofern beistimmen können, als es sich dabei eben nur um ein Provisorium handelt.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Mit ästhetischen Fragen werde der in Rede stehende Beamte überall nichts zu thun haben, dessen Aufgabe vielmehr nur die sei, dahin zu sehen, daß jeder Neubau wirklich nach Maßgabe des amtlich genehmigten Planes und mit einem Material von gehöriger Solidität ausgeführt werde. Gerade diese, an sich wenig anziehende Arbeiten aber würden, wie der Stadtbaumeister auf Grund vielfacher Erfahrungen wiederholt betont habe, einen technisch gebildeten Baumann immer leicht ermüden und demnach ein solcher nur schwer dafür zu finden sein, während ihnen andererseits schon ein tüchtiger Parlierer vollständig gewachsen sei. Unter diesen Umständen, und da überdies ja die ganze Einrichtung nur eine provisorische sein solle, dürfte sich empfehlen, zunächst erst einmal nach den Vorschlägen des Stadtbaumeisters zu verfahren und so wenigstens für die Hauptübelstände des gegenwärtigen Verhältnisses Abhilfe zu schaffen.

Herr Pini. Die fragliche Controle sei nichts als was jeder Techniker bei jedem Neubau übernehmen müsse, und so sei denn nicht zu ersehen, weshalb man sie nicht auch einem technisch gebildeten Gehilfen des Stadtbaumeisters sollte überweisen können. Außerdem aber werde sich die Aufgabe des neuen Hilfsbeamten nicht auf die Revision der Privatbauten zu beschränken haben: bekanntlich stehe eine Reihe größerer städtischer Bauten bevor, welche die Arbeitslast des Stadtbau-meisters voraussichtlich sehr bedeutend vermehren werde. Mit Rücksicht hierauf stellt Herr Pini den Antrag, daß an die neu zu schaffende Stelle ein gebildeter Techniker berufen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht gegen den ersten Theil der Einwände Herrn Pini's geltend, daß es doch etwas anderes, in vorkommenden einzelnen Fällen einen Neubau zu controliren und Jahr aus Jahr ein mit nichts Anderem beschäftigt zu werden. Daß sich hierzu ein wissenschaftlich gebildeter Mann nicht leicht hergeben werde, liege auf der Hand.

Herr Peters. Es handle sich in dem vorliegenden Falle zunächst nur um Beseitigung eines ganz bestimmten dringenden Bedürfnisses nach Maßgabe der von dem verantwortlichen Fachbeamten eingebrachten Vorschläge. Diesen Vorschlägen andere entgegen zu stellen, könne die Versammlung sich nicht wohl für berufen halten. Wenn die Herren Pini und Munte dem Stadtbaumeister noch weitere Erleichterungen zuwenden wollen, als er selbst fordere, so werde man dies Ziel allerdings nicht aus dem Auge zu verlieren brauchen; deswegen aber die provisorische Forderung abzulehnen, sei kein Grund vorhanden.

Herr Schöttler theilt allerdings den Wunsch, einen zweiten städtischen Bau-conducteur angestellt zu sehen, der dann mit dem bereits vorhandenen die lästigen

Arbeiten theilen könnte. Sich lediglich an die Vorschläge des Stadtbaumeisters zu halten, werde schwerlich das Richtige sein, da das was diesem am besten convenire nicht nothwendig auch das convenabelste für den städtischen Dienst sei. Wenn er daher für heute auch dem vorliegenden Antrage beistimme, so müsse er doch wünschen, daß dem Magistrate anheim gegeben werde, die zur Sprache gekommenen weitergehenden Vorschläge in Erwägung zu ziehen.

Herr Graf Götz-Wrisberg stellt den reglementarischen Antrag, den Gegenstand an den Magistrat zurückzuverweisen mit dem Ersuchen, eine nochmalige Prüfung desselben eintreten zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt voraussagen zu können, daß der vorliegende Antrag unverändert aus dieser Prüfung wieder hervorgehen würde, da der Stadtbaumeister sich sehr entschieden für denselben ausgesprochen habe.

Auch der Herr Vorsitzende hält die Frage für spruchreif. Herrn Pinis Antrag bezwecke eben ganz etwas Anderes als nach Ansicht des Magistrats und des Stadtbaumeisters vor allem Uebrigen noththue. Wenn demnächst aber der Stadtbaumeister, wie allerdings wahrscheinlich, auch eines zweiten technisch gebildeten Gehilfen bedürfen sollte, so werde ein bezüglicher Antrag eingebracht und so die Versammlung in die Lage gesetzt werden, darauf einzugehen.

Der reglementarische Antrag des Herrn Graf Götz-Wrisberg wird hierauf von der Versammlung abgelehnt.

Zur Discussion des Gegenstandes zurückkehrend, spricht Herr Munte nochmals den Wunsch aus, daß die Controle hinsichtlich der ästhetischen Ausführung der hiesigen Neubauten strenger als bisher gehandhabt werde.

Nachdem auf Antrag des Herrn Lucius

der Herr Vorsitzende die Competenz des neuen Hilfsbeamten dahin erläutert hat, daß demselben eben nur eine Controle, nicht aber irgend welche Disposition zustehen werde, so daß also durch ihn allein nur etwa in höchsten Nothfällen, wo es darauf ankomme, durch schleuniges Eingreifen schweren Gefahren und Uebelständen zuvorzukommen, ein Bau sistirt werden könne,

wird von der Versammlung der Antrag Herrn Pinis abgelehnt, der des Magistrats dagegen genehmigt.

Hierauf

IV. wird die auf Antrag Herrn Steinaus am 16. October abgebrochene Debatte über die Vorschläge des Magistrats in Betreff der Anstellung eines zweiten Schuldirectors wieder aufgenommen.

Von Herrn Lucius ist zu diesem Gegenstande der Antrag eingegangen, das städtische Schulwesen in folgender Weise zu organisiren:

„Die Leitung der Schulen wird anvertraut

- 1) einem Schulrathe oder Oberschuldirector,
- 2) einem Director der höheren Töchter Schule,
- 3) einem Seminardirector,
- 4) den Inspectoren und dirigirenden Lehrern der einzelnen Bürgerschulen.“

„Die Functionen dieser einzelnen Beamten sind folgende:

- 1) Die sämmtlichen Volksschulen einschließlich der höheren Töchter Schule, der Garnison- und der Waisenhaus Schule stehen unter der Oberaufsicht des Schulraths. Er hat den Verkehr nach außen hin mit den Staatsbehörden, dem Magistrate u. s. w. zu vermitteln: es steht ihm die Oberleitung der Seminarien zu, er hat sämmtliche Schulen von Zeit zu Zeit zu inspiciren, auch einige Stunden an den Seminarien zu übernehmen.
- 2) Dem Director der höheren Töchter Schule liegt die specielle Leitung dieser Anstalt und des mit derselben verbundenen Lehrerinnen-Seminars ob.
- 3) Der Seminardirector wird mit der speciellen Leitung der männlichen Seminare oder — was am zweckmäßigsten erscheint — der zu einem Institute vereinigten Lehrer-Seminare und der Präparandenanstalt, sowie mit der Inspection der Garnison- und der Waisenhaus Schule beauftragt.
- 4) Die Inspectoren und dirigirenden Lehrer haben die specielle Leitung der einzelnen Schulen, welcher sie vorstehen. Der von ihnen zu ertheilende Schulunterricht ist auf 16 Stunden wöchentlich zu beschränken und ihre Nachbefugniß etwas zu erweitern. Sie haben die Thätigkeit der einzelnen Lehrer zu überwachen, die Rechnungsbücher zu revidiren, einzelnen Lehrern kurzen Urlaub zu ertheilen und ähnliche Geschäfte geringerer Bedeutung zu übernehmen.“

„Zur Erwägung wird ferner anheimgegeben,

- 1) dem Schulrathe für alle Schulangelegenheiten eine beratende Stimme im Stadtmagistrate einzuräumen;
- 2) den Stadtmagistrat zu ersuchen, Derselbe wolle bei Herzoglichem Staatsministerium eine Gesetzworlage befürworten, nach welcher die Seminarien zu Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg zu einem Landesseminar vereinigt werden.“

Wie Herr Lucius zur Motivirung dieser Anträge ausführt, ist er dabei von der Ueberzeugung ausgegangen, daß ein schädlicher Dualismus am leichtesten werde vermieden werden, wenn man nicht zwei Schuldirectoren einander coordinire, sondern die einzelnen städtischen Lehranstalten, nach Kategorien gesondert und jede ihrer Specialleitung unterstellt, einer gemeinsamen Oberleitung subordinire. Hieraus ergebe sich dann alles Uebrige. Die fortwährende Beaufsichtigung des ge-

sammten Schulwesens, die Vermittelung zwischen den einzelnen Schulen und den competenten Oberbehörden, eventuell auch die Unterstützung des Magistrates mit Rath und Urtheil bei jeder auf diesem Gebiete eintretenden Frage, alles dies erfordere eine Thätigkeit, welche die Kraft eines Mannes vollständig in Anspruch nehme. Daher dürfe denn der Schulrath weder mit einer eigentlichen Lehrthätigkeit noch auch mit dem Detail der Verwaltung jeder einzelnen Schule behehligt und müsse letztere vielmehr den besonderen Directoren und Inspectoren übertragen werden. Hierzu aber sei wiederum erforderlich, daß man diesen eine entsprechende Erleichterung an ihren Unterrichtsstunden gewähre u. s. w. Wenn der Antrag zugleich eine Vereinigung der verschiedenen Seminare in hiesiger Stadt und womöglich auch der des ganzen Landes zu einer größeren Lehrerbildungsanstalt ins Auge fasse, so gründe sich dieser Vorschlag auf die Ueberzeugung, daß eine solche Organisation wesentlich dazu beitragen würde, die Erziehung unseres Lehrerstandes so zu heben, wie dies schon längst als ein dringendes Bedürfnis empfunden werde. Herr Lucius formulirt hiernach seinen Antrag bestimmter dahin, die Vorschläge des Magistrates abzulehnen, dagegen die von ihm empfohlenen Modalitäten dem Magistrate zur Prüfung zu überweisen, und nach Eingang einer Erklärung desselben in weitere Berathung darüber einzutreten.

Herr Steinau sieht sich außer Stande, über die zahlreichen Einzelheiten des Lucius'schen Antrages sofort ein Urtheil zu gewinnen, und kann deshalb zunächst nur abermals dringend warnen, den Antrag des Magistrates in der Form, wie er vorliegt, anzunehmen. Denn die Gleichberechtigung von zwei Schuldirectoren sei mit einer einheitlichen Leitung des communalen Schulwesens schlechterdings unverträglich; den Gründen aber, welche diese Einheitlichkeit bei Anstellung des gegenwärtigen Schuldirectors wünschenswerth erscheinen ließen, wohne auch heute noch nicht nur die gleiche, sondern selbst eine höhere Geltung bei als damals, da ja die Zahl der städtischen Schulen jährlich wachse. Allerdings, eine Entlastung des Schuldirectors sei anerkanntermaßen nicht länger zu umgehen. Wenn aber dieser selbst zu dem Ende Neigung zeige, die Mehrzahl der städtischen Schulen abzugeben, so sei das in der That einigermaßen befremdlich, sofern der größte Theil seines Gehaltes gerade aus städtischen Mitteln fließe. Ein anderes Arrangement liege dann aber auch viel näher. Schon bei Einrichtung dieser Stelle sei von dem verstorbenen Schulrath Uhde, dessen Autorität in diesen Dingen gewiß Niemand anzweifeln werde, besonders der Regierung gegenüber nachdrücklichst betont, daß der Schuldirektor selbst füglich keinen Unterricht sollte zu erteilen haben. Dem würde es entsprechen, wenn man demselben jetzt die Unterrichtsstunden an den Lehrerseminarien und an der höheren Töchterschule abnähme und ihm nur die Direction über diese Anstalten beließe. Eine weitere Erleichterung wäre zu schaffen, indem, wie es

ja auch Herr Lucius ins Auge fasse, eine Menge unbedeutender und rein äußerlicher Geschäfte, welche jetzt dem Schuldirector obliegen, an die Inspectoren der einzelnen Schulen überwiesen würden. Falls aber beides zusammen sich als ungenügend herausstellen sollte, dann würde der Anstellung eines zweiten Schuldirectors immer noch dadurch aus dem Wege zu gehen sein, daß man die Communal Schulen von der Waisenhaus- und der Garnisonschule sowie von den Lehrerbildungsanstalten vollständig trenne. Und diese Einrichtung müsse auch noch aus einem andern Grunde sehr zweckmäßig erscheinen. Bisher sei bei Besetzung der Lehrerstellen auf fremdartige Interessen immer weit mehr Gewicht gelegt, als auf die specifisch städtischen; wie insbesondere bei Herzoglichem Consistorium gewisse theologische Bedürfnisse den Ausschlag zu geben pflegen, habe man bei der letzten Directormwahl erfahren, welche die städtischen Behörden trotz aller Bemühungen auf einen pädagogisch höchst befähigten Bewerber nicht lenken konnten, weil demselben diese und jene theologische Eigenschaft abging. Daß derartige Erfahrungen eine Steigerung des diesseitigen Einflusses in hohem Grade wünschenswerth erscheinen lassen, werde Niemand leugnen; dahin aber zu wirken dürfte nichts geeigneter sein, als eben möglichste Trennung der communalen Schulen von den staatlichen. Wenn man einwende, der städtische Schuldirector müsse nothwendig auch Director der Schullehrerseminare sein, so bestehe eine solche Nothwendigkeit in Wahrheit durchaus nicht; die Trennung dieser Functionen könne vielmehr nach beiden Seiten hin nur von Nutzen sein. Dort werde die energischere Betheiligung eines eigenen Directors an dem Unterrichte selbst und an allen Fragen fortschrittlicher Organisation den Bildungsstand der angehenden Lehrer unfehlbar steigern; hier werde der Schuldirector die Leistungen der Lehrer, die er nicht selbst herangebildet habe, unbefangener zu beurtheilen und eventuell seine Ansprüche zu steigern in der Lage sein. Daß er deswegen an Einfluß bei den Lehrern verlieren könnte, sei gewiß am letzten zu befürchten; aber auch ein Mangel an Lehrkräften werde dadurch nicht leicht bewirkt werden, da die Stadt immer im Stande sein dürfte, falls die hiesigen Bildungsanstalten ein ausreichendes oder den Ansprüchen gewachsenes Lehrpersonal nicht liefern sollten, dasselbe ebenso wie andere Städte sich von da zu verschaffen, wo es eben zu finden sei.

Herr Oberbürgermeister Caspary. Angesichts der soeben vernommenen verschiedenenartigen Gegenanträge befinde sich der Magistrat in einer eigenthümlichen Lage. Bekanntlich sei nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Organisation der Schulen und Schulbehörden Sache des Herzoglichen Consistoriums; den städtischen Behörden stehe nur die Entscheidung zu, ob sie zu einer neuen Maßregel die Mittel verwilligen wollen oder nicht, wobei ihnen allerdings unbenommen bliebe, ihre Vorschläge zur Berücksichtigung beizubringen. So werde es denn auch von der erst

noch zu erwartenden Entscheidung des Consistoriums abhängen, ob die der Versammlung auf Grund der Ansichten des Schuldirectors Friedrichs vorgeschlagene Einrichtung demnächst wirklich ins Leben treten werde oder nicht; verweigere aber die Versammlung von vornherein die erforderlichen Mittel, so werde es bleiben wie es ist, der Schuldirector also fortfahren, seines Amtes zu warten so viel und so gut er eben könne. Uebrigens seien bei jenen Vorschlägen keineswegs etwa nur die persönlichen Wünsche des Schuldirectors, sondern zugleich auch und in erster Linie Erwägungen sachlicher Art maßgebend gewesen. Wenn nämlich der Schuldirector neben der höhern Töchter Schule und dem Lehrerinnenseminar die Bildungsanstalten für männliche Lehrer beizubehalten beabsichtige, so beruhe dies darauf, daß ein solches Abkommen voraussichtlich am leichtesten Zustimmung bei den Landesbehörden finden werde, von denen letztere Anstalten abhängen. Auf alle Einzelheiten der verschiedenartigen anderweiten Vorschläge speciell eingehen zu können, ist Redner z. B. natürlich ebenfalls nicht in der Lage; einige Bedenken aber drängen sich allerdings schon beim ersten Blick auf. Wenn man z. B. die hiesigen Seminare, die Präparandenanstalt und lieber noch die Lehrerbildungsanstalten des ganzen Landes zu einem größeren Institute vereinigt zu sehen wünsche, so werde übersehen, daß solches auf keinen Fall hieher, sondern voraussichtlich nach Wolfenbüttel verlegt werden würde, wo der Bestand aller Volksschulen auf das dort vorhandene Seminar gegründet sei. Ebenso hänge nun aber hier von dem Seminar erster Classe die Waisenhaus Schule, von dem zweiter Classe die Garnisonschule ab; hübe man jene Anstalten auf, so könnte begreiflicher Weise die Landesregierung und das Directorium des Waisenhauses keine Veranlassung haben, diese beiden Schulen mit einem durch den Ausfall der jetzt zur Verfügung stehenden billigen Lehrkräfte bedeutend vergrößerten Kostenaufwande fortbestehen zu lassen, und müßte demnach die Stadt deren Unterhaltung auf sich nehmen. Erwäge man nun aber, daß die etatmäßigen Zuschüsse für die städtischen Volksschulen von den 6—7000 \mathfrak{R} ihres Betrages vor 25 Jahren schon jetzt auf mehr als 40,000 \mathfrak{R} gestiegen sind und voraussichtlich noch weiter von Jahr zu Jahr zu erhöhen sein werden, so dürfte doch erst noch reiflich zu überlegen sein, ob der Stadt zu Gunsten eines Vorschlags, dessen Dringlichkeit keineswegs schon außer Zweifel stehe, auch jenes Opfer noch auferlegt werden solle. — Die Gefahr von Differenzen der beiden Schuldirectoren unter sich hält Redner nicht für so gar groß, da jeder von ihnen seinen gesonderten Wirkungskreis, beide auch Sitz und Stimme im Schulvorstande haben würden, über die Lehrbücher aber Herzogliches Consistorium Bestimmung treffe. Die vorgeschlagenen anderweitigen Erleichterungen des gegenwärtigen Schuldirectors würden in der That nicht von großem Belang sein. Der von demselben ertheilte Unterricht beschränkte sich auf einige wenige Stunden, und diese wünsche er deswegen beizubehalten, weil es von Be-

deutung für ihn sei, praktisch in Uebung zu bleiben. Die Verwaltungsgeschäfte an den einzelnen Bürgerschulen anlangend, so werden die Listen und Rechnungen schon jetzt von den Inspectoren aufgestellt resp. attestirt. Kurzbemessene Urlaubsertheilungen an einzelne Lehrer könnten an sich zwar ebenfalls ohne Bedenken den Inspectoren überlassen werden; da aber in solchen Fällen immer auch für eine Vertretung gesorgt werden müsse und die Inspectoren natürlich nicht in jedem einzelnen Falle wissen können, ob einer der vier Aushilfslehrer disponibel oder nicht, so werde dieser Theil der Geschäfte doch wohl in einer Hand vereinigt bleiben müssen. Der Anstellung eines besondern Seminardirectors endlich stelle sich die Erwägung entgegen, daß ein solcher nicht ausreichend beschäftigt sein würde, da ja die Seminaristen ihre theoretische Ausbildung und zum Theil selbst ihr Examen bereits absolvirt haben, eigentlichen Unterricht also nur noch sehr wenig empfangen. Das seien einige der Bedenken gegen die vorgeschlagenen Auswege. Das Haupthinderniß aber, auf dieselben einzugehen, liege, wie schon bemerkt, darin, daß Herzogliche Landesregierung den städtischen Behörden schwerlich die Competenz zugestehen würde, über die Organisation des städtischen Schulwesens eigener Hand Bestimmung zu treffen.

Herr Haeusler, nachdem er den Vorsitz an Herrn Schöttler abgetreten hat, beantragt folgenden Beschluß:

Die Versammlung erklärt sich bereit, die Kosten der zur Entlastung des Schuldirectors erforderlichen Maßregeln, insbesondere eventuell der Anstellung eines zweiten zur Mitwirkung bei Beaussichtigung resp. Leitung der städtischen Schulen zu berufenden Schulbeamten zu bewilligen, behält aber einen definitiven Beschluß bis nach Vorlegung eines betreffenden speciellen Organisationsplans vor, indem sie dem Stadtmagistrate die für deren Feststellung erforderlichen Verhandlungen mit den betreffenden Schulbehörden anheim giebt und zur Erwägung hierbei den Antrag des Herrn Lucius und die sonstigen bei den Verhandlungen der Versammlung geäußerten Ansichten überweist.

Zur Motivirung führt der Herr Antragsteller aus: Eine sofortige Entscheidung werde die Versammlung weder über die mehr negativen Bedenken Herrn Steinaus noch über die positiven Gegenanträge des Herrn Lucius zu treffen im Stande sein; der Magistratsantrag selbst aber gebe vor allem kein klares Bild, wie sich danach die Sachen etwa gestalten würden. Dazu dann die eigenthümliche Lage der städtischen Behörden, zwar die erforderlichen Geldmittel verwilligen oder versagen zu können, die neue Organisation selbst aber anderen Behörden überlassen zu müssen. Unter diesen Verhältnissen werde der Versammlung durch Redners Antrag ein Ausweg eröffnet, einerseits einem anerkannten Bedürfniß gegenüber ihre Schuldigkeit zu

thun, andrerseits aber ihr Recht, bei Feststellung des neuen Organisationsplanes gehört zu werden, zu wahren.

Herr Lucius. Wenn die Dinge wirklich so lägen, wie es nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters den Anschein haben könnte, so würde die Versammlung nichts sein als eine Geldverwilligungsmaschine. Einer solchen Herabsetzung ihrer Stellung aber werde sich die Versammlung nicht zu fügen brauchen. Stehe Herzoglichem Consistorium die endgültige Entscheidung über eine neue Organisation des Schulwesens zu, so habe die Versammlung ihrerseits das Recht, vor jeder Verwilligung von den Absichten des Consistoriums genau Kenntniß zu nehmen, ihre abweichenden Vorschläge geltend zu machen und wenn diese nicht genehmigt werden, den Knopf auf dem Beutel zu behalten. Dahin gehe denn im wesentlichen allerdings auch der Antrag Herrn Haeuslers. Wenn Redner sich diesem nicht anschließe, so sei es deswegen, weil er für besser halten müsse, daß der Gegenstand selbst noch einmal geprüft werde, um gleich mit bestimmt formulirten Wünschen vor den Magistrat treten zu können. Zu diesem Ende eben habe er beantragt, seine Vorschläge zur Berathung an die Commission zu überweisen.

Herr Bracke spricht sich für Ablehnung sowohl der Magistratsanträge als auch der von Herrn Lucius und Herrn Haeusler eingebrachten aus. Die Sachlage sei die, daß die städtischen Behörden bei der Organisation ihres Schulwesens nichts zu sagen haben, die Entscheidung darüber vielmehr bei anderen Behörden liege, und somit eine Fusion zwischen Staats- und Communalanstalten bestehe, welcher man je eher je lieber wünschen müsse ein Ende gemacht zu sehen. Da bleibe denn der Versammlung nichts übrig, als jede fernere Mitwirkung zur Erhaltung derartiger Zustände zu versagen und abzuwarten, daß der Magistrat neue befriedigendere Anträge stelle.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Magistrat befinde sich in keiner andern Lage als die Versammlung: auch diejenigen Vorschläge, die er selbst etwa machen könnte, würden der Entscheidung der competenten Staatsbehörden zu unterliegen haben. Mit der nochmaligen Verweisung des Gegenstandes an die Commission wäre nichts gewonnen, da diese im wesentlichen gleicher Meinung mit der Versammlung und ebensowenig wie diese der Zustimmung des Consistoriums für ihre Vorschläge versichert sei. Demnach müsse der Magistrat die Annahme des Haeuslerschen Vermittelungsantrags wünschen, welcher wenigstens die Bereitwilligkeit der Versammlung ausspreche, für eine ihren Wünschen entsprechende Organisation auch die nothwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen — eine Zusicherung ohne welche man sich auf Seiten des Consistoriums schwerlich auch nur auf Verhandlungen wegen einer neuen Organisation einlassen dürfte.

Nachdem von den Herren Reuter und Schwarzenberg darauf hingewiesen

wiesen ist, daß eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit und eventuell auch die Berücksichtigung der von Herrn Lucius gemachten Vorschläge durch den Haeusler'schen Antrag ebenfalls in Aussicht genommen werde,

zieht Herr Lucius seinen Antrag zurück.

Herr Bracke. Der Haeusler'sche Antrag laufe darauf hinaus, im Princip die Anstellung von zwei Schuldirektoren zu genehmigen und nur das Detail auf weitere Beschlußfassung vorzubehalten, im wesentlichen also allen Einfluß der Versammlung im voraus zu binden. Das aber heiße, ein anerkannter Massen unheilvolles Princip anerkennen und die bestehende gänzliche Machtlosigkeit der Versammlung in allen Fragen des städtischen Schulwesens aufs neue sanctioniren. Dieser Machtlosigkeit eben, welche ihren schärfsten Ausdruck in jener Bestimmung der Städteordnung finde, nach welcher der Stadt gelegentlich auch wider ihren erklärten Willen von oben herab eine Ausgabe decretirt werden könne, müsse man mit allen Mitteln ein Ende zu machen suchen, und dazu sei der einzig richtige Weg, daß man eine Resolution auf völlige Trennung der communalen Schulen von den staatlichen fasse und dann das Weitere an sich kommen lasse. Nur so behalte die Versammlung wirklich den Knopf auf dem Beutel.

Herr Steinau protestirt gegen die Auffassung Herrn Haeuslers, als habe er sich bei seinen Auslassungen lediglich in der Negative bewegt; denn im Gegentheil habe er, und zwar gestützt auf eine Autorität wie der verstorbene Schuldirektor Uhde war, sehr positive Vorschläge gemacht. Der Haeusler'sche Antrag scheint auch Redner nur eine Brücke zu sein, über welche, einerlei ob dies jetzt die Absicht der Versammlung sei oder nicht, der zweite Schuldirektor unfehlbar eindringen werde. Wenn man so hohes Gewicht darauf lege, daß die Versammlung ihre Bereitwilligkeit, bei der neuen Organisation mitzuwirken, erst noch besonders ausdrücke, so vergesse man, daß ein Zweifel hieran billiger Weise überhaupt nicht möglich sein sollte.

Herr Haeusler. Er habe die Ausführungen Herrn Steinaus nicht als „nur negativ“, sondern als „mehr negativ“ bezeichnet, was insofern richtig sein dürfte, als dieselben vorzugsweise kritisch gegen die Magistratsproposition gerichtet waren. Herr Bracke habe ihn gänzlich mißverstanden, wenn er ihm die Absicht beimeße, der Anstellung eines zweiten Schuldirektors den Weg zu bahnen. Sein Antrag fasse eventuell einen zweiten „Schulbeamten“ als mitwirkend ins Auge, über dessen demnächstige Wirksamkeit aber nicht die mindeste Andeutung einfließe; und ebenso wenig empfehle er irgend welche definitive Verwilligung. Nur dahin gehe sein Antrag, daß die Versammlung ihre Bereitwilligkeit erkläre, zu einer neuen Organisation des Schulwesens ihrerseits die Hand zu bieten, damit der Magistrat hieraus entnehme, wie die bestehenden Verhältnisse auch der Versammlung verbesserungsbedürftig erscheinen. Uebrigens gehe er nicht von dem Standpunct aus, daß

man vorkommenden Falls entweder Alles, was etwa wünschenswerth, durchsetzen oder aber sich jeder Mitwirkung zur Abhilfe bestehender Uebelstände enthalten müsse; sein Grundsatz sei, auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung Schritt für Schritt das erreichbare Bessere zu acceptiren. Und so ungünstig sei dieser gesetzliche Boden nicht, wie Herr Bracke annehme. Denn wenn in der Städteordnung die Eventualität eines zwangsweisen Eingreifens der Landesregierung in das Budgetrecht der städtischen Behörden ins Auge gefaßt werde, so sei diese Bestimmung doch nur gegenüber einer unbegründeten Ablehnung unumgänglich nothwendiger Ausgaben anwendbar. Mit einem solchen Falle aber habe der vorliegende augenscheinlich nicht das mindeste gemein.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wenn die hier geübte Kritik sich immer wieder gegen die angeblichen „Vorschläge des Magistrats“ richte, so müsse er wiederholt darauf hinweisen, daß der Magistrat überall keine Vorschläge gemacht sondern nur ein Schreiben des Schuldirectors mitgetheilt und zur Erwägung gestellt habe. Herrn Steinau müsse er erwidern, daß der Magistrat allerdings keinen Anlaß zu der Befürchtung habe, als könnte die Versammlung in Geldverwilligungen für die Schulen sich je schwierig zeigen. Hier aber handle es sich um eine Einrichtung, über deren Nothwendigkeit die Versammlung möglicher Weise doch anderer Ansicht sein könnte als Herzogliches Consistorium, und eben darum sei es erwünscht, daß die Versammlung wenigstens im allgemeinen ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gebe, dazu so oder so die Hand zu bieten. Das sei der Sinn des Haeussler'schen Antrags, welcher außerdem auch genügend andeute, wie etwa die Versammlung den neuen Organismus gestaltet zu sehen wünsche. Herr Bracke wolle neue Organisationsvorschläge des Magistrats abwarten. Der Magistrat aber, wie schon angedeutet sei zu solchen weder befähigt noch befugt, und falls die städtischen Behörden Forderungen stellten, mit denen der Schulvorstand oder das Consistorium nicht einverstanden sein könnte, so würde eben Alles beim Alten bleiben. Den Schaden davon hätten dann die städtischen Schulen zu tragen. Denn daß eine Aenderung der jetzigen Verhältnisse dringend nöthig, sei auch durch eine Deputation der Lehrer anerkannt. Dieser Gefahr gegenüber werde es immerhin ein Gewinn sein, wenn man in der einen oder andern Weise einen neuen Grund gewinne, auf dem sich weiter bauen lasse.

Herr Bracke hält unter Umständen für den besten und sichersten Weg zu einer gründlichen Reform, unhaltbar gewordene Zustände auf alle Gefahr hin gänzlich unangetastet und so deren Unerträglichkeit soviel eindringlicher werden zu lassen. So werde auch hier, je entschiedener man sich jeder Transaction mit einem als fehlerhaft erwiesenen Princip verweigere, desto eher und sicherer das einzig Richtige durchzusetzen sein, welches darin bestehe, daß den städtischen Behörden und durch diese statt einer

theologischen Parteirichtung tüchtigen Pädagogen der entscheidende Einfluß auf unser Schulwesen eingeräumt werde. Die Nachteile eines zeitweiligen Beharrens bei der gegenwärtigen Organisation hält Redner übrigens keinesfalls für so groß wie die, welche die Anstellung eines zweiten Schuldirectors unfehlbar mit sich bringen müßte, und diesen kann Redner nicht umhin auch in dem Haeusler'schen Antrage lauern zu sehen; denn wenn derselbe von einem zweiten „Schulbeamten“ rede, so sei dies lediglich ein Euphemismus. Das Bewußtsein, sich auf gesetzlichem Boden zu bewegen, nimmt Redner auch für sich in Anspruch; nur habe er an den bestehenden Gesetzen Mancherlei auszusetzen, und indem er dies zeige, glaube er der Sache und vielleicht auch dem verwandten Antrage, welchen Herr Haeusler in der Landesversammlung gestellt habe, einen Dienst zu erweisen.

Auf Antrag Herrn Ehrenhards wird nach kurzer Erörterung der Schluß der Debatte genehmigt, und hierauf in namentlicher Abstimmung der Haeusler'sche Antrag angenommen.

Für denselben stimmen die Herren Braes, Ehrenhard, Graf Görz-Brissberg, Götte, Haake, Jasper, Kellner, Kloss, Krone, Lucius, Meyer, Peters, Pini, Red, Schöttler, Schwarzenberg, von Seefeldorf, Solmitz;
dagegen die Herren Bock, Bracke, Munte, Steinau.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, Anträge Herrn Steinhaus, die Freigebung und Hebung des Unterrichts in den unteren Bürgerschulen betreffend, wird wegen der schon vorgerückten Stunde ausgesetzt,
und somit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung faßte die Versammlung Beschluß über die Pensionirung eines Magistratsdieners.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 283. Stücke des 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 14.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. November 1873.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Kellner und Pini.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Statutencommission auf Grund eines Magistratschreibens vom 3. d. M. Herr Graf Götz-Brissberg:

Den angestellten Ermittlungen zufolge belaufen sich die von dem frühern städtischen Executor Dammann unterschlagenen Communalsteuer- und Servicebeträge insgesammt auf 2607 \mathfrak{M} 6 \mathfrak{g} , die unterschlagenen Schulgelder auf 162 \mathfrak{M} 15 \mathfrak{g} . Als wirklich geleistet sind von den Steuerzahlern durch Quittung nachgewiesen rund 1530 \mathfrak{M} ; angeblich geleistet, aber nicht durch Quittung zu belegen 1157 \mathfrak{M} . Magistrat ist der Ansicht, daß nicht nur die Posten ersterer Art, sondern auch letztere lediglich niederzuschlagen sind, da bei einem zugeschobenen Eide Niemand würde beschwören können, daß die Zahlung nicht geleistet worden. Die Commission theilt diese Auffassung der Sachlage und giebt daher mit dem Magistrate der Versammlung anheim, die erforderliche Ermächtigung auszusprechen.

Um dann aber ähnlichen Verlusten möglichst vorzubeugen, ohne zugleich das Einmahnungsverfahren zu schwierig und weitläufig zu machen und dadurch Verluste herbeizuführen, welche leicht ungleich bedeutender sein dürften als obige Summe, hat der Magistrat eine Verbesserung der in Betracht kommenden Einrichtungen ins Auge gefaßt und zunächst als nothwendig erkannt, daß den drei städtischen Executoren eine Arbeits erleichterung verschafft werde, welche jede Entschuldigung für Dienstvernachlässigungen abzuschneiden geeignet. Zu dem

Ende wird vorgeschlagen, diejenigen beiden Magistratsdiener, welche nicht im Stadthause wohnen, mit der executorischen Einziehung der Schulgelder, der Schulstrafgelder, der Abgabe an die Feldmarksiinteressentchaften und der polizeilichen Abgabe für Hunde, also derjenigen Zahlungen zu beauftragen, welche nicht an die Stadtkasse, sondern an besondere Rechnungsführer geleistet werden, was ohne Nachtheil für die übrigen Geschäfte der Magistratsdiener möglich sein wird, während andererseits die nöthige Controle durch die verschiedenen Receptanten leicht geübt werden kann, auch Entschädigungsansprüche der Executoren aus dieser Einrichtung nicht herzuweisen sind. Sodann hat der Magistrat den Entwurf eines neuen Reglements für die städtischen Executoren selbst vorgelegt. Dasselbe unterscheidet sich von dem bis jetzt in Geltung stehenden hauptsächlich dadurch, daß diese Beamte zwar auch fernerhin zur Empfangnahme und Quittirung von Zahlungen berechtigt, zugleich aber angewiesen werden, die eingezogenen Gelder bei Strafe sofortiger Entlassung unverzüglich an die Stadtkasse abzuliefern, wobei dann eine Controle durch Nachforschung bei einzelnen der jedesmal im Rückstande bleibenden Steuerpflichtigen geübt werden soll. Der Commission indes scheint dieses Verfahren die wünschenswerthe Sicherheit nicht in dem Maße zu gewähren, wie ein anderes, welches bei der Gasanstalt und dem Wasserwerke im Gebrauch ist und darin besteht, daß den mit Einziehung der Rückstände beauftragten Beamten gleich die Quittungen der Kasse eingehändigt werden, welche dann, soweit sie etwa nicht eingelöst, bei den Abrechnungen vorzulegen sind. Dieses Verfahren hatte denn bereits auch der Magistrat in Erwägung genommen; von Seiten der Stadtkasse aber ist dagegen geltend gemacht, daß es die Geschäftslast ihrer Beamten erheblich vermehren würde, falls zugleich mit den Restantenlisten auch die sehr bedeutende Anzahl Quittungen ausgefertigt werden müßte, und daß demnach das jetzige Personal dazu schwerlich ausreichen dürfte. Die Commission erkennt das Gewicht dieser Einwendungen keineswegs; nichts destoweniger erscheint ihr rathlich, daß diese Frage nochmals einer genauern Prüfung unterzogen werde, und beantragt sie daher, den vorliegenden Reglementsentwurf mit dem entsprechenden Ersuchen zunächst wieder an den Magistrat zurückgehen zu lassen.

Als Nachfolger des p. Dammann wird vom Magistrate der Magistratsdiener Winterbeck mit dem Ersuchen in Vorschlag gebracht, von der durch § 122 der St.-O. vorgeschriebenen Präsentation dreier Bewerber für das Mal absehen zu dürfen, da es an anderen geeigneten Individuen augenblicklich fehlt, Winterbeck aber nicht nur seinen bisherigen Dienst, sondern seit Inhaftirung des Dammann auch dessen Amtsgeschäfte zur vollsten Zufriedenheit des Magistrats versehen hat. Die Commission kann der Versammlung nur anheimgeben, diesem Antrage beizustimmen, die Ernennung des Magistratsdieners Winterbeck zum städtischen Executor also ohne weiteres zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt den Commissionsanträgen gemäß, nachdem auf die durch Herrn Solmiz angeregte Frage: ob die beabsichtigte Controle nicht auch in der Weise zu erzielen wäre, daß über die eingenommenen Steuerbeträge von den Zahlern selbst ein Vermerk in den Listen gemacht würde.

Herr Graf Götz-Griseberg die Unzuträglichkeiten eines derartigen Verfahrens des weitern nachgewiesen hat.

Es folgt

II. durch Herrn Schwarzenberg erstattet, das Gutachten der Schulcom-mission über die am 17. April d. J. motivirten Anträge Herrn Steinaus:

- 1) den Unterricht in den unteren Bürgerschulen fortan ganz vom Schulgelbe zu befreien,
- 2) den Unterricht in den unteren Bürgerschulen binnen Jahresfrist auf die Stufe des in den mittleren Bürgerschulen erteilten zu bringen,
- 3) in den Lehrplan der Bürgerschulen binnen Jahresfrist den Unterricht in einer fremden neueren Sprache, der englischen oder der französischen, aufzunehmen,
- 4) denjenigen Schülern, welche ein Jahr lang mit Erfolg die erste Klasse einer Bürgerschule besucht und die Absicht haben, eine höhere Bildung sich anzueignen, den Besuch des Realgymnasiums zweiter Klasse unentgeltlich zu gewähren und ihnen dann auch die Schulbücher seitens der Stadt unentgeltlich zu liefern.

Da es zweckmäßig erschien, wegen des letzten Antrags erst den zu ernennenden Director der städtischen Realschule zu Rathe zu ziehen, hat der Herr Antragsteller sich bei den Vorberathungen in der Commission einverstanden erklärt, daß dieser Punkt bis auf Weiteres ausgesetzt bleibe.

Was zunächst nun den Antrag auf Freiegebung des Unterrichts in den unteren Bürgerschulen anlangt, so hat der Herr Antragsteller denselben mit dem Wunsche motivirt, den unbemittelten Bevölkerungsklassen eine Erleichterung an ihren communalen Lasten zu verschaffen. Die Commission, indem sie die Ablehnung dieses Antrags anheim giebt, hält das Princip des unentgeltlichen Unterrichts in den Volksschulen an sich und im allgemeinen keineswegs für unrichtig; vielmehr anerkennt sie eine gewisse Berechtigung der Ansicht, daß der Staat, wenn er eine bestimmte Schulbildung aller seiner künftigen Bürger fordert und zu deren Erreichung den Schulzwang vorschreibt, allerdings auch die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes zu gewähren und mithin freien Unterricht, vielleicht mit Ausnahme desjenigen in den Gelehrten- und Fachschulen, einzuführen habe. Dieses Princip ist

in der Schweiz und Nordamerika durchgeführt: die Stadt New-York z. B. unterhält nicht weniger als 241 Freischulen, darunter neben den Elementarschulen auch höhere Töchterschulen, Gymnasien und Abendhochschulen, welche von 235,000 zugleich mit allen Unterrichtsmaterialien, Schulbüchern u. s. w. unentgeltlich versehenen Kindern besucht und deren sehr erhebliche Kosten durch besondere Abgaben der steuerpflichtigen Grundeigenthümer der Stadt und des Staates New-York gedeckt werden. Ähnliche Einrichtungen auch bei uns zu treffen, könnte die Commission aber nur dann für zweckmäßig halten, wenn die Richtigkeit jenes Princips von den gesetzgeberischen Factoren der deutschen Staaten als richtig anerkannt wäre. Dem aber ist nicht so, im Gegentheil schreiben die bekannten neueren Schulgesetzgebungen und insbesondere das braunschweigische Gemeindeschulgesetz vom 8. December 1851 die Erhebung eines Schulgeldes als Regel vor, d. h. sofern nicht in einer Gemeinde Freischulen bestehen, hinsichtlich deren die Armenverwaltungen über die Aufnahme der einzelnen Schüler zu entscheiden haben. Vergleichen Frei- oder Armenschulen haben früher, noch vor etwa zwanzig Jahren, auch in hiesiger Stadt bestanden; man hat dieselben indeß als unzulässig aufgehoben, weil sich an dem geringen und unregelmäßigen Besuche dieser Schulen wiederum die Erfahrung bestätigte, daß unentgeltlich dargebotenen Vortheilen nie soviel Werth beigelegt wird wie dieselben an sich verdienen und wie er da, wo für eine Leistung bezahlt werden muß, von selbst einzuleuchten pflegt. Dazu kam, daß die Schüler der Armenschulen bei den übrigen Schülern mit einer gewissen Veringschätzung angesehen wurden und sich in Folge davon in einer wenig beneidenswerthen Lage befanden. Diese Zustände, welche sich nach der ohne Zweifel wohl begründeten Ansicht der früheren Stadtbehörden als unhaltbar herausgestellt haben, ohne dringendes Bedürfnis zurückzurufen, hält die Commission nicht für angezeigt. Ein solches Bedürfnis aber scheint in der That in keiner Weise vorhanden zu sein. Das Schulgeld beträgt in den unteren Bürgerschulen jährlich 1 fl 10 gr bis 2 fl , und diese geringe Abgabe, durch welche das Bedürfnis der Schulen nur zum kleinsten Theile gedeckt wird, kann für die Eltern der Kinder, welche die unteren Bürgerschulen frequentiren, unmöglich drückend sein, zumal da bei den gesteigerten Arbeitslöhnen gerade Bauhandwerker, Handarbeiter und die hier sonst noch vorzugsweise in Betracht kommenden Berufsleute meist in einer ungleich besseren Lage sind als viele andere Bürger, wie Subalternbeamte oder kleine Handwerksmeister, dergestalt, daß sie vielfach im Stande sein werden, das jährliche Schulgeld für ein Kind, durch den Verdienst eines einzigen Tages zu decken. Außerdem werden nach § 16 des Gemeindeschulgesetzes die Kinder wirklich unvermögender Eltern, sobald für sie der Erlass des Schulgeldes nachgesucht wird, ohne Schwierigkeit davon befreit, und unter Umständen selbst mit den erforderlichen Büchern seitens der Armenanstalt versehen —

eine Befugniß, von der die städtischen Behörden jederzeit in freigebigster Weise Gebrauch gemacht haben. Nichts aber dürfte mehr gegen das vorausgesetzte Bedürfniß sprechen, als die amtlich festgestellte Thatsache, daß Erlaßgesuche in den Jahren

1864	von 334	} Familien
1865	" 307	
1866	" 263	
1867	" 259	
1868	" 248	
1869	" 230	
1870	" 186	
1872	" 164	
1873	" 116	

eingegangen sind, sich also von Jahr zu Jahr in stetiger Abnahme befinden.

Endlich hat die Commission erwogen, daß, wenn auch die Annahme des Steinau'schen Antrags der städtischen Schulkasse nur einen Ausfall von 1600 \mathfrak{f} oder nach dem neuen Etat für 1874 von 1900 \mathfrak{f} verursachen würde, es jezt doch sehr wenig an der Zeit wäre, denselben ohne dringende Nothwendigkeit eintreten zu lassen, da die Einrichtung der neuen Realschule sowie der erforderlichen Anzahl neuer Bürgerschulen die Ausgaben für das städtische Schulwesen auf die früher nie gekannte Höhe von etwa 40,000 \mathfrak{f} jährlich steigern wird.

Bei Beurtheilung des zweiten und des dritten der vorliegenden Anträge kommt zunächst in Betracht, daß nach §§ 18 und 22 des Gemeindefschulgesetzes der städtische Schuldirigent zwar die inneren Angelegenheiten der Schule wahrzunehmen, insbesondere unter Zuziehung der Lehrer der betreffenden Anstalten den speciellen Lehrplan für diese aufzustellen und die Methode des Unterrichts nach den bestehenden Vorschriften zu leiten hat, bei der allgemeinen Feststellung der Lehrpläne aber sowie bei Auswahl der Lehrbücher an die Genehmigung der Oberaufsichtsbehörde, jezt des Herzoglichen Consistoriums gebunden ist. Hiernach — und auf diesen Punkt wurde bereits bei den Beratungen wegen Anstellung eines zweiten Schuldirigenten hingewiesen —, scheint es nicht in der Competenz der Versammlung zu liegen, entscheidend auf die innere Organisation der Bürgerschulen und auf Einführung neuer Unterrichtsgegenstände einzuwirken, obwohl etwaige Beschlüsse in Hinsicht auf diese Gegenstände, da sie den Ausdruck der öffentlichen Meinung der Stadt repräsentiren, ohne Zweifel bei den competenten Schulbehörden die ihnen gebührende Beachtung finden werden. Keinesfalls also sind die gestellten Anträge in der gewählten kategorischen Form aufrecht zu erhalten, vielmehr würden sie nur die Anregung zu weiteren Beschlüssen der competenten Schulbehörden geben können. In der Sache selbst sodann ergibt sich hinsichtlich des zweiten Antrages, daß

sowohl in den unteren wie in den mittleren Bürgerischen Schulen Religion, deutsche Sprache mit Lesen und Schreiben, Geschichte, Geographie, Naturwissenschaft, Geometrie, Rechnen, Singen, Zeichnen, Turnen und für Mädchen Handarbeiten gelehrt werden: genau dieselben Fächer, welche nach dem Volksschulgesetz vom 26. April 1873 auch in Sachsen und ebenso in Preußen und der Schweiz als wesentliche Gegenstände des Volksunterrichts gefordert werden. Ein Unterschied zwischen den unteren und mittleren Bürgerischen Schulen besteht in dieser Hinsicht also nicht, wenn man als solchen nicht etwa geltend machen will, daß in den unteren Bürgerischen Schulen der Zeichnenunterricht für die Mädchen ausfällt. Auch die Zahl der Lehrstunden ist in beiderlei Schulen wesentlich dieselbe oder doch wenig abweichend. Eine wirkliche Verschiedenheit liegt nur darin, daß die mittleren Bürgerischen Schulen 6, die unteren 5 Klassen zählen und daß folgeweise in der ersten Klasse der mittleren Bürgerischen Schulen höhere Anforderungen gestellt und die Schulkinder weiter gebracht werden. Demnach würde die Annahme des fraglichen Antrags im Wesentlichen darauf hinauslaufen, auch dem Organismus der unteren Bürgerischen Schulen eine erste Klasse hinzuzufügen. Bedenkt man nun aber, daß nach den Mittheilungen des Schuldirectors die Schüler der unteren Bürgerischen Schulen meist schon vor ihrem Eintritt in die erste Klasse abgehen, weil sie dann das Alter erreicht haben, welches nach ihren Lebensverhältnissen ihren Uebergang in die Lehre oder zu sonstigen Geschäften des bürgerlichen Lebens wünschenswerth erscheinen läßt, so liegt auf der Hand, daß die Einrichtung einer neuen höheren Klasse hier wenig praktischen Nutzen haben, ja vermuthlich nur auf dem Papiere bestehen würde. Soll hiernach nun auch nicht bestritten werden, daß im allgemeinen die unteren Bürgerischen Schulen nicht ganz dieselbe Bildungsstufe erzielen wie die mittleren, so dürfte doch die Schuld daran weder den Lehrern noch der Organisation der unteren Bürgerischen Schulen beizumessen, jener Unterschied vielmehr lediglich durch die verschiedenen Lebensverhältnisse hervorgerufen sein, welche sich einer directen Einwirkung der städtischen Behörden leider entziehen. Den Hauptgrund des geringern Erfolgs dort erkennt die Commission darin, daß die Kinder daheim nicht die erforderliche Anregung und Nachhülfe erhalten, da die Eltern meist außer dem Hause ihrer Arbeit nachgehen müssen und somit nicht im Stande sind, sich um die Studien ihrer Kinder zu kümmern, wie solches in denjenigen Bevölkerungsschichten der Fall ist, deren Kinder die mittleren Schulen frequentiren. So sehr daher die Commission den ausgesprochenen Zweck des Antrags, eine möglichst gleiche Ausbildung aller Klassen unserer Bevölkerung zu ermöglichen und damit den Klagen über die Unbildung der Massen zu begegnen, auch ihrerseits billigt: einen nennenswerthen praktischen Erfolg würde sie von der Annahme desselben nicht erwarten können.

Was endlich dann die beantragte Aufnahme einer fremden, insbesondere der

englischen Sprache in den Unterrichtsplan der Bürgerschulen betrifft, so weist der Herr Referent zunächst darauf hin, daß übereinstimmend in allen deutschen Volksschulen das Erlernen einer zweiten Sprache nicht für erforderlich gehalten wird, um den Aufgaben der Volksschule entsprechend „der Jugend durch Unterricht, Übung und Erziehung die Grundlagen sittlicher Bildung und der für das bürgerliche Leben nöthigen allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten zu verschaffen“. Nur in den Hamburger Volksschulen für Knaben gehört das Englische zu den Unterrichtsgegenständen; diese Ausnahme aber hat begreiflicherweise in den vielfachen Beziehungen dieser Handelsstadt zu England ihren Grund. Nach den in unseren Tageblättern enthaltenen Nachrichten hat sich denn auch eine Versammlung hiesiger Lehrer mit großer Majorität gegen die Zweckmäßigkeit einer derartigen Erweiterung des Volksschulunterrichts ausgesprochen, — ein Urtheil auf das als von Fachmännern herrührend die Commission besonderes Gewicht legen zu dürfen glaubt. Würde aber wirklich, wie es der Herr Antragsteller bei Motivirung seines Antrags behauptet hat, in den hiesigen Bürgerschulen nicht dasjenige erreicht, was zu gehöriger und vollkommener Ausbildung unserer Jugend wünschenswerth wäre, so müßte es nach dem Grundsatz: non multa sed multum vollends bedenklich erscheinen, noch neue Unterrichtsgegenstände einzuführen.

Obgleich nach dem allen die Schulcommission theils aus formellen theils aus praktischen Gründen sich nicht in der Lage befindet, die Anträge Herrn Steinaus zur Annahme empfehlen zu können, so ist sie doch mit demselben der Ansicht, daß die innere Organisation unserer Bürgerschulen und das Lehrziel, welches man ihnen gesteckt hat, im Hinblick auf die Fortschritte unserer Zeit einer Verbesserung fähig, und sonach eine Revision der bezüglichlichen, seit einer Reihe von Jahren unverändert gebliebenen Vorschriften wünschenswerth ist. Zu dem Ende dürfte zweckmäßig erscheinen, Conferenzen des Schuldirigenten mit den Inspectoren der Schulen und einzelnen dazu geeigneten Lehrern zu veranlassen, wie solche in anderen deutschen Schulgesetzen der Neuzeit, z. B. der Württemberg'schen Verordnung vom 25. Juni 1864, dem Hamburg'schen Gesetz vom 11. November 1870 und anderen, allmonatlich oder doch quartaliter vorgeschrieben sind, in unserer Stadt aber, soviel bekannt geworden ist, überhaupt nicht oder doch nur selten statt gefunden haben. Jedenfalls hält die Commission derartige Specialconferenzen, in welchen durch Fachmänner die Bedürfnisse unserer Schulen und deren innere Einrichtung eingehend besprochen werden, für erprießlicher als Berathungen über einzelne Verbesserungsanträge innerhalb der Versammlung.

Demzufolge giebt die Commission anheim:

Die Anträge Herrn Steinaus zwar abzulehnen, jedoch an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, Derselbe wolle eine Revision der

Lehrpläne und inneren Einrichtungen unserer Bürgerschulen, und zu deren Prüfung zunächst Conferenzen etwa des Schuldirigenten mit den Inspectoren und geeigneten Lehrern dieser Anstalten berufen.

Die Discussion eröffnend,

bedauert Herr Steinau vor Allem, daß sich die Commission bei ihren Erwägungen so vielfach durch die Aussprüche von Fachmännern habe beeinflussen lassen. Die Erfahrung lehre, daß praktische Reformen, welcher Art sie auch seien, meistens theils von sogenannten Laien angeregt und betrieben werden, während die eigentlichen Fachmänner aus sich heraus dazu nur äußerst selten Neigung verrathen. Wenn daher in dem gegenwärtigen Falle alles Vorgehen von der Zustimmung der betheiligten Lehrerkreise abhängig sein solle, so werde man voraussichtlich noch lange die Hände in den Schoß legen. Auf die Entscheidungsgründe der Commission im einzelnen eingehend, bezeichnet es Herr Steinau als einen Widerspruch, wenn einerseits zwar das Princip des unentgeltlichen Volksunterrichts als richtig anerkannt, dann aber die vorgeschlagene Anwendung dieses Principes darum abgelehnt werde, weil es sich nicht gleich vollständig und überall durchführen lasse. Sei aber eine zweckmäßige und heilsame Maßregel nicht sofort in vollem Umfange ins Leben zu rufen, so dürfe dies doch keinesfalls ein Grund sein, auf jeden Versuch, wie weit man damit unter den gegebenen Verhältnissen kommen könne, von vornherein zu verzichten. Die Bedürfnisfrage anlangend, so werde es mit den statistischen Angaben über die stetige Abnahme der Schulgeldsberlaggesuche allerdings seine volle Richtigkeit haben; leider nur stehen denselben andere Zahlen gegenüber, welche die daraus gezogene Schlußfolgerung einigermaßen hinfällig erscheinen lassen. Laut der betreffenden Listen nämlich seien in drei Quartalen des J. 1872 wegen angemeldeter Schulgeldsrückstände von Seiten der unteren Bürgerschulen nicht weniger als 1593 Executionen im Betrage von c. 612 \mathfrak{g} oder eines Drittels der eingegangenen Schulgelber veranlaßt worden, und zu zwei Dritteln habe dieser Betrag müssen niedergeschlagen werden. Gewiß doch ein Zeichen, daß es Bevölkerungskreise gebe, für welche die Befreiung von dieser Abgabe eine wahre Wohlthat sein würde. Daß ferner Freischulen als solche einer gewissen Geringschätzung verfallen müßten, kann Redner nicht zugeben, und um so weniger werde dies zu befürchten sein, wenn man sie zugleich hergestalt hebe, daß ihr Unterricht dem der mittleren Bürgerschulen völlig gleichstehe. Dies Ziel nun solle wegen der ungleichen häuslichen Verhältnisse der beiderseitigen Schüler nicht zu erreichen sein. Redner giebt zu, daß die Kinder unbemittelter Eltern daheim weder die Anregung noch auch die Ruhe zum Arbeiten finden, welche den Kindern in glücklicherer Lebenslage zu statten komme. Eben hier aber werde die Schule selbst, und zwar durch Einrichtung von Arbeitsstunden, wie solche

bereits in mehreren Schulen mit bestem Erfolge angewandt seien, ergänzend eintreten können und müssen. Daß endlich der Lehrplan unserer Bürgerschulen im Allgemeinen einer Hebung dringend bedürfe, darüber sei nur eine Stimme, und auch die Commission leugne dies im Allgemeinen ja nicht. Wenn dann aber gegen die bestimmten Vorschläge des Redners und insbesondere gegen Hereinziehung einer fremden Sprache das Votum einer ad hoc berufenen Versammlung hiesiger Lehrer geltend gemacht werde, so möge dahin gestellt bleiben, wie viel zu diesem Votum etwa die Besorgniß vor Ansprüchen mitgewirkt habe, denen manche unter den Theilgenommenen sich augenblicklich vielleicht nicht gewachsen wissen. Thatsache aber sei, daß diese Erweiterung des Lehrplans in Hamburg neuerdings eingeführt sei und zwar mit Billigung von Männern wie Hoffmann und Lange, deren Autorität die der hiesigen Lehrerschaft wohl aufwiegen dürfte. Freilich habe man dort denn auch kein Bedenken getragen, für nützlichere Dinge durch Beseitigung eines großen Theiles des religiösen Lehrstoffes Raum zu schaffen, welcher hier, auch sonst nur zum Schaden der geistigen Entwicklung der Jugend, den Volksunterricht immer noch beschwere. Sei nun auch richtig, daß eine Veränderung der Lehrpläne Sache der oberen Schulbehörden und demnach die Versammlung nicht in der Lage sei, den Antrag des Redners in kategorischer Form zum Beschluß zu erheben, so stehe doch nichts entgegen, denselben zunächst als Resolution geltend zu machen, und in diesem Sinne hält Herr Steinau denselben aufrecht.

Herr Reck verwahrt die Commission gegen die Auffassung, als halte sie den freien Schulunterricht für das unbedingt und ausschließlich Richtige. Ihre Meinung gehe vielmehr nur dahin, daß man darüber verschieden denken könne, daß jedenfalls aber eine partielle Durchführung dieses Principis mit großen Uebelständen verbunden sein würde. Dahin rechne die Commission vor Allem, daß besondere Freischulen in den Augen des großen Publicums immer mit einem gewissen Makel behaftet seien — eine Betrachtungsweise, welche ähnlicher Maßen auch gegen das Institut der Armenärzte vorwalte und allerdings unverständig, aber trotz der Einwendungen des Herrn Antragstellers ein Factum sei, mit dem man rechnen müsse. Die allgemeine Freigebung der Schulen aber sei schon finanziell unmöglich. Denn die jährliche Schulgeldeinnahme aus den Bürgerschulen belaufe sich auf 14,000 \mathfrak{R} , repräsentire also ein Capital von 300,000 \mathfrak{R} , und eine solche Summe ohne Weiteres in Ausfall kommen zu lassen, davon könne zumal jetzt, bei den bedeutenden Anstrengungen, welche die Stadt zu machen habe, um nur erst zu einigermaßen normalen Schulverhältnissen zu gelangen, keine Rede sein. Auf die technischen Fragen einzugehen, hält Redner nicht für ersprießlich: so einfach seien dieselben doch nicht, daß man sie ohne Zuziehung von Fachleuten lediglich mit allgemeinen Betrachtungen erledigen könnte. Uebrigens gehe der Antrag der Commission auch weiter als der

Herr Steinaus, sofern er sich nicht auf einzelne Verbesserungen des Lehrplans beschränke, sondern dessen Unzulänglichkeit anerkennend, eine allgemeine Prüfung desselben bezwecke. Wenn Herr Steinaus den zu diesem Ende in Vorschlag gebrachten Lehrerconferenzen ein gewisses Mißtrauen entgegenbringe, so sei doch Thatsache, daß derartige Conferenzen anderer Orten und auch da, wo pädagogische Autoritäten ersten Ranges an der Spitze des Schulwesens stehen, immer zu Rathe gezogen werden. Daß dies in hiesiger Stadt bisher noch nicht geschehen, könne man nur bedauern, da die Folge davon ein Stillstand gewesen, welcher nirgend in höherm Grade als im Unterrichtswesen immer einen Rückschritt bedeute, zumal in unseren Tagen, wo dasselbe auch in den vorgeschrittensten Ländern fort und fort den einschneidendsten Veränderungen unterworfen werde.

Herr Graf Görz-Drissberg will sich nicht über das Für und Wider des Steinauschen Antrags aussprechen. Wenn aber der Herr Antragsteller u. a. geltend zu machen suche, daß die Befreiung vom Schulgelde der Erleichterung entsprechen würde, welche die Versammlung der ärmeren Bevölkerung an der Communalsteuer nur deshalb nicht habe zubilligen können, weil das Verhältniß zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Steuerfusse statutenmäßig feststehe, so müsse Redner hiergegen Einspruch erheben, da ihm wenigstens nicht bekannt sei, daß die Versammlung als solche jemals einen dahin lautenden Ausspruch gethan habe.

Herr Lucius. Das Princip unentgeltlichen Elementarunterrichts sei in der That das einzig richtige, und wenn er dem vorliegenden Antrage nicht beistimmen könne, so sei es nur, weil derselbe am unrichtigen Orte gestellt werde und auf eine halbe Maßregel hinauslaufe. Gegenüber den heutigen Volksbeglückern, welche mit ihren Theorien von Eigenthumstheilung, Weibergemeinschaft, Abschaffung der Religion die Grundfesten alles Staatslebens untergraben, gebe es — abgesehen von der Rückkehr zu dem früheren Absolutismus in Staat und Kirche, welche an diesem Orte natürlich nicht in Betracht komme — nur das eine Mittel: die Masse mit einer Bildung auszurüsten, welche sie in den Stand setze, jenen Irrlehren Widerstand zu leisten. Dazu aber reiche es nicht aus, daß eine einzelne Commune einige wenige Schulen freigebe; was man erstreben müsse sei, daß es dahin allenthalben und mit dem gesammten Volksunterrichte komme, und dies durchzuführen sei nur die Staatsgewalt im Stande, welche sich dieser Pflicht der Selbsterhaltung denn auch auf die Dauer nicht werde entziehen können.

Herr Schwarzenberg, die Commission gegen die Unterstellung eines Widerspruchs verwahrend, präcisirt deren Meinung dahin, daß dem Anspruche auf unentgeltlichen Elementarunterricht eine gewisse Berechtigung zwar nicht aberkannt werde, dessen partieller Gewährung aber im Sinne des Steinauschen Antrages

die Erwägung widerstrebe, daß damit ein Vorrecht gewisser Bevölkerungsklassen auf Kosten aller übrigen begründet sein würde. Wenn Herr Steinau dann den gegen seine Anträge auf Hebung des Unterrichts gerichteten praktischen Bedenken mit dem Vorschlage begegne, in den unteren Bürgerschulen Arbeitsstunden einzurichten, so übersehe er, daß dem zunächst schon die anerkannte Ueberfüllung aller Schulen entgegenstehe. Im Uebrigen werde dieser Vorschlag natürlich wie alle übrigen, welche der Antrag Herrn Steinhaus enthalte, bei den seitens der Commission empfohlenen Lehrerconferenzen in Betracht gezogen werden.

Herr Schöttler schließt sich der Auffassung des Herrn Lucius um so entschieden an, als in hiesiger Stadt eben durch die Ueberfüllung der Schulen ein Nothstand hereingeführt sei, der vor allen anderen Abhülfe erheische und die vorhandenen Mittel voraussichtlich auf lange hinaus ausschließlich in Anspruch nehmen werde. Schulen in genügender Zahl zu bauen, sei ohne alle Frage ein größeres Bedürfnis, als unentgeltlichen Unterricht einzuführen, zumal, wie Redner überzeugt ist, bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen die Aufbringung der geringen Schulgeldsätze auch dem Arbeiter nicht schwer fallen könne. Wenn nach den Anführungen Herrn Steinhaus das Schulgeld dennoch hin und wider unbezahlt bleibe, so liege das ohne Zweifel in den allermeisten Fällen weit mehr an der Unlust als an dem Unvermögen der Pflichtigen: eine Meinung, welche Jeder theilen werde, der wie Redner in der Lage sei zu beobachten, wieviel Geld gerade ärmere Leute häufig für recht unnütze Dinge daraufgehen lassen.

Herr Steinau bezeichnet es als ein Mißverständnis, wenn ihm vom Herrn Graf Görz-Wrisberg die Behauptung zugeschrieben werde, die Nothwendigkeit einer Steuererleichterung der ärmeren Bevölkerungsklassen sei von der Versammlung irgendwie in Form eines Beschlusses oder einer Resolution ausgesprochen worden. Was er behauptet habe und allerdings als Thatfache aufrecht erhalte, sei dies, daß man einer solchen Erleichterung bei den betreffenden Verhandlungen keineswegs abgeneigt gewesen sei und als hauptsächlichstes Hindernis jenes statutarisch gegebene Verhältniß zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Steuersatz in den Vordergrund gerückt habe. Daß nun aber freier Schulunterricht für eine große Mehrzahl ärmerer Leute eine erhebliche Wohlthat sein würde, das stehe doch wohl außer allem Zweifel; denn wenn dagegen Herr Schöttler die von ihm in diesen Kreisen beobachteten Beispiele von unwirtschaftlichem Luxus anführe, so bleibe er doch den Beweis schuldig, daß gerade diejenigen Eltern, welche das Schulgeld für ihre Kinder nicht bezahlen, Geld für Vergnügungen übrig haben. Alle Elementarschulen frei zu geben, sei zur Zeit allerdings unmöglich; hierin aber kann Redner, wie schon gesagt, keinen Grund erkennen, daß vorläufig und soweit es die Verhältnisse gestatten nicht wenigstens ein Anfang mit

dieser Einrichtung gemacht werde. Ein Irrthum sei es endlich, wenn man den Grundsatz aufstelle, unentgeltlicher Volksunterricht könne nur von Staats wegen eingeführt werden: im Gegentheil sei derselbe wo er bisher bestche, wie in der Schweiz und in Amerika, fast immer eine Leistung der Communen.

Herr Oberbürgermeister Caspari würde es mit aufrichtiger Freude begrüßen, wenn der Staat das gesammte Volksschulwesen übernehme und dann freien Elementarunterricht gewähre; die Kräfte der Stadt dagegen würde dies weit übersteigen. Aber nicht wegen des Kostenpunktes allein müsse Herrn Stein aus Antrag unannehmbar erscheinen. Bekanntlich habe man einzelne Freischulen hier früher schon gehabt, vor einigen Jahren aber aufgehoben, weil die ihnen angehörigen Kinder von der übrigen Schulljugend ausgefondert und so nach den übereinstimmenden Beobachtungen aller Lehrer gewissermaßen in die Lage einer Pariaklasse gedrängt waren. Zu einem solchen Uebelstande zurückzukehren, liege am wenigsten bei der gegenwärtigen Lage der Handarbeiter eine Veranlassung vor, wie u. a. schon die Thatsache beweise, daß ein großer Theil derselben ihre Kinder in die mittlere Bürgerschule schicke, wo sie unter allen Umständen und in höheren Beträgen Schulgeld zahlen müssen. Mit jenen früheren Verhandlungen wegen einer anderweitigen Normirung der Communalsteuern lasse sich die vorliegende Frage rollends nicht in Verbindung setzen: damals habe es sich nur um die unterste Steuerklasse gehandelt, welcher Familienväter nur in sehr geringer Zahl angehören, und solchen werde der Erlass des Schulgeldes für ihre Kinder immer ohne alle Schwierigkeit bewilligt: von den übrigen aber befinde sich die Mehrzahl ohne Zweifel in der Lage, dasselbe zu entrichten, sofern nicht etwa die Familie ungewöhnlich groß sei, in welchem Falle bekanntlich regelmäßig eine Ermäßigung eintrete. Mit Herrn Schöttler stimmt Redner darin überein, daß es nicht sowohl die Schuld objectiver Verhältnisse als der eigenen Unwirthschaftlichkeit sei, wenn einer Familie diese geringe Abgabe übermäßig schwer oder unmöglich werde. Die übrigen Anträge Herrn Stein aus anlangend, so werde der Magistrat natürlich gern zu einer gründlichen Prüfung der bestehenden Unterrichtsverhältnisse die Hand bieten; ob aber und wie weit dies zu neuen Einrichtungen führen könne, lasse sich nicht voraussagen. Gewiß sei nur, daß sich allgemeine Forderungen, wie sie Herr Stein au formulirt habe, nicht so ohne Weiteres decretiren lassen.

Herr Bracke, obschon der Ablehnung der Stein auschen Anträge im Voraus gewiß, hält es gleichwohl für seine Pflicht, die dagegen erhobenen Einwände nochmals zu beleuchten. Diese Anträge sollen einmal nicht weit genug gehen, man verlange Alles oder nichts und stelle die ganze Sache dem Staate anheim. Nun werde man aber lange warten können, bis der Staat auch die Gemeindefschulen in die Hand nehme, und eine an sich als zweckmäßig anerkannte

Änderung bis dahin aufschieben, heiße nichts Anderes, als sich einer Aufgabe entziehen, deren selbstständige Inangriffnahme den Gemeinden zu hohem Ruhme reichen würde. Bei dieser Gelegenheit habe sich Herr Lucius einige Seitenhiebe nicht versagen können, welche allem Anschein nach der Socialdemokratie gegolten haben, in Wahrheit aber gegen Gespenster und Windmühlen geführt seien. Ihm wenigstens, dem Redner, sei nicht bekannt, daß die Partei, welche er verrete, je die Einführung der Weibergemeinschaft oder die Aufhebung des Eigenthums zu ihrem Programm gemacht hätte, und so würde denn Herr Lucius ihn durch den Nachweis, wo und wann die betreffenden Lehren verkündet worden seien, sehr verbinden. Wenn man sodann das größere Bedürfnis nach Erbauung neuer Schulen vorschülze, so sei zu erwidern, daß dabei die geringen Schulgelbbeiträge der armen Leute kaum ins Gewicht fallen können; auch dürfe er wohl an das bei anderer Gelegenheit gebrauchte Wort des Herrn Oberbürgermeisters erinnern: man müsse das Eine thun und das Andere nicht lassen. Ferner deducire man: da es den armen Leuten an Geld für unnütze Ausgaben nicht fehle, so werde ihnen auch die Aufbringung des Schulgeldes für ihre Kinder nicht schwer fallen können. Was aber verstehe man unter unnützen Ausgaben? Vor Allem natürlich jede Auswendung für ein Vergnügen. Das aber sei doch wohl kein richtiger Standpunkt, wenn man einem Arbeiter das geringe Vergnügen vorwerfe, welches er sich bei einem Wochenlohn von 3 bis $3\frac{1}{2}$ fl allenfalls noch gönnen könne; denn für Niemand sei die Arbeit der einzige Lebenszweck, jeder Mensch habe auch auf die Genüsse des Lebens ein Anrecht. Diese untersten Volksclassen aber seien es in der That, um deren Förderung es sich bei den vorliegenden Anträgen handle. Daß ihnen eine Erleichterung wohl zu gönnen, habe im Principe die Versammlung anerkannt. Jetzt freilich suche man dies wieder in Frage zu stellen, indem man die elende Lage dieser Leute zumeist als eine Folge schlechten Wirthschaftens darstelle. Bedenke man aber, mit wie geringer Bildung dieselben und zwar gerade in Folge des mangelhaften Schulunterrichts ins Leben treten, und wie namentlich die Mädchen von früh auf durch die Fabrikarbeit von jeder Gelegenheit häuslicher Übung fern gehalten werden, so werde man sich billiger Weise wundern müssen, daß so viele Hausväter und Hausmütter dieser Kreise immer noch sind was sie sind, und jedenfalls wo ihre Haltung tadelnswerth, sie mehr bemitleiden als verdammen. Weise man endlich auf die Opfer hin, welche die Freigebung der Schulen der Stadt auferlegen würde, so stehe doch andererseits fest, daß dieses Opfer in keinem Verhältniß zu dem dadurch gestifteten Segen stehen würde. Inwieweit die zum Zweck einer Hebung der Volksschulen beantragten Maßregeln ausführbar seien oder nicht, bekennet Redner nicht beurtheilen zu können. Bei gutem Willen aber dürste Vieles möglich sein, und wenn man erwäge, daß die Gefahr einer Verwilderung

dem Arbeiter soviel leichter drohe als den besser situierten Klassen, so könne es gewiß doch nicht richtig erscheinen, daß ihm auch noch eine schlechtere Schule geboten werde; im Gegentheil, als eine gebieterische Pflicht müsse sich dann darstellen, dieser Ungleichheit in der denkbar kürzesten Frist ein Ende zu machen.

Herr Solmiz spricht sich ebenfalls gegen die theilweise Freigebung des Elementarunterrichts aus, indem er hervorhebt, wie unbillig es sein würde, eine Einwohnerklasse auf Kosten der übrigen zu begünstigen, denen zum Theil die Communallasten schon so ebenfalls drückend genug seien.

Herr Schöttler wünscht einem Mißverständnis zu begegnen, welchem seine vorausgegangenen Bemerkungen, wie es scheine, unterliegen könnten. In allen Fällen, wo der Erlaß des Schulgeldes ein wirkliches Bedürfnis sei, werde er sich dagegen niemals ablehnend verhalten; wohl aber müsse er sich gegen den geforderten allgemeinen Erlaß aussprechen, und zwar einmal, weil er überzeugt sei, daß die Mehrzahl auch der ärmeren Eltern wohl im Stande, die geringen Schulgeldsätze zu entrichten, und sodann, weil zur Durchführung allgemeiner Schulfreiheit die Mittel einer einzelnen Gemeinde nicht ausreichen würden.

Herr Lucius. Wenn sich Herr Bracke mit großer Kühnheit den Anschein gebe, von einem Streben nach Aufhebung des Eigenthums ic. nichts zu wissen, so habe er insofern vielleicht Recht, als praktische Resultate dieses Strebens bis jetzt allerdings nicht vorliegen. Wie man aber das Bestehen dahin gerichteter Theorien leugnen könne, das sei nach allem was von jenem Sage an, welcher Eigenthum für Diebstahl erkläre, bis auf die Ausführungen des „Volksstaat“, „Volksfreund“ und anderer socialdemokratisch ohne Zweifel doch sehr correcter Blätter sowie auch der jüngsten Schrift Herrn Brackes selbst vor Jedermanns Augen lege, völlig unbegreiflich.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Herr Bracke erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Redner beginnt darzuthun, daß es sich bei den von Herrn Lucius angezogenen Bestimmungen nicht um Abschaffung des Eigenthums, sondern darum handle, andere Formen desselben zu finden. Weitere Ausführungen des Redners über die Ziele der Socialdemokratie werden als außerhalb der Grenzen einer persönlichen Bemerkung liegend vom Vorsitzenden abgeschnitten.

Die hierauf eintretende Abstimmung ergibt eine große Majorität für die Commissionsanträge.

Schließlich

III. trägt namens der Statutencommission Herr Peters Folgendes vor.

Die revidirte Städteordnung vom 19. März 1850 enthält in den §§ 55 bis 66 die Grundzüge einer Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlungen, welche für die hiesige Stadt durch verschiedene in Form eines Statuts unterm 26. Januar 1852 veröffentlichte ergänzende Bestimmungen mit Rücksicht auf die localen Verhältnisse und Bedürfnisse noch weiter ausgeführt sind. Dieses Statut in Verbindung mit den erwähnten Bestimmungen der St.-O. ist bisher für die Behandlung der Geschäfte der Versammlung maßgebend gewesen. In der Sitzung am 20. Februar d. J. nun haben die Herren Bock, Bracke und Steinau den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung überreicht, welche an Stelle des Statuts vom 26. Januar 1852 treten soll, weil, wie sie im Eingange bemerken, die bisherigen Bestimmungen in Betreff des Protokolls einer Ergänzung, die Bestimmungen über die Verhandlungen und deren Vorberathung aber einer Aenderung dringend bedürfen.

Die Statutencommission hat sich mit diesem Entwurfe sowie mit dem später hinzugekommenen Antrage der Herren Bracke und Steinau auf Verlegung der Sitzungen der Versammlungen auf den Abend, imgleichen mit einem bereits früher von Herrn Meuter gestellten Antrage auf möglichste Beschränkung der Vorberathungen in den Commissionen, eingehend beschäftigt, ist aber zu dem Resultate gelangt, daß im Wesentlichen die bisherige Geschäftsordnung den Bedürfnissen entspricht und daß nur hinsichtlich einiger Bestimmungen, namentlich über die Ordnung der Debatte und die Auslegung der in den Sitzungen zur Verhandlung kommenden Vorlagen zur Einsicht der Mitglieder der Versammlung eine Aenderung in vorgeschlagener Weise wünschenswerth erscheine. Die Commission hat bei dieser Prüfung im Allgemeinen als leitende Gesichtspunkte anerkannt, daß für die Versammlung, weil permanent und auf ein kleines Gebiet beschränkt, nicht die strenge Abgrenzung der Formen und die Fülle von Vorschriften erforderlich sei, wie für größere parlamentarische Körperschaften, daß ferner eine Geschäftsordnung, wenn sie sich den Mitgliedern fest einprägen und unbewußt von ihnen befolgt werden soll, möglichst einfach und stabil sein müsse, und daß endlich ein dringendes Bedürfniß zu wesentlichen Aenderungen der bisherigen Vorschriften Dank der vortheilhaften Leitung und dem in der Versammlung herrschenden Ordnungssinne, noch nicht hervorgetreten sei.

Abgesehen von einigen Puncten sind dieser Meinung auch die Herren Antragsteller schon bei den Vorberathungen beigetreten. Die Commission giebt daher anheim, die somit zurückgezogenen Theile des vorliegenden Antrags nur in den Fällen zur Berathung gelangen zu lassen, daß dieselben etwa aus der Mitte der Versammlung wieder aufgenommen würden; womit die Versammlung einverstanden ist.

Der vorliegende Entwurf betrifft

1. Das Amt des Protokollführers und dessen Ausübung, und zwar

1. die Dauer des Amtes, indem (§ 1) die Versammlung alljährlich gleichzeitig mit der Wahl des Vorsitzenden je nach Beschluß aus ihrer Mitte oder anderweit einen Protokollführer wählen, dessen Amtsdauer mithin der des Vorsitzenden gleich sein soll.

Schon seit einer langen Reihe von Jahren ist die Protokollführung nicht von einem Mitgliede der Versammlung besorgt, weil das betreffende Mitglied dadurch der Theilnahme an den Debatten selbst zu sehr entzogen wurde, und hat man statt dessen auf Grund von § 55 der St.-O., laut dessen nach Beschluß der Stadtverordneten im Einverständnisse mit dem Magistrate ein städtischer Beamter oder eine andere Person mit der Protokollführung dauernd beauftragt werden kann, theils durch städtische Beamte theils durch jüngere Juristen, die dem entsprechend auf unbestimmte Zeit, jedoch widerruflich, gewählt wurden, die Protokollführung besorgen lassen. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt und ist in der That auch zweckmäßig, weil der Protokollführer durch längere und regelmäßige Uebung die wünschenswerthe Geschäftskennntnis und Routine erlangt und überdies, wenn er nicht von den mannichfachen Zufälligkeiten einer jährlichen Wahl abhängig ist, immer mehr Eifer und Ausdauer in seinem Amte entwickeln wird. Diese Gründe mögen auch bei der obigen Bestimmung der Städteordnung vorgewaltet haben, indem dieselbe im Gegensatz zu der im ersten Satze des § 55 angeordneten alljährlichen Wahl des Protokollführers, wenn derselbe aus der Mitte der Versammlung gewählt wird, hier von einer dauernden Beauftragung spricht. Commissionsseitig wird demnach dafür gehalten, daß die beantragte neue Einrichtung gesetzlich nicht unbedenklich und jedenfalls minder zweckmäßig wäre als der bisherige Modus. Außerdem liegt zur Zeit auch kein Grund vor, eine andere Bestimmung zu treffen, weil der gegenwärtige Herr Protokollführer seinem Amte in hohem Maße gewachsen ist und weil, falls etwa in einem oder dem andern Falle etwas zu wünschen übrig bleiben sollte, die eigenthümliche Schwierigkeit der Aufgabe, das flüchtige Wort und die Gedanken Dritter richtig zu erfassen und zu fesseln, billige Rücksicht gebietet.

Ein anderer Antrag geht dahin, daß

2. das Protokoll vor Schluß jeder Sitzung verlesen und unterschrieben, und hierauf binnen 24 Stunden der Presse zur sofortigen Veröffentlichung übergeben werde (§ 9).

In § 64 der Städteordnung ist nur im Allgemeinen vorgeschrieben, daß das Protokoll verlesen, genehmigt und unterschrieben werde, nicht auch, daß solches in der nämlichen Sitzung geschehen müsse. Dies ist denn auch völlig unthunlich,

wenn man in der bisherigen Weise, wie es auch in der Städteordnung vorgesehen zu sein scheint, die Aufnahme eines Protokolls verlangt, welches ein anschauliches Bild der gesamten Verhandlungen liefert. Nur dann, wenn man sich mit einer Aufzeichnung der Anträge und Abstimmungen und einem ganz gedrängten Resumé der Verhandlungen begnügen wollte, würden jene Forderungen ausführbar sein. Indessen scheint es der Commission nicht zweckmäßig, in dieser Hinsicht eine Aenderung eintreten zu lassen, weil das Publicum sich daran gewöhnt hat, von den Verhandlungen der Versammlung meist nur durch die Protokolle Kenntniß zu nehmen.

Eine nach Möglichkeit zu beschleunigende Veröffentlichung durch den Druck scheint allerdings wünschenswerth, ist auch vom Herrn Protokollführer zugesagt; jedoch wird dabei in Betracht zu ziehen sein, daß die Ausarbeitung des Protokolls sowie auch der Druck, die Correctur u. immerhin einige Zeit erfordern.

Weiter betrifft der vorliegende Entwurf

II. die Vorbereitung und Berufung der Stadtverordneten-Versammlungen und namentlich die Vorberathung der Vorlagen in den Commissionen.

Es soll nämlich

1. die Berufung der Versammlungen (§ 2) nicht, wie bisher auf Grund der Städteordnung verfahren ist, spätestens 2 Tage vorher, sondern in der Regel acht Tage vorher erfolgen. Die Vorlagen sollen vom Tage der Bekanntmachung der Tagesordnung — also gleichfalls 8 Tage vorher — auf dem Stadthause zur Einsicht der Mitglieder der Versammlung ausliegen.

Diese Fristen erscheinen ohne genügenden Grund zu lang bemessen, da das Zustandekommen einer Versammlung oft von Umständen abhängig ist, die sich nicht schon 8 Tage vorher übersehen lassen. Es wird genügen, wenn die Einladung zu den Versammlungen am Sonnabend vor dem betreffenden Donnerstage erfolgt und die Vorlagen alsdann am 3. und 2. Tage vor dem Sitzungstage auf dem Stadthause zur Einsicht bereit gehalten werden, indem, was letztere betrifft, es meistens wünschenswerth ist, daß der Referent solche am Tage vor der Sitzung zur Hand habe. Im Uebrigen ist bereits mit den Antragstellern vereinbart, daß bei der Einladung zu den Versammlungen die Tagesordnung mitgetheilt werden solle.

Weiter sollen

2. die Sitzungen der Stadtverordneten und Commissionen in den Abendstunden abgehalten werden.

Diese Bestimmung paßt nicht für unsere Lebens- und Ortsverhältnisse. Zum Beweise wird es genügen darauf hinzuweisen, daß die Sitzungen, in

den Abendstunden abgehalten, die Zeit von 8 Uhr Abends bis gegen 12 Uhr Nachts in Anspruch nehmen würden, daß diejenigen, welche die Tagesstunden vorziehen, denen, für welche jene spätere Zeit angenehmer wäre, an Zahl mindestens gleich sein möchten, und daß an sich für geistige Arbeiten die Tageszeit die geeignetste ist.

Hinichtlich

III. der Ordnung die Verhandlungen selbst

beantragt die Commission in Uebereinstimmung mit den Herren Antragstellern folgenden

Nachtrag

zu dem Statute vom 26. Januar 1852, ergänzende Bestimmungen der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig betreffend.

Da die in dem Statute ic. enthaltenen Bestimmungen in einigen Punkten der Vervollständigung und Aenderung bedürfen, so werden dieselben wie folgt abgeändert.

- I. Der § 3 des gedachten Statutes in seiner bisherigen Fassung wird aufgehoben und soll künftig folgendermaßen lauten:

Die Reihenfolge, in welcher die Gegenstände der Tagesordnung zur Verathung kommen, ist in der öffentlichen und besondern Einladung anzugeben. Abweichungen davon sind nur mit Zustimmung der Versammlung zulässig.

Selbständige Anträge sind dem Vorsitzenden schriftlich zu überreichen; deren Begründung findet in der Regel erst nach Erledigung der auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände statt. Finden dieselben nach geschehener Begründung die Unterstützung von mindestens 5 Mitgliedern, so gelangen sie — sei es mit oder ohne Vorprüfung durch eine Commission, worüber die Versammlung zu beschließen hat — zur Verathung in der Versammlung.

Ueber den Schluß der Verhandlungen ist nur die Versammlung Bestimmung zu treffen befugt, und kann dieselbe solchen jederzeit auf Antrag eines Mitgliedes beschließen; jedoch ist im letzteren Falle ein Redner der für, und einer der gegen den Schluß sprechen will, zu hören.

Hat die Versammlung den Schluß der Verathung ausgesprochen, so ist eine Wiederaufnahme derselben nur zulässig, wenn die Versammlung solche beschließt.

Nach dem Schlusse der Verhandlung kann nur noch der

Antragsteller und zuletzt der Berichterstatler das Wort erhalten, die übrigen Mitglieder nur zu rein thatsächlichen oder persönlichen Bemerkungen.

II. Der § 4 erhält am Schlusse folgenden Zusatz:

Die Sitzungen der Commissionen sind für die Mitglieder der Versammlung öffentlich.

III. Der erste Satz in § 6 soll in Zukunft folgendermaßen lauten:

Die Vorlagen, welche die in einer Sitzung der Stadtverordneten zur Berathung kommenden Gegenstände betreffen, sind während des zweiten und dritten Tages vor dem Sitzungstage zur Einsicht der Stadtverordneten im Stadthause auszulegen. Die Vorlagen sind bei wichtigem Inhalte den Mitgliedern der Versammlung spätestens 3 Tage vor der Sitzung gedruckt oder autographirt mitzutheilen.

Im Gegensatz zu dem Commissionsvotum

hält Herr Braße seinen Antrag auf Verlegung der Sitzungen in die Abendstunden aufrecht, indem er hervorhebt, daß am frühen Nachmittage einmal die Mitglieder der Versammlung selbst durch ihre Privatgeschäfte häufig derart in Anspruch genommen seien, daß sie sich diesen öffentlichen Verhandlungen entweder gar nicht oder nur mit halben Gedanken widmen können, sodann aber auch das Publicum, soweit es nicht in unabhängigen Verhältnissen lebt, von der Theilnahme an den Verhandlungen ausgeschlossen und folglich deren volle Deffentlichkeit illusorisch sei — ein Uebelstand, welchen Redner um so höher anschlägt, als dadurch der arbeitenden Klasse und darunter gewiß manchem Manne, der sehr wohl das Zeug hätte, seinen Mitbürgern ebenfalls in der Versammlung zu dienen, thatsächlich die beste Gelegenheit entzogen sei, sich zum Verständniß der communalen Angelegenheiten heranzubilden. Die Einwendungen der Commission vermag Redner als zutreffend nicht anzuerkennen. Daß die Sitzungen erst von acht Uhr Abends an und dann bis tief in die Nacht hinein stattfinden müßten, liege keinerlei Nothigung vor: für die ihm vorschwebenden Zwecke werde es genügen, ihren Beginn etwa auf sechs Uhr hinauszurücken. Wenn dann aber die Lebensgewohnheiten der Leute in behäbigen Verhältnissen hervorgekehrt werden, so sei doch nicht zu verkennen, daß die Opfer, welche diesen vielleicht vierundzwanzig Mal im Jahre durch die beantragten Abenditzungen zugemuthet werden, gegenüber den angedeuteten Uebelständen der gegenwärtigen Einrichtung kaum in Betracht kommen sollten.

Die Versammlung entscheidet sich indeß für den Commissionsantrag.

Gestützt auf § 64 der rev. St.-O., laut dessen über die Verhandlungen der Versammlung und das Ergebnis der Abstimmungen ein Protocoll zu führen und

nach erfolgter Verlesung und Genehmigung von dem Vorsitzenden und dem Protocollführer zu unterschreiben ist, nimmt Herr Bock den Antrag wieder auf, daß das Protocoll jeder Sitzung noch vor Schluß derselben verlesen und unterzeichnet werde. Zur Begründung führt Herr Bock aus, daß bei den eiligen Notizen des Protocollführers die Möglichkeit eines Irrthums auch in wichtigen Punkten nicht ausgeschlossen sei, dem nur auf Grund solcher Notizen abgefaßten Protocolle also die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde nicht beigemessen werden könne.

Dem gegenüber führt Herr Peters aus, daß der angezogene Paragraph der Städteordnung über den Zeitpunkt, wann die Vollziehung des Protocollbeschlusses stattfinden soll, wohl nicht unabsichtlich keine Bestimmung treffe, das bisher von der Versammlung beobachtete Verfahren also vollkommen legal sei. Die Frage sodann, ob eine Aenderung desselben im Sinne des vorliegenden Antrages sich nicht etwa aus Gründen der Zweckmäßigkeit empfehlen dürfte, habe die Commission nach eingehender Prüfung verneinen müssen, und zwar weil eine solche Aenderung einerseits überflüssig und andererseits selbst schädlich sein würde. Ueberflüssig, sofern auch jetzt die Protocolle officiële Geltung erst durch Beschluß der Versammlung empfangen und bei dieser Gelegenheit die etwa eingeschlichenen Irrthümer berichtigt werden; schädlich, sofern dadurch ein wesentliches Interesse in Frage gestellt sein würde. Als solches nämlich müsse anerkannt werden, daß dem Publicum durch die Protocolle nicht nur eine dürftige Registratur der gestellten Anträge und gefaßten Beschlüsse, sondern zugleich auch ein ausführliches Bild der bei den Debatten zur Geltung gekommenen Ansichten und Gesichtspunkte gegeben werde, welches letzteres natürlich unmöglich sein würde, wenn der Protocollführer genöthigt wäre, seine Aufmerksamkeit während der Verhandlungen der Redaction des Schlußprotocollbeschlusses zuzuwenden.

Die Versammlung beschließt in diesem Punkte wie in allen übrigen dem Antrage der Commission gemäß,
worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Berathung erledigt die Versammlung zunächst gemeinschaftlich mit dem Magistrate, dann für sich allein eine größere Anzahl von Steuerreclamationen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 295. Stücke de 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 15.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. December 1873.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Vock, Ehrenhard, Götte, Krone, Pini, Reck; nachträglich entschuldigt Herr Bracke. Am Magistratetische gegenwärtig Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Ramdohr und Rittmeyer.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden eröffnet. Nach Genehmigung des Protocolls vom 20. November

berichtet der Tagesordnung gemäß

I. namens der Finanzcommission Herr von Seckendorf über den in gedruckten Auszügen vorliegenden Executionsetat des städtischen Haushalts im Jahre 1872. Die Commission hat nach § 137 der revidirten St.-O. sämtliche Ausgaben geprüft und die vorgekommenen Ueberschreitungen etatmäßiger Ansätze theils durch ausdrückliche Beschlüsse der Versammlung theils durch unabweisliche Bedürfnisse motivirt gefunden. Auch die Prüfung der Rechnungen durch das städtische Revisionspersonal hat nennenswerthe Monituren nicht ergeben. Die Commission beantragt demnach, daß dem Magistrate die nachgesuchte Decharge ertheilt werde, was seitens der Versammlung ohne Einwand geschieht.

Für den Capitalfond waren weniger belegt als eingegangen 24,856 \mathfrak{M} 14 \mathfrak{g} 2 \mathfrak{A} , welche mit der Zeit wieder belegt werden müssen. Bei den bedeutenden Ausgaben der Stadt aber und da auch diese Summe nur durch ein Anlehen beschafft werden könnte, giebt der Magistrat anheim, daß vorläufig von der Erstattung abgesehen, die Schuld also nur in den Rechnungen fortgeführt werde.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Auf einen früheren Vorschlag des Magistrats, für die Kassen- und Rechnungsführung des Kreisfonds während der Jahre 1871/72 dem Kämmerer 100, den beiden Stadtkassencontoleuren je 50 fl Remuneration zu verwilligen, war seitens der Versammlung nicht eingegangen, weil man erst den Umfang der betreffenden Geschäfte zu übersehen wünschte. Nachdem nun die erste Rechnung vorliegt, beantragt der Magistrat abermals, daß 100 fl für den Kämmerer verwilligt und eine gleiche Summe zur Vertheilung unter diejenigen Beamten der Stadtkasse, welche bei der Kassen- und Rechnungsführung des Kreisfonds besonders thätig gewesen sind, zur Verfügung gestellt werde.

Auch diese Verwilligung wird von der Versammlung ausgesprochen.

Weiter

II. berichtet namens der Finanzcommission Herr von Seckendorf über den Stadtkassenetat auf das Jahr 1874, welcher sammt den Specialetats der Armenkasse, der Gemeindeschulkasse, der Kasse der höheren Töchter Schule und des Lehrerinnenseminars, der Wegebaukasse und der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde in einem summarischen Auszuge gedruckt vorliegt und durch ein Magistrats-schreiben vom 24. October erläutert wird.

Nachträglich hat der Magistrat in einem Schreiben vom 25. November auf Vorschlag des Schuldirectors und in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande beantragt, die im Etat der Gemeindeschulkasse mit je 180 fl in Ansatz gebrachte Remuneration der vier Aushilfslehrer um je 60 fl , die betreffende Ausgabeposition also insgesammt um 240 fl zu erhöhen.

Da andrerseits in Folge des Beschlusses vom 20. November die als Gehalt eines zweiten Schuldirectors angesetzten 975 fl in Wegfall gerathen, so bleiben nach Deckung dieser vier Positionserhöhungen von den Ausgaben des Gemeindeschulkassenetats und folglich auch von dem aus der Stadtkasse zu Behuf der Gemeindeschulen zu leistenden Zuschusse 735 fl in Absatz zu bringen. Die Commission giebt anheim, um diesen Betrag die Position für unvorhergesehene Ausgaben zu erhöhen.

Da für eine Anzahl städtischer Beamten, welche bereits den höchsten Normalgehaltsatz beziehen, eine Gehaltsverbesserung nicht in Antrag gebracht werden kann, der Magistrat auch eine Abänderung des Statuts vom 27. November 1871 zu beantragen Bedenken trägt, gleichwohl aber eine Zulage für diese Beamten billig erscheint, so wird zu diesem Zwecke für das Jahr 1874 eine extraordinäre Verwilligung von insgesammt 300 fl aus den für Unvorhergesehenes angewiesenen Mitteln beantragt.

Diese wie sämtliche andere Positionen der einzelnen Etats werden im Einzelnen zur Berathung verstellt und von der Versammlung beantragter Maßen genehmigt.

Der Hauptetat schließt demnach mit einem Deficit von 142,960 M ab. Die Versammlung erklärt sich einverstanden, daß dasselbe durch eine nach den bisherigen Grundsätzen auszuschreibende Communalsteuer gedeckt werde.

In einem gleichzeitig zur Vorlage gekommenen „Etat über außerordentliche Ausgaben“ sind die muthmaßlichen Aufwendungen für Hoch- und Wegebauten zusammengestellt, welche theils im Jahre 1874 theils in den darauf folgenden Jahren werden zur Ausführung kommen müssen, ohne daß deren Kosten — insgesammt zu 227,165 M veranschlagt — durch die Communalsteuer gedeckt werden können. Auf den nächstjährigen Etat werden diese Ausgaben nur insoweit Einfluß haben, als etwa die Zinsen der dafür zu machenden Anleihen, wenn deren Aufnahme in der ersten Hälfte des Jahres erfolgt, für ein halbes Jahr zu berichtigen sind. Eine Beschlussfassung hierüber ist zur Zeit indeß weder erforderlich noch möglich, da über jede Ausgabe dieser Art die Versammlung zuvor zu befinden hat.

Anknüpfend an die in dieser Uebersicht zum Zweck von Schulbauten angesetzten Summen, stellt Herr Munte die Anfrage: ob dabei und zu welchem Betrage etwa auch ein Schulbau für die katholische Gemeinde ins Auge gefaßt sei?

Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert: Seitens des Magistrates werde der Grundsatz festgehalten, daß von Stadt wegen nur für die Gemeindeschulen zu sorgen sei, deren Benutzung allen hiesigen Einwohnern freistehet, daß also die katholische Gemeinde, falls ihr eine besondere eigene Schule erwünscht scheine, die Kosten dafür ihrerseits ebensowohl aufzubringen habe, wie jeder Einzelne, welcher seine Kinder privatim unterrichten lasse.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich erledigte die Versammlung eine größere Anzahl von Steuerreclamationen.

1873.

(Fortsetzung der Beilage zum 297. Stücke des 1873
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 16.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. December 1873.

Als entschuldigt anerkannt Herr Steinmann; nachträglich entschuldigt Herr Bracke. Am Magistratetische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Carstens, Ramdohr, Rittmeyer.

Nach Genehmigung des Protocollés vom 27. November

zeigt der Herr Vorsitzende den Eingang eines Schreibens an, in welchem Anwohner der Kreuzstraße deren schlechte Beschaffenheit schildern und um Einsetzung einer Commission zur Prüfung und Abhilfe der vorhandenen Uebelstände bitten. Zu geschäftlicher Behandlung seitens der Versammlung ist das Schreiben bei dem Mangel jeder Unterschrift nicht geeignet; es wird daher dem Magistrate zur Kenntnissnahme überwiesen.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht Mittheilung über zwei in dem Literarischen Centralblatt für Deutschland und den Göttinger gelehrten Anzeigen vorliegenden Recensionen des Urkundenbuchs der Stadt Braunschweig, in denen die wissenschaftliche Bedeutung dieser Publication gewürdigt und die opferwillige Freigebigkeit der städtischen Behörden, welche die Herausgabe ermöglicht hat, rühmend anerkannt und anderen Städten zum Muster empfohlen wird. Der Herr Oberbürgermeister hat geglaubt, der Versammlung dies nicht vorenthalten zu dürfen,

weil es immer doch eine Genugthuung sei, zu erfahren, daß gemachte Verwilligungen ihrem Zwecke auch wirklich in vollem Maße dienen, und weil er in diesem Falle hofft, die Versammlung werde hiernach um so geneigter sein, wiederum die Hand zu bieten, wenn demnächst eine Fortsetzung des Werkes beabsichtigt werden sollte.

Der Tagesordnung gemäß

I. schreitet die Versammlung zur Wahl von zwei Magistratsbedienern an Stelle des pensionirten Dunsing und des als städtischen Executor angestellten Winterbeck. Nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden hat der Magistrat in Gemäßheit von § 122 der rev. St.-O. in einem Schreiben vom 7. d. M. für jede dieser Stellen drei geeignete Bewerber vorgeschlagen mit dem Bemerken, daß die Gewählten mit einem Gehalte von 350 \mathfrak{M} auf Kündigung anzustellen sind und ihren Dienst am 1. Januar k. J. antreten werden. Die Versammlung entscheidet sich für den Armenboten und Clubdiener C. W. G. Mühlenhausen und den Clubdiener H. Henze.

Wie

II. für die Statutencommission Herr Jasper berichtet, hat der Magistrat in einem zweiten Schreiben vom 7. d. M. angezeigt, daß der zweite Stadtkassencontroleur gebeten hat, ihn seines Dienstes zu entlassen, und daß demnach die Anstellung eines andern Controleurs erforderlich ist. In Gemäßheit von § 122 der rev. St.-O. und auf Grund eines Berichtes des Rämmerers werden für dies Amt der Stadtkassenschreiber C. Hagemann und die Magistratschreiber C. Kuhlmann und H. Lier in Vorschlag gebracht. Der Gewählte würde nach § 6 des Statuts vom 27. November 1871 mit einem Anfangsgehalt von 400 \mathfrak{M} anzustellen sein; mit Rücksicht auf § 15 desselben Statuts empfiehlt der Magistrat, eine Caution von 300 \mathfrak{M} auszubedingen.

Die Versammlung wählt von den magistratsseitig vorgeschlagenen drei Personen den an erster Stelle präsentirten Stadtkassenschreiber Hagemann.

III. Nachdem im Laufe dieses Jahres die Wasserleitungsrohren durch die Pflegehausstraße gelegt sind, hat die Verwaltungsdeputation des Pflege- und Armenhauses darauf angetragen, daß dieses von daher mit Wasser versorgt werde. Die Kosten der Zuführungsanlagen sind auf 252 \mathfrak{M} veranlagt, die Consumvergütung auf c. 50 \mathfrak{M} jährlich. In Anbetracht, daß dadurch die Verwaltung und Wirthschaftsführung des Pflegehauses sehr vereinfacht und erleichtert wird, und daß namentlich auch die möglichste Erleichterung der Reinlichkeitspflege für ein derartiges Institut im höchsten Grade wünschenswerth ist, empfiehlt der Magistrat in einem

Schreiben vom 9. d. M. die Genehmigung jenes Antrags und trägt die Finanzcommission, für die Herr Steinau berichtet, kein Bedenken, sich eben dahin auszusprechen.

Beantragter Maßen beschließt dann auch die Versammlung.

Es folgt,

IV. durch Herrn v. Seckendorf erstattet, der Bericht der Finanzcommission über einen unterm 2. d. M. ergangenen Antrag des Magistrats, die Instandsetzung der Wege an der Nord- und der Südseite des Giersberges betreffend, welche durch die Erbauung der Husarenpferdeställe nöthig geworden ist.

Indem weitere Mittheilungen hinsichtlich der Wegeanlage selbst vorbehalten bleiben, handelt es sich zunächst um Erwerbung des zur Verbreiterung der Wege nöthigen Terrains. Für den an der Südseite des Giersberges wird dasselbe von dem der Stadt bereits zugehörenden Areal südlich vom katholischen Kirchhofe genommen werden können; zu dem nördlichen dagegen sind östlich von den Ställen $27\frac{1}{2}$ □Ruthen von den Ländereien des großen Waisenhauses und 50 □Ruthen von Privatgrundstücken, westlich $117\frac{1}{2}$ □Ruthen von einem Garten des Waisenhauses anzukaufen, wovon jedoch $35\frac{1}{2}$ □Ruthen beziehungsweise $14\frac{1}{2}$ □Ruthen zu anderweitiger Verwendung liegen bleiben werden. Das Directorium des großen Waisenhauses, mit welchem der Magistrat zunächst in Verhandlung getreten ist, hat für den Morgen des gedachten Gartenlandes, einerlei ob die Stadt nur jene $117\frac{1}{2}$ □Ruthen oder die ganze 3 Morgen 2 Ruthen 50 Fuß haltende Fläche übernimmt, 3000 \mathfrak{R} , für die $27\frac{1}{2}$ □Ruthen am Ostende des Weges, ebenfalls ohne Unterschied, ob dieser Theil allein oder das ganze erste Ackerstück von 2 Morgen 25 □Ruthen gefordert werde, 1800 \mathfrak{R} pro Morgen beansprucht, nur 1500 \mathfrak{R} dagegen, falls die dort belegenen 9 Morgen 85 Ruthen 80 Fuß insgesamt übernommen würden, wobei dann den Pächtern außer Weil und Gare keine Vergütung weiter zu zahlen wäre. Magistrat hält die Erwerbung der gesammten Grundstücke für das Vortheilhaftere, weil bei Regulirung des Weges im Hagenbruche wiederum Stücke dieser Waisenhausländerei beansprucht werden müßten, binnen kurz oder lang auch zu anderen öffentlichen Zwecken Grund und Boden erforderlich sein wird, die Stadt aber bisher keine Ruthe eigenen Landes besitzt, und der geforderte Preis an sich nicht übermäßig ist, sodas die etwa unbenuzt bleibenden Flächen demnächst ohne Schaden als Bauplätze zu verkaufen sein werden. Als günstige Conjunction ist ferner anzuerkennen, das das Waisenhaus die Kaufsumme gegen Verpfändung der Grundstücke mit $4\frac{1}{2}$ Proc. verzinslich auf halbjährige Kündigung stehen zu lassen bereit ist. Der Magistrat giebt daher anheim, ihn unter diesen Bedingungen zum Abschluß des Kaufcontractes mit dem großen Waisenhaus zu ermächtigen.

Seitens der Finanzcommission in jeder Beziehung empfohlen, wird diese Ermächtigung von der Versammlung ohne weiteres ausgesprochen.

Schließlich

V. trägt namens der Statutencommission auf Grund eines Magistratschreibens vom 8. d. M. Herr Peters vor was folgt.

Der Zimmermeister Schniete und der Tischler Schniete beabsichtigen, ersterer auf seinem Grundstücke an der Hamburgerstraße 2 Wohnhäuser, der letztere auf seinem vor dem Hasenwinkel im Galgencampe belegenen Lande ein Wohnhaus zu errichten. Beide haben dem Stadtbauamte Baupläne überreicht, dessen Genehmigung dazu aber nicht gefunden, weil diese Pläne den Vorschriften der städtischen Bauordnung und des Stadterweiterungs-Statutes nicht entsprechen.

Ohne nun gegen die ablehnenden Resolutionen des Stadtbauamtes den in der Bauordnung vorgeschriebenen Recurs an den Magistrat und in letzter Instanz an Herzogliches Staatsministerium verfolgt zu haben, hat jeder der genannten Bauunternehmer bei Herzoglichem Kreisgerichte hieselbst eine Klage gegen den Stadtmagistrat wegen unzulässiger Eingriffe in sein Eigenthum erhoben. Der Stadtmagistrat hält beide Klagen nicht für begründet und beantragt daher die Zustimmung der Stadtverordneten zur Führung dieser Prozesse.

Der Grund, weshalb die Baupläne nicht genehmigt sind, liegt darin, daß der Zimmermeister Schniete sich der Vorschrift in § 27 der städtischen Bauordnung nicht fügen will, nach welcher einzeln stehende Häuser nicht anders als parallel mit der vorüberziehenden Straße und im rechten Winkel zu derselben aufgeführt werden sollen; der Tischler Schniete aber, welcher auf seinem ganz von Privatgrundstücken umgebenen Lande ein Wohnhaus zu bauen beabsichtigt, der Bestimmung in §§ 2, 25—35 und 45 des Stadterweiterungs-Statutes zuwider genügenden Nachweis darüber verweigert, auf welche Weise er das Haus mit einem öffentlichen Wege in Verbindung setzen und den Wasserabfluß reguliren will.

Beide Kläger halten die betreffenden Bestimmungen der städtischen Statuten nicht für gefeglih begründet, Zimmermeister Schniete behauptet, daß der städtischen Behörde gegen Form und Gestalt des Hauses keine Einwendungen zustehen, Tischlermeister Schniete vermeint, daß die Entfernung des Wassers von seinem Grundstücke lediglich seine Sache sei, und für die dieselhalb etwa erforderlichen Anlagen außerhalb seiner Grenzen die städtische Behörde allein zu sorgen habe.

Wenngleich nun nach den in neuerer Zeit ergangenen gerichtlichen Erkenntnissen die Stadt im Stadtbezirke belegene Grundstücke ohne vorgängige Expropriation und Entschädigung für städtische Zwecke, z. B. zu Wegen, Plätzen, nicht in der Weise in Anspruch nehmen kann, daß man dieselben dazu im Voraus designirt

und mit Rücksicht darauf den Berechtigten das Bebauen derselben verbietet, so ist doch andererseits dabei anerkannt, daß die Handhabung der s. g. Baupolizei, also die Wahrung der allgemeinen Regeln der Baukunst bei den vorkommenden Neubauten, ferner die Ausführung derselben in einer der Gesundheit und Sicherheit ihrer Bewohner sowie des übrigen Publicums entsprechenden Weise, Befugniß und Pflicht der städtischen Behörden ist. Sollen aber die Regeln der Baukunst gewahrt werden, so muß auch der Aesthetik angemessene Rechnung getragen werden, und es liegt demnach in der Zuständigkeit der Behörden, eine gewisse Stellung der an öffentlichen Straßen oder Wegen belegenen Häuser vorzuschreiben, wie dies in §. 25 der Bauordnung geschehen ist. Könnte in dieser Hinsicht Jeder nach Gutdünken verfahren, so würde es kaum möglich sein, auch nur eine regelmäßige Straße herzustellen; Winkel und Schluchten würden entstehen und sowenig eine gehörige Sicherheits- wie eine Feuerpolizei sich handhaben lassen. Daher scheint der Zimmermeister Schniete nicht im Rechte zu sein, wenn er der städtischen Behörde jene Befugniß bestreitet.

Auch das Verlangen des Tischlermeisters Schniete kann als begründet nicht anerkannt werden. § 45 des Stadterweiterungs-Statuts unterscheidet ausdrücklich zwei Fälle: ob nämlich das Haus an einem öffentlichen Wege oder ob es inmitten von Privatgrundstücken erbaut werden solle. Nur in ersterem Falle hat die städtische Behörde wegen der über die Grenzen des Baugrundstücks hinaus erforderlichen Anlagen zu Behuf des Wasserabflusses u. Anordnung zu treffen; in letzterem Falle muß der Bauende zuvor nähere Nachweis liefern, wie er sich mit den bestehenden Wegen und Wasserzügen in Verbindung setzen will, da das Interesse des Publicums, und namentlich wieder die Rücksichten der Feuer- und Sicherheitspolizei, erfordert, daß das neue Haus zugänglich sei, daß keine Schäden durch den Wasserabfluß verursacht werden u. s. w.

Aus allen diesen Gründen kann man Seitens der Commission den Klägern nicht beipsprechen, daß die städtische Behörde in unzulässiger Weise ihr Eigenthumsrecht verletzt habe, muß vielmehr beantragen, die vom Magistrate beantragte Zustimmung zur Führung der Proceße ertheilen zu wollen.

Herr Lucius kann das baupolizeiliche Vorgehen gegen den Tischler Schniete unbedingt anerkennen. Anders verhalte es sich allerdings mit dem Falle des Zimmermanns Schniete; hier scheint wiederum einer der unangenehmen Conflicte vorzuliegen, welche die dringendste Nöthigung enthalten, eine klare Antwort auf die Frage hereinzuführen, wie weit die städtischen Behörden befugt sind, in Privateigenthumsrechte einzugreifen. Während letztere nun einerseits durch § 32 des Landesgrundgesetzes ausdrücklich garantirt werden, spreche § 2 der revidirten Städteordnung den Städten zwar das Recht zu, ihre Gemeindeangelegenheiten sowie auch Gegenstände der Ortspolizei durch Statute zu ordnen, aber wiederum mit der Beschränkung, daß

diese Statute nichts dem Landesgrundgesetze oder anderen Gesetzen Widersprechendes enthalten dürfen. Wenn nun § 19 der Bauordnung vorschreibt, daß bei allen Neubauten auf Beobachtung der bestehenden bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften und auf solche Ausführung gehalten werde, welche die nöthigen Garantien für die Gesundheit und Sicherheit der Bewohner wie des Publicums im allgemeinen biete, so werde damit jeder Verständige sich einverstanden erklären können. Aber der gedachte Paragraph gehe noch einen Schritt weiter, er verbiete auch die Verletzung der allgemeinen Regeln der Baukunst, und dies Verbot werde dahin interpretirt, daß die Eigenthümer zu zwingen seien, auch schön zu bauen. Damit aber sei dem Belieben der Aufsichtsbeamten, der Gewohnheit, dem grade herrschenden Zeitgeschmack, ja dem Zufall die Möglichkeit einer Einmischung eröffnet, welche in hohem Grade bedenklich erscheinen müsse. Redner erläutert dies an mehreren theils supponirten theils in der Praxis des Stadtbauamts vorgekommenen Beispielen, die er als unnöthige Eingriffe in das Eigenthumsrecht kennzeichnen zu müssen glaubt, und von dieser Art scheint ihm denn auch die Inhibirung des von dem Zimmermann Schniete projectirten Baues zu sein. Schniete wolle ein Gebäude parallel der Hamburger Straße mit einer Einfahrt zur Rechten anlegen. Um hierfür Raum zu gewinnen, müsse er den rechten Flügel seines Gebäudes schräg legen; werde ihm dies aber verboten, so büße er einen großen Theil seines Grundstückes ein, welchen er als Zimmerplatz zu verwerthen beabsichtige. Dürfen nach § 27 der Bauordnung einzeln stehende Häuser „der Regel nach“ nicht anders als im rechten Winkel zu der vorübergehenden Straße aufgeführt werden, so gebe sich diese Vorschrift schon in ihrem Wortlaut nicht als eine schlecht hin unbedingte, und dränge sich somit die Frage auf, welches Interesse in dem vorliegenden Falle die Gemeinde habe, auf der Regel zu bestehen. Man antworte, ein schiefer Fluchtwinkel sehe nicht gut aus. Das aber sei eine individuelle Meinung, welche die Möglichkeit, daß von Vielen im Gegentheil die einförmige Gradlinigkeit moderner Straßenanlagen unschön gefunden werde, keineswegs ausschließe. Handle es sich dann um die gesetzliche Berechtigung der städtischen Behörden zu dem beabsichtigten Eingriffe, so berufe man sich auf ein ausdrückliches Zugeständniß des obergerichtlichen Erkenntnisses in dem Markworthschen Proceß. Dieses Zugeständniß aber laute eben nur dahin, daß die Stadt berechtigt sei, darauf zu halten, daß bei der Bebauung neuer Straßen mit „Ordnung und Plannmäßigkeit“ verfahren werde. Ob aber die Schnietische Anlage gegen diese Forderung verstoße, werde man ebenfalls bezweifeln dürfen. Zweifelhaft erscheine endlich selbst die Frage, ob die Gerichte befugt sind oder nicht, in Conflicten wie dem vorliegenden eine Entscheidung abzugeben. So sei es denn für die städtischen Behörden einerseits angezeigt, in Fällen dieser Art mit äußerster Vorsicht zu verfahren; andererseits aber müsse man

allerdings dringend wünschen, durch einen Rechtspruch Klarheit in diese verwickelte Angelegenheit gebracht zu sehen. Herr Lucius empfiehlt daher die Uebernahme des Proceßes.

Herr Oberbürgermeister Caspari, von diesem Endresultate der Erwägungen des Herrn Vorredners durchaus befriedigt, wünscht nur noch darzuthun, daß der obwaltende Conflict von den städtischen Behörden keineswegs in frivoler Weise herbeigeführt worden, sondern eben nur in wohlbegründeter Erkenntniß der Nothwendigkeit einer Klar- und Feststellung der dem Stadtbauamte zustehenden baupolizeilichen Befugnisse. Augenscheinlich sei nämlich die ganze Frage durch den Ausgang des Markworth'schen Proceßes in ein schiefes Licht gerathen, indem nun Jeder, dem für seine besonderen Bauprojecte die Genehmigung etwa versagt werden muß, ebenmäßig auf den Schuß der Gerichte zu rechnen geneigt ist, ohne zu bedenken, ob sein Fall mit jenem irgendwie analog ist oder nicht. Nur auf einer Verkennung der Sachlage beruhe denn auch die Klage der beiden Schniete. Dem Particulier Markworth sollte bekanntlich im Hinblick auf eine im Stadterweiterungsplane projectirte Anlage eines öffentlichen Platzes die Bebauung seines Grund und Bodens verwehrt werden; da die Stadt zu sofortiger Uebernahme des Terrains nicht geneigt war, sei dies allerdings eine Besitzstörung gewesen, über die füglich geklagt werden konnte. Dem Bauprojecte der gegenwärtigen Kläger aber werde an und für sich keinerlei Hinderniß in den Weg gelegt, vielmehr gehe die an sie gestellte Forderung nur dahin, daß sie sich bei ihrem Bau nach gewissen Vorschriften richten, welche mehr oder weniger im allgemeinen Interesse liegen. So lange aber die Forderungen des Stadtbauamtes sich in diesen Grenzen halten, werde das Gericht jede Klage dagegen abweisen und den Klägern anheimgeben müssen, sich mit den Behörden zu verständigen. Und grade das sei es was der Magistrat wünsche. Daß man die baupolizeilichen Vorschriften nicht etwa anwende, um das Publicum zu chicaniren, werde jeder Techniker anerkennen, welcher mit der Praxis des Stadtbauamtes auch nur einigermaßen vertraut sei. Auf dergleichen Vorschriften zu verzichten, sei gegenüber dem Unverstande, welcher sich bei vielen Bauprojecten und zuweilen in fast unglaublicher Weise offenbare, ganz undenkbar; ja voraussichtlich werde man über kurz oder lang genöthigt sein, diese Vorschriften noch bedeutend zu verschärfen, wenn die städtischen Finanzen durch die in Folge planloser Anbauten maßlos gesteigerten Ansprüche für Wegebauten nicht in Zerrüttung gerathen sollen.

Herr Peters weiß es Herrn Lucius Dank, daß er eine nähere Besprechung des Gegenstandes eingeleitet hat, der allerdings der Prüfung von mehr als einem Gesichtspuncte bedürfe. Die Bedenken des Herrn Lucius indessen vermag Redner nicht zu theilen. Allerdings sei das Eigenthumsrecht etwas Heiliges; da

wir aber in einer staatlichen Gemeinschaft leben, so müsse doch auch die Achtung vor diesem Recht erforderlichen Falls der Rücksicht auf das allgemeine Wohl nachgesetzt werden. Dies anerkenne denn auch das Staatsgrundgesetz, indem es § 32 Beschränkungen des Eigenthums, „welche auf Recht und Gesetzen beruhen“, ausdrücklich vorbehalte. Unter diesen Begriff aber falle ohne Zweifel jede zu Recht bestehende Vorschrift, und daß die Bauordnung als solche zu betrachten sei, folge einmal schon aus § 2 der Städteordnung, welcher der Stadt das Recht belege, ihre Gemeindeangelegenheiten sowie auch Gegenstände der Ortspolizei durch Statute zu ordnen, sei überdies aber auch durch das in der Markworthschen Sache erfolgte obergerichtliche Erkenntniß mit klaren Worten ausgesprochen. Nach dem allen sei nicht einzusehen, daß es an einem Gesetze fehle, welches die städtischen Behörden zu einem Einschreiten wie das von den Klägern in Frage gestellte befuge.

Herr Reuter hat vielfach Gelegenheit gehabt zu hören, wie Auswärtige ihr Fremden über die ungewöhnliche Milde ausgedrückt haben, mit der die städtischen Behörden bei den vorkommenden Neubauten dem privaten Belieben Raum gönnen. Darüber dürfe man sich in der That auch nicht täuschen, daß es viel strengerer Restriktionen, als die gegenwärtige Bauordnung vorsehe, bedürfen werde, wenn man in unserm Bauwesen zu wirklich gedeihlichen Verhältnissen gelangen wolle. Redner bedauert daher auch, daß sich das Obergericht diesem Bedürfniß gegenüber auf einen soweit abweichenden Standpunkt gestellt habe. An den Herrn Oberbürgermeister Caspari richtet Herr Reuter die Frage, ob man hoffen dürfe, die bestrittene Rechtskraft der städtischen Statute durch eine Gesetzesvorlage noch auf dem diesjährigen Landtage zur Anerkennung gebracht zu sehen?

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich außer Stande, über die Intentionen Herzogl. Staatsministerii Aufschluß zu ertheilen.

Herr Encius wird gegen eine weitergreifende Befugniß der städtischen Behörden, wie solche Herr Reuter wünscht, nichts einzuwenden haben, wenn der Staat dergleichen den Gemeinden einzuräumen geneigt ist. Sein Bedenken sei eben nur das, ob die desfallsigen Bestimmungen im statutarischen Wege erlassen werden können.

Bei der hierauf eintretenden Abstimmung wird die Uebernahme beider Prozesse von der Versammlung genehmigt.

Nachdem damit die Tagesordnung erledigt ist,

nimmt Herr Solmiz namens der Verwaltungsdeputation für die Gas- und Wasserwerke das Wort zu der Mittheilung, daß die Rechnungen des Gaswerks aus dem Jahre 1872/73 und des Wasserwerks aus dem J. 1872 auf ihre

Uebereinstimmung mit den Büchern beider Anstalten geprüft und auch in diesem Betracht richtig befunden sind.

Die Versammlung anerkennt demnach die früher bedingungsweise ertheilte Decharge nunmehr als definitiv ausgesprochen.

Der Herr Vorsitzende schließt hierauf diese muthmaßlich letzte Sitzung des Jahres mit einem Rückblick auf die innerhalb dieses Zeitraums erledigten zahlreichen und wichtigen Arbeiten und mit dem Ausdruck seiner guten Wünsche für die Zukunft.

In vertraulicher Berathung wurde zuerst von Magistrat und Stadtverordneten gemeinschaftlich und hierauf von den Stadtverordneten allein eine Anzahl Steuerreclamationen erledigt.

N a c h t r a g

zum Protocolle vom 4. December.

Die in dem außerordentlichen Etat für 1874 aufgestellten Positionen für Wegebauten erläuternd, hebt Herr Oberbürgermeister Caspari hervor, daß namentlich außerhalb der Barrieren noch eine ziemliche Anzahl von Straßen in Stand zu setzen, bezw. deren bereits begonnene Herstellung zu vollenden ist. Als solche bezeichnet er namentlich den Weg von der neuen Promenade zum Kl. Exercierplatz, den Gliesmaroder Fußweg, die Kastanienallee, den Büldenweg und Theile der Straßen hinter dem Bahnhofe und am Giersberge.

Herr Solmiz wünscht die Aufmerksamkeit des Magistrats in erster Linie auf die überaus schlechte Beschaffenheit der Straße hinter dem Bahnhofe zu lenken. Auf seine Anfrage: ob deren Besserung nicht alsbald könne in Angriff genommen werden?

erwidert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß diese Straße längst ein Gegenstand der Sorge des Magistrats gewesen sei, daß aber die Herstellung derselben nicht ohne die statutenmäßige Beihilfe der Anwohner erfolgen könne, welche bisher trotz wiederholter Anregung des Magistrats abgelehnt worden sei.

Herr Schöttler bestätigt, daß die Beschaffenheit des fraglichen Weges einer Abhilfe dringend bedarf. Für die Maschinenbauanstalt stellt Redner zu diesem Zwecke einen namhaften Beitrag von vornherein in Aussicht.

B e r i c h t i g u n g .

Die Protokolle vom 17. April und vom 16. Mai sind beide als *N* 5 gezählt. Die Zahl der diesjährigen Sitzungen beträgt demnach nicht 16 sondern 17.

